

**29. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
24.–25. Mai 2018**

„Überholen ohne einzuholen“



Wirtschaft, Arbeit und Soziales in der SBZ/DDR

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

Landesbüro
Sachsen

29. Bautzen-Forum

Gefördert aus Mitteln der Erich-Brost-Schenkung
in der Friedrich-Ebert-Stiftung

In Zusammenarbeit mit
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



Titelseite unter Verwendung eines Fotos von Friedhelm Denkel

ISBN 978-3-96250-206-5



„Überholen ohne einzuholen“ Wirtschaft, Arbeit und Soziales in der SBZ/DDR

29. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen

24. und 25. Mai 2018

DOKUMENTATION

Gefördert aus Mitteln der Erich-Brost-Schenkung in der
Friedrich-Ebert-Stiftung

29. BAUTZEN-FORUM 24. UND 25. MAI 2018

EINLEITUNG	6
Matthias Eisel	

GRUSSWORTE

Alexander Latotzky	10
Hanka Kliese	14
Alexander Ahrens	17

AUSSTELLUNGSEINFÜHRUNG	21
Das Kaßberg-Gefängnis und seine Gesichter	
Steffi Lehmann	

VORTRAG	25
Wirtschaft in der DDR: Phasen, Probleme, Mythen, Ergebnisse	
Prof. Dr. André Steiner	

PODIUM	49
Die DDR ein Sozialstaat? Anspruch und Wirklichkeit unter den Vorzeichen einer Diktatur	
Dr. Wolfgang Thierse, Dr. Maria Nooke, Prof. Dr. Rainer Eckert, Markus Schlimbach	
Gesprächsleitung: Michael Naumann	

VORTRAG	81
Arbeiter in der DDR – die führende Klasse?	
Prof. Dr. Christoph Kleßmann	

VORTRAG	97
Bodenreform, Kollektivierung, Industrialisierung. Die SED-Politik auf dem Lande	
Dr. Jens Schöne	

PODIUM	112
Leben in der DDR – Versorgung, Mangel, Privilegien und der permanente Blick nach Westen	
Dr. Kerstin Langwagen, Dr. Stefan Wolle, Karl-Heinz Baum	
Gesprächsleitung: Antonie Rietzschel	

PODIUM	136
Wirtschaftsfaktor Knast – DDR-Häftlingsarbeit für Ikea, Quelle und Co. und der organisierte Häftlingsverkauf als Devisenbringer	
Sigrid Grünewald, Manfred Matthies, Dr. Jan Philipp Wölbern, Dr. Tobias Wunschik, zudem der vorbereitete Text von Gabriele Zimnak	
Gesprächsleitung: Silke Klewin	

ERÖFFNUNG DER FOTOAUSSTELLUNG	168
Voll der Osten – Leben in der DDR	

ANDACHT	170
auf dem Karnickelberg	
Pfarrer Christian Tiede	

Referent_innen des 29. Bautzen-Forums	173
---------------------------------------	-----

Bautzen-Foren im Überblick	175
----------------------------	-----

Impressum	178
-----------	-----

EINLEITUNG

Matthias Eisel

Bei der Rückschau auf die Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft stößt man auf langlebige Legenden. Eine handelt davon, dass die DDR zu den zehn führenden Industrienationen der Welt gehört haben will. Zumindest hatte das die SED gern zu verbreiten gesucht. Und je weiter die DDR zurückliegt, desto hartnäckiger halten sich Klischees vom Leben in der DDR, das gern geschönt wird als ein Leben in sozialer Sicherheit und Vollbeschäftigung. Übergangen wird dabei gern, dass sich der „Sozialstaat DDR“ auf einem Niveau befand, das von der Mehrheitsbevölkerung damals in der DDR und erst recht heute in Ostdeutschland ja doch als unzureichend empfunden wurde bzw. würde. Sicher, Existenzsorgen musste man sich seinerzeit nicht machen. Auf bescheidenem Niveau war für alle gesorgt, soweit sie sich wohlverhielten. Idealtypisch für ein Wunschbild von der DDR ist für manche heute vielleicht eine DDR mit Westgeld und Reisefreiheit. Aber diese DDR gab es nicht und es konnte sie auch nicht geben.

Die Losung vom „Überholen ohne einzuholen“ stammt von Walter Ulbricht. Sie wurde von der DDR-Bevölkerung eher mitleidig belächelt und in den 1970er oder 1980er Jahren staatsoffiziell und propagandistisch auch kaum mehr verwendet. Walter Ulbricht sprach davon bereits im Jahr 1957. Das damit verbundene Anliegen lautete: Die Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR solle die Überlegenheit des Sozialismus durch Erfolge vor allem auch auf wirtschaftlichem Gebiet deutlich machen.

Tatsächlich hat es die DDR in ihrer Existenz aber weder geschafft, den Westen einzuholen, noch ihn gar zu überholen. Der maßgebliche Grund dafür lag in der Unfähigkeit der sozialistischen Planwirtschaft, unter sich verändernden Rahmenbedingungen überhaupt ein hohes Wirtschaftswachstum erzielen zu können. Zum anderen führte die Direktive von der „Einheitlichkeit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ unter Honecker zu einer Überforderung der DDR-Wirtschaft.

Neben allen Restriktionen, Unfreiheit und Diktatur: Das Ende der DDR im Herbst 1989 hatte letztlich auch mit dem größtenteils maroden Zustand und der geringen Produktivität der DDR-Wirtschaft zu tun – mit einer von der SED zentral gelenkten Mangelwirtschaft, die zu keiner Zeit die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung erfüllen konnte. Und dies zwar schon deshalb nicht, weil der permanente Blick nach Westen,



Matthias Eisel

nach Konsumgütern, Autos, westlichem Design und wachsendem Wohlstand, die Latte beständig höher legte. Viele werden sich daran erinnern, dass unterm DDR-Weihnachtsbaum bereits das Stück Lux-Seife, das Päckchen Jacobs-Kaffee, die Dose Ananas oder das Glas Nutella als etwas ganz Besonderes galten – weil diese Dinge aus dem Westen kamen.

In der DDR wurden privatwirtschaftliche Unternehmungen nur in Maßen geduldet, sie standen entsprechend unter Verdacht. In den Kombinat und Großbetrieben wie auch in der Verwaltung gab es mit der staatlichen Leitungsebene und der SED-Parteileitungsebene ermüdende Doppelstrukturen, die zusätzlich zu Ineffizienz führten und vollkommen aufgeblasen waren. Bei aller DDR-Propaganda und künstlich herbeigeredeten Überlegenheit des Sozialismus: Was die große Mehrheit der Bevölkerung tagtäglich besichtigen konnte, wusste der politische Führungszirkel erst recht, nämlich die prekäre Lage der DDR-Volkswirtschaft gerade in den 1980er Jahren. Die Analysen und offiziellen Lageeinschätzungen der sogenannten Staatlichen Plankommission blieben Verschlussache und wurden erst nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes öffentlich zugänglich.

Und dennoch, bei der Betrachtung der DDR-Arbeitswelt ist aus heutiger Perspektive eines ganz eindeutig zu kurz gekommen: das Verständnis für die große Mehrheit der arbeitenden Menschen in der DDR, die unter meist schwierigen Bedingungen eben auch und trotzdem ihr Bestes gaben und die später vielleicht den Neuanfang in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit in der Marktwirtschaft nicht schafften. Wir sehen und erleben, dass viele die Anerkennung und Würdigung heute vermissen. Nämlich die Anerkennung ihrer persönlichen Lebensleistungen in Beruf und Familie und die schwere berufliche Neuorientierung gerade in den besonders schwierigen 1990er Jahren. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass der Osten Deutschlands bei der Akzeptanz von Demokratie und unserer freiheitlichen Gesellschaft in Teilen offenbar anders tickt als vielfach der Westen. Stichwort Wahlerfolge von rechtspopulistischen Parteien im Osten und insbesondere auch in Sachsen.

Zwei von drei Sachsen sehen sich auch Jahrzehnte nach dem Mauerfall im innerdeutschen Vergleich noch im Nachteil. Sie stimmten Anfang dieses Jahres bei einer Umfrage der Sächsischen Zeitung der Aussage zu, die Ostdeutschen fühlten sich in Deutschland auch heute noch als Bürger zweiter Klasse. Unter den Anhängern der AfD gab es dafür sogar 84 Prozent Zustimmung. Das ist erstaunlich, denn der Osten hat trotz mancher Probleme eine beeindruckende Entwicklung genommen. Die Arbeitslosigkeit ist auf einem Rekordtief.

Woher rührt also dieses Minderwertigkeitsempfinden oder Anerkennungsdefizit, das vielleicht auch mitverantwortlich ist für den Umgang mit allem Fremden? Immerhin sind die Zahlen fremdenfeindlicher Gewaltakte in Sachsen statistisch fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt – zumal das Land einen sehr viel geringeren Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund hat als andere Regionen. Solchen Fragen müssen wir uns bei der Rückschau auf die SBZ/DDR immer wieder stellen.

Gut möglich, dass auch die destruktive Fundamentalopposition der SED-Nachfolgepartei PDS/Die Linke seit 1990 ihre Wirkung nicht verfehlt hat. Schließlich war die SED zuallererst verantwortlich für den ruinösen Zustand der DDR und somit auch für die wirtschaftliche Ausgangssituation im Transformationsprozess nach 1989/90. Gerade in diesen Aufbruchsjahren hat es die SED/PDS immer verstanden, die aus der DDR herrührenden Probleme und Schiefen fortan der Bundesrepublik Deutschland oder den „Wessis“ in die Schuhe zu schieben, und sich selbst dabei aus der Verantwortung gestohlen. Den Ostdeutschen wurde suggeriert, dass Kritik an der DDR gleichsam die ostdeutschen Menschen an sich und ihre Leistungen verunglimpfe. Übergangen wurde dabei, was der Großteil der ehemaligen DDR-Bevölkerung (bei aller Anpassung) nicht wegen, sondern trotz der starren SED-Planwirtschaft in Beruf und persönlichem Umfeld geleistet hat.

„Überholen ohne einzuholen“ – Wirtschaft, Arbeit und Soziales in der SBZ/DDR lautete die Überschrift dieses 29. Bautzen-Forums. Wie bereits erwähnt, die DDR zählte sich selbst zu den zehn führenden Wirtschaftsnationen der Welt. Doch wie stand es tatsächlich um die Wirtschaft und den allgemeinen Lebensstandard in der DDR? Der einführende und hier dokumentierte Vortrag „Phasen, Probleme, Mythen und Ergebnisse der DDR-Wirtschaft“ handelte ganz grundsätzlich davon. Weiter ging es in unserem Tagungsprogramm um fehlende Produktivität und Weltmarktfähigkeit der DDR, den staatlich organisierten Häftlingsverkauf an die Bundesrepublik als Devisenbringer und die zweifelhafte Rolle von Westkonzernen wie Ikea, Quelle und Co. bei der Fertigung ihrer Produkte in DDR-Gefängnissen. Wenn wir diese ebenso profitable wie perfide Allianz von Sozialismus und Kapitalismus heute völlig zu Recht kritisieren, dürfen wir auf der anderen Seite nicht übergehen, wie Produktionsbedingungen auch heute, in Zeiten der Globalisierung aussehen können. Und zwar nicht allein in China, Bangladesch oder Afrika.

Es ging uns bei diesem Bautzen-Forum auch um die von der SED gelenkte und kontrollierte Zentral-Gewerkschaft, den FDGB, der von den Werktätigen bestenfalls als Reisebüro gesehen wurde – jedenfalls nicht als ernsthafte Interessenvertretung der Arbeiter_innen und Angestellten. Wie war das überhaupt mit den Arbeitern, der vermeintlich führenden Klasse in der DDR? Gesprochen wurde über die allgegenwärtigen Versorgungsprobleme und Engpässe bei der sogenannten Konsumgüterproduktion und die damit einhergehende Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Darüber hinaus ging es um die von der SED nach sowjetischem Vorbild umgestaltete Landwirtschaft – von der Bodenreform in der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zur Zwangskollektivierung und den landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen in den 1970er und 1980er Jahren.

GRUSSWORT

Alexander Latotzky

Liebe Haftkameraden, sehr verehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bautzen-Forums, verehrte Gäste, ich freue mich, dass Sie, zum nunmehr 29. Bautzen-Forum, wieder so zahlreich erschienen sind, ich sehe wieder viele bekannte Gesichter. Das Bautzen-Forum ist seit vielen Jahren eine hochangesehene Veranstaltung zum Thema Aufarbeitung und in diesem Jahr auch wieder mit Einbeziehung der Gedenkstätte Bautzen, was uns besonders freut.

Vor wenigen Wochen war ich in Israel. Ich wollte mir ein eigenes Bild davon machen, wie man dort mit der Erinnerung an Verfolgung und Gewaltherrschaft umgeht. Dafür ist die Gedenkstätte Yad Vashem natürlich ein ganz wichtiges Beispiel. Solche Reisen mache ich schon länger, erst vergangenes Jahr war ich in Kiew und habe mir dort den Gedenkort Babyn Jar und die beeindruckende Gedenkstätte zum Holodomor angesehen. Als Holodomor bezeichnet man die von Stalin verursachte Hungersnot in der Ukraine, bei der im Rahmen der Zwangskollektivierung von 1932 bis 1933 weit mehr als fünf Millionen Menschen verhungerten, während ihr Getreide zu Dumping-Preisen auf dem Weltmarkt verkauft wurde. Das Gedenken an politische Verfolgung wird in den einzelnen Ländern ja recht unterschiedlich gehandhabt, manchmal dezent und eher bescheiden, manchmal aber auch pompös, heroisierend und total überladen. Jorge Semprun, ein ehemaliger Buchenwald-Häftling, bezeichnete einmal einige von ihnen als einfach nur abscheulich. Bisweilen neige ich dazu, ihm zuzustimmen.

Auf den Gedanken mit Jerusalem und speziell mit Yad Vashem brachte mich Herr Starke, der nicht nur Mitglied des Bautzen-Komitees und heute hier ist, er ist auch der Leiter des Georg-Mendelheim-Oberstufenzentrums in Oranienburg. Dort war ich im Januar zu einer Veranstaltung eingeladen, an der unter anderen Ex-Bundespräsident Joachim Gauck und der Botschafter Israels teilnahmen. Es wurden Schülerarbeiten präsentiert und das Bemerkenswerte daran war, dass sich die Schüler dabei nicht speziell mit den Tätern oder den Opfern beschäftigten, sondern mit jenen Menschen, die den Verfolgten in der NS-Zeit geholfen haben. Mitbürger, die trotz drohender Gefahr für sich selbst den Anstand und den Mut aufbrachten, ihren verfolgten Mitbürgern zu helfen. In Yad Vashem werden sie als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt. Darunter befinden sich übrigens auch über 600 Deutsche. Das ist



Alexander Latotzky

ein Aspekt in der Erinnerungskultur, der meines Erachtens noch viel zu sehr vernachlässigt wird. Auch in der DDR gab es Menschen, die jenen halfen, die vom System verfolgt und bedroht wurden, auch wenn ihnen nicht wie im NS-Staat gleich der Tod drohte. Menschen, die ihnen zum Beispiel eine Arbeit gaben oder sie finanziell unterstützten. Vielleicht sollte man sich auch einmal mit diesen stillen Helden beschäftigen.

Aber was hat das jetzt mit Bautzen und dem heutigen Forum zu tun? Auf meiner Reise hatte ich ein Buch dabei, das ich vor einigen Jahren schon einmal angefangen, dann aber schnell wieder zur Seite gelegt hatte. Es zu lesen war mir einfach unmöglich. Jetzt wollte ich es aus gegebenem Anlass noch einmal versuchen und habe mich bis zum Ende durchgequält. Der Autor war bis 1989 Direktor der Sektion Marxismus-Leninismus an der Parteihochschule Dresden und erhielt 1984 den Vaterländischen Verdienstorden der DDR in Gold. Nach der Wiedervereinigung war er von 1990 bis 1994 für die PDS Mitglied des Dresdner Stadtrats. Sein Name ist Horst Schneider und sein Buch trägt den Titel: „Das gelbe Elend und andere Lügen.“ Darin versucht Herr Schneider „aufklärend, mutig und konsequent“ nachzuweisen,

dass es bei Veranstaltungen wie dem Bautzen-Forum gar nicht um die tatsächlichen Geschehen in den Bautzener Gefängnissen gehe. Es handle sich vielmehr um breit gefächerte Angriffe gegen die DDR, deren Rechtssystem und Strafvollzug. So meint Herr Schneider ernsthaft, dass die Haftbedingungen in Bautzen kaum Unterschiede zu denen in der Bundesrepublik aufgewiesen hätten. Wer Fotos von Zellen aus Bautzen II veröffentliche, der müsse auch welche aus Moabit, Fuhlsbüttel oder Stammheim veröffentlichen. Damit werden, ganz im Stil von Karl-Eduard von Schnitzler, politische Häftlinge der DDR Kriminellen oder den Terroristen der Roten Armee Fraktion in der Bundesrepublik gleichgestellt. Für die Jüngeren, die Karl-Eduard von Schnitzler nicht kennen: Er war Moderator der Propagandasendung „Der schwarze Kanal“, die montagabends im DDR-Fernsehen lief. Ein „Schnitz“ war in der DDR jener winzige Teil einer Sekunde, den man brauchte, um nach Erscheinen Schnitzlers auf dem Bildschirm den Fernseher auszuschalten. „Die DDR handelte bei der Strafverfolgung wie international üblich“, schreibt Schneider. Und weiter: „Ja, es gab auch schmerzliche Einzelschicksale, es kamen Häftlinge um. Wer will das bestreiten? Aber berechtigt das zur Anklage? Schließlich muss daran erinnert werden, dass auch sowjetische Soldaten Gefühle hatten, nicht nur die ‚Bautzen-Opfer‘ und die ‚DDR-Oppositionellen‘.“

Geht es noch zynischer? Aber warum erwähne ich das Buch überhaupt? Es ist immerhin schon 2012 erschienen und war auch wirklich kein Bestseller. Wer spricht heute noch davon? Doch leider stößt man auch heute noch immer wieder auf Ansichten und Beiträge wie die von Horst Schneider. Das macht mir Sorgen.

Denn wenn Sie jetzt meinen, 2012 ist ja nun auch schon wieder sechs Jahre her, dann muss ich Ihnen sagen, dass erst vor drei Monaten, am 22. Februar dieses Jahres, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Horst Schneider zu einem öffentlichen Vortrag nach Dresden eingeladen hat. Das Thema lautete: „Wie verhält sich die Deutsche Bundesrepublik zu den Prinzipien des Völkerrechts?“ (www.gew-sachsen.de/dresden/senioren/) Was, so frage ich mich, bringt eine Gewerkschaft, die sich auch noch Erziehung und Wissenschaft auf die Fahnen geschrieben hat, heute noch dazu, Geschichtsleugnern wie Horst Schneider ein öffentliches Forum zu bieten?

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!“, schrieb einst Berthold Brecht, und Recht hat er! Noch immer gibt es zu viele Mitbürger, die meinen, die Idee der DDR war schon richtig, nur der Weg war falsch. Und genau darum sind Veranstaltungen wie das Bautzen-Forum, sind Institutionen wie die Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen oder die Stiftung Aufarbeitung noch immer wichtig, auch wenn die DDR schon vor 28 Jahren zu Ende ging. Solange es Menschen wie Horst

Schneider gibt, ist die Aufklärung über das Unrecht in der DDR nicht abgeschlossen. Und darum wünsche ich dem 29. Bautzen-Forum und allen weiteren Foren viel Erfolg und uns allen neue und wichtige Erkenntnisse.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

GRUSSWORT

Hanka Kliese

Die DDR war noch nie so schön, wie sie heute erscheint

Ein sozialpolitisches Paradies mit gleichgestellten Frauen, niemals schließenden Kindertagesstätten und Polikliniken. Alte Menschen mussten nicht einsam sein, denn zu ihnen kamen Timur und sein Trupp, und natürlich half auch die Hausgemeinschaft, wo sie konnte. So weit die trügerische Erinnerung. Sie wird verstärkt durch psychologische Effekte wie den Wunsch, Selbstzweifel schnellstmöglich zu tilgen. Aber auch durch wirtschaftliche Mechanismen. Denn mit Ostalgie und Nostalgie und der Sehnsucht nach der „guten alten Zeit“ lässt sich Geld verdienen – in Berlin gibt es ganze Läden voll mit Ampelmännchenartikeln: Ampelmännchengummibären, Ampelmännchenhandtücher, Ampelmännchentassen werden auf der Friedrichstraße von Touristen gekauft und von manch Ostdeutschen als Gallionsfiguren der „Es war nicht alles schlecht“-Erinnerungskultur hochgehalten.

Das in der Wissenschaft so genannte „fehlerhafte emotionale Gedächtnis“ macht es den Ewiggestrigen leicht und denen, die aufklären wollen, sehr schwer. Auch deshalb ist es so wichtig, dass wir uns einmal im Jahr dank der Friedrich-Ebert-Stiftung hier treffen können, um solchen Effekten im Rahmen unserer Möglichkeiten entgegenzuwirken.

Ich möchte im Folgenden kurz auf ein paar Mythen eingehen, denn Sie haben dem Programm schon entnommen, dass Professor André Steiner das heute ausführlicher tun wird. Für mich persönlich ein besonderes Reizthema ist die Rolle der Frau und der Familien in der DDR. Der vermeintliche „Emanzipationsvorsprung“ war zum einen ein Mittel zum wirtschaftlichen Überleben des Staates, zum anderen eine willkommene Möglichkeit zur Einflussnahme auf die Erziehung der Kinder. Die durch Wochenkrippen und Ähnliches ermöglichte intensive Berufstätigkeit von Frauen gewährte diesen zwar eine gewisse Unabhängigkeit von Betreuungsfragen. Die so wichtige gemeinsame Zeit mit dem Kind ersetzt ein solches System jedoch nicht. Besonders dort, wo Kinder losgelöst von ihren Eltern aufwachsen, etwa in Internaten oder Heimen (das gilt nicht nur für die SED-Diktatur), sind sie häufig ungeschützt dem Missbrauch von Autoritätsverhältnissen ausgesetzt. Der Schutz von Kindern vor solchen Mechanismen hatte in der DDR keine Priorität. Vielmehr wurden schwierige familiäre Konstellationen sogar ausgenutzt, um Kinder an das



Hanka Kliese

System zu binden, etwa in den tragischen Fällen der minderjährigen IMs. Hierzu ist eine Aussage von Erich Mielke aus dem Jahr 1971 dokumentiert: „Natürlich ist es nicht einfach, unter den Jugendlichen den richtigen IM zu schaffen; denn das müssen im Prinzip Jugendliche dieser besonders interessierenden Altersgruppe, zum Beispiel 16- bis 20-Jährige sein, damit sie wirklich eindringen können. Solche IM müssen ‚aufgebaut‘ werden, wie das in anderen Fällen notwendig ist, das heißt, hier muss bereits unter den 14- bis 15-Jährigen gezielt operativ gearbeitet werden, ausgewählt und sie für eine Zusammenarbeit mit uns in geeigneter Form gewonnen werden.“ Diese unverhohlene Manipulation junger Menschen zeigt, was von der kinder- und jugendfreundlichen DDR tatsächlich zu halten ist. Was für ein Bild von Heranwachsenden muss man haben, wenn man ihre Unsicherheiten oder familiären Probleme gezielt ausnutzt, um sie zu Marionetten des eigenen Systems aus-zubilden. Zu den Wirtschaftsdaten der DDR werden wir heute sicherlich noch etwas hören. In meinem politischen Alltag kommt es oft vor, dass die Partei DIE LINKE darauf besteht, wie korrekt man sich im Umgang mit dem Parteivermögen verhalten habe.

Gerade weil unentdecktes Altvermögen sehr schwer nachzuweisen ist, fällt es gar nicht so leicht, dagegen anzukommen. In jedem Fall kann die Partei zeigen, ob sie sich geändert hat, indem sie heute die Möglichkeit nutzt, sich für eine Verwendung wieder aufgetauchten Vermögens zugunsten von Gedenkstätten und Opfern einzusetzen. Bisher ist das nicht der Fall.

Gestatten Sie mir abschließend in diesem Jahr ein paar sehr persönliche Worte. Als ich 2009 in den Landtag eingezogen bin, war eine meiner ersten eignen Veranstaltungen eine Lesung mit Ellen Thiemann. Ich hatte über ihre Biografie gelesen und sie daraufhin eingeladen. Meine erste Begegnung mit ihr beeindruckte mich sehr nachhaltig. Ich traf auf eine kluge, stolze Frau, die sehr gut zu schreiben und sich auszudrücken vermochte und in ihrem Erscheinungsbild eine echte Lady war. Ihre Ausstrahlung und ihre Kraft waren faszinierend; doch es war auch zu spüren: Die bösen Geister von Hoheneck hatten sie nie losgelassen. Sie spukten in ihrer Wohnung und ihren Gedanken und machten es ihr unmöglich, ein normales Leben zu führen. Damit steht Ellen Thiemann stellvertretend für viele Opfer, deren Haftzeit tiefe Spuren hinterlassen hat. Ich bin lange genug in diesem Themenbereich unterwegs, um zu wissen, dass nicht alle Opfer ein freundschaftliches Verhältnis zueinander pflegen, und so ist es auch mit Ellen Thiemann gewesen.

Sie ist am Morgen des 6. Mai verstorben. Zuletzt äußerte sie den Wunsch, die Aktivistinnen in Hoheneck mögen sich einen. Mir steht es nicht zu, mich zu den Zusammenhängen zu äußern – jedes Opfer hat seine eigene Würde, ich gehöre nur zu den Nachvollziehenden. Doch ich hoffe, Ellens Wunsch wird weitergetragen. Für eine Gedenkstätte in Hoheneck, wie sie vom Freistaat bereits seit 2016 vorgesehen ist, will ich mich weiter engagieren.

Fernab dieser auch von Traurigkeit geprägten Gedanken freue ich mich auf eine interessante Tagung mit Ihnen und schöne Begegnungen. Ich bedanke mich, dass ich auch heute wieder in Ihrem Kreise sein kann.



Alexander Ahrens

GRUSSWORT

Alexander Ahrens

Lieber Matthias Eisel, liebe Hanka Kliese, lieber Alexander Latotzky, herzlichen Dank zunächst allen Organisatorinnen und Organisatoren der Veranstaltung, Ihnen allen ein herzliches Willkommen, ich glaube, die ersten Reden haben schon relativ deutlich gemacht, in was für einem komplexen Themenfeld wir heute unterwegs sind. Es ist dieses Mal ein Thema, das in der DDR alle anging. Wirtschaft, Arbeit und Soziales, das betraf jeden. Hanka Kliese hat es eben schön gesagt: Diese offen zur Schau gestellte dogmatisch-propagandistische Jugendfreundlichkeit hatte ganz klar zwei Gesichter. Diejenigen, die diese Jugendorganisationen noch miterlebt ha-

ben, können sich daran sehr gut erinnern. Selbst meine Frau, die beim Fall der Mauer noch nicht einmal volljährig war, nahm schon ihre eigenen Impressionen mit. Ihre Eltern legten immer großen Wert darauf, dass ihre Kinder an den Demonstrationen zum 1. Mai oder an anderen offiziellen Veranstaltungen nicht als Mitglieder einer Jugendorganisation teilnahmen. Da sie selber noch klein war, fiel es ihr relativ schwer, das nachzuvollziehen, denn es zog einen gewissen Gruppendruck in der Schule nach sich. Aus heutiger Perspektive aber ist sie ihrem Vater sehr dankbar, dass er ihr schon früh eine kritische Distanz vermittelte, indem er sagte: Ihr geht da nicht hin. Insofern: Es hat wirklich viele betroffen.

Ein anderer Aspekt klang bei Alexander Latotzky schon an. Als ich vor drei Jahren frisch ins Amt gewählt wurde, bekam ich einen Brief von einem Bautzener Bürger, der mir nahelegte, Veranstaltungen in der Gedenkstätte als Oberbürgermeister fernzubleiben. Schließlich sei Bautzen II nie eine städtische Einrichtung gewesen. Das ist von bestechender Logik, aber natürlich grundfalsch. Das habe ich dem Herrn dann auch später in einer Bürgersprechstunde mitgeteilt. Wir leben in Zeiten, in denen wir gerade im Osten Deutschlands erleben, dass bei vielen Menschen eine gewisse Frustration der AfD zu überragenden Wahlergebnissen verhilft. Das ist gerade in unserer Region besonders augenfällig. Wir sind einer von drei Landkreisen in Sachsen, wo die AfD in der Bundestagswahl ein Direktmandat geholt hat. Nicht weit von Bautzen liegt der Rekordwahlkreis mit 44 Prozent AfD-Erstwahlstimmen, das war in Döbischau-Gaußig.

Trotzdem muss man sich als Kommunalpolitiker immer wieder klarmachen, dass die AfD-Wähler keine schlechten Menschen sind. Mit dem Ansatz darf man nicht herangehen. Aber der Hintergrund ist sehr komplex. Viele Erwartungen an die Demokratie wurden enttäuscht und das Gefühl ist noch weit verbreitet, dass die Lebensleistung nicht nur nicht anerkannt, sondern gar nicht erst gesehen wird, besonders im Westen Deutschlands. Und das ist tatsächlich so. Viele Westler haben gar keine Vorstellung davon, wie hier die Gemütslage ist und woher sie ursprünglich kommt. Die Positionierung der PDS in den frühen 1990er Jahren, dass die Kritik an der DDR nur darauf abziele, die Lebensleistung der Ostdeutschen herabzuwürdigen, mag sicherlich verfangen haben, spielt aber heute nicht mehr die große Rolle. Dass es einer der Gründe ist, trifft vielleicht zu, aber Fakt ist, dass diese Gefühlslage bis heute sehr weit verbreitet ist.

Das ist umso erstaunlicher, wenn man sich eine Stadt wie Bautzen ansieht. Bautzen ist ein Musterbeispiel für Aufschwung Ost. Wir haben im Bereich der SGB II-Bezieher, also der sogenannten Kurzarbeitslosen, volkswirtschaftlich Vollbeschäftigung, da gibt es nur 2,6 Prozent Arbeitslose. Ab 4,0 Prozent abwärts spricht man

von Vollbeschäftigung. Wir sind eine Kommune mit einer sehr soliden Finanzstruktur, wir haben keine Schulden, wir haben Rücklagen für die „Luxusprobleme“: Wir müssen zum Beispiel neue Kitas, neue Schulen bauen, weil wir seit über zehn Jahren eine weit überdurchschnittliche Geburtenrate hier haben. Wir haben 670 Arbeitsplätze pro 1000 Einwohner. Wir haben also sehr viele Parameter, die man sonst nur in hochentwickelten industrialisierten Standorten in Baden-Württemberg und Bayern findet. Man kann also wirklich sagen: Aufschwung Ost par excellence.

Und trotzdem sind Frustration und Enttäuschung ein hier verbreitetes Lebensgefühl. Ich höre seit einigen Jahren immer wieder: „Es ist genau wie früher. Die in Berlin entscheiden etwas über unsere Köpfe hinweg, ohne uns zu fragen. Die interessiert nicht, was wir denken.“ Was auch aus diesen Enttäuschungen und diesem Lebensgefühl gespeist wird, ist die Empfindung, man sei Mensch zweiter Klasse. Die ist tatsächlich sehr weit verbreitet, der jüngste Sachsenmonitor hat es bestätigt. Das ist der Punkt, an dem wir ansetzen müssen. Ich nutze jede Gelegenheit, die Leute in der Stadt und in der Region darauf hinzuweisen, dass sie auf die eigene Lebensleistung durchaus stolz sein können. Mit dem Begriff Stolz tut man sich ja gerade in sozialdemokratischen Kreisen etwas schwer, deshalb erläutere ich auch immer: Stolz ist geteilte Freude. Und geteilte Freude ist doppelte Freude. Nicht Stolz als Abgrenzungsmerkmal, sondern Stolz als Freude über das, was man erreicht hat.

Man darf hier auch darauf stolz sein, immer die Zähne zusammengebissen zu haben. Jeder hat einen gewissen Preis für diese wirtschaftliche Entwicklung gezahlt. Ich kenne keine Familie hier in Bautzen, aus der nach 1990 niemand weggegangen ist. Viele leben und arbeiten heute in Deutsch-Südwest, wie ich das nenne, also in Baden-Württemberg, das ist aus der hiesigen Sicht extrem weit weg. Es ist tatsächlich eine schwierige Situation, wenn die Familie so auseinandergerissen wird. Auch das ist ein Preis für wirtschaftliche Entwicklung. An der Stelle müssen wir die Leute abholen, auf sie zugehen. Wir müssen ihnen klarmachen, dass in einer stetig komplexer werdenden Gesellschaft nicht damit zu rechnen ist, dass es einfache Antworten auf die vielen komplexen Fragen gibt.

Das ist aber auch der Punkt, der mich optimistisch macht hinsichtlich der Auseinandersetzung mit der AfD. Wenn wir die Auseinandersetzung sachlich und demokratisch führen und gar nicht erst diesen Märtyrermythos, den die AfD gern zelebriert, bedienen, dann tun die uns schon den Gefallen und machen klar, dass ihre vermeintlich einfachen Antworten im Regelfall nicht ansatzweise ziehen, und demontieren sich damit letztlich selber. Wir dürfen nur nicht den Fehler machen, sie frontal und fundamental anzugreifen und so zu tun, als ob es eine antidemokratische oder undemokratische Partei sei. Antidemokratisch sind einige AfD-Mitglie-

der definitiv, trotzdem ist es keine undemokratische Partei. Ob uns das gefällt oder nicht, es geht um einen sachlichen Umgang.

Das alles sind Themenfelder, die ihren Ursprung im heutigen Tagungsthema haben. Deswegen ist es mir wichtig, wie auch in den Jahren zuvor und sicher auch in den kommenden, hier für Sie ein Grußwort zu halten. Denn die hier geleistete Arbeit kann man gar nicht überschätzen. Es ist extrem wichtig, die Erinnerungen nicht nur wachzuhalten, sondern die Themen auch nach wie vor aufzuarbeiten. Denn nur, wenn man sich ehrlich, direkt und rückhaltlos mit all dem beschäftigt, was schiefgelaufen ist, und das war ja eine ganze Menge, erst dann kann man die Leute ernsthaft da abholen, wo sie heute stehen. Erst dann kann man ihnen sagen, dass ihr Frust zwar teilweise nachvollziehbar ist, aber nicht die einzige Antwort sein kann. Ich denke, wir haben genug Möglichkeiten, Wege und Perspektiven gerade hier in dieser Region, die auch etwas Positives beinhalten, die ein Mitmachen, ein Zurück in dieses Gemeinschaftsgefühl ermöglichen. Dazu gehört aber eine wirklich klare, schonungslose und offene Aufarbeitung dessen, was in der Vergangenheit schiefgegangen ist.

Ich freue mich besonders, dass heute und morgen mal der Bereich aufgearbeitet wird, in dem Anspruch und Wirklichkeit auf eklatante Weise auseinanderklafften. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie 1987, also wenige Jahre vor dem Mauerfall, in der Tagesschau ein Bericht über die Leipziger Messe lief. Erich Honecker war anwesend und präsentierte stolz, dass die DDR es geschafft habe, den größten Mikrochip der Welt zu produzieren. Der war deutlich größer als ein Bierdeckel und hatte vielleicht so ein Megabyte Speicherkapazität. Ich weiß noch, wie ich mich damals darüber gefreut habe. Ich habe wirklich schallend gelacht und fand das großartig. Da hatte offensichtlich keiner den Sinn für diese unfreiwillige Komik. Der größte Mikrochip der Welt wurde dann auch noch in voller Größe in die Kamera gehalten, das fand ich wahnsinnig lustig. Das war so ein Paradebeispiel für das Auseinanderfallen von Anspruch und Wirklichkeit.

Je mehr es uns gelingt, einzuordnen, was damals passierte, desto mehr wird es uns auch gelingen, Leute in die demokratische Gesellschaft zurückzuholen und davon zu überzeugen, dass Demokratie zwar immer mit gewissen Fehlern und Mängeln behaftet und auch wirklich ein Geduldsspiel ist, aber tatsächlich die beste Staatsform ist, die uns Menschen zur Verfügung steht.

In diesem Sinne allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern viel Spaß im Rahmen der Veranstaltung und allen hier im Saal viel Erfolg bei der weiteren Arbeit. Ich werde in dieser Hinsicht auch nicht müde werden, ich scheue auch die Auseinandersetzungen nicht, denn ich sehe die positiven Perspektiven, die darin liegen. Vielen Dank!



Steffi Lehmann

AUSSTELLUNGSEINFÜHRUNG

Steffi Lehmann

Das Kaßberg-Gefängnis und seine Gesichter

Sehr geehrte Gastgeber der Friedrich-Ebert-Stiftung, sehr geehrte Kameradinnen und Kameraden der Opferverbände, sehr geehrte Gäste! Es ist uns wirklich eine große Freude, unsere Ausstellung „Das Kaßberg-Gefängnis und seine Gesichter“ dieses Jahr zum 29. Bautzen-Forum zeigen zu dürfen. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin des Lern- und Gedenkortes Kaßberg-Gefängnis möchte ich gern kurz etwas zu unserem Verein und zur Ausstellung sagen.

Der Verein Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis gründete sich im Jahr 2011.

Ausstellungseinführung · Steffi Lehmann



Besucher der Ausstellung

Hintergrund war die Schließung des Kaßberg-Gefängnisses in Chemnitz. Sie müssen wissen, die ehemalige Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit wurde nach 1990 vom Freistaat Sachsen als Justizvollzugsanstalt (JVA) weitergenutzt und 2010 wegen Brandschutzverstößen geschlossen. Im Zuge der Schließung reifte unter einigen Chemnitzer Bürgern die Idee, die Geschichte dieses einzigartigen Ortes zu bewahren. Damals musste schnell gehandelt werden, denn allen Beteiligten war bewusst, das Gebäude würde bald zum Verkauf stehen. In einem Café beschlossen ein Schulleiter, eine Buchhändlerin, ein Unternehmensberater, ein Verwaltungsbeamter und andere couragierte Chemnitzer die Gründung des Lern- und Gedenkortes Kaßberg-Gefängnis e. V. Von Anfang an war es Ziel des Vereins, auf dem Gelände des ehemaligen Haftgebäudes eine Gedenkstätte zu errichten. Der ehrenamtlich arbeitende Verein bekennt sich seit seiner Gründung zur doppelten Diktaturgeschichte des Gefängnisses. Diesen Anspruch spiegelt der 2017 eröffnete Gedenkort an der Außenmauer des Kaßberg-Gefängnisses wider. So erinnert eine Gedenkinschrift an die Menschen, denen durch die nationalsozialistische Gewalt-

herrschaft in der Haftanstalt auf dem Kaßberg größtes Unrecht widerfahren ist, und ein zweiter Gedenkstein an die auf dem Kaßberg inhaftierten Verfolgten der kommunistischen Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR.

Welche überregionale Bedeutung das ehemalige Kaßberg-Gefängnis besitzt und wie wichtig es ist, die Vergangenheit dieses Ortes aufzuarbeiten, lässt sich an den Besucherzahlen ablesen: Unsere Zeitzeugen und unser Historiker führen wöchentlich Besuchergruppen durch das Gefängnis. Seit Anfang des Jahres rund 40 Mal. Regelmäßig erreichen uns zudem Anfragen von ehemaligen politischen Häftlingen, die sich das Gebäude noch einmal ansehen möchten. Für viele von ihnen war die Untersuchungshaftanstalt Karl-Marx-Stadt Ausgangspunkt eines leidvollen Weges durch den vergitterten Repressionsapparat der SED-Diktatur. Für viele andere endete mit der Unterbringung im sogenannten „Vogelkäfig“, dem B-Block des Gebäudes, ein Leben hinter hohen Mauern und Stacheldraht: mit dem Freikauf durch die Bundesrepublik. „Es war, als würdest du von der Hölle ins Licht kommen.“ So beschrieb es ein Zeitzeuge im April, als er vor seiner ehemaligen Zelle in jenem Trakt stand. Er wurde Anfang der 1970er Jahre freigekauft.

Am Abend des 5. Mai 2018 öffnete unser Verein die Tore der einstigen Haftanstalt anlässlich der Chemnitzer Museumsnacht. Auch in diesem Jahr kamen etwa 1000 Menschen, um sich das Kaßberg-Gefängnis anzusehen, vor allem aber, um an Führungen und Gesprächen mit Zeitzeugen teilzunehmen. Die ersten Besucher warteten seit dem späten Nachmittag auf den Einlass, die letzten Gäste verließen gegen 1.45 Uhr in dieser Nacht das Gebäude. Wir möchten uns an dieser Stelle besonders bei den Zeitzeugen für ihren Einsatz zur Museumsnacht bedanken, insbesondere bei Annemarie Krause und Rudolf Sehm. Beide berichteten zur Museumsnacht von ihren Hafterfahrungen im Kaßberg-Gefängnis Ende der 1940er Jahre.

Das Engagement der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zu würdigen und einen Beitrag dazu zu leisten, die Geschichte des Ortes sowie die Schicksale der politischen Insassen dauerhaft und vielerorts zu dokumentieren, diesem Anspruch folgte der Verein mit der Konzeption zur Ausstellung „Das Kaßberg-Gefängnis und seine Gesichter“. Die Idee für diese Ausstellung stammte von unserer stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden, Hanka Kliese. Sie und ihr Team haben die Ausstellung auf den Weg gebracht und federführend umgesetzt.

Die Ausstellung besteht aus fast 18 Aufstellern. Im ersten Teil geht es um die Architektur und die Geschichte des Haftortes. Das Gefängnis wurde 1876 als Königlich-Sächsische Gefangenenanstalt erbaut. Von 1933 bis 1945 waren neben „gewöhnlichen“ Kriminellen vor allem politische Häftlinge der Justiz sowie Gefangene der Gestapo inhaftiert. Eine zentrale Rolle spielte das Gefängnis bei der Entrechtung

von Chemnitzer Juden: Im November 1938 hielt die Gestapo 14 jüdische Männer über mehrere Wochen unter menschenunwürdigen Bedingungen in der Haftanstalt fest. Nach der Kapitulation Deutschlands 1945 übernahm der sowjetische Geheimdienst NKWD das Gefängnis. Dieser sperrte nicht nur NS-Verbrecher auf dem Kaßberg ein, sondern auch politisch Andersdenkende und denunzierte junge Menschen. Viele Inhaftierte verurteilte ein nahe der Haftanstalt tagendes sowjetisches Militärtribunal in rechtsstaatswidrigen Schnellverfahren zu Haftstrafen von 20 bis 25 Jahren oder gar zum Tod. Die Betroffenen kamen vom Kaßberg aus in eines der sowjetischen Speziallager, zum Beispiel nach Bautzen oder nach Mühlberg an der Elbe. Die DDR-Behörden übernahmen das Gefängnis im Jahr 1952. Teile des Gebäudes dienten sowohl dem Ministerium des Innern als auch dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) als Haftstätte. Die ostdeutsche Geheimpolizei internierte Tausende politisch Verfolgte. Im Jahr 1989 verfügte die Untersuchungshaftanstalt über 160 Zellen, in denen bis zu 330 Häftlinge untergebracht wurden. Das Kaßberg-Gefängnis war die größte Untersuchungshaftanstalt des MfS in der DDR.

Eine besondere Funktion fiel ihm seit Mitte der 1960er Jahre zu. Diesem Komplex widmet sich der zweite Teil der Ausstellung. Die Karl-Marx-Städter Haftanstalt wurde zur zentralen Drehscheibe für den deutsch-deutschen Häftlingsfreikauf. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erwirkte auf diese Weise von 1963 bis 1989 die Freilassung von über 33 000 Menschen. Die DDR erhielt dafür Warenlieferungen im Wert von rund drei Milliarden D-Mark. Fast 90 Prozent der für den Freikauf vorgesehenen Gefangenen ließ das MfS auf den Kaßberg verlegen. Der Häftlingsfreikauf ist das zentrale Merkmal des Kaßberg-Gefängnisses.

Der dritte Teil der Ausstellung präsentiert einige Biografien von Zeitzeugen, die in den Repressionsapparat des DDR-Unrechtssystems gerieten. Die Schicksale von sechs Zeitzeugen werden jeweils auf einer bis zwei Tafeln veranschaulicht. Wenn Sie sich die Tafeln anschauen, wird Ihnen vor allem eines auffallen: Wir hatten immer den Anspruch, jedes Schicksal, jeden Zeitzeugen in seiner Individualität abzubilden. Deshalb befinden sich auf dem Rand jeweils Zitate von ihnen. Zudem sind vereinzelt private Dokumente wie Bilder oder Schriftstücke zu sehen. Parallel zur Ausstellung „Das Kaßberg-Gefängnis und seine Gesichter“ begann der Verein mit einem gleichnamigen Filmprojekt. Dafür haben wir bislang acht Zeitzeugen interviewt. Entstanden sind ein kurzer Trailer, den Sie auf unserer Homepage gedenkort-kaßberg.de finden können, sowie ein längerer Film, der nach seiner Premiere zur Museumsnacht am 5. Mai 2018 ebenfalls bald im Internet zu sehen ist.

Vielen Dank!



Prof. Dr. André Steiner

VORTRAG

Wirtschaft in der DDR: Phasen, Probleme, Mythen, Ergebnisse

Prof. Dr. André Steiner

Das von Erich Honecker im Oktober 1967 verkündete Ergebnis, „dass unsere Republik heute zu den zehn größten Industrieländern der Erde zählt“, ist wohl den meisten hier Anwesenden in dieser oder jener Form bekannt. Aus heutiger Sicht erscheint diese Feststellung unglaublich bis absurd, aber damals war sie nicht vollkommen unplausibel und wurde in den 1960er und frühen 1970er Jahren auch

von westlichen Medien übernommen. Diese Feststellung gehört gewiss zu den zeitgenössisch geprägten Mythen zur DDR-Wirtschaft, die von denen unterschieden werden sollen, die erst post mortem entstanden. Die ostdeutsche Wirtschaft wurde entscheidend von der Planwirtschaft sowjetischer Typs geprägt, die sich im Zuge des Kalten Krieges ab der zweiten Hälfte der 1940er Jahre etablierte und als Alternative zum westlichen marktwirtschaftlichen System verstanden wurde. Ihre Legitimation bezog sie aus dem Anspruch, nach der historischen Erfahrung der Weltwirtschaftskrise vom Anfang der 1930er Jahre und deren Folgen Krisen, Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit verhindern zu wollen. In meinem Vortrag werde ich auf die Startbedingungen für die ostdeutsche Wirtschaft, ihre verschiedenen Entwicklungsphasen, die grundlegenden Probleme und ihre Resultate eingehen und auf einige damit in Zusammenhang stehende Mythen verweisen.

Startbedingungen

Das Gebiet der späteren Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) war bereits vor dem Krieg hoch industrialisiert. Außerdem wurde das mitteldeutsche Industriegebiet im Rahmen der nationalsozialistischen Rüstungs- und Kriegswirtschaft seit 1936 aus strategischen Gründen beträchtlich erweitert. Die Kriegszerstörungen – maximal 15 Prozent der 1944 vorhandenen industriellen Kapazitäten – waren im Durchschnitt niedriger als in den Westzonen. Aber die Landwirtschaft hatte erhebliche Verluste an Vieh zu beklagen, das Verkehrswesen und der Wohnungsbestand wiesen große Zerstörungen auf.

Zu den Startbedingungen der SBZ gehörte auch, dass sie bei wichtigen industriellen Rohstoffen und Vormaterialien fast vollständig auf Lieferungen aus anderen Teilen Deutschlands oder Importe angewiesen war. Besonders Steinkohle, Roheisen und Rohstahl fehlten in der SBZ-Wirtschaft. Lediglich Braunkohle und Kalisalz waren mehr als bedarfsdeckend vorhanden. Teile der metallverarbeitenden Industrie waren relativ stark entwickelt, jedoch in hohem Maße auf Eisen und Stahl angewiesen. In der chemischen Industrie dominierte hingegen die Herstellung von Grundprodukten, deren Weiterverarbeitung fehlte aber weitgehend. Insgesamt war die spätere SBZ bereits vor dem Krieg stärker vom innerdeutschen regionalen Handel abhängig als Westdeutschland. Je mehr sich nach dem Krieg die Beziehungen zwischen den ehemaligen Alliierten verschlechterten, die Westzonen und die SBZ sich im Kalten Krieg abzuschotten begannen und der Außenhandel der SBZ/DDR nach 1948 zunehmend auf den Ostblock umorientiert wurde, desto negativer wirkten sich diese Ungleichgewichte in der Wirtschaftsstruktur aus.

Trotz dieser Disproportionen verfügte die SBZ bei Kriegsende über ein beachtliches

Wirtschaftspotential. Dieser Teil Deutschlands hatte jedoch in den ersten Nachkriegsjahren erhebliche Lasten als Wiedergutmachung an die Sowjetunion zu tragen. Insgesamt demontierten die Sowjets in der SBZ bis 1948 rund 3 400 Betriebe. Berücksichtigt man Investitionen, Kriegszerstörungen und Abschreibungen, lag das Bruttoanlagevermögen dadurch 1948 um ein Viertel niedriger als 1936. Außerdem mussten die SBZ und Ostberlin von 1945 bis 1953 direkte und indirekte Reparationen im Wert von mindestens 14 Milliarden Dollar auf Basis von Preisen des Jahres 1938 erbringen. Diese Wiedergutmachungsleistungen an die Sowjetunion stellten für die Wirtschaft der SBZ/DDR vor allem in den ersten Nachkriegsjahren eine erhebliche Last dar, die sich erst nach und nach verringerte. 1946 wurde nahezu die Hälfte des Bruttosozialprodukts davon

beansprucht und 1953 waren es immerhin noch 13 Prozent. Die Pro-Kopf-Belastung lag damit um ein Mehrfaches höher als in den Westzonen. Die ungleich höheren Reparationsleistungen belasteten den Start der SBZ/DDR erheblich. Sie können aber nicht allein die späteren Wachstumsrückstände gegenüber der Bundesrepublik erklären, wie es ein weiterer von interessierter Seite vor allem ex post lancierter Mythos versucht. Der Rückstand in der Produktivität gegenüber der Bundesrepublik war vor allem eine Folge des Wirtschaftssystems.

Etablierung der Planwirtschaft

Die ersten Schritte zu einer verstaatlichten Wirtschaft gingen zunächst auf die von den Alliierten beschlossene Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands zurück. Auf dieser Basis wurden unmittelbar nach dem Krieg in Ostdeutschland in erheblichem Umfang die bestehenden Eigentumsverhältnisse geändert. Die Sowjets setzten diese Prozesse in Gang und von deutschen Stellen unter Führung der Kommunisten wurden sie verwirklicht beziehungsweise nicht selten noch verschärft. Als erstes nahmen sie in der Landwirtschaft eine Bodenreform – zur Beseitigung des Großgrundbesitzes und der Aufteilung des Bodens – in Angriff.

In der Industrie dagegen sollten NS-Aktivistinnen und Kriegsgewinnlern enteignet werden. Praktisch betrachtete man aber Unternehmen dann als „enteignungswürdig“, wenn sie eine bestimmte wirtschaftliche Größe hatten. In der Konsequenz wurden in der Industrie bis 1948 alle Großbetriebe und darüber hinaus weite Teile des Mittelstandes enteignet. Diese gingen formal in „Volkseigentum“ über; faktisch war damit aber Staatseigentum entstanden. In der Folgezeit wurde der staatliche Sektor weiter ausgedehnt, indem er mehr Material und vor allem mehr Investitionen zugeteilt bekam. Zugleich benachteiligte man die privaten Betriebe und wendete die volle Härte des Wirtschaftsstrafrechtes und der Steuergesetzgebung gegen sie an.



Zuhörer_innen beim Vortrag

Bereits 1948/49 gingen mehr und mehr private Unternehmer in Konkurs, andere gaben auf und nicht wenige flohen in den Westen. 1950 wurden schließlich drei Viertel der Industrieproduktion im staatlichen Sektor erzeugt, 1955 waren es mehr als vier Fünftel.

Die ersten Schritte zur Befehls- und Planwirtschaft erschienen den Sowjets vor allem notwendig, um die Reparationen sicherzustellen. Dieses Vorgehen entsprach aber auch den Ambitionen der KPD/SED, die Gesellschaft letztlich nach kommunistischen Vorstellungen umzugestalten, selbst wenn sie zuerst mit Rücksicht auf die sowjetische Deutschlandpolitik eine andere Taktik verfolgte. Darüber hinaus erschienen staatliche Interventionen in der Wirtschaft vielen Menschen nicht nur in Ostdeutschland, sondern in ganz Europa wegen der verbreiteten Not erforderlich. Zugleich verlangte der zunehmende Anteil von Staatsbetrieben deren staatliche Lenkung. Die ersten Versuche zur Wirtschaftsplanung – Produktionsbefehle und dann erste Quartalspläne – litten aber unter willkürlichen Demontagen, Reparationsforderungen und Beschlagnahmungen durch die sowjetische Besatzungsmacht, sodass die „Pläne“ wenig Wirkung entfalten konnten. Zwar konnte die Produktion zunächst relativ rasch gesteigert werden, aber in dem außergewöhnlich harten Winter 1946/47 brach sie wieder ein. Verstärkt durch eine Transportkrise sanken

schließlich Arbeitsleistungen und Produktivität. Auf diese Krise reagierten die ostdeutschen Kommunisten und die Besatzungsmacht, indem sie die Wirtschaftslenkung strafften und für die Beschäftigten mehr Leistungsanreize wirksam machten. Es wurden eine zentrale Lenkungsinstanz, die Deutsche Wirtschaftskommission, und ein hierarchischer Lenkungsapparat geschaffen. Darüber hinaus baute man die Planung aus und verlängerte mit dem Halbjahresplan 1948 und dann dem Zweijahresplan 1949/50 die Zeiträume, in denen geplant wurde. Bei Gründung der DDR 1949 bildete die Deutsche Wirtschaftskommission den Kern der Regierung. Ab November 1950 existierte schließlich mit der Staatlichen Plankommission eine Institution, die gegenüber allen anderen mit Wirtschaft befassten Institutionen eine herausgehobene Stellung hatte. Die verschiedenen Branchen der Industrie, aber auch die anderen Wirtschaftssektoren wurden nun durch eigene Ministerien verwaltet und die Großbetriebe direkt den Hauptverwaltungen der Ministerien unterstellt. Das letzte Wort auch gegenüber dieser staatlichen Wirtschaftshierarchie hatten jedoch die SED-Spitze und ihre wirtschaftspolitischen Abteilungen.

Grundlegende Probleme der Planwirtschaft

In einer solchen Wirtschaft mit überwiegend staatlichem Eigentum, das als „Volkseigentum“ legitimiert wurde, erwies es sich bereits früh als schwierig, für die Arbeiter ausreichend Anreize zur Leistungssteigerung zu etablieren. Denn formaler Besitz an Maschinen und Fabriken war kein Garant für eine höhere Arbeitsmotivation. Daher entstand ein Anreizproblem aus dem Widerspruch zwischen dem wirtschaftlich notwendigen Leistungsdruck und den Legitimationsgrundlagen des Systems. Zu Letzterem gehörte der Anspruch, Vollbeschäftigung zu sichern. Er stand jedoch einer Anwendung der Ultima ratio bei wirtschaftlich unzureichenden Ergebnissen entgegen: für den Betrieb dem Konkurs und für die Beschäftigten der Entlassung. Außerdem legitimierte die SED-Spitze ihre Herrschaft als „Arbeiter-und-Bauern-Macht“, musste gleichzeitig aber den Arbeitern als eine Art „Gesamtunternehmer“ gegenüberreten, der immer höhere Leistungen forderte. Jeder zusätzliche Leistungszwang gefährdete daher potentiell die Legitimität der SED-Macht; der Verzicht darauf tat es über den Verlust an wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit aber ebenso. Der Versuch, diesem Problem im Rahmen der beschleunigten Entwicklung zum Sozialismus 1952/53 per Dekret beizukommen, war letztlich der Auslöser für den Volksaufstand am 17. Juni 1953, der bei der SED-Spitze ein Trauma hinterließ. In der Folge agierte sie in dieser Frage mit äußerster Vorsicht und versuchte Mechanismen zu entwickeln, um so bei Betrieben und Beschäftigten über den bloßen Zwang und ideologisch verbrämten Druck hinaus höhere Leistungen zu fördern.

Neben dem Anreizproblem war für die Planwirtschaft nach sowjetischem Muster das Informationsproblem grundlegend: In Marktwirtschaften richten Unternehmen wirtschaftliche Entscheidungen an den Preisen aus, die sich idealtypisch nach Angebot und Nachfrage frei herausbilden, auch wenn deren Entwicklung nicht sicher vorhersagbar ist. Da man nun aber den wirtschaftlichen Prozess bewusst und im Voraus gestalten wollte, durften die Preise keine Quelle für Unsicherheiten mehr sein wie in einer Marktwirtschaft. Zugleich bedeutete das den Verzicht auf die Preise als unabhängige aus dem Wirtschaftsprozess selbst gewonnene Informationsquelle. Alternativ konnte die Zentrale die für die wirtschaftlichen Entscheidungen erforderlichen Informationen nur aus dem Planungsprozess gewinnen. Allerdings wurden diese in dem bürokratischen und hierarchischen Prozess durch die verschiedenen Interessen der nach- und übergeordneten Ebenen verfälscht. Deshalb und wegen der Komplexität des Wirtschaftsprozesses war es der Zentrale unmöglich, alle erforderlichen Informationen in der notwendigen Qualität zu erhalten. Sie konnte keine wirtschaftlich optimalen Entscheidungen treffen. So verwundert es nicht, dass sie sich entsprechend ihrem Führungsanspruch vornehmlich an politisch gesetzten Prioritäten orientierte. Das heißt, das Wirtschaftssystem war so gestaltet, dass es politische Entscheidungen über wirtschaftliche Belange geradezu erforderte.

Da die Betriebe bei Erfüllung der zentral gesetzten Ziele Mittel für Prämien und Investitionen aus ihrem erwirtschafteten Gewinn verwenden oder aus dem Staatshaushalt erhalten konnten, waren sie zumindest formal daran interessiert, den Plan in seinen wesentlichen Vorgaben zu erfüllen. Deshalb wollten die Betriebe und ihr Führungspersonal möglichst niedrige Planziele und hohe Ressourcenzuweisungen erhalten. Sie neigten – begünstigt durch ungenügende Kontrollmöglichkeiten – dazu, Kapazitäten und Vorräte zu verschleiern sowie Arbeitskräfte, Anlagen und Material zu horten, um für plötzliche Anforderungen und künftige Produktionssteigerungen gerüstet zu sein. Aufgrund dieser systemimmanenten Tendenz zu „weichen“ Plänen kannten die oberen Instanzen niemals vollständig die Lage und die Ressourcen der nachgeordneten Ebenen. Finanziell war das für die Betriebe kein Problem, da sie letztlich auch bei negativen wirtschaftlichen Ergebnissen vom Staat alimentiert wurden. Schon um die Vollbeschäftigung zu sichern und um die Überlegenheit des eigenen Systems gegenüber dem westlichen zu beweisen, sah sich der Staat verpflichtet, keinen seiner Betriebe in Konkurs gehen zu lassen und deren Finanzbedarf zu decken. Wegen diesem als weiche Budgetbeschränkung bezeichneten Vorgehen war Geld – jedenfalls in der binnenwirtschaftlichen Form – nie knapp, vielmehr bestimmte der unterschiedlich verteilte Mangel an materiellen Ressourcen die Grenzen wirtschaftlichen Handelns.

Außerdem war der Planungsmechanismus in den 1950er Jahren so gestaltet, dass die Betriebe vor allem dann belohnt wurden, wenn sie ihre Brutto-Produktion quantitativ erfüllt hatten. Das hatte für sie den Vorteil, brachliegende Kapazitäten und Ressourcen mobilisieren zu können, weil alle Kosten und Vorleistungen in den Wert eingingen, anhand dessen die Betriebe belohnt oder bestraft wurden. Aber schon damals regte diese Kennziffer zur Verschwendung an und qualitative Aspekte spielten meist eine nachgeordnete Rolle. Bei dieser Zielstellung erschien jede Neuerung bei den Produkten und im Fertigungsprozess als Störung, weshalb die Betriebe – von Ausnahmen abgesehen – kaum an Innovationen interessiert waren und diese eher vermieden. Das war für sie nicht problematisch, weil sie bei dem allgemeinen Mangel an Waren ihre Produkte in der Regel ohnehin absetzen konnten. Der Mangel entstand systemisch durch das nicht knapp gehaltene Geld und durch die damit zusammenhängenden allgegenwärtigen Hortungserscheinungen sowie die geringen Anreize zum sparsamen Ressourceneinsatz bei den Betrieben. Das staatliche Außenhandelsmonopol, gedacht als Schutz der Volkswirtschaft vor „Störungen“ von außen, tat das seine, denn es schottete die Betriebe von der Konkurrenz auf den Außenmärkten ab. Folge dieser Systemelemente war die systemimmanente Innovationsschwäche.

Die benannten Probleme waren den Verantwortlichen zwar bekannt, wurden aber nicht als grundlegend, sondern als „Kinderkrankheiten“ verstanden. Im Verlauf der 1950er Jahre wurde die Lösung vielmehr darin gesehen, die Planung auf alle Bereiche wirtschaftlichen Handelns auszudehnen. Die Produktion und die Investitionen standen zwar weiter im Mittelpunkt der Pläne, aber zugleich wurde die Verteilung der Arbeitskräfte und des Materials ebenso geplant wie die technische Entwicklung und der Absatz.

Bis 1950 erreichte die Wirtschaftsleistung der DDR nach westlicher Schätzung etwa zwei Drittel des Vorkriegsniveaus und des in Westdeutschland erreichten Standes. Für diesen frühen Rückstand waren mehrere Faktoren verantwortlich: erstens die Kapazitätsverluste durch Kriegszerstörungen und in größerem Umfang durch Demontagen. Zweitens sind die Reparationen aus laufender Produktion in Rechnung zu stellen, die zumindest mittel- und langfristig negativ zu Buche schlugen. Die Kosten der Etablierung der Planwirtschaft bildeten schließlich den dritten wesentlichen Faktor, der den Rückstand in der Produktivität bis 1950 verursachte. Dadurch verlor die SBZ/DDR vor allem unternehmerisches Potential und fachliche Kompetenz. Bis 1953 wurden mehr als 4 000 Industrieunternehmen, das heißt etwa jeder siebte Industriebetrieb Ostdeutschlands, in den Westen verlagert und mit ihnen die Führungs- und Fachkräfte. Dazu kam, dass die Planungsversuche lange von

realitätsfremden Annahmen, grenzenlosem Optimismus, verbreiteter Inkompetenz und zuweilen Chaos geprägt waren, was freilich als Anfangsschwierigkeiten abgetan wurde.

Formierung zur eigenen Volkswirtschaft?

Wie bereits gesehen, zerriss die Teilung Deutschlands einen historisch gewachsenen einheitlichen Wirtschaftsraum. Als sich mit dem Kalten Krieg West und Ost zunehmend wechselseitig abschotteten, wollte die SED-Spitze die Lücken in den bestehenden Fertigungsketten mit neuen Kapazitäten ergänzen. Die Richtung dieser Strukturpolitik hatten die Reparationen bereits vorgeformt. Mit dem Zweijahrplan 1949/50 und den Fünfjahrplänen der 1950er Jahre wurde sie fortgesetzt. Die SBZ/DDR-Wirtschaft sollte zu einer eigenen Volkswirtschaft geformt werden. Die Schwerpunkte in der Industrieentwicklung lagen vor allem in der Metallurgie und dem Schwermaschinenbau sowie in der Brennstoff- und Energieproduktion. Dazu wurden die Gewinne der Betriebe größtenteils zentralisiert und in den erwähnten Branchen investiert. Das ging zu Lasten vor allem der Leicht- und Lebensmittelindustrie. Als es auch infolge des forcierten Ausbaus der schwerindustriellen Basis im Juni 1953 zum Aufstand der Bevölkerung kam, wurde dieser Kurs aber nur zeitweilig korrigiert.

Während die Priorität für die Schwerindustrie prinzipiell beibehalten wurde, verschob sich im Laufe der 1950er Jahre die Strukturpolitik etwas: Ab Mitte des Jahrzehnts zogen mangelhafte Qualität und unzureichendes technisches Niveau der Erzeugnisse Absatzschwierigkeiten sowohl auf dem Binnenmarkt als auch im Außenhandel nach sich. Das allmähliche Zurückbleiben des technischen Niveaus war in erster Linie dem innovationshemmenden Charakter der Planwirtschaft geschuldet. Wenn es in Einzelfällen doch gelang, Neuerungen in die Produktion zu integrieren, dann war das in der Regel dem Engagement einzelner Wissenschaftler oder Ingenieure zu verdanken, die sich gegen die systemischen Hindernisse durchsetzten. Darüber hinaus zeigte die Orientierung des Außenhandels auf den Ostblock die entsprechende Wirkung: Die Nachfrage von dort und insbesondere aus der Sowjetunion war vor allem auf einfache und robuste Produkte gerichtet. Nicht zuletzt behinderte aber auch der Kalte Krieg die technische Entwicklung: Die Embargopolitik des Westens verhinderte den notwendigen Informationsfluss ebenso wie die vom Osten selbst betriebene Abschottung.

In der Konsequenz wollte die SED-Spitze den technischen Fortschritt stärker entwickeln. Daraufhin erhielten einige modernere Branchen, wie der Werkzeugmaschinenbau, die Produktion Steuer- und Automatisierungstechnik und nachfolgend



Matthias Eisel, Prof. Dr. André Steiner

auch die elektronische Industrie, mehr Mittel zugewiesen. Vor allem wurde nun mit einem 1958 unter dem Slogan „Chemie gibt Brot – Wohlstand – Schönheit“ verabschiedeten Programm die chemische Industrie stärker gefördert, um einerseits auf der Grundlage sowjetischer Erdöllieferungen die Petrochemie aufzubauen und andererseits aber die traditionelle, international sich bereits im Rückgang befindliche Kohlechemie auszubauen. Jedoch überforderten die verschiedenen Investitionsschwerpunkte die Möglichkeiten des Maschinen- und Anlagenbaus sowie des Bauwesens.

Trotzdem blieben die Sektoren der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien strukturbeherrschend. Damit waren aber Produktivitäts- und Wachstumsverluste verbunden und der Rückstand von einem Drittel gegenüber der Bundesrepublik verringerte sich zumindest nicht. Der private Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung lag aber 1958 immer noch unter dem Vorkriegsniveau und erreichte etwa die Hälfte des westdeutschen Konsums. Der Konsum blieb hinter dem westdeutschen Niveau also weiter zurück als die Wirtschaftsleistung, was die Verteilungsprioritäten in der DDR während der 1950er Jahre aufzeigt.

Dieser relativ niedrige Lebensstandard war aber nur ein Grund dafür, dass viele Menschen aus der DDR in den Westen flohen. Angesichts mangelhafter Arbeitsor-

ganisation und diskontinuierlicher Produktion wegen wirtschaftlicher Engpässe wollten viele auch einfach nur wieder „geordnet arbeiten“. Hinzu kamen Willkür und politische Repression, die die „Republikflucht“ vorantrieben. Bis Anfang der 1960er Jahre verlor die DDR etwa 15 Prozent der Bevölkerung, die 1950 dort gelebt hatte. Es waren vor allem jüngere und hochqualifizierte Menschen, die das Land verließen. Die andauernde Flucht der Menschen aus der DDR war aber nicht nur eine Konsequenz des Rückstandes zum westdeutschen Gegenpart, sondern vergrößerte diesen tendenziell noch, da das menschliche Leistungsvermögen, das dem Osten verloren ging, dem Westen zugutekam.

Um diesen Rückstand endlich zu schließen, verkündete SED-Chef Walter Ulbricht Mitte 1958 die „ökonomische Hauptaufgabe“, wonach bis 1961 der Pro-Kopf-Verbrauch der DDR-Bevölkerung bei „allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland“ erreichen und übertreffen soll. Grundlage des sich darin äußernden Optimismus war der Glaube an die Potenziale des Sozialismus, die sich am deutlichsten im Oktober 1957 in dem ersten künstlichen Erdsatelliten – dem sowjetischen „Sputnik“ – zu realisieren schienen. Zudem hatten sich die eigenen Wirtschaftsergebnisse verbessert, während die Bundesrepublik eine konjunkturelle Zwischenschwäche erlebte. Diese wurde als Beginn einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise interpretiert, was das Überholen erleichtert hätte. Außerdem rechnete die SED-Spitze mit erheblichen Hilfen aus der Sowjetunion. Zur eigenen Absicherung des steigenden Verbrauches sollte unter anderem die Landwirtschaft weiter kollektiviert werden, weil man eine höhere Produktivität des sozialistischen Eigentums unterstellte und die sozialistischen Produktionsverhältnisse durchsetzen wollte. In der Folge flohen immer mehr Bauern in den Westen. 1961 musste – verstärkt durch ungünstige Witterung – eine Missernte hingenommen werden.

Aber nicht nur darauf war das Scheitern der „ökonomischen Hauptaufgabe“ zurückzuführen. Die Sowjetunion hatte nie die Einfuhren zugesagt, die für die Realisierung der Aufgabe erforderlich gewesen wären. Zudem fielen vertraglich gebundene Lieferungen aus dem Ostblock ebenso aus wie aus der Bundesrepublik oder trafen nur verzögert ein. Die Drohung der Bundesregierung im September 1960, zum Jahresende das Abkommen über den innerdeutschen Handel zu kündigen, verschärfte die Lage weiter. In der Folge blieb die Produktion immer stärker hinter den Plänen zurück, was die Versorgung der Betriebe und der Bevölkerung weiter verschlechterte. Das verstärkte deren Unmut und forcierte die Fluchtbewegung, die wiederum durch die sinkende Zahl der Beschäftigten die Lage weiter verschlimmerte. Es war ein Teufelskreis, aus dem es ökonomisch keinen für die SED-Spitze prakti-

kablen Ausweg gab, sodass sie eine politische Lösung suchte: Der Bau der Berliner Mauer im August 1961 unterband die massenhafte „Abstimmung mit den Füßen“ gewaltsam. Damit gestand die SED-Spitze faktisch ein, dass die in der DDR praktizierte Planwirtschaft als offene Volkswirtschaft nicht existenzfähig war, weil die versprochenen Wohlstandsgewinne so nicht zu erbringen waren.

Aufbruch auf neuer Grundlage?

Die Mauer löste die wirtschaftlichen Probleme nicht. Jedoch versuchten die Herrschenden in ihrem Schutz zunächst kurzfristig orientierte Lösungen für die Wirtschaftskrise. Eines ihrer Vorhaben war die bereits seit der Jahreswende 1960/61 betriebene „Störfreimachung“ der DDR-Wirtschaft, mit der die Importabhängigkeit von der Bundesrepublik und anderen NATO-Staaten reduziert werden sollte. Dergleichen war nicht neu, wurde jetzt aber zum Programm. Die Drohung der Bundesregierung, den Vertrag über den innerdeutschen Handel zu kündigen, hatte den Verantwortlichen in Ostberlin und in Moskau vor Augen geführt, in welchem Maße der Westen seine Lieferungen politisch instrumentalisieren konnte. Mit der Aktion tendierte man noch stärker dazu, sich von den Weltmärkten abzuschotten. Außerdem ersetzten oft Produkte aus eigener Herstellung mit geringerer Qualität Importe aus dem Westen, was dem technischen Niveau der Produktion noch weiter abträglich war.

Den Schutz der Mauer nutzte die SED-Spitze aber auch dazu, die Leistungsforderungen an die Beschäftigten zu erhöhen – was bei offener Grenze kaum durchsetzbar gewesen wäre. Mit einer Kampagne zur Anhebung der Arbeitsnormen sollte die Diskrepanz zwischen der Produktivitäts- und der Lohnentwicklung beseitigt werden. Das führte zu beträchtlicher Erbitterung bei den Arbeitern und die Zahl der Streiks nahm 1962 zu. Zwar gelang es kurzfristig, die Produktivität stärker zu steigern als den Durchschnittslohn, aber bereits mittelfristig herrschten wieder die alten Verhältnisse. Auch diese Aktion demonstrierte der SED-Spitze, dass durchgreifende Veränderungen, eben eine Wirtschaftsreform, erforderlich waren, um das eigene System attraktiv zu machen.

Die Reform wurde 1963 nach langen Diskussionen und Experimenten in Gang gesetzt und zunächst als „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖS) bezeichnet. Mit ihr sollten die Volkswirtschaft modernisiert und die Produktivität gesteigert werden. Vor allem wollte man sich als konkurrenzfähige Alternative zum Westen präsentieren. Dazu sollte den Branchenleitungen und Betrieben mehr Eigenverantwortung gegeben werden, die Pläne hatten sich auf wichtige Eckdaten und mittelfristige Vorgaben zu konzentrieren. Die wirtschaft-



Blick in den Veranstaltungssaal

lichen Anreize waren so zu gestalten, dass sie die Interessen der Branchen und Betriebe förderten, die mit denen der Zentrale übereinstimmten. Dabei rückte der Gewinn jetzt in den Mittelpunkt und sollte den Kern eines „Systems ökonomischer Hebel“ bilden. Weiter hatten die Branchen und Betriebe die ihnen zur Verfügung stehenden Geldmittel, insbesondere die Investitionen, stärker selbst zu erwirtschaften, womit man die ineffiziente Verwendung einschränken und das Problem der weichen Budgetbeschränkung entschärfen wollte. Zudem wurde eine Art „Kapitalzins“ für die Betriebe eingeführt, mit dem sie gezwungen werden sollten, einen Mindestgewinn zu erwirtschaften und Kapazitätsreserven zu verringern. Auf diesem Weg versuchten die Reformer, marktwirtschaftliche Mechanismen zu simulieren, ohne die Grundlagen einer Marktwirtschaft einzuführen. Das musste neue Inkonsistenzen und Widersprüche nach sich ziehen. Letztlich blieb der Plan auch das entscheidende Lenkungsinstrument. Zudem wurde weder die Dominanz des „Volkseigentums“ noch die Macht der Partei infrage gestellt.

Da die Reform außerdem schrittweise eingeführt wurde, wirkten alte und neue Regelungen nebeneinander, was erhebliche Reibungsverluste in der Umsetzung nach sich zog. So nutzten die Branchen und Betriebe die neuen „Freiheiten“, um ihre

Interessen zu verfolgen, die aber oft gesamtwirtschaftlich nicht effizient waren. Diverse Anbieter nutzten ihre „Monopolstellung“ dazu, Preiszuschläge allein dafür durchzusetzen, dass sie innerhalb bestimmter Fristen lieferten. Auf diese und andere Probleme, die sich relativ schnell zeigten, reagierte die Zentrale, indem sie ab 1965 wieder vermehrt „von oben“ in die Planung und das Wirtschaftsgeschehen eingriff. Darüber hinaus machte die Sowjetunion 1964/65 aufgrund eigener Wirtschaftsprobleme ihre Interessen stärker geltend: Lieferungen landwirtschaftlicher Produkte wurden gekürzt, steigende Rohstofflieferungen machte sie zunehmend von Gegenleistungen abhängig. Die ausbleibenden Güter mussten nun aus dem Westen importiert werden. Dies und die weiter ungenügende Konkurrenzfähigkeit der DDR-Produkte auf den internationalen Märkten verschlechterten die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Reform. In Relation zu den Erwartungen fielen also die greifbaren Resultate der Reform bis Mitte der 1960er Jahre gering bzw. ambivalent aus. In der Industrie, wo die Umgestaltung am weitesten vorangetrieben worden war, verbesserten sich zwar die Zuwachsraten von Produktion und Produktivität nach dem Reformbeginn stetig, aber das war weniger deren Folge. Die Betriebe horten weiter Ressourcen. Auch in der Innovationstätigkeit blieben die Resultate ambivalent: Die Betriebe bemühten sich nunmehr um die Erneuerung ihrer Produktion, aber für eine Modernisierung der Volkswirtschaft reichte das keinesfalls.

Infolge der mäßigen Ergebnisse der Reform gerieten ihre Protagonisten unter Rechtfertigungsdruck. Die daraus resultierenden Diskussionen führten schließlich 1967/68 zu einer Veränderung des Reformkonzepts, das nun als „Ökonomisches System des Sozialismus“ firmierte. Die neuen Überlegungen zielten darauf, eine eng begrenzte Zahl grundlegender Innovationen und Strukturveränderungen zentral zu lenken: Diese sollten die strategische Basis für den technologischen Wandel, die sogenannte wissenschaftlich-technische Revolution bilden: die modernen Sektoren der Chemie und des Maschinenbaus, die Elektronik und den Bau von EDV-Anlagen sowie die Automatisierung der Volkswirtschaft. Diese Prozesse sollten durch eine zentrale „strukturbestimmende Planung“ vorangetrieben, gelenkt und mit Priorität behandelt werden; mit anderen Worten, diesen Bereichen waren vorrangig Ressourcen und Geld zuzuweisen. Den Teilen der Wirtschaft, die nicht dem zentralen Zugriff dieser „strukturbestimmenden Planung“ unterlagen, sollte mit der gesamtwirtschaftlichen Planung ein Rahmen gesetzt werden, in dem die Betriebe ihre wirtschaftliche Tätigkeit über marktähnliche Beziehungen, aber gemäß den zentralen Vorgaben selbst organisierten. Die Masse der Betriebe sollte also mehr Raum für Eigenständigkeit erhalten. Damit waren zentrale und nachgeordnete Kompetenz auszubalancieren.

Bei einem solchen Mechanismus hatten die nachgeordneten Wirtschaftseinheiten ein Interesse daran, dass ihre Produkte und Investitionen bevorzugt behandelt wurden. Diesem Druck konnten sich die übergeordneten Lenkungsinstanzen nicht entziehen, zumal sie auch selbst davon profitierten. Zugleich verlangte Ulbricht im letzten Drittel der 1960er Jahre mit der Formel „Überholen ohne einzuholen“ „Höchstleistungen“ im Systemwettbewerb. Damit wurden die Vorstellungen über einen möglichen starken Entwicklungsschub auch immer radikaler. Das war eine Folge des Erfolgsdrucks, unter dem die SED stand, denn sie wollte einerseits nach dem „Prager Frühling“ der Sowjetspitze die Leistungsfähigkeit der DDR-Volkswirtschaft und das Funktionieren der DDR-Reformen vor Augen führen. Zudem schien es in den deutsch-deutschen Beziehungen Bewegung zu geben. Dafür wollte man eine prosperierende Wirtschaft vorzuweisen haben.

Der Ressourcen Hunger der Wirtschaftseinheiten und der Wachstumsfetischismus der Zentrale ergänzten sich und führten dazu, dass der Gesamtumfang der als wichtig erachteten Vorhaben immer mehr zunahm und das volkswirtschaftliche Potenzial überfordert wurde. Das beschränkte die Mittel für den Teil der Wirtschaft, der nicht von der „strukturbestimmenden Planung“ erfasst wurde. Zudem ließen die unzureichenden Entscheidungsgrundlagen keine optimale Allokation der eingesetzten Ressourcen zu. Deshalb erachtete es die Zentrale zunehmend als erforderlich, in die gesamte Wirtschaft wieder direkt einzugreifen. So begann sich die ursprünglich zumindest partiell auf Dezentralisierung und Eigenverantwortung der Teilsysteme zielende Reform selbst zu blockieren. Das zeigte sich darin, dass 1970 die in den beiden Vorjahren in der Industrie erzielten hohen Zuwachsraten der Produktion und Produktivität wieder zurückgingen. Zudem waren mit der forcierten Strukturpolitik die Produzenten von Vorleistungen und Energie „planmäßig“ mit zu wenigen Investitionen bedacht worden. Der besonders harte Winter 1969/70 tat sein Übriges, warf die Produktion zurück und störte Verkehr und Energieversorgung. Insgesamt zeigte sich diese neuerliche Krise Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre vor allem in fehlenden Vorleistungen und der sich sichtbar verschlechternden Versorgung der Bevölkerung.

Trotz aller Schwierigkeiten und Inkonsistenzen konnten in den 1960er Jahren die Wirtschaftsergebnisse verbessert werden, aber es war auch mit der Reform nicht gelungen, die Wirtschaft durchgängig zu modernisieren. Die Zunahme der Wirtschaftsleistung war in erster Linie auf die seit 1963 zunehmenden Investitionen zurückzuführen, die zugleich einen höheren Ertrag erbrachten. Auch die Lebensverhältnisse der Bevölkerung hatten sich im Laufe der 1960er Jahre grundlegend verbessert, selbst wenn das Angebot an Konsumgütern nach wie vor dem Be-

darf hinterherhinkte: Die Einkommen stiegen, die Ausstattung der Haushalte mit technischen Konsumgütern nahm rasch zu und auch die Fünf-Tage-Arbeitswoche wurde realisiert. Dies und der mit der Wirtschaftsreform demonstrierte Veränderungswille der SED-Spitze waren wohl die Ursachen dafür, dass die Erinnerungen an die 1960er Jahre in der DDR eher positiv sind. In dieser Zeit entstand auch der eingangs erwähnte Mythos von der DDR als einer der zehn größten Industrienächte, der auf fragwürdigen Interpretationen einer UNO-Statistik beruhte und wohl im SED-Propagandaapparat entstanden war. In der staatlichen DDR-Statistikbehörde wurde die Veröffentlichung dieser Angabe mit großem Misstrauen betrachtet, da man dazu selbst bis dahin keine eigenen Berechnungen angestellt hatte und diese Publikation nicht plausibel erschien. In der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (SZS) ging man von einer „krassen Überbewertung der Industrieproduktion der DDR“ aus. Bei den eigenen Berechnungen kam man für Ende der 1960er Jahre aber doch auf den neunten bzw. zehnten Platz, was damals nicht vollkommen unplausibel war. In den 1970er und 1980er Jahren wiesen die SZS-Berechnungen der DDR einen sich stetig bis auf den 15. Platz verschlechternden Rang zu, wo Zweifel, ob dies zutraf, schon eher berechtigt waren.

Politik auf Kosten der Wirtschaftssubstanz

Die Ulbricht'sche Wachstums- und Technologieoffensive der späten 1960er Jahre hatte also in eine Wachstumskrise geführt, die zugleich eine Versorgungskrise war, da mit der forcierten Entwicklung der Hochtechnologiebereiche die konsumnahen Wirtschaftssektoren vernachlässigt worden waren. Ähnlich wie in anderen Ostblockländern entschloss sich die SED-Spitze nach den wenig erfolgreichen Reformen und den blutig niedergeschlagenen Arbeiterunruhen in Polen im Dezember 1970 zu einem Schwenk in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Unter dem neuen SED-Chef Erich Honecker verfolgte die SED nun anstelle des Modernisierungskurses eine Beschwichtigungspolitik, um ihre Macht zu sichern: Die Arbeiter waren mit besserer Versorgung zu stabilen Preisen und einer ausgeweiteten Sozialpolitik zu befrieden und dadurch wiederum zu höheren Leistungen zu motivieren, ohne dass entsprechende wirtschaftliche Anreize gesetzt wurden.

Zugleich wurde die Planung nach der Reform wieder stärker zentralistisch und direkt ausgerichtet. Erst in den 1980er Jahren rang sich die SED-Spitze dazu durch, wieder mit einzelnen stärker finanzwirtschaftlich orientierten Elementen und Instrumenten zu arbeiten, die in der Wirtschaftsreform bereits diskutiert oder angewendet worden waren. Jedoch wurde der Gesamtcharakter des Wirtschaftsmechanismus nicht entsprechend geändert, weshalb diese Versatzstücke keinen

durchgreifenden Effekt entfalten konnten. Mit dieser Zentralisierung des Lenkungsmechanismus verstärkte sich aber auch dessen Inflexibilität wieder. Das wurde noch verstärkt, indem zum einen 1972 die verbliebenen privaten und halbstaatlichen, meist kleineren und mittleren Unternehmen verstaatlicht wurden. Zum anderen konzentrierte man Ende der 1970er Jahre die Industriebetriebe durchgängig in Kombinat. Das war teilweise sinnvoll, teils geschah das auch rein technokratisch. Jedoch wurden bewusst Monopole geschaffen und alles ausgeschaltet, was zwischen den Kombinat Wettbewerb oder Konkurrenz hätte nach sich ziehen können. In der Konsequenz konnten diese die Lieferbedingungen diktieren. Innovationen blieben ebenso auf der Strecke wie die Qualität der Produkte. In ähnlicher Weise wurde auch in der Landwirtschaft, nach deren Konsolidierung in den 1960er Jahren, der Konzentrationsprozess vorangetrieben.

Die wirtschaftliche Lage konnte zwar im ersten Drittel der 1970er Jahre stabilisiert werden, aber schon dafür waren zusätzliche Importe erforderlich. Das Konsum- und Sozialpolitik-Programm beanspruchte weitere umfangreiche Mittel und Einfuhren. Da die DDR-Produkte auf den Weltmärkten noch immer ungenügend wettbewerbsfähig waren, konnten die Exporte nicht so gesteigert werden, dass ihre Erlöse diese Importe hätten finanzieren können. Vor der dahinter stehenden Diskrepanz zwischen den politischen Vorgaben und den ökonomischen Möglichkeiten warnten die Wirtschaftsverantwortlichen wiederholt, aber Honecker setzte sich darüber hinweg. Die ausgeweiteten Konsumausgaben beschränkten auch die Gelder, die für die Entwicklung von Wissenschaft und Technik bereitgestellt werden konnten. Der Abbruch einer Reihe von innovativen Entwicklungen vergrößerte den ohnehin bestehenden technologischen Rückstand der eigenen Produkte gegenüber der internationalen Entwicklung. Die daraus erwachsenden Absatzprobleme im Export waren ein wesentlicher Grund dafür, dass abermals nach Wegen gesucht wurde, die technologische Lücke zum Westen zu verringern.

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wurde ein Programm zur forcierten Entwicklung der Mikroelektronik in Gang gesetzt, das angesichts des (allerdings nur beschränkt wirksamen) westlichen Technologieboykotts erforderlich erschien. Aber es verschlang einen erheblichen Teil der Investitionsmittel, und die letztlich produzierten Speicherschaltkreise hinkten dem internationalen Stand nicht nur zeitlich hinterher, sondern waren gemessen an den Weltmarktpreisen immens teuer. Mit solchen Programmen – zu erwähnen wäre hier auch das PKW-Programm in den 1980er Jahren oder das eher sozialpolitisch motivierte, in seinen Ergebnissen aber ambivalente Wohnungsbauprogramm – wurden die systembedingten Innovationshemmnisse nicht nur nicht ausgeräumt, sondern im Gegenteil in den nicht geförder-

ten Teilbereichen sogar verstärkt. Bereits diese binnenwirtschaftlichen Ziele – Ausweitung des Konsums und der sozialpolitischen Ausgaben sowie die Modernisierung an ausgewählten Punkten – überforderte die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten, was wiederum tendenziell die Verschuldung anheben musste.

Außerdem änderten sich in den 1970er Jahren die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Auch die DDR war – zwar verzögert durch die Prinzipien der RGW-Preisbildung – von den auf den Weltmärkten explodierenden Rohstoffpreisen betroffen und es verengten sich die wirtschaftlichen Spielräume. Da die steigenden Kosten für die Rohstoffe nicht an die Bürger weitergegeben, die soziale Befriedungspolitik fortgesetzt und der technologische Fortschritt für die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft vorangetrieben werden sollten, ohne zusätzliche Exportkraft zu mobilisieren, musste die Verschuldung weiter zunehmen. Als Ende der 1970er Jahre weltweit die Zinsen stiegen und sich die Rohstoffpreise abermals vervielfachten, verschärfte sich dieses Problem. Zudem stand auch die Sowjetunion zunehmend wirtschaftlich und politisch unter Druck, sodass von ihr ökonomisch immer weniger Unterstützung zu erwarten war. Als sich Polen zahlungsunfähig erklärte, sich die West-Ost-Beziehungen wieder verschärfen und der Westen de facto einen Kredit-Boykott gegen den Ostblock verhängte, wurde auch die DDR von der Realität eingeholt. Anfang der 1980er Jahre fand sie sich in einer Verschuldungsfalle wieder.

Schließlich half ihr die Bundesrepublik mit den bekannten Milliardenkrediten und einigen anderen Tricks da heraus. In der ersten Hälfte der 1980er Jahre baute die DDR ihre Verbindlichkeiten im Westen ab, aber das geschah auf Kosten der wirtschaftlichen Substanz, da an dem Konsum- und Sozialprogramm trotz der veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen festgehalten wurde. Die DDR reduzierte ihre Importe aus dem Westen und forcierte die Exporte um jeden Preis – „Liquidität geht vor Rentabilität“. Mit den so erzielten Handelsbilanzüberschüssen wurden aber dem Binnenmarkt Investitions- und Konsumgüter sowie Lebensmittel entzogen. Zudem führten der Devisenerwirtschaftung dienende Geschäfte mit sowjetischem Erdöl dazu, dass die einheimische Braunkohle wieder stärker genutzt und die Umwelt mehr belastet wurde. Da sich die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre erneut änderten, waren nun auch diese Erdölgeschäfte nicht mehr erfolgreich.

Durch ein anderes Warenangebot waren die sinkenden Erträge beim Verkauf von Erdölprodukten nicht zu ersetzen. Der Maschinenbau ebenso wie die Elektrotechnik/Elektronik waren – abgesehen von den Bereichen, die das Mikroelektronik-Programm erfasste – unzureichend mit Investitionen bedacht worden. Das führte zu wachsendem Verschleiß der Anlagen und schließlich zu weiter sinkender Welt-

marktfähigkeit der Produkte, die oft nur im Ostblock abzusetzen waren. Die Rückstände in der Produktivität nahmen zu, die relativen Fertigungskosten stiegen, was sich in sinkenden Devisenerlösen widerspiegelte. Für eine im Inland aufgewendete Mark erzielte die DDR mit ihren Gütern im Westexport bereits 1980 lediglich 0,45 Valutamark und 1988 nur noch 0,25 Valutamark. Damit basierten alle Pläne, die Schulden umfassend zu senken, auf unrealistischen Grundlagen.

Der unzureichende technologische Fortschritt und ungenügende Effizienz zogen nach sich, dass die Wachstumsraten zurückgingen. Deshalb traten drei Ausgabenpositionen stärker in Konkurrenz: die erforderlichen Investitionen, die Aufwendungen für den Lebensstandard der Bevölkerung sowie der Schuldendienst für die im Westen aufgenommenen Kredite. Um die (scheinbare) politische Stabilität der DDR nicht zu gefährden, sollte es vermieden werden, den Lebensstandard zu senken. Der Schuldendienst war ebenso auf jeden Fall zu bedienen, da nur so die weitere Kreditfähigkeit des Landes gewährleistet war. Deshalb mussten letztlich die Investitionen auf der Strecke bleiben – auch um den Preis, damit das Wachstumspotenzial der Zukunft (weiter) zu untergraben. Zwischen 1982 und 1986 lagen die Investitionen sogar absolut unter dem Niveau des Jahres 1981. Der Verschleißgrad des Anlagevermögens in der Industrie erhöhte sich bis 1988 auf nahezu 50 Prozent. In den anderen Wirtschaftsbereichen, wie dem Bau- oder dem Transportwesen, sah die Lage noch dramatischer aus.

Zu den benachteiligten Bereichen der Volkswirtschaft gehörte insbesondere die Konsumgüterindustrie. Das beschränkte das Konsumgüterangebot. Es konnte auch nicht durch den weiteren Import solcher Waren verbessert werden, da dem die ohnehin schon hohe Verschuldung im Westen Grenzen setzte. Aus diesem Grund konnte zwar der Bedarf an Nahrungsmitteln im Großen und Ganzen gesichert werden, aber temporäre und lokale „Versorgungslücken“ waren empfindlich spürbar. Gleichwohl fehlten auch in diesem Segment, aber mehr noch bei technischen langlebigen Konsumgütern qualitativ hochwertige Angebote. Neue und zunehmende Ansprüche der nachwachsenden Generationen konnten und sollten nicht befriedigt werden. Bei schnell weiter wachsenden Einkommen der Bevölkerung führte das zu einem zunehmenden „Kaufkraftüberhang“, während zugleich die Subventionen für den Grundbedarf aus dem Staatshaushalt stark anstiegen. Das unzureichende Konsumangebot ließ die Bevölkerung immer unzufriedener werden. Sie behelf sich mit dem Naturaltausch von knappen Waren oder Dienstleistungen. Zudem stieg der Stellenwert der D-Mark als Austauschmittel. Dies war ein Indikator für den Verlust an Vertrauen in die DDR-Währung und dokumentierte, dass die SED-Spitze das wirtschaftliche Verhalten der Bürger immer weniger kontrollieren konnte. Es war

aber auch Ausdruck des ökonomischen, ideologischen und moralischen Versagens des Systems.

Ebenso deutlich machte es die innere und äußere Verschuldung des Staates, mit der die verschiedenen Anforderungen bewältigt werden sollte. Nach innen beruhte der Staatshaushalt 1988 zu mehr als der Hälfte auf Schulden, für die vor allem die Sparguthaben der Bevölkerung und Mittel der staatlichen Betriebe herangezogen wurden. Gegenüber dem westlichen Ausland wies die Zahlungsbilanz der DDR zur Zeit des Mauerfalls ein Defizit von etwa 10,8 Mrd. Dollar auf. Dabei belief sich die politisch relevante Verschuldung in konvertiblen Devisen auf 8,2 Mrd. Dollar. Das entsprach 175 Prozent der Exporte, die 1989 in westliche Industrieländer (ohne innerdeutschen Handel) getätigt wurden, und etwa einem Fünftel des im gleichen Jahr erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts. Diese Größenordnung war rein quantitativ betrachtet durchaus beherrschbar. Insofern war die DDR im engeren Sinne (noch) nicht „pleite“, was einen weiteren Mythos darstellt, der bereits zeitgenössisch, aber auch ex post verbreitet wurde und wird. Problematisch war es, dass bereits in den zurückliegenden Jahren erhebliche Schwierigkeiten aufgetreten waren, die erforderlichen Exporte in westliche Länder zu gewährleisten, da sich die internationale Konkurrenzfähigkeit der eigenen Produkte mehr und mehr verschlechtert hatte. Und mehr noch: Es war abzusehen, dass die Produktpalette der DDR in Zukunft auf westlichen Märkten weiter an Konkurrenzfähigkeit verlieren würde. Aufgrund dieser Entwicklungstendenz war abzusehen, dass es der DDR immer schwerer gefallen wäre, die für den Schuldendienst erforderlichen Devisen zu erwirtschaften.

Die Produktivität in Ostdeutschland erreichte im Jahr 1989 schließlich nur etwa ein Drittel der westdeutschen. Diese offensichtliche Diskrepanz in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und ebenso dem Konsumniveau trug wesentlich zur Erosion der SED-Herrschaft bei. Die Auszehrung der wirtschaftlichen Substanz und die für die Bevölkerung mit Händen zu greifenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten trugen ihren Teil zur Massenausreise und zum Massenaufbruch des Sommers/Herbstes 1989 bei, die schließlich zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft führten. Nach dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 wurde aus der bis dahin eher geschlossenen eine offene Volkswirtschaft, die ihre (relative) Eigenständigkeit mehr und mehr verlor. Eine letzte Frage – vielleicht für die anschließende Diskussion – wäre, wieso das System überhaupt so lange gehalten hat.

Diskussion

Matthias Eisel: Vielen herzlichen Dank, Herr Professor Steiner, Sie haben uns die Grundlagen für diese beiden Tage geliefert, vielen Dank für diesen sehr umfassen-

den Vortrag! Für die Diskussion hat Herr Professor Steiner eine Frage gleich selbst geliefert, zunächst aber bitte Ihre Fragen.

Frage aus dem Publikum: Ich bin Bürgerberater bei der Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen in Magdeburg. Aus den Gesprächen dort und Ihrem Vortrag würde ich gern zwei Fragen herausdestillieren. Die erste Frage: Lässt sich quantifizieren, wie sich die Wanderungsbewegungen in den 1940ern und 1950ern ausgewirkt haben? Die zweite Frage: Hatte es ein System, dass man gegen diese Hortungen in den großen Betrieben, die ja dem Austausch gedient haben, punktuell mit Schauprozessen vorgegangen ist. Also indem man Betriebsleiter provozierte, sich durch sogenannte Veruntreuungen durch Warenhortung kriminell zu verhalten, und sie punktuell verurteilte?

Prof. Dr. André Steiner: Die Auswirkungen der sogenannten Republikflucht in den 1950ern wurden schon von der DDR versucht zu berechnen. Die Plankommission hat das gemacht, indem sie den geflohenen Beschäftigten die durchschnittliche Produktivität unterstellte und daraus den entstandenen Produktionsausfall berechnete. Nach Abzug von Vorleistungen und dem erwarteten Konsum der Geflohenen ergaben sich daraus die angenommenen volkswirtschaftlichen Verluste, zu denen wiederum noch die Ausbildungskosten addiert wurden. Zuzüglich der Produktionsverluste durch die sogenannten Grenzgänger wurden auf diese Weise für den Zeitraum bis 1961 Verluste von etwa 63 Mrd. DDR-Mark ermittelt, was etwa 90 Prozent des DDR-Nationaleinkommens des Jahres 1961 entsprach. Diese Berechnungen wurden in den 1960ern in Vorbereitung auf zukünftige deutsch-deutsche Gespräche angestellt. Dort wollte man der Bundesrepublik eine Rechnung präsentieren, was dieser Verlust an Menschen die DDR gekostet habe und was die Bundesrepublik dann unter Umständen bezahlen müsse. Diese Rechnung bezog auch die Reparationen und Weiteres ein. Natürlich kann man versuchen, den Verlust mit der durchschnittlichen Produktivität zu berechnen, aber das Problem ist zum einen, dass immer nur ein Wert in DDR-Mark herauskommt, der sich nur eingeschränkt in D-Mark angeben lässt. Zum andern stellt sich die Frage, ob die Geflohenen tatsächlich so produktiv gewesen wären. Insgesamt beruhen diese Berechnungen also auf ziemlich vielen fiktiven Annahmen, insofern habe ich meine Zweifel, ob so eine Berechnung ex post zielführend wäre.

Zur Frage der Schauprozesse: Vor allem in den späten 1940ern, frühen 1950ern gab es eine Welle von Schauprozessen, in denen Privatunternehmer diskreditiert werden sollten und die schließlich oft auch dazu führte, dass deren Betriebe enteignet wurden. Später nahm diese Form der Repression ab. Es sind aber einzelne Fälle aus den 1970ern, 1980ern bekannt und dokumentiert, in denen Wirtschaftsfunktionäre



Fragen aus dem Publikum

konstruierter wirtschaftlicher Delikte beschuldigt wurden. Dort wurde offenbar versucht, deren Umgebung einzuschüchtern. Allerdings ist nach meinem Wissen bisher meist unklar, wie es jeweils zu diesen Fällen kam, eben weil sie vereinzelt auftraten. Ob das nun am besonderen Geltungsstreben eines Stasi-Offiziers lag oder ob es zustande kann, weil jemand im wirtschaftlichen Lenkungsapparat jemand anderen anschwärzen wollte – das ist bisher nicht systematisch untersucht worden.

Frage aus dem Publikum: Ich möchte gern auf einen Aspekt hinweisen, der mir in Ihren Ausführungen fehlte, nämlich die katastrophale Umweltsituation in vielen Gegenden. Ich komme aus Pirna. Hier gibt es drei staatliche Großbetriebe, die diese Stadt in ein Drecknest verwandelten. Pirna war bei bestimmten Wetterlagen besonders schlimm dran, wenn die giftigen Gase des Zellstoffwerks oder des Kunstseidenwerks über die Stadt zogen und die Leute die Nase zuhalten ließ. Dieser Aspekt, dass die Wirtschaft nicht in der Lage war, den Anforderungen an den Umweltschutz nachzukommen, gehört auch mit dazu.

Prof. Dr. André Steiner: Ich hatte im Zusammenhang mit der kritischen Situation in den 1980er Jahren erwähnt, dass in dem Maße, wie die Energieproduktion und die chemische Industrie wieder auf Braunkohle umgestellt wurde, weil man das Erdöl für andere Zwecke benutzen wollte, sich die Umweltsituation drastisch verschlechterte. Man muss natürlich darauf verweisen, dass die DDR Ende der 1960er,

Anfang der 1970er eines der ersten Länder in Europa war, das Umweltgesetze verabschiedete und entsprechende Institutionen schuf. Allerdings wurden diese Vorgaben aus wirtschaftlichen Zwängen heraus kaum umgesetzt, das war genau das Problem. Für entsprechende Umrüstungen und andere Maßnahmen wurden einfach keine Investitionsmittel zur Verfügung gestellt. Auch in diesem Fall blieb die Wirklichkeit hinter dem eigenen, sogar gesetzlich formulierten Anspruch zurück.

Frage aus dem Publikum: Ich habe eine Frage zu den bewaffneten Organen. Es gab ja für die kleine DDR eine ziemlich große Armee, dazu die Betriebskampfgruppen mit 300 000 Mann und die Staatssicherheit. Alle waren bewaffnet, darunter überwiegend junge Leute. Alle mussten monatlich ihr Geld bekommen. Haben diese hohen Kosten nicht insgesamt auch zum Niedergang der Wirtschaft mit beigetragen?

Prof. Dr. André Steiner: Ich habe die Anteile mal berechnet: Für die bewaffneten Organe – also MfS, Polizei und NVA – wurden Ende der 1960er Jahre knapp 15 Prozent der Staatshaushaltsausgaben ausgegeben. In dem nachfolgenden Jahrzehnt sank dieser Anteil bis auf reichlich 10 Prozent und in den 1980er Jahren fiel er dann angesichts der sich verengenden finanziellen Spielräume unter diese Marke. Das war durchaus ein erklecklicher Teil. Das Geld hätte man natürlich anders verwenden können, aber die Frage ist, wie man es vergleicht. Man müsste es den entsprechenden Anteilen in anderen Ländern gegenüberstellen und herausfinden, ob es höher oder niedriger war. Eine solche Untersuchung liegt meines Erachtens bisher nicht vor.

Frage aus dem Publikum: Ich komme aus Lübeck und hatte früher gute Verbindungen in die DDR. Das Erste, das einem begegnete, wenn man die Grenzprozedur hinter sich hatte, war der Intershop, er war allgegenwärtig in der DDR, auch in den Städten. Welche wirtschaftliche Rolle spielte dieses Element in dem geschilderten System?

Prof. Dr. André Steiner: Die Intershops dienten wirtschaftlich gesehen dazu, Devisen zu erwirtschaften, sowohl von den Besuchern aus der Bundesrepublik als auch von den DDR-Bürgern, denen es seit 1974 erlaubt war, im Intershop einzukaufen. Seitdem war die D-Mark faktisch legalisiert, während vorher deren Besitz eher kriminalisiert wurde. Diese Art der Erwirtschaftung von Devisen war politisch ein echtes Problem, weil dadurch gezeigt wurde, dass man mit harter Währung andere und bessere Waren bekam. Aber die SED nahm das wegen der wirtschaftlichen Zwänge, in denen sie sich sah, sehenden Auges in Kauf. Die D-Mark spielte eine wachsende Rolle und es gibt eine Schätzung, für deren Zahlen ich mich aber nicht verbürgen kann, dass 13 Prozent des Bargeldumlaufs in der DDR aus D-Mark bestand. Ein großer Teil dieser D-Mark-Bestände wurde aber nicht umlaufwirksam, sondern viele Leute legten die D-Mark als Wertaufbewahrungsmittel „unter die Matratze“. Bei

Berücksichtigung dieses Verhaltens ergäbe sich sogar ein Anteil von 63 Prozent D-Mark am Bargeld in der DDR. Diese Schätzung ist vermutlich zu hoch. Aber selbst wenn es nur 50 Prozent oder 40 Prozent waren, ist es eine Dimension, die Bände spricht.

Frage aus dem Publikum: Welchen Umfang hatte das System Schalck-Golodkowski? Wir haben ja hier in der DDR erlebt, dass Basalt- und Granitpflaster bei Straßenbaumaßnahmen herausgerissen, aber nachher nicht wieder verbaut, sondern in den Westen gebracht und durch schwarzen Teer ersetzt wurden. Wir wissen, dass die Bevölkerung bei Erbschaften etwa von Gemälden oder Antiquitäten ausgeplündert wurde. Gibt es dazu Hinweise und Zahlen?

Prof. Dr. André Steiner: Dazu gibt es Zahlen, die im grundlegenden Buch von Matthias Judt zum „Bereich kommerzielle Koordinierung“ (KoKo) auch publiziert sind. Ich habe einmal errechnet, dass der Bereich KoKo Mitte der 1980er knapp die Hälfte des gesamten Westhandels der DDR abwickelte. Er hatte sich in den 1980ern immer weiter ausgedehnt, was mit der bereits erwähnten Politik zusammenhing, dass die Exporte um jeden Preis gesteigert werden sollten, nach dem Motto: Liquidität geht vor Rentabilität. Dabei spielte der Bereich KoKo eine ganz entscheidende Rolle.

Frage aus dem Publikum: Sie haben gesagt, dass der Anreiz und die Bereitschaft zur Innovation von oben nicht gefördert wurde. Aber der Ruf des DDR-Ingenieurs ist ja ganz oben, sowohl in der Eigenschaft, aber zum Teil auch von außen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Generation für Generation an die Hochschulen ging und sich dann ins dritte Glied stellen ließ. Können Sie dazu etwas sagen?

Prof. Dr. André Steiner: Ich sagte ja, dass sich Innovationen, wenn sie durchgesetzt werden konnten, dem Engagement einzelner Wissenschaftler und Techniker verdankten, die das gegen systemimmanente Hindernisse durchsetzten. Natürlich kann man eine ganze Reihe von Innovationen anführen, die in der DDR entwickelt wurden. Aber viele davon wurden in der DDR nicht genutzt, sondern wurden als Patent in den Westen verkauft, weil die entsprechenden Anwendungsbedingungen nicht da waren. Es geht auch nicht darum, die Ingenieure in der DDR herabzuwürdigen, mal abgesehen von der Frage, inwieweit beispielsweise Informationen über internationale Entwicklungen mit der zunehmenden Abschottung in den 1960er Jahren noch zu erhalten waren, was sich aber ab den 1970ern wieder besser wurde. Sondern es geht um das Problem, dass es innerhalb der Strukturen sehr schwer war, Innovationen durchzusetzen. Das Protobeispiel für die hinterherhinkende DDR-Wirtschaft, der Trabant, entsprach ja, als er Anfang der 1960er Jahre eingeführt wurde, durchaus dem internationalen Stand der Technik. Die Ingenieure in Zwickau ent-

wickelten immer wieder neue Prototypen – ich war selber mal in der Halle, wo diese Prototypen standen –, sie bekamen aber keine Investitionsmittel dafür, ihre Ideen in die Produktion zu überführen. Erst mit dem PKW-Programm in den 1980er Jahren und dann der Kooperation mit Volkswagen kamen entsprechende Investitionsmittel, mit denen aber nicht die eigenen Lösungen umgesetzt wurden, sondern man griff auf die VW-Lösungen zurück, weil das schneller ging und günstiger erschien. Es soll also nicht behauptet werden, dass keine Entwicklungen stattgefunden hätten. Man könnte schließlich eine ganze Reihe weiterer Beispiele anführen.

Matthias Eisel: Herr Professor Steiner, ich möchte Sie nicht ziehen lassen, bevor Sie nicht die von Ihnen selbst für die Diskussion aufgehobene Frage beantwortet haben: Warum hat denn nun die DDR so lange durchgehalten?

Prof. Dr. André Steiner: Wenn man sagt, dass eine Planwirtschaft dieses Typs grundlegende Probleme und Defekte aufweist, die nicht gelöst werden können, ergibt sich natürlich die Frage: Wieso funktionierte sie dann überhaupt und vor allem über 40 Jahre? Meines Erachtens sind es im Wesentlichen drei Punkte, die man als Gründe dafür nennen muss. Erstens auch eine solche Planwirtschaft hat bestimmte Anpassungsflexibilitäten. Der Plan war ja nie vollständig. Es konnte nie vollständig geplant werden, es gab immer Lücken im Plan. Und in diesen Lücken entstand – alle, die es selbst erlebt haben, werden es bestätigen – eine Art grauer Markt. Die Betriebe tauschten untereinander Sachen aus, um ihre Produktion zu sichern oder um Urlaubsplätze für ihre Beschäftigten zu bekommen, was auch immer so getauscht wurde. Offiziell war das natürlich nicht vorgesehen, aber dieser sogenannte Graue Markt stellte eine Form von Flexibilität dar, die das Überleben des Systems eine Weile lang sichern konnte. Auf der anderen Seite: Wenn das System das Verstoßen gegen die eigenen Regeln erforderlich machte, war das natürlich nur ein weiteres Indiz für seine Ineffizienz. Das zweite ist, dass die DDR trotz aller gravierenden Defizite in einigen Bereichen und bei den Rohstoffen zunächst über ein hochentwickeltes Wirtschaftspotenzial verfügte, das durch die Ineffizienzen erst im Laufe der Zeit aufgefressen wurde. Und drittens flossen der DDR ab spätestens Ende der 1950er bis Mitte der 1980er Jahre direkt und indirekt erhebliche Mittel aus der Sowjetunion zu, was der Sowjetunion selbst lange Zeit nicht bewusst war. Ab den 1970er Jahren kamen dann noch die politisch bedingten Zuflüsse aus der Bundesrepublik hinzu, die über das eine oder andere Problem hinweghelfen konnten. Aber als die Sowjetunion ab Anfang der 1980er Jahre die DDR nicht mehr unterstützen wollte und konnte, war das durch die Transfers aus dem Westen auch nicht auszugleichen, der wirtschaftliche Niedergang beschleunigte sich und die ökonomische Schwäche der DDR wurde existenzgefährdend.



Prof. Dr. Rainer Eckert, Dr. Maria Nooke, Michael Naumann, Dr. Wolfgang Thierse, Markus Schlimbach (v. l. n. r.)

PODIUMSGESPRÄCH

Dr. Wolfgang Thierse, Dr. Maria Nooke, Prof. Dr. Rainer Eckert, Markus Schlimbach

Moderation: **Michael Naumann**

Die DDR ein Sozialstaat? Anspruch und Wirklichkeit unter den Vorzeichen einer Diktatur

Michael Naumann: „Die DDR ein Sozialstaat? Anspruch und Wirklichkeit unter den Vorzeichen einer Diktatur“ – das ist natürlich ein großes Thema. Wir wollen versuchen, nicht nur über die Vergangenheit zu sprechen, sondern auch Brücken ins Heute zu schlagen, und freuen uns im Anschluss auf Ihre Fragen. Die Rückschau auf die DDR und das eigene Erleben ist immer von der persönlichen Biografie geprägt. Das erleben wir Journalisten, wenn wir über die DDR, deren Historie und Transformationsprozesse berichten. Wir kommen dabei immer wieder mit Leuten in Kontakt, die ihren ganz eigenen Blick auf die Thematik haben. In jüngerer Zeit stelle ich fest, dass dieser eigene Blick zunehmend generalisiert wird, man davon ausgeht, dass

es genauso war, wie man es selbst erlebt hat. So gibt es ganz unterschiedliche historische Deutungsebenen, teilweise verklärt, weichgezeichnet, manches wird mit Klitterung oder Wunschbildern beschrieben. Für den einen oder anderen ist ein Podium mit dem Titel „Die DDR ein Sozialstaat?“ vielleicht schon eine Zumutung, weil die Antwort schon feststeht, begründet durch das eigene Erleben.

Die erste Frage geht an Herrn Thierse. Sie sind es ja als Person der Öffentlichkeit nach dem langjährigen Kontakt mit Journalisten gewohnt, hin und wieder mit einem eigenen Zitat konfrontiert zu werden. Ich habe ein Interview mit Ihnen von 2014 gefunden, da ging es im Deutschlandfunk um das Thema Unrechtsstaat. Das war damals die große Debatte. Sie sagten da den Satz: Die Kennzeichen eines Unrechtsstaats sind gegeben. Deswegen ist das Urteil über die DDR als Unrechtsstaat neben anderen, Kulturstaat, Sozialstaat usw., ein notwendiges Urteil.“ Gehe ich aufgrund dieser Aussage recht in der Annahme, dass Sie die DDR als Sozialstaat anerkennen?

Dr. Wolfgang Thierse: Was soll in diesem Zusammenhang das Wort „anerkennen“? Je weiter die DDR entfernt ist, umso mehr stellt sich die Frage, wie dieser Staat 40 Jahre lang überlebt hat? Das wird ja immer unverständlicher. Ich glaube, einer der Gründe dafür, dass die DDR 40 Jahre lang relativ stabil existieren konnte, war das Phänomen mit dem Kürzel „Sozialstaat“. Man muss dazusagen: ein Sozialstaat, der ökonomisch wahnwitzig bezahlt wurde.

Ich bin mir sicher, dass eine Mehrheit der Ex-DDR-Bürger sagt, es habe in der DDR viele vernünftige, wohltuende soziale Leistungen gegeben. Man erinnert sich an die Vollbeschäftigung, man brauchte keine Angst vor Arbeitslosigkeit zu haben, es sei denn, man hat sich politisch „danebenbenommen“. Arbeiter zu sein, das machte einen unanfechtbar. An die niedrigen Mieten erinnern sich viele Leute. An die niedrigen Preise für Grundnahrungsmittel, die Familienförderung, die Förderung der Kinder, alles, was unter „sozialpolitische Maßnahmen“ fiel. Man denke an das egalitäre, relativ einfache und übersichtliche Gesundheitssystem. Ich rede nicht davon, wie modern oder unmodern es war, wie gut technisch ausgestattet oder nicht. Ich meine es unter dem Gesichtspunkt des Sozialen. Auch der egalitäre Zugang zum Bildungssystem gehört dazu. Wenn man das alles zusammenfasst, kann man sagen, die DDR war ein Sozialstaat bis zur ökonomischen Unvernunft hin.

Damit beschreibe ich zunächst die Ebene der Erinnerung und auch den Punkt, warum die DDR 40 Jahre einigermaßen existiert hat. Es gab Phasen, in denen eine erhebliche Mehrheit der DDR-Bürger politisch nicht einverstanden war, aber mit der sozialen Seite sympathisierte. Mir ist es so in Erinnerung und alle Untersuchungen, die ich kenne, belegen das. Damit will ich gar nichts beschönigen. Es war ein Un-

rechtsstaat ohne unabhängige Justiz. Was in einem Rechtsstaat möglich ist, bis hin zur Klage gegen den Staat, war in der DDR nicht möglich. Aber es gab die soziale Seite und es gab auch die kulturellen Anstrengungen dieses Staates. Deshalb sagte ich, auch Kulturstaat könne man die DDR in einem gewissen Umfang nennen. Mir ging und geht es um ein differenziertes Urteil über die DDR: hart und entschieden in politischen, ideologischen, rechtlichen Belangen; ein etwas freundlicheres Urteil über das, was man die kulturelle und soziale Seite dieses Staates nennt. Deshalb stehe ich zu diesem Zitat.

Michael Naumann: Sie haben verschiedene Aspekte angesprochen, Arbeit und Soziales, die Familienpolitik. Sicher muss man auch die Rentenpolitik erwähnen, wenn man über soziale Gerechtigkeit in der DDR spricht. Wenn Sie die Umfragen ansprechen: Auf dem Statistikportal „Statista“ findet man eine Übersicht aus dem Jahr 2014 dazu, wie ostdeutsche Bürger Stärken und Schwächen des jeweiligen Systems empfinden und rückwirkend beurteilen, sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR. Das deckt sich mit Ihren Aussagen. Das Gesundheitssystem bezeichnen 66 Prozent der Ostdeutschen im Jahr 2014 als gut, 52 Prozent ist der Wert nur für Westdeutschland. Die soziale Absicherung: 75 Prozent sagen, das sei die Stärke des Systems in der DDR gewesen, und auch der Punkt Gleichberechtigung von Mann und Frau: 69 Prozent Zustimmung. Viel höhere Werte, als man dem anderen System beimisst. Bei Reisemöglichkeiten, persönlicher Freiheit, Wirtschaft, Lebensstandard, politischem System, berufliche Entwicklungsmöglichkeiten waren es niedrigere Werte, aber bei den erstgenannten Kategorien sind die Werte in der Erinnerung wesentlich höher.

Herr Eckert, zum Thema Gesundheitssystem: Sie haben mir im Vorfeld von einer persönlichen Erfahrung berichtet, über die Sie auch hier sprechen möchten.

Prof. Dr. Rainer Eckert: Ich bin dafür bekannt, dass ich auf Fragen der Moderatoren erst eingehe, nachdem ich etwas anderes gesagt habe. Der erste Punkt: Es gibt eine ganz erbitterte Diskussion darum, was die DDR war. Unrechtsstaat kann man sie gut und gern nennen. Ich denke, in der Wissenschaft hat sich jedoch „Diktatur“ durchgesetzt, in der Regel mit dem Zusatz stalinistisch oder kommunistisch. Das halte ich auch für gerechtfertigt. Generell sind Definitionen wichtig wie auch bei „Wende“ versus „Friedliche Revolution“ oder „BRD“ versus „Bundesrepublik“.

Der zweite Punkt: Die Auseinandersetzung darüber, wie die SED-Diktatur zu beschreiben ist, hatte den ersten Höhepunkt vor etwa zwölf Jahren in den Diskussionen um das Votum der Sabrow-Kommission, die von der rot-grünen Bundesregierung beauftragt war, ein geschichtspolitisches Konzept zu erarbeiten. Horst Möller, der damalige Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München und Berlin, hatte



Dr. Wolfgang Thierse

es auf die Formel gebracht: „Entscheidend ist die Staatssicherheit, nicht die Kindergärten.“ Da sind wir bei der Sozialpolitik. Ich halte diese Herangehensweise für falsch. Man kann Diktatur nur in einem breiten Spektrum zwischen politischer Verfolgung, Widerstand, Alltag, Kultur und Soziales fassen.

Zur Erinnerung: Es gibt keine Erinnerung der Ostdeutschen. Statistik ist immer eine künstliche Größe. Es gibt ganz unterschiedliche Erinnerungen. Und jetzt komme ich zur Beantwortung Ihrer Frage, zu meinen zwei Erinnerungen, die gegen die These stehen, dass es in der DDR ein gutes Gesundheitssystem gegeben habe. Ich könnte auch vielem anderen widersprechen, will es aber an diesen beiden Fällen darstellen.

1972 war ich das erste Mal lange im Krankenhaus, in einer evangelischen Klinik in Potsdam, und ich erinnere mich an die Zustände dort. Viele werden das kennen: Ein Saal mit 13 Patienten vom 14-jährigen Jungen bis zum 70-jährigen Mann. In diesem Sommer 1972 gab es in der DDR eine Kartoffelkrise, die Ernährung konnte kaum noch abgesichert werden. Die Rettung kam von einer evangelischen Gemeinde in West-Berlin durch die Lieferung von Kartoffelchips. Was ich noch in Erinnerung habe, sind die Spritzen. Das waren keine Einwegspritzen, sondern sie wurden nach

Verwendung neu angespitzt, sterilisiert und wiederverwendet. Ich fand das alles extrem verkommen.

Zum Egalitären: Das ist eine Sache, die mich persönlich betrifft. Meine Frau war 1972 schwanger und ging wie damals üblich zur Mütterberatung. Dort sagte man ihr: „Sie wiegen zu viel für ihre Schwangerschaftswoche. Sie müssen weniger essen.“ Sie erkannten nicht, dass meine Frau schwanger mit Zwillingen war. Sie gaben ihr einen Ultraschalltermin, der Wochen hinter dem späteren Geburtstermin lag. Das Ergebnis war eine Frühgeburt. Mein erster Sohn ist gestorben. Das wäre alles erkennbar gewesen, hätten wir die Möglichkeit gehabt, ins Polizei- oder ins Regierungskrankenhaus zu gehen oder Zugang zu anderen, privilegierten Gesundheitssystemen. Das war nicht egalitär, das war menschenverachtend.

Michael Naumann: Vielen Dank für diesen sehr persönlichen Einblick. Auch Diabetikern wurde ja empfohlen, sich Medikamente aus Westdeutschland schicken zu lassen, und natürlich gab es auch Krankenhäuser, die bevorzugte Bürger des Systems aufnahmen. Was Sie als egalitäres und einfaches Gesundheitssystem bezeichnen, Herr Thierse, dazu gehört auch, dass die Standards vergleichsweise niedrig waren.

Dr. Wolfgang Thierse: Ich habe nicht behauptet, dass es ein modernes, technisch gut ausgerüstetes System gewesen sei. Es war nur relativ einfach, Stichwort Poliklinik, die Art und Weise der Krankenversicherung – es gab nur eine einzige –, diese Dinge meine ich. Das haben auch viele andere Menschen in Erinnerung: Die Einfachheit dieses Systems. Damit habe ich es nicht heiliggesprochen.

Prof. Dr. Rainer Eckert: Wir sind uns ja gar nicht so uneinig, wie es hier vielleicht scheint. Nur wenn man so etwas sagt, dann muss man dazusagen, dass es in all diesen Bereichen von der Rente über die Ferienheime bis hin zu Auslandsreisen Privilegierungssysteme gab. Nomenklaturkader wurden besser versorgt, es gab die unterschiedlichsten Stufen einer herausgehobenen Versorgung. Das begann schon in der Sowjetischen Besatzungszone mit den Pajok-Paketen der Sowjetischen Besatzungsmacht an kommunistische Funktionäre und hat sich bis zum Ende der DDR fortgesetzt.

Michael Naumann: Lassen Sie uns über einen zentralen Pfeiler der politischen Ausrichtung sprechen, nämlich das Thema Arbeit und Soziales. Die Arbeitsmoral, die Arbeitsfähigkeit, die Aufrechterhaltung der Arbeitsfähigkeit, die DDR als Arbeitsgesellschaft: Alles wurde diesen Zielen untergeordnet. So entstand auch das Gefühl von großem Zusammenhalt. Die Sozialpolitik galt als großer Stabilisierungsfaktor, um diese Arbeitsmoral auch aufrechtzuerhalten. Frau Nooke, Sie sind 1958 in Forst in der Lausitz geboren und haben später in der Evangelischen Kinder- und Jugendarbeit in Leipzig und Forst in der Lausitz gearbeitet. Die Ferienlager für Kinder von

Arbeitnehmern werden aus der heutigen Sicht als sehr gewinnbringende Zeiten gesehen. Sie waren durch ihre Prägung ein natürlicher Gegner des Systems. Sie sind evangelisch erzogen worden, dann in die Kinder- und Jugendarbeit eingestiegen, haben Ihre Kinder aber nicht dahin geschickt, weil Sie ein Problem damit hatten.

Dr. Maria Nooke: Ich bin jetzt auch versucht, wenigstens einen grundsätzlichen Satz zu sagen. Ich finde, was Herr Thierse dargestellt hat, ist genau das Empfinden vieler, die sich im Rückblick auf die DDR nur an diese Dinge erinnern. Mir fällt es schwer, das so positiv darzustellen, weil ich bei allem sofort den Kontext sehe. Die Sozial- und Konsumpolitik diente zur Legitimation der Herrschaft und war zugleich ein Instrument der Herrschaftssicherung. Für mich heißt es immer: Ja, aber! Denn diese Dinge hatten immer eine Funktion im System. Deshalb fällt es mir schwer, sie unabhängig voneinander zu betrachten.

Aber Sie fragten nach dem Erziehungssystem und dessen Vorteilen für Kinder und Jugendliche. Ich komme aus einem christlichen Elternhaus, bin in einem evangelischen Pfarrhaus mit vielen Geschwistern großgeworden, aber ob ich von Grund auf oppositionell eingestellt war – das hätte sich vielleicht auch anders entwickeln können. Allerdings hatte unsere Familie ein distanziertes Verhältnis zum Staat, denn mein Vater war aus politischen Gründen im Gefängnis. Er kam nach einer Amnestie kurz vor meiner Geburt 1958 vorzeitig frei und blieb – entgegen der Empfehlung der Evangelischen Kirche – in der DDR, statt in den Westen auszuwandern. Ich bin also mit einer kritischen Distanz zu diesem Staat aufgewachsen. Dass mein Vater nach seiner Entlassung aus der Haft in der DDR blieb, war für mich aber auch ein Vorteil, ein Rückhalt, der mich ein wenig vor der Konfrontation bewahrte, die jeder, der nicht bei den Pionieren, nicht in der FDJ war und nicht zur Jugendweihe ging, in der Schule hatte. Da blieb ich etwas verschont.

Ich besuchte weder einen staatlichen Kindergarten noch den Hort und habe nie darunter gelitten, dass ich nicht zu den Pioniernachmittagen gehen durfte. Ich habe es eher als Privileg empfunden, in der Zeit etwas anderes tun zu dürfen. Meine Erziehung hat viel zu der Entscheidung beigetragen, wie ich mit meinen eigenen Kindern umgegangen bin. Das Erziehungswesen der DDR war für mich ein großes Problem, das mit der Krippe begann und sich in Kindergarten, Schule und Jugendorganisationen fortsetzte. Die Einflussnahme des Staates, Kinder gezielt zu sozialistischen Persönlichkeiten zu erziehen, war ja sogar im Familiengesetzbuch verankert. Darin stand, dass dies die Aufgabe der Eltern sei. Wenn sie dieser Aufgabe nach Einschätzung der staatlichen Stellen, manchmal auch von Einzelpersonen, die im Erziehungs- oder Heimwesen arbeiteten, nicht nachkamen, griff der Staat zu. An einem Erziehungssystem, das die Verantwortung den Eltern entzieht und dem Staat jegli-

che Autorität verleiht, kann ich überhaupt nichts Positives sehen. Was daraus geworden ist, das haben viele der hier Anwesenden am eigenen Leib erfahren. Was es für gravierende Auswirkungen auf eine Gesellschaft hat, das muss man gleichzeitig diskutieren.

Ich habe mich schon im Studium – ich konnte erst nach 1989 studieren – mit meinen Kommilitonen aus dem Westen gefetzt, wenn sie vom Erziehungssystem und den Kinderbetreuungsmöglichkeiten in der DDR schwärmten und es wunderbar fanden, dass die Frauen arbeiten gehen konnten. Dass das aber eine Funktion hatte, weil man die berufstätigen Frauen als Arbeitskräfte brauchte, um den Arbeitskräftemangel auszugleichen, der seit den 1950er Jahren unter anderem wegen der Abwanderung in den Westen herrschte: Das wird überhaupt nicht damit in Zusammenhang gebracht. Das System wollte den Frauen nicht Gleichberechtigung ermöglichen, sondern es sollte die heute gepriesene Vollbeschäftigung gewährleisten, die aber dazu diente, die absterbende Wirtschaft mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten.

Michael Naumann: Haben Sie jemals ein Gefühl der Ausgrenzung in Ihrer Klasse erfahren, wenn Sie als Kind nicht an den Veranstaltungen für Pioniere teilnahmen?

Dr. Maria Nooke: Ich glaube, das hat jeder ganz individuell erlebt. Ich selber habe es immer toll gefunden, dass ich anders sein konnte als die anderen. Es war für mich nicht reizvoll, mich einzureihen und in diesem Einheitsbrei mitzumachen. Ich habe auch nie ein Ferienlager besucht, das war für uns Pfarrerskinder sowieso nicht möglich. Wir hatten dafür unsere Kinderfreizeiten und Rüstzeiten, das war immer toll. Ich bin dann selber in der Kinder- und Jugendarbeit tätig gewesen, übrigens weil ich keine andere Möglichkeit für mich sah, in diesem Staat zu studieren. Es gibt für mich ein Schlüsselerlebnis, das mich darin bestätigte, wie wichtig eine andere Art der Pädagogik war: Bei einer Kinderfreizeit in den 1980er Jahren sagte ein Junge: „Das Tolle hier ist, dass man die Erzieher duzen darf.“ Das war eine Rückmeldung, die zeigte, dass wir den Kindern einen Freiraum boten, den sie an anderer Stelle nicht erlebten. Das hat mich sehr bestärkt, in diese Richtung weiterzugehen.

Michael Naumann: Herr Schlimbach, Sie sind 1965 in Karl-Marx-Stadt geboren, wie sah es bei Ihnen in Kindheit und Jugend in Bezug auf das Thema Sozialstaat aus?

Markus Schlimbach: Die Zeit, die ich in der DDR gelebt habe, ist mittlerweile der kürzere Abschnitt in meinem Leben. Ich lebe jetzt schon länger im Westen und habe die DDR vor allem in ihrer Agonie, in ihren letzten Jahren erlebt. Die Vorteile des Sozialstaats waren Dinge, die mich als jungen Menschen zwischen 18 und 25 Jahren fast gar nicht betrafen. Mit Rente hatte ich noch nichts zu tun, mit meinem

ersten Beruf als Buchhändler verdiente ich so wenig, dass ich nicht mal in der freiwilligen Rentenversicherung mitmachen konnte, was ja für viele zur Aufstockung der Rente beitrug, und das Gesundheitssystem habe ich kaum mitbekommen. Was ich als Sozialleistung empfand, war der Weg, mit einer möglichst schnellen Familiengründung einen Ehekredit und eine Wohnung zu bekommen und somit recht früh den elterlichen Wohnraum verlassen zu können. Man sollte ja möglichst zeitig, noch vor dem 25. Lebensjahr, Kinder bekommen und heiraten. Insofern habe ich eine ambivalente Erinnerung, aber weniger an den Sozialstaat, weil er für mich kaum präsent war, auch beruflich nicht. Ich war in einer privaten Buchhandlung tätig, der größten in der DDR. Die hatte zwar auch eine Gewerkschaftsgruppe, aber die spielte keine Rolle, außer dass wir immer die letzten Urlaubsplätze bekamen.

Michael Naumann: Herr Thierse, Sie bitten mich, das Thema etwas zu verschieben, in welche Richtung wäre es Ihnen wichtig zu diskutieren?

Dr. Wolfgang Thierse: Mir geht es weniger um die Erinnerung. Die Frage, die mich beschäftigt, ist eher, was die DDR war und wie sie 40 Jahre lang existieren konnte. Ich erzähle ein kleines Erlebnis. Jetzt zu Pfingsten war ich bei einem Klassentreffen. Wir alle haben 1958, also vor 60 Jahren, in einer Kleinstadt in Thüringen die Grundschule abgeschlossen. Jeder erzählte in drei Minuten, was er seit 1958 gemacht hat. Dabei fiel ein großer Unterschied zwischen DDR und Bundesrepublik auf: Alle Schulkameradinnen haben ein Leben lang gearbeitet. Sie erzählten von ihrem Weg: nach der Schule Ausbildung, Arbeit in diesem Beruf, nach 1990 häufig ein beruflicher Wechsel, schwierige Umstellungen, Kinder haben sie natürlich auch bekommen. Sie erzählten alle mit einem gewissen Selbstbewusstsein. Das gehört zur Geschichte der DDR. Damit vergesse ich nicht die politischen und auch moralischen Kosten solcher Lebenswege, aber es gehört mit dazu, was Lebenswirklichkeit in der DDR ausmachte und was in bestimmter Weise ihre soziale Seite war. Dazu gehören eben Kinderkrippe und Schule.

Frau Nooke, ich bin Jahrgang 1943 und habe also die vollen 40 Jahre DDR hinter mir. Ich weiß auch, was die politisch-ideologischen Zudringlichkeiten des Staates waren. Aber es gab genügend Menschen, die sich das Erziehungsrecht vom Staat nicht haben nehmen lassen, sondern ihre Kinder selbst erzogen, diesen ständigen Konflikt austrugen und dabei zugleich auch die Angebote des Bildungssystems der DDR, wie sollte es anders sein, nutzten. Deswegen will ich es noch einmal sagen, damit wir nicht zu einseitig werden, sondern etwas differenzierter hinschauen: Ich kann mich auch im Rückblick nicht darüber ärgern, dass ich in meiner Schulzeit polytechnischen Unterricht hatte, dass ich bereits als 13-Jähriger in Betriebe ging und Arbeiter danach fragen konnte, woher sie kamen, was sie in ihrem Leben ge-

macht hatten. Das gehört alles dazu – da erfuhr man Lebensrealitäten, die man auf der Schulbank nicht erfahren hätte.

Ich weiß, dass die sozialen Seiten ideologisch verursacht waren, aber in der Art und Weise, wie Menschen in der DDR damit umgingen, steckte durchaus auch Vernunft. Sich an diese Seiten zu erinnern gehört dazu, wenn man darüber redet, ob der Sozialstaat in der DDR eine Illusion oder auch Realität war. Er war Realität und er war natürlich auch ein ideologisches und politisches Instrument. Beides gilt. Aber wir sollten deshalb nicht einfach die Erinnerungen an die mit diesem Stichwort verbundenen Lebenswirklichkeiten verdrängen und denunzieren, das sei alles nur einseitig gewesen. Das ist mir wichtig, weil ich die Wahrnehmung habe, dass sich eine große Mehrheit der Menschen auf diese doppelte Weise an die DDR erinnert, an ihre schlimmen Seiten und an ihre etwas freundlicheren Seiten, über die sie sagen können: Das war nicht nur dumm.

Michael Naumann: Frau Nooke, da regt sich Widerstand in Ihnen?

Dr. Maria Nooke: Nicht unbedingt Widerstand, sondern ich würde bekräftigen, dass man differenziert schauen muss. Ich schätze es sehr, dass ich vieles – auch wenn ich erst 1958 geboren bin – an DDR-Wirklichkeit miterlebt habe. Ich habe eine Berufsausbildung mit Abitur machen können, obwohl ich nicht in die FDJ ging, was eigentlich Bedingung dafür war. Ich habe drei Jahre in einem Industriebetrieb gelernt und den Alltag dieses Betriebes in allen Facetten kennengelernt. Ich habe am Band gearbeitet und unendlich darunter gelitten, wie langsam der Arbeitstag verging. Ich hatte Zeiten in einer Abteilung, in der es nichts zu tun gab, was noch schlimmer war, als am Band zu arbeiten. Ich habe ein Jahr im Kuhstall gearbeitet, weil ich nicht als asoziale Arbeitslose aufgegriffen werden wollte. Ich schätze diese körperlich anstrengende Tätigkeit im Rückblick sehr und bin aber auch froh, dass ich sie überstanden habe. Und ich habe Einblick bekommen, wie eine LPG funktionierte, deren Betrieb nur Alkoholiker und Rentner aufrechterhielten. Das sind alles unschätzbare Erfahrungen, die ich aus meinem DDR-Leben mitbringe und als großen Gewinn sehe. Aber ich bin heilfroh, dass es vorbei ist. Das sind die unterschiedlichen Aspekte.

Um noch mal zum Erziehungswesen zu kommen: In meiner Behörde als Landesbeauftragter ist die Anlaufstelle für die ehemaligen Heimkinder angesiedelt und jetzt auch die Anlaufstelle für Menschen, die als Kinder in der Psychiatrie und Behinderteneinrichtungen untergebracht waren. Um sich eine Vorstellung von der Größenordnung zu machen, nenne ich eine Zahl: In Brandenburg waren es etwa 70 000 Menschen, die in Heimen der DDR-Jugendhilfe gewesen sind. An vielen von deren Schicksalen sieht man, wie das Erziehungssystem in der DDR durchgriff, wenn die

Eltern keine Chance mehr hatten, das Erziehungsrecht selbst auszuüben und es ihnen aus welchen Gründen auch immer entzogen wurde. Es gab natürlich auch in der DDR Situationen, in denen Eltern nicht fähig waren, ihre Kinder selbst zu erziehen. Aber es gab auch unzählige Kinder, die in Spezialheimen oder Jugendwerkhöfen landeten, weil staatliche Stellen aus politischen Gründen eingegriffen haben. Diese Dimension macht es mir schwer, das Erziehungssystem der DDR positiv zu sehen, in dem es nur darum ging, den sozialistischen Menschen zu bilden, der den Sozialismus aufbaut und das System stützt. Dazu habe ich mit zu vielen Menschen gesprochen, die unter der zerstörerischen Kraft dieses Systems gelitten haben oder daran zerbrochen sind.

Michael Naumann: Herr Eckert, Historiker haben nach 1990 den Begriff „Fürsorgediktatur“ geprägt. Ist das nicht ein Widerspruch in sich? Kann die DDR mit den Mechanismen der Kontrolle, der Bespitzelung, der Überwachung, der Erziehung in eine bestimmte Richtung gleichzeitig ein glaubwürdiger, fürsorglicher Sozialstaat gewesen sein?

Prof. Dr. Rainer Eckert: Ich habe den Begriff nicht geprägt, ich war immer dagegen, ihn zu nutzen. Erst einmal dazu, warum die DDR überlebt hat. Erstens: Sie war Teil des sowjetischen Weltsystems. Solange Moskau hinter ihr stand, hat sie überlebt. Der zweite Punkt war das überbordende Überwachungssystem. Vorhin ist die Frage gestellt worden, wie viel Mann dazugehörten. Wir gehen davon aus, dass es bis zu einer Million Männer waren, die entweder bewaffnet waren oder als Reservisten kurzfristig zu den Waffen gerufen werden konnten, also ein riesiger Überwachungsapparat, Staatssicherheit, Militär, Polizei, Kampfgruppen und deren „freiwillige Helfer“, Sie kennen das alles. Ein dritter Punkt waren die Aufstiegschancen. Durch den Elitentausch nach 1945/49 gab es für große Teile der Bevölkerung Aufstiegschancen auf führende Positionen, die sich dann natürlich systemloyal verhielten, die sogenannte FDJ-Generation. Ein vierter Punkt ist der Antifaschismus, der durchaus eine Rolle spielte. Und schließlich hat die DDR überlebt, weil die unzufriedene Masse nichts gesagt und nichts getan hat, um die Verhältnisse zu ändern.

Nun die Frage nach dem Sozialstaat. Die Führung der SED hätte für sich in Anspruch genommen, einem Sozialstaat vorzustehen oder dies zumindest erreichen zu wollen. Ich denke, es war auch ernst gemeint, doch trotzdem war es eine Diktatur. Nur konnte dieser Sozialstaat mit all seinen Fürsorgeleistungen materiell nicht abgesichert werden. Das wurde Mitte der 1980er Jahre offenkundig und führte letztendlich als einer der Gründe zur Friedlichen Revolution. Es war nicht möglich, mit diesem Wirtschaftssystem einen modernen Sozialstaat aufzubauen. Dafür fehlten auch die Zwischeninstanzen zwischen Menschen, zwischen Gesellschaft und politischer



Prof. Dr. Rainer Eckert

Führung, die typisch für einen Sozialstaat sind. Und noch eine Randbemerkung: Auch heute, in unserem Sozialstaat, steht vieles nicht zum Besten. Ich bin durchaus kein 100-prozentiger Apologet des heutigen Sozialsystems. Das Zweiklassensystem mit Privatärzten müsste abgeschafft werden. Der Pflegenotstand müsste ein Ende haben. Das sollten wir bei allem, was wir hier sagen, immer mitdenken. Heute ist also auch Kritik zu üben, nur mit dem großen Unterschied: Kritisierte man die DDR, hätte man sich demnächst in der Produktion bewähren müssen oder sich vielleicht in Bautzen wiedergefunden. Kritik heute darf offen artikuliert werden, leider nur mit nicht allzu großem Erfolg.

Michael Naumann: Kann man es auf die Formel bringen, dass soziale Maßnahmen in der DDR knallhartes Kalkül waren, um die propagandistischen Ziele zur Schaffung und Aufrechterhaltung eines sozialistischen Staates durchzusetzen? Waren das Zuckerwürfel, die man hinwarf, um die Leute bei Laune zu halten?

Dr. Maria Nooke: Ich glaube, das waren systemimmanente Entscheidungen, denn nur so konnte man das System aufbauen, legitimieren und absichern. Aber das Problem war, da gebe ich Rainer Eckert Recht, dass es wirtschaftlich nicht untersetzt war. Dass die Finanzen nicht reichten, haben wir heute Vormittag bei dem Vortrag

gehört, und dass es eine permanente Krise in der Wirtschaft gab. Wenn man die sozialpolitischen Maßnahmen unabhängig sehen könnte, wenn sie hätten finanziert werden können und wenn man die Freiheit gehabt hätte, sie in Anspruch zu nehmen oder nicht, dann wäre das natürlich großartig gewesen. Das Problem war nur, dass es finanziell nicht zu tragen war und dass man keine Wahl hatte. Am Mauerbau sieht man, was getan wurde, um einen Zusammenbruch des Systems zu verhindern. Danach hat man zur Legitimation versucht, die Akzeptanz mit sozialpolitischen Maßnahmen zu gewinnen, weil die Ideologie nicht gegriffen hat.

Ich glaube schon, dass die SED-Führung auch ein grundsätzliches Interesse daran hatte, dass es den Leuten gut ging. Aber vom Grundsatz her war es systemimmanent, dass man diese Maßnahmen brauchte. Denn man hatte immer den Spiegel im Westen. Dort waren die Lebensverhältnisse schon ab den 1950er Jahren besser, die Leute in der DDR orientierten sich daran, also musste man nachziehen. Man musste sozial- und konsumpolitische Maßnahmen ergreifen, um die Leute ruhigzustellen. Auch in dem Zusammenhang gab es viele Verwerfungen. Wenn ich nur daran denke, dass vier Fünftel der Geldeinlagen auf den Sparkassen einem Fünftel der Leute gehörten. Und das waren keine Bonzen oder Intellektuellen, das waren die Bauern und die Handwerker, die nebenbei schwarz arbeiteten und sich damit ziemlich viel dazuverdienten oder die nebenbei noch eine Kuh und ein Schwein hielten und deren Produkte gut verkauften, um dann billig wieder einzukaufen. Insofern funktionierte das System in keiner Weise, aber nach außen wirkte alles gut.

Mein Problem ist, dass in der Erinnerung immer nur das gesehen wird, was positiv war und das Leben absicherte. Es war ja auch sehr beruhigend, dass man eine Arbeit hatte. Nach der Schule hat man etwas gelernt, dann konnte man diese Tätigkeit bis zur Rente beibehalten, konnte meist sogar in einem Betrieb bleiben, ob das nun interessant und spannend war, sei dahingestellt. Und ob man den Beruf bekam, den man gerne gehabt hätte oder das Studium oder die Ausbildung, spielte auch keine Rolle. Es wurde gelenkt. Im Rückblick sieht alles nur positiv aus. Man muss diskutieren, wie man auf der einen Seite das positive Gefühl an das, was in der DDR Sicherheit gab, als Lebenserfahrung behält, aber gleichzeitig mit dem, was systemimmanent war, in Zusammenhang bringt, um aus dieser Falle herauszukommen: „In der DDR war alles gut.“

Michael Naumann: Genau für solche differenzierten Blickwinkel machen wir solche Podien. Herr Schlimbach, Zustimmung, Widerspruch oder Ergänzung?

Markus Schlimbach: Zustimmung und Ergänzung. Für mich war es ein System von Zuckerbrot und Peitsche. Wohlgefallen wurde belohnt, aber wenn man sich gegen das System stellte, wurde man bestraft. Das ist sehr unterschiedlich, teilweise sehr

subtil gelaufen. In meiner Jugendzeit begannen die militärischen Ausbildungen in der Schule, also Militärlager und militärischer Unterricht. In den ersten Jahren konnte man sich dem noch entziehen, konnte man sagen, dass man wegen seiner christlichen Überzeugung nicht mit ins Militärlager fahren wollte. Dafür musste man in der Schule 14 Tage lang irgendwas saubermachen oder so. Das waren für uns ganz nette Zeiten, wir waren paar mehr, die das machten, insofern ging das alles. Aber in der Abiturzeit wurde dann Druck auf die Jungen gemacht, sich für einen längeren Militärdienst zu entscheiden. Wer 25 Jahre oder wenigstens drei Jahre zur Armee gehen wollten, wurde natürlich belohnt. Wir waren zufälligerweise drei in unserer Klasse, die sagten, dass sie es vorziehen, Bausoldat zu werden. Das war für die Schule ein Schock, besonders für den Klassenlehrer. Wir wurden dann in der Klasse öffentlich bloßgestellt und gefragt, warum wir das wollten. Da wurde ein subtiler Druck ausgeübt. Zum Glück waren diejenigen, die länger gehen wollten, nicht in der Mehrzahl, einer 25 Jahre, einer drei Jahre. Insofern galt es als ganz schlechtes Verhältnis, das der Klassenlehrer da zustande brachte. Aber der subtile Druck war immer da und das Belohnungssystem für diejenigen, die sich für einen längeren Militärdienst gemeldet hatten, war deutlich: Sie bekamen bessere Noten und bessere Studienplätze versprochen. Dieses System von Zuckerbrot und Peitsche setzte sich dann in den sozialen Maßnahmen fort, das Gefühl hatte man.

Michael Naumann: Wir haben das Thema Vollbeschäftigung schon angesprochen, die Arbeitsmoral, das Integriertsein in ein System als Stabilisierungsfaktor einer Sozialpolitik. Sehen Sie als Gewerkschafter das rückblickend als so ein zentrales Moment, auch mit den Erfahrungen seit 1990? Hatten die Menschen dadurch ein Gefühl der Zugehörigkeit und fühlten sie sich vom Staat umsorgt?

Markus Schlimbach: Das hat vor allem in den 1990ern die großen Probleme hervorgerufen. Dieses Arbeitsethos war ja so tief eingepflanzt in die Ostdeutschen, dass sie nach 1990 alles hinnahmen, was ihnen der neue Unternehmer an Belastungen und Opfern abverlangte, nur um ihre Arbeit zu behalten. Das wirkt bis heute nach. Die hohe Arbeitsmoral, die ja eigentlich etwas Gutes ist, führte in der praktischen Auswirkung dazu, dass sich viele alles gefallen ließen. Es gibt ja diesen Begriff „Arbeitsspartaner“ für jemanden, der ein spartanisches Leben führt, nur um die Arbeit zu behalten. Das ist ein Konfliktfeld, das wir später in der Gewerkschaftsarbeit immer wieder gespürt haben.

Dr. Wolfgang Thierse: Das ist ja auch ein bisschen das preußische Erbe, die Arbeitsmoral. Ich glaube nicht, dass die DDR eine besondere Art von Arbeitsmoral hat herstellen können. Leben, um zu arbeiten, das hat eine lange Tradition, auf der die DDR aufbauen konnte.

Ich will aber noch einen Punkt in Erinnerung rufen. Dieser SED-Staat hat sich ideologisch legitimiert aus der Geschichte der Arbeiterbewegung, in der der Wert der sozialen Gerechtigkeit einen besonderen Rang hatte. Das Gerechtigkeitsgefühl, das in der DDR entstanden ist, war eine tiefe Prägung in der DDR: so eine Vorstellung vom Egalitären, was eine freundliche und eine unfreundliche Seite hat, weil man weniger mit Unterschieden umgehen kann und sich sofort benachteiligt fühlt, wenn man Unterschiede wahrnimmt. Um diese ideologische Legitimation zu erhalten, musste die DDR eine entsprechende Sozialpolitik betreiben. Die DDR-Bürger haben soziale Sicherheit und Egalitäres eingefordert, das gehörte mit dazu, das war ein bestimmtes Selbstbewusstsein. Der Arbeiter war fast unantastbar bis hin zu den Schattenseiten.

Zweite Bemerkung: Es ist schon richtig, dass die DDR eine fürsorgliche Diktatur war, ein vormundschaftlicher Staat. Das heißt, nichts war schwieriger in der DDR als so etwas zu erlangen wie Selbstverantwortung und selbstverantwortliches Handeln, erst recht nicht in der politischen Sphäre. Das war nicht erwünscht, nicht erlaubt. Ich könnte zahlreiche Geschichten erzählen, wie das unterbunden und bestraft wurde. Die Folge ist natürlich auch eine bestimmte Prägung von Unmündigkeit. Für sich selbst verantwortlich zu sein in einer offenen und freien demokratischen Gesellschaft, für die eigenen Interessen energisch einzutreten und nicht darauf zu warten, dass einem etwas zugeteilt wird – das sind nicht Wirkungen eines „fürsorglichen“ Staates, der soziale Leistungen, soziale Maßnahmen gewissermaßen gnädig von oben zuteilt. Das erzeugt kein Selbstbewusstsein und keine Selbstverantwortung, im Gegenteil.

Und die letzte Bemerkung: Das ist gar nicht der Differenzpunkt. Natürlich würde ich die DDR auch als eine weltanschauliche Erziehungsdiktatur beschreiben. Das war sie auch, darunter habe ich ein Leben lang gelitten. Der Marxismus-Leninismus, die materialistische Weltanschauung als Alleinseligmachendes. Ich gehörte zu den ersten Jahrgängen, in denen die Jugendweihe durchgesetzt wurde. Es gehört noch zu meinen frühen „kleinen Erfolgserlebnissen“, dass ich nicht mitmachte und die Hälfte der Klasse meinem Vorbild folgte, während die Schüler der Nachbarklasse alle gingen. Bei uns sagten mehrere: „Wenn der Wolfgang nicht mitmacht und sein Vater ihn schützt, dann mache ich auch nicht mit.“ Mein Vater war Rechtsanwalt und als Christ – das ging damals noch – Vorsitzender des Elternbeirats. Er hätte ein riesiges Theater veranstaltet, wenn irgendeiner von uns deshalb benachteiligt worden wäre. Ich habe noch erlebt, wie das geht, wenn man sich für etwas engagiert, für etwas eintritt, welche positiven Folgen das hat.

Ich erinnere daran, die DDR war auch eine weltanschauliche Erziehungsdiktatur, in

der Bildungs- und Berufswege nach politischen Kriterien verteilt wurden. Im Übrigen wurden – die Älteren wissen das noch – die Kinder nach ihrer sozialen Herkunft zwischen eins und zehn klassifiziert. Zu den besten Kategorien gehörten „Arbeiterklasse“ und „Kind verdienter Partei- und Staatsfunktionäre“. Ich gehörte zur schlimmsten Kategorie, nämlich „Selbstständige Intelligenz“, das war das Schlechteste. In einer formell klassenlosen Gesellschaft gab es also diese eigentümliche Art von Klassifizierung nach der sozialen Herkunft, die bei Bildungsentscheidungen eine erhebliche Rolle spielte. Das will ich alles nicht vergessen. Und trotzdem sage ich, der polytechnische Unterricht und dass wir in Betriebe gingen, war nichts Falsches. Man muss beides erzählen können, ohne das eine zu glorifizieren und das andere zu verdrängen.

Prof. Dr. Rainer Eckert: Ich denke, wir sind uns einig: Man kann und darf alles erzählen, das ist ein Vorteil in der Bundesrepublik Deutschland. Mir geht es noch mal um drei Sachen. Das eine ist das Egalitäre: Es herrschte auf einer unteren Ebene, auf der man relativ gleich behandelt wurde, aber darüber gab es das Privilegierungssystem der Nomenklatura. Auf die Funktionärsclique bezogen war es so, wie es Georg Büchner in „Dantons Tod“ beschrieben hat, wo ein Revolutionär sagt: „Wir haben die Adligen entmachtet, haben ihre Kleidung angezogen und ihre Krankheiten geerbt.“ Das war im Privilegierungssystem genauso angelegt.

Der zweite Punkt, das Arbeitsethos: Ich würde auch denken, dass es tiefere, nämlich preußische Wurzeln hat. Wie ich Arbeitsethos kennenlernte, erzähle ich mal. Ich war während des Studiums im Sommer in der Produktion im Einsatz, in einem Berliner Wohnungsbaubetrieb. Wir kamen da morgens hin, um sechs Uhr ging es los, und fragten den Pförtner, wo der Brigadier sei, der uns betreuen sollte. Da sagte der: „Jungs, der hat sich vorhin angemeldet, aber wo er ist, weiß ich nicht. Sucht ihn mal.“ Wir suchten ihn und fanden ihn nach ein paar Stunden schlafend in einer Badewanne, in einem Neubau. Wir weckten ihn und er sagte: „Was, es ist doch erst zehn, ich schlafe doch noch. Ihr müsst wissen, es ist entscheidend, sich morgens anzumelden, sich dann aber zu verdrücken und nicht mehr gesehen zu werden. Jetzt holt mal paar Bier und dann machen wir Frühstück.“ Das ging bis mittags so und dann sah er nach, ob Material vorhanden war. Wenn ja, fing er an zu arbeiten. Der Mann war also nicht einfach faul, sondern es war kein Material da. Was sollte er machen, er hätte sich auch irgendwo hinsetzen und warten können. Aber er lag in der Badewanne. Das hat sich mir eingeprägt zum Thema Arbeitsethos und Schutz durch den Staat. Ich fühlte mich drittens allerdings weniger geschützt als beobachtet und daran gehindert, nach Spanien oder wenigstens mal nach West-Berlin zu reisen. Die Unterdrückung, die Beobachtung empfand ich bis zur Friedlichen Revolu-



Karl-Heinz Baum mit Schülerinnen aus Bautzen

tion, als das dann alles endete.

Michael Naumann: Zwei Punkte müsste man auch noch nennen, zum einen die Wohnungspolitik in der DDR als Kernstück der Sozialpolitik: Viele Wohnsituationen entsprachen nicht dem Standard, in dem Menschen sich wohlfühlen, weshalb es in den 1970ern schon große Wohnungsbauprogramme für Neubau und Sanierungen gab und bis in die 1990er hinein noch mal. Das hat sicher dazu beigetragen, dass das System insgesamt ökonomisch nicht lebensfähig war. Der zweite Punkt ist die Rentenpolitik: Riesenproblem in der DDR, auch sehr konfliktbeladen, denn die Altersarmut war groß. 50 Prozent der Rentnerhaushalte lebten an oder unterhalb der Armutsgrenze. Man muss den Schluss ziehen, dass diese Menschen für das System nichts mehr wert waren. Obwohl sie in den Schriften als „Veteranen der Arbeit“ einen ehrwürdigen Status hatten, war man über jeden Rentner froh, der ausreiste, weil er das System nicht mehr belastete. Offene Frage ans Podium: Ist das ein Argument für diejenigen, die sagen, der Sozialstaat sei nur ein Mäntelchen gewesen, in Wahrheit aber ein Mittel zum Zweck?

Dr. Maria Nooke: Man hat versucht, die Renten anzupassen, aber dafür war kein Geld da. Deswegen blieben die Renten auf einem sehr niedrigen Niveau. Die freiwilligen Zusatzrentenversicherungen, die man ab 1968 abschließen konnte, waren

zunächst überhaupt nicht attraktiv. Erst als man die damit verbundenen Leistungen in den 1970ern etwas erhöhte, haben sie gegriffen. Aber es gab auch Sondersysteme für die Kader oder bestimmte Berufsgruppen wie zum Beispiel Bergarbeiter. Da gab es ein differenziertes System, das dann gar nicht mehr so egalitär war. Beim Thema Renten würde ich gern auch das System von Pflegeheimen und Behinderteneinrichtungen ansprechen, das nahelegt, dass man sich um Menschen, die nicht mehr als sozialistische Persönlichkeiten einbezogen werden konnten, nicht mehr kümmerte. Was wir vorhin von den großen Bettensälen in Krankenhäusern gehört haben, war in den Pflegeheimen auch so: grauenhafte Zustände. Oder in Behinderteneinrichtungen: Da lebten Menschen ihr Leben lang in großen Sälen, wo jegliche Individualität ausgeschlossen war. Man hatte vielleicht einen Spind für persönliche Dinge, sonst aber gab es nichts, wohin man sich zurückziehen konnte, es gab keinerlei Privatsphäre.

Dieser Sozialstaat gab sich so human, aber diejenigen, die für die sozialistische Gesellschaft nicht mehr nützlich waren, spielten keine Rolle mehr. Für die Rentner im Osten, die 1989 vielleicht 50 waren und danach bis zum Ende arbeiteten, ist es heute bitter, weil ihre Renten nicht so hoch sind. Aber diejenigen, die in der DDR durchgearbeitet haben, erhalten heute ein Vielfaches von dem an Rente, was sie in der DDR bekommen hätten. Auch die Veränderung von Pflege- und Behinderteneinrichtungen muss man sich vor Augen führen. Das ist ähnlich wie in der Wohnungssituation. Schauen Sie sich Bautzen an, die Stadt war völlig heruntergekommen, heute ist sie wunderschön.

Das sind Dinge, die wir vergessen haben: Wofür kein Geld da war, das brach zusammen, aber an der Oberfläche wurde der Sozialstaat aufrechterhalten. Die Leute nutzten das auch aus: Wenn die nächste Wahl anstand, forderte mancher: „Entweder bekomme ich eine Wohnung oder ich gehe nicht zur Wahl.“ Und was passierte? Plötzlich bekam er eine Wohnung. Diesen Trick anzuwenden und das System damit auszuhebeln, finde ich sogar schon wieder gut, aber es zeigt auch, dass man eine unendliche Angst vor Protesten hatte.

Prof. Dr. Rainer Eckert: Was ich auch noch mal in Erinnerung rufen will: Als normaler DDR-Bürger durfte man nicht in den Westen reisen, aber mit 65 durfte man plötzlich, als Frau oder Invalide schon mit 60. Was für ein Zynismus – sobald man nicht mehr für den „Sozialstaat“ DDR instrumentalisierbar war, hatte man die Freiheit, das Land zu verlassen und im Westen Rente zu bekommen.

Dr. Maria Nooke: Es gibt ja auch eine hohe Zahl an Rentnern, die im Westen geblieben sind. Sie zählen zu den insgesamt fünf Millionen Ausgereisten und Flüchtlingen.

Michael Naumann: Herr Thierse, wenn man an die von Frau Nooke genannten Gruppen denkt, also an Menschen, die für das System nicht mehr viel wert waren, dann ist ja die Frage „War die DDR ein Sozialstaat?“ eigentlich klar zu beantworten: Dann war es eben kein Sozialstaat.

Dr. Wolfgang Thierse: Ja, wenn man Sozialstaat nur an einem Kriterium festmacht. Wir haben ja über verschiedene Aspekte gesprochen, in denen das eine Rolle spielte. Ich will mal etwas Wasser in den Wein gießen. In den 1950er und 1960er Jahren waren die Zustände in den westdeutschen Pflegeheimen auch nicht so wie heute. Erst ab den 1970er Jahren hat sich das allmählich geändert. Die DDR ist auch ein Erbe von deutschen Vergangenheiten. Und im Erziehungssystem spielte die schwarze Pädagogik aus Preußen und aus der Nazizeit immer noch eine Rolle. So originell war die DDR in vieler Hinsicht nicht, sie war ein deutsches Produkt, und die Kommunisten in der SED-Führung waren verflucht deutsche Kleinbürger, das gehört auch zur Wahrheit.

Zur Reiseerlaubnis der Rentner in der DDR gibt es ja diese heiter-ironische Geschichte von dem Mann, der zu seiner Frau sagt: „Wenn du 60 bist, stellst du einen Antrag auf Reisen und gehst in der Schweiz putzen. Nach fünf Jahren darf ich dann auch reisen, dann haben wir ein bisschen Westgeld und können endlich die Reisen nachholen, die wir vorher nicht machen durften.“ Das waren die kleinen Träume, die man sich ironisch ausmalte.

Stichwort Wohnung: Bei dem Kraftakt, Neubaugebiete zu errichten, der in den späten 1970er Jahren einsetzte, nachdem man vorher über Jahrzehnte Innenstädte verfallen ließ, wurden interessanterweise soziale und architektonische Fehler des Westens aus früheren Jahrzehnten schlicht nachgeholt. Das Märkische Viertel in West-Berlin ist vor Marzahn und Hohenschönhausen gebaut worden, bei uns wurden aber dieselben Fehler gemacht. In diesem Kraftakt war immer die Losung: „Die DDR will die Wohnungsfrage als soziale Frage lösen.“ Es war eine interessante Einschränkung, die uns damals schon auffiel. Denn nicht jeder sollte eine ihm angemessene Wohnung haben. Sondern man wollte Ruhe vor sozialen Problemen haben. Das war schon sehr deutlich. Die massenhafte Plattenbauweise führte auch dazu, dass die Innenstädte weiter verfielen und verwarhlten. In Leipzig, Halle und anderen Städten konnte man das sehen. In dieser Hinsicht hatten alle diese Städte Glück, dass die Friedliche Revolution und die deutsche Vereinigung 1989/90 kamen, bevor die Innenstädte völlig verfallen waren. Das ist auch ein Ergebnis der sozialen Realität in der DDR.

Dr. Maria Nooke: Ich möchte noch einmal auf die schwarze Pädagogik zurückkommen. Sie haben völlig Recht, es ist im Westen auch so gewesen. Dort ist aber schon



Dr. Maria Nooke

Mitte der 1970er Jahre ein Wechsel geschehen, das ganze Heimwesen wurde verändert. Der große Unterschied ist nicht nur, dass es in der DDR bis 1989, in den Behinderteneinrichtungen sogar bis in die 1990er, unverändert blieb, sondern dass die DDR ein großes Umerziehungsprinzip hatte. Bei uns gab es neben den normalen Kinderheimen die Spezialkinderheime und die Jugendwerkhöfe, wo junge Menschen ganz gezielt und unter großem Druck zu sozialistischen Persönlichkeiten umgezogen werden sollten. Um den Durchgriff zu haben, nahm man Anfang der 1950er Jahre den Kirchen die Kinderheime weg und gab ihnen dafür die Behindertenheime, ohne sie vernünftig auszustatten. Das bedeutete: Um diejenigen, die für den sozialistischen Staat sowieso nicht nützlich waren, konnten sich die Kirchen kümmern, aber die Kinder sollten im Verantwortungsbereich des Staates erzogen werden.

Markus Schlimbach: Ich wollte noch etwas zum Wohnungsbauprogramm sagen. Ich habe selbst in einem Schülerpraktikum dort mitgebaut, da sah man schon die Unterschiede: Die Wohnungen, die in den 1970ern gebaut wurden, waren noch etwas interessanter, anspruchsvoller, in den 1980ern drängte dann das industrielle

Bauen immer weiter in den Vordergrund. Das führte zum Bau sehr großer Neubauviertel in einigen Städten. Auch Karl-Marx-Stadt gehörte dazu, wo mit dem Fritz-Heckert-Gebiet das zweitgrößte Neubauwohnungsviertel nach Berlin-Marzahn errichtet wurde. Je weiter die Baufortschritte, desto weniger kümmerte sich man um die Qualität der Wohnungen. Je weiter nach draußen sich ein Neubaugebiet ausdehnte, desto weniger attraktiv war es, dort zu wohnen. Da merkte man bereits den Niedergang, einerseits. Andererseits führten das industrielle Wohnen und der Neubau ganzer Stadtviertel dazu, dass man sich Gedanken darüber machte, wie sich die Funktion bestimmten Einrichtungen wandeln könnte. Es gab Kindertagesstätten, die so aufgebaut waren, dass sie später zu Schulen umfunktioniert werden konnten, ganz später hätten die Gebäude auch Altersheime werden können. Diesen Gedanken sich wandelnder Stadtgebiete gab es, aber Geld- und Zeitdruck führten dazu, dass Ansprüche und Qualität sanken.

Michael Naumann: Auch heute ist der soziale Wohnungsbau ein großes Thema, genau wie auch das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Welche Lehren ziehen wir aus dem Besprochenen für die heutige Zeit?

Markus Schlimbach: Auf jeden Fall ist die Ausstattung mit Kindertagesstätten in Ostdeutschland nach wie vor ein Pfund. Auch wenn sie nicht ganz ausreichen, in weiten Teilen sind genügend Einrichtungen vorhanden. Diese umfassende Kinderbetreuung im Osten hat den Diskurs im Westen, das Recht auf Kinderbetreuung, auch geprägt und ist eigentlich eine Spätfolge der DDR. Dort gab es auch Auswüchse, etwa die Wochentagskrippen, in denen man sein Kind die ganze Woche, auch über Nacht abgeben konnte. Die will man heute wahrscheinlich nicht mehr haben. Andererseits wird aktuell die Ausweitung von Kinderbetreuungszeiten diskutiert, die es Männern und Frauen ermöglicht, zu jeder Tag- und Nachtzeit ihre Kinder abgeben zu können, die aber auch bedeutet, dass man sich immer mehr dem Diktat des Betriebes und der Schichten unterwirft. Insofern reichen manche Diskussionen bis heute.

Michael Naumann: Herr Thierse, was fällt Ihnen noch ein?

Dr. Wolfgang Thierse: Vereinbarkeit von Beruf und Familienleben ist schon ein wichtiges Thema. Ich bin ganz vorsichtig, denn ich glaube nicht, dass so sehr viel aus der DDR übertragbar ist. Schon wenn man beim naheliegenden Thema Gleichberechtigung anlangt, auch da bin ich vorsichtig. In der DDR waren viel mehr Frauen berufstätig, mit großer Selbstverständlichkeit erinnern sie sich daran und halten das auch für wichtig. Aber die Gleichberechtigung hatte auch ihre Grenzen. Im politischen Bereich und in den Führungsetagen war die DDR nicht besser als die Bundesrepublik Deutschland. In den Führungsetagen der Unternehmen und des politi-

schen Betriebs gab es so gut wie keine Frauen. Auch damit kann man nicht als Beispiel kommen.

Ich würde als einziges die Einfachheit des Gesundheitssystems nennen. Ich halte das Gesundheitssystem der Bundesrepublik Deutschland für viel zu kompliziert, auch für sozial nicht sehr ausgewogen, und wie uns inzwischen bescheinigt wird, gilt es nicht mal als eines der besseren der Welt. Internationale Untersuchungen bestätigen, es sei inzwischen zu teuer, auch wegen seiner Komplexität. Auch hier will ich wiederum nicht das System der DDR idealisieren, sondern nur die relative Einfachheit und vereinfachte Zugänglichkeit hervorheben. Dass es darin auch Privilegienwirtschaft gab, darauf hat Rainer Eckert zu Recht hingewiesen. Ich weiß nicht, wie viele Krankenversicherungen es gibt, sie sind auch noch unterschiedlich sozial ausgestattet, das brauchen wir nicht. Sondern wir brauchen eine bestimmte Art der Vereinfachung, die auch den weniger Verdienenden die gleiche Zugänglichkeit auf einfache, unproblematische Weise ermöglicht. Das finde ich wünschenswert bis hin zum beliebten Thema Poliklinik, über das wirklich viele ehemalige DDR-Bürger sagen, das sei doch ein ganz gutes System gewesen, das 1990 wegmusste. Jetzt sehen viele von ihnen mit Vergnügen, dass wieder Ärztehäuser und Medizinische Versorgungszentren entstehen.

Aber insgesamt glaube ich nicht, dass so sehr viele Regelungen aus dem Sozialstaat DDR übertragbar sind. Wir leben in einem vollständig anderen ökonomischen System.

Michael Naumann: Es müssen ja nicht die Regelungen sein, die überlebt haben, es könnte ja auch sein, dass man Lehren für das Heute ziehen kann. Frau Nooke, wenn Sie die Folgen der kommunistischen Diktatur aufarbeiten, haben Sie sicher Gedanken an Bewertungen und Empfehlungen für die heutige Zeit. Auf welchen Gebieten sehen Sie Lehren, die wir ziehen sollten?

Dr. Maria Nooke: Entscheidend ist, dass wir miteinander ins Gespräch kommen. Mir wird immer deutlicher, dass genau diese Fragen miteinander besprochen werden müssen, sowohl innerhalb der Generationen, die die DDR noch erlebt haben, als auch mit denen, die die DDR nicht mehr kennengelernt haben. Letztere haben ja manchmal ein völlig verklärtes Bild, weil aus den Erzählungen der Eltern so ein Mythos DDR entstanden ist, den sie für sich gar nicht einschätzen können. Bildungsarbeit ist ganz wichtig, damit Kinder und Jugendliche nicht nur die Geschichten aus den Familien kennenlernen, sondern auch in der Schule und in außerschulischen Einrichtungen Informationen über die DDR bekommen, um sich mit deren Geschichte auseinanderzusetzen. Aber auch der Dialog in den Familien ist wichtig, dass man versucht zu hinterfragen, wie es damals gewesen ist, wie die Eltern oder

Großeltern sich verhalten haben und warum. Das sollte man vorurteilsfrei besprechen.

Es muss auch möglich sein, schwierige Themen anzusprechen. Das ist wichtig, um der Vereinfachung entgegenzuwirken, heute sei wieder alles wie damals. Man muss bei sich selber, bei uns innerhalb der Gesellschaft anfangen, nicht immer alles auf „die in Berlin“ projizieren. Sonst kommt es zu der Haltung: „Weil die Politiker die Bodenhaftung verloren haben und alles falsch machen, haben wir das gute Recht, uns so wie zu DDR-Zeiten dagegen zu wehren.“ Aber man muss auch darüber nachdenken, was bei einem selber liegt. Deshalb plädiere ich sehr für den Dialog.

Michael Naumann: Und Herr Eckert, welche Rückschlüsse sollten wir Ihrer Meinung nach bei der Rückschau aufs Hier und Jetzt ziehen?

Prof. Dr. Rainer Eckert: Die stalinistische Diktatur ist in einer Revolution zu ihrem Ende gekommen. Es ist immer schwierig, aus einem total gescheiterten System einzelne Elemente herauszulösen und zu sagen, die wären erhaltbar gewesen. Nachdenken könnte man über das Genannte, die Kindergärten, die Krankenversicherung, die Polikliniken, aber bitte nicht auf dem technischen Niveau von damals, sondern auf dem der Gegenwart.

Was mir zum Schluss noch ganz wichtig ist. Was ich wirklich vermisste, das ist der Stolz auf unsere Revolution. Dass wir es geschafft haben – übrigens eine Minderheit der Ostdeutschen von nur fünf Prozent, mehr waren ja nicht auf den Straßen –, eine Diktatur an ihr Ende zu bringen und zu stürzen. Stattdessen wurde von Wende geredet, als hätte sich alles so irgendwie ominös geändert. Nein, wir haben eine Revolution erfolgreich zu Ende geführt, darauf müssen wir stolz sein. Darauf können wir auch nach 30 Jahren noch aufbauen und Forderungen stellen. Das ist mein Grundanliegen. Wir brauchen Revolutionsmut und dürfen uns auf keinen Fall dahin bringen lassen zu sagen, wir seien in Deutschland Deutsche zweiter Klasse. Ich jedenfalls nicht, ich bin Deutscher erster Klasse, alle Deutschen sind das. Ich habe den Vorteil gegenüber meinen Kollegen aus dem Westen, dass ich in zwei politischen Systemen gelebt habe und beide von innen her beurteilen kann, was viele westdeutsche Fachkollegen so nicht können. Also nur Mut!

Michael Naumann: Revolutionsmut, in welcher Hinsicht?

Prof. Dr. Rainer Eckert: Ich meine den Stolz zu sagen, wir haben das geschafft. Das hätte gleich 1990 sein müssen, jetzt ist es schon 30 Jahre her. Aber zu sagen, wir wollen auch teilhaben, wollen auch bestimmen, wir brauchen in einer Übergangsphase westdeutsche Eliten, dann aber nicht mehr, wir können es auch selber: Das hat gefehlt. Und ich wünsche mir, dass wir das erreichen, was heute immer noch möglich ist.



Markus Schlimbach

Michael Naumann: Ist das zugleich ein Plädoyer für mehr Engagement? Es wird ja beklagt, dass sich viele aus dem politischen Engagement zurückziehen. Parteien verzeichnen Mitgliederverluste, Leute ziehen sich zurück, meckern, greifen die Eliten an, ohne selbst aktiv zu werden, ist das auch ein Stück weit mit Revolutionsmut gemeint?

Prof. Dr. Rainer Eckert: In den Augen meiner Frau bin ich krankhaft engagiert, ich lasse keinen Wahlkampfstand, kein Aufhängen von Wahlplakaten aus und Ähnliches, mit wenig Erfolg, meist mit demütigenden Erlebnissen, gerade an den Wahlkampfständen der SPD. Ich werde trotzdem nicht aufhören. Auch an die jungen Leute im Saal gerichtet – in diese Richtung muss sich etwas ändern. Wenn wir uns in Berlin-Rahnsdorf als sozialdemokratischer Ortsverein versammeln, sitzen wir mit sieben oder acht Leuten zusammen, von denen ich noch durch relative Jugendlichkeit auffalle. Da müssen mehr Menschen begeistert werden. Gerade Jüngeren müssen wir sagen, dass es sich zu engagieren lohnt. Gerade hier im Osten sind die Gruppen der Parteien so schwach, dass man mit vier, fünf Neueintritten in eine solche Gruppe erhebliches politisches Gewicht erlangen kann.

Dr. Maria Nooke: Diesen Stolz auf die Revolution würde ich gern unterstützen, aber breiter fassen. Wir hier oben auf dem Podium gehören zu den Gewinnern, wir haben es geschafft, wir können es positiv für uns bewerten. Es gibt aber so viele, die in der DDR gelebt haben, die 1989 vielleicht auch auf der Straße waren oder über Ungarn oder andere Grenzen geflüchtet sind, was ja auch einen wesentlichen Einfluss auf den Zusammenbruch des Systems hatte, das wir überwunden haben. Auch dass die Wirtschaft am Boden lag, war ein wesentlicher Faktor: Es gab so viele, die das in den Betrieben gesehen haben und wussten, dass es so nicht weitergehen konnte, die aber nach 1989 einen extremen Bruch in ihrer Biografie erlebten. Als ich in meiner Anlaufstelle für die Heimkinder die Mitarbeiter kennenlernte, erzählte jeder in einer Runde, was er so in seinem Leben gemacht hat. Von den zehn Leuten kamen neun aus der DDR, eine war aus dem Westen. Alle aus dem Osten hatten nach 1989 einen Bruch erlebt und sich radikal neu orientieren müssen. Sie haben es geschafft, aber wie viele haben es nicht geschafft!

Ich finde, wir müssen auch diejenigen mitnehmen, die sich heute nicht als Gewinner der Revolution fühlen: die in biografisch extreme Situationen gefallen sind, die Ingenieure, die nach dem Zusammenbruch der Industrie keine adäquate Beschäftigungsmöglichkeit mehr fanden, die vielen, die wegen der Arbeit in den Westen zogen. Auch für diese Menschen müssen wir das Bewusstsein schaffen, dass wir trotz dieses extremen Bruchs so viel dazugewonnen haben und es jede Menge Lebensqualität und Perspektive gibt. Die Friedliche Revolution war dafür der Ausgangspunkt.

Michael Naumann: Dann ist jetzt Zeit für Ihre Fragen, Anregungen, Hinweise.

Frage aus dem Publikum: Ich hatte in der Lausitz einen Arbeitskollegen, der die DDR mit einem einzigen Satz charakterisierte, den sein Vater gesagt hatte: „Nach 1945 sind die Kommunisten noch mit guten Absichten angetreten, aber eins stand für mich bald fest. Richtig wirtschaften können sie nicht.“

Frage aus dem Publikum: Was Herr Eckert sagte, dieser Stolz auf die Friedliche Revolution: Die Bundesrepublik Deutschland hat erst nach der Friedlichen Revolution ihre Souveränität wiedererlangt, das heißt, die Souveränität Gesamtdeutschlands ging vom Osten aus. Das ist etwas, das immer wieder in die Diskussion gebracht werden kann. Der zweite Punkt, zu diesem sozialen Mythos der Polikliniken: Ich war in den letzten Jahren der DDR Servicetechniker für Registrierkassen und bin überall herumgekommen. In einer Apotheke in Löbau war ich Ohrenzeuge eines Telefonats, in dem die SED-Kreisleitung dem führenden Apotheker eine Liste durchgab, welche Medikamente an diesem Tag als Placebo ausgegeben werden sollten. Es wurde den Leuten also suggeriert, sie bekämen Medikamente, aber es waren keine echten. Auf der anderen Seite schickten viele Familien aus Westdeutschland

Medikamente an ihre ostdeutschen Verwandten. Die aber wurden in aller Regel aus den Paketen rausgenommen. Für Dialysepatienten brach nach dem Mauerbau die Notfallversorgung in Berlin vollständig zusammen. Der Mythos, dass die DDR in gutem Sinne besonders sozial war, ist ein Irrglaube. Ich komme aus Görlitz, wo im Plattenbaugebiet 1989 über 25 000 Menschen wohnten. Das diente nicht nur der Wohnungsversorgung. Unsere schöne Stadt hat es inzwischen gezeigt: Die meisten Gründerzeitbauten waren alle zu sanieren. Es sollten damals auch bürgerliche Strukturen zerstört werden. Ich rede jetzt nicht von den durch Kriegseinwirkung zerstörten Städten wie Dresden, sondern von erhaltenen Städten, wo noch bis zum Schluss bürgerliche Strukturen wirkten, wo Kirchengemeinden aktiv waren, wo die evangelische Kirche in besonderer Weise wirkte. Dort sollten diese bürgerlichen Strukturen auch mithilfe des Wohnungsbauprogramms zerstört werden. Das Thema ist sehr vielschichtig und lässt sich nicht auf die ganze DDR verallgemeinern.

Frage aus dem Publikum: Sie sagten, dass Sie „Wendeverlierern“ aufzeigen möchten, dass sie auch Gewinner sind. Und dass man stolz sein kann auf die Friedliche Revolution. Wie kann man diese Gruppen erreichen?

Dr. Maria Nooke: Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten. Was ich gerade versuche auszutesten, ist das Angebot, miteinander zu sprechen. Auch Ost und West müssen miteinander sprechen. Entscheidend ist, die Leute da abzuholen, wo sie sind, aber mit ihnen gemeinsam auch zu fragen, wie es damals war. Vieles ist von den Erfahrungen aus der Zeit nach 1989 überlagert, die zum Teil schwierig sind. Manchmal muss man vielleicht auch Schichten abarbeiten und miteinander darüber nachdenken, was ist passiert. Eine gute Möglichkeit ist es, wenn Kinder ihre Eltern oder Großeltern fragen, um einfach ein Gespräch in Gang zu bringen, um sich zurückzusetzen und darüber nachzudenken, was damals erlebt wurde. Ganz unabhängig von der Deutung, denn Erlebtes und Deutung können sehr auseinanderklaffen. Das wäre auch ein guter Ansatzpunkt in der Schule, auf diese Weise an die Erfahrungen heranzukommen.

Markus Schlimbach: Ich habe einen pessimistischen Blick darauf, denn ich glaube, wir haben den Zeitpunkt verpasst, darüber miteinander zu sprechen. Man kann es über Schüler versuchen. Aber der Moment, in dem man zwischen den Akteuren der Friedlichen Revolution und denen, die sich dann als Verlierer fühlten, vermitteln konnte, lag in den 1990er Jahren. Ich habe das Gefühl, dass sich diejenigen, die sich als Verlierer fühlen, immer mehr einpuppen, in ihrer Erinnerungswelt versinken und kaum noch aus den Gedanken an die „gute alte Zeit“ herauskommen. Erschreckend sind die Befunde des Sachsen-Monitors, die zeigen, wie viele Menschen sich positiv an die DDR erinnern. Mit Blick auf einen Dialog bin ich realistisch bis pessimis-



Michael Naumann

tisch. Ich glaube nicht, dass diejenigen, die gefühlt verloren haben, weil sie in der DDR eine bessere Position hatten als heute, diesen Verlust jemals kompensieren können werden. Ich glaube, das ist eine Wunde, die bleibt und die kaum zu schließen ist.

Dr. Wolfgang Thierse: Ich will zwei Antworten darauf geben. Die erste: Ja, es gibt Gewinner und Verlierer der Friedliche Revolution und des welthistorischen Umbruchs. Es gibt dabei unvermeidliche Verlierer, eine Revolution geht nicht ohne Personalwechsel in den Führungsebenen, nicht ohne Elitenwechsel. Wir wollten Karl-Eduard von Schnitzler nicht mehr im Fernsehen sehen. Wir wollten die Staatsanwälte nicht mehr haben. Wir wollten das politische Führungspersonal nicht mehr. Das sind unvermeidliche Verlierer. Mit denen zu sprechen ist relativ schwierig, wenn sie nicht begreifen, dass das der notwendige Preis einer Revolution, eines ökonomischen Zusammenbruchs war. Auf der anderen Seite gab es auch vermeidbare Verlierer: Das sind diejenigen, die durch den wirtschaftlich-sozialen Umbruch beruflich geringere Chancen hatten und Arbeitslosigkeit erfuhren. Das ist viel schwie-

riger. Das ist eine ständige Aufgabe für soziale, ökonomische Politik und auch für den Versuch, ihnen durch Rente und andere politische Maßnahmen zu helfen, soweit das in Grenzen geht.

Die zweite Antwort: Wie kann man gegen die Mythisierung, die Veredelung der DDR angehen? Da habe ich eine einfache Überzeugung. Ich glaube nicht, dass es hilft, wenn man die DDR nur schwarz in schwarz malt, sondern man muss eine Unterscheidung vornehmen. Das predige ich schon seit vielen Jahren: Das Urteil über die DDR als politisches, rechtliches und wirtschaftliches System muss entschieden, klar und hart sein. Dieses System ist gescheitert, es war falsch. Aber das Urteil über die Menschen, die darin gelebt haben, über die Biografien, die hier gelebt wurden, muss differenziert, behutsam sein. Dann wird man sehen, dass es da viele Grautöne, viele bunte Flecken gab. Die DDR-Bürger waren nicht nur alle Schufte oder Angepasste oder Unterwürfige, sondern ganz unterschiedliche Menschen, so wie in anderen Gesellschaften und Staaten auch. Diese Unterscheidung ist wichtig. Auch zuzulassen, dass es in der DDR, auch in diesem grauen Staat, den wir als Unrechtsstaat, als weltanschauliche Erziehungsdiktatur, als System von Misswirtschaft beschreiben können, die Würde des gelebten Lebens gab. Es ist legitim, menschlich notwendig und vernünftig, sich an diese Seiten des Lebens in der DDR zu erinnern. Ich beschreibe es gern so: Die DDR war nicht nur eine Diktatur, sie war auch eine Solidargemeinschaft ihrer Bürger gegen den alltäglichen Ärger, die Zumutung von oben, die Unterdrückung, die Bewachung. Dass man sich freundlich an diese alltäglichen Solidaritäten erinnert, an die kleinen Schlaumeiereien, die viele versucht haben, das Durchwurschteln, wie auch immer man das beschreibt – das ist doch in Ordnung so, das müssen Menschen können. Darauf können sie auch stolz sein, ein bisschen. Nicht nur auf die Friedliche Revolution, sondern auch auf Überlebenstechniken, selbst wenn man mit diesen Überlebenstechniken heute in einer freien, offenen Konkurrenzgesellschaft nicht mehr so viel anfangen kann.

Das ist mir wichtig: diese Unterscheidung zwischen dem Urteil über das System und dem Urteil über die Menschen und die gelebten Biografien. Denn das ist der Anknüpfungspunkt für die Gespräche, der es auch Leuten, die sich eher als Verlierer empfinden, ermöglicht zu sagen: „Ich erlaube mir auch ein kritisches Wort. Ich muss die DDR und ihr System nicht verteidigen, wenn ich mein eigenes Leben, meine Biografie verteidige.“ Das ist wichtig: Man muss dieses System nicht verteidigen, wenn man seine eigene Biografie verteidigt. Und dass man seine Biografie verteidigt, ist ein Menschenrecht.

Prof. Dr. Rainer Eckert: Noch einmal zurück zu den positiven Erinnerungen. Es ist ganz normal, dass die Menschen sich positiv an ihre Kindheit und Jugend erinnern.

Das gilt ja meist für die, über die wir heute sprechen. Das war auch nach dem Nationalsozialismus genau das Gleiche. Ich hatte in der DDR trotz aller Schwierigkeiten eine schöne Kindheit und eine schöne Jugend in der DDR-Opposition, das hatte schon was, da war was los. Das war spannend, nicht so langweilig wie heute vielleicht. Daran habe ich durchaus positive Erinnerungen.

Und noch einmal zu meinen Wahlkampf Erfahrungen. Wenn man an so einem Stand steht, werden einem Dinge gesagt, die mit der Gegenwart, mit der kürzeren und mit der längeren Vergangenheit zu tun haben. Hartz IV: ein Punkt. Flüchtlingsfragen: kommen immer. Lügenpresse, Politiker, die in die eigene Tasche wirtschaften: Standardanwürfe. Dann kommt: „Wir sind Bürger zweiter Klasse.“ Das muss überwunden werden. Da ist es mir zu wenig, zu sagen, man müsse Gespräche führen. Sondern es müssen Aufstiegschancen für junge Ostdeutsche geöffnet werden. Keine Quotenostdeutschen, aber es muss im Bewusstsein sein, dass man bei der Besetzung von Positionen mehr auf Ostdeutsche zurückgreift, das gilt für die sächsische Staatsregierung mit ihren Staatssekretären und Abteilungsleitern genau wie für die Verwaltung des Bundestages mit 3000 Mitarbeitern. Da muss ein Wandel her. Wenn der passiert, werden die Leute ihre Gegenwart auch anders einschätzen.

Dr. Wolfgang Thierse: Ich möchte das ausdrücklich unterstützen. Gestern stand es in der Zeitung: Der Bundestag hat 110 mittlere und höhere Stellen. Davon sind fünf von Ostdeutschen besetzt. Und drei davon kommen aus meinem Büro, die habe ich in die Bundestagsverwaltung geholt und mitgeholfen, dass sie weiter ihren Weg gehen können. Dass das Anfang der 1990er Jahre so war, auch noch Mitte der 1990er, gut. Aber nach 28 Jahren: Das finde ich skandalös. Das gilt für die Bundestagsverwaltung genau wie für die sächsische Landesregierung, für die Bundesregierung und für viele andere Bereiche. Ich hoffe, dass man in zehn oder 15 Jahren nicht mehr nach Ost- oder Westherkunft fragt, aber jetzt sollten solche biografischen Erfahrungen noch einen gewissen Wert haben in der Bewertung von Leuten.

Michael Naumann: Wir kommen bisschen weg von der Ursprungsfrage, aber Frau Nooke, Sie wollten noch etwas ergänzen.

Dr. Maria Nooke: Genau. Ich kann dem nur zustimmen, es ist wirklich wichtig, dass es für Ostdeutsche solche Möglichkeiten gibt. Ich bin nicht ganz so pessimistisch. Die Zahl ist natürlich schockierend, und ich weiß, dass es in der Landesregierung von Brandenburg auch nicht besser aussieht. Als ich noch in der Stiftung Berliner Mauer gearbeitet habe, war ich immer wieder mal an Bewerbungsverfahren beteiligt. Noch vor zehn Jahren musste man häufig sagen, die Bewerber aus dem Osten sind einfach nicht so gut wie die aus dem Westen. Das hat sich aber in den vergangenen Jahren geändert. Es kommt eine Generation, die selbstbewusst auftritt, die weiß,

was sie kann. Deshalb habe ich Hoffnung. Ich kann auch gleich noch eine Brücke schlagen zu dem, was ich ergänzen wollte: Ich glaube, dass es wichtig ist, auch die Geschichte von nach 1989 aufzuarbeiten. Wir haben uns sehr um die Aufarbeitung der DDR-Geschichte bemüht und müssen nun fragen, was danach passiert ist. Wir müssen die Treuhandgeschichte aufarbeiten. Denn dass die DDR sehr positiv gesehen wird, hängt häufig mit den Brüchen zusammen, die nach 1989 erlebt wurden, und damit, wie die Industrialisierung bzw. Deindustrialisierung hier im Osten gelaufen ist. Das wird zum Großteil der Treuhand und denen, die aus dem Westen kamen, zugeschrieben. Da ist natürlich einiges dran, aber nicht nur. Die Industrie in der DDR lag am Boden und die Betriebe waren nicht mehr effektiv zu betreiben. Dazu gab es gerade einen interessanten Artikel in der FAZ von einem jungen Professor aus Bochum mit einer ostdeutschen Biografie. Ich finde es gut, wenn sich solche Leute jetzt dieser Themen annehmen.

Michael Naumann: Noch eine kleine Ergänzung von mir. Wir sind als Journalisten ja auch häufig mit den Themen befasst. Allein die Nachfrage und das ehrliche Interesse an einem Lebensweg öffnen Türen und Herzen. Neulich bei einer Veranstaltung hatten wir einen über 90 Jahre alten Professor da, der die Entwertung der Ingenieursprofessuren in den 1990ern nachvollzog und erzählte, dass sich viele Leute in dieser Zeit etwas angetan haben, weil sie nicht zurechtkamen. Wir kamen danach ins Gespräch und er stellte in den Raum, dass es möglicherweise eine Form der Anerkennung sein könne, wenn die Gesellschaft offen sagt, dass gewisse Fehlentwicklungen passiert sind. Das muss nicht unbedingt eine Entschuldigung sein. Ich fragte, ob es den einen oder anderen vielleicht schon befrieden würde, wenn Angela Merkel eine entsprechende Erklärung abgeben würde. Er war sehr offen und meinte, möglicherweise würde das schon helfen. Das blanke Interesse, das Nachfragen und die Anerkennung sind wichtig. Das Interesse am Menschen hilft in vielen Fällen, um eine Brücke durch eine Mauer von Frust zu schlagen.

Frage aus dem Publikum: Wie wir die Menschen mitnehmen, die sich als Verlierer fühlen, ist eine hochaktuelle Frage. Wir lernen jetzt nach fast 30 Jahren, was wir versäumt haben, aber wir sind Menschen. Wir sind damals in Umbrüche geraten, die es in der Form noch nicht gab. Dass wir nicht schnell in der Reaktion sind und nicht alles richtig, nicht schnell genug und nicht alles im richtigen Zeitrahmen machen, ist doch verzeihlich. Das Entscheidende ist, dass wir aus dem, was wir einsehen, aus der Distanz heraus lernen. Dass wir umkehren und nicht nur Appelle an andere aussenden, sondern bei uns selber anfangen. Dass wir die Verurteilungen weglassen, dass wir die Menschen ernstnehmen und ihre Lebensgeschichten anhören, ohne sofort das Gegenargument im Kopf zu haben. Ich vermisse die Fähigkeit zur Streitkul-

tur in unserer Gesellschaft. Deshalb bin ich auch nicht sehr optimistisch, dass es reicht, wenn wir Appelle aussenden.

Ein zweiter hochaktueller Punkt: Dieses ganze Problem ist ja durch die Flüchtlingsproblematik noch mal neu hochgekommen. Ich störe mich etwas daran, dass man AfD-Leute immer nur als populistische Mitläufer bezeichnet. Da sind genauso Menschen drin, die haben genauso diese ernsthaften Anliegen, Probleme, gebrochene Biografien, fühlen sich nicht verstanden. Wir haben es wieder versäumt, uns mit diesen Menschen beizeiten auseinanderzusetzen, nicht erst, wenn es schon zu spät ist, ihnen zuzuhören, ohne sie sofort in die Ecke zu schieben und Urteile über sie auszuschütten. Wir sollten eine Brücke bauen, um wirkliches Verständnis füreinander zu entwickeln. Nur so kann eine Gesellschaft sich in Richtung Frieden bewegen. Ich vermisse es immer noch, dass ein entsprechender ordentlicher Dialog stattfindet. In Dresden hat es Frank Richter von der Landeszentrale für Politische Bildung anfangs versucht, das war natürlich gefährlich, Herrn Bachmann auf die Bühne zu holen. Es wäre aber gut, so etwas friedlich hinzubekommen.

Dr. Wolfgang Thierse: Dass die Flüchtlingsbewegung noch manche Probleme und Emotionen verschärft hat, ist unübersehbar. Da haben Sie vollkommen Recht. Und Sie haben auch Recht, dass wir an Streitkultur arbeiten müssen. Streitkultur heißt ja, mit Respekt Meinungsverschiedenheiten auszutragen. Erinnern Sie sich an eine Rede von AfD-Vertretern im Deutschen Bundestag, wo AfD-Vertreter dies getan haben? Ich sehe es mit Betroffenheit, aber die letzte Rede von Alice Weidel war eine Orgie von Beschimpfungen, die mich erschrecken. Sie hat die Debatte an diesem Tag eröffnet. Sie hat nicht auf etwas reagiert, sondern den Ton gesetzt.

Und eine zweite Beobachtung: Ich selber habe eine gewisse Zahl an Erfahrungen in Versammlungen gemacht, in denen erkennbar Sympathisanten der AfD oder ähnlichen Gruppen aufgetreten sind und – was ich zunächst ganz normal finde – Kritik vorgetragen haben, häufig eine ganze Reihe von Kritikpunkten. Wenn ich dann mit der Antwort dran war, fragte ich, ob wir von den zwölf Kritikpunkten erst einmal einen, zwei oder drei miteinander besprechen können, auf die gehe ich ein. Ich habe oft genug erlebt, dass Leute gegangen sind, sie wollten meine Antwort nicht hören. Ich habe oft erlebt, dass es ihnen nur darum ging, die Wut zu äußern, die scharfe Kritik. Das ist dann schwierig. Das Dresdener Beispiel, Frank Richter, der den Versuch gemacht hat, sagte am Ende: „Es geht nicht, es hat keinen Zweck.“ Damit will ich nicht resignieren. Ich will nur die Schwierigkeiten beschreiben, dass wir jetzt in einer Phase sind, wo ein Teil der Bürger dieses Landes voller Empörung, Wut und innerer Aggressivität ist.

Das hat nicht nur mit der Geschichte der deutschen Vereinigung zu tun. Da sind die



Zuhörer_innen beim Podiumsgespräch

Probleme der Globalisierung, die vielen radikalen Veränderungen, die gleichzeitig stattfinden, die Flüchtlingsherausforderung, die Digitalisierung, die Änderung der Arbeitswelt, all das sind Faktoren, die bei manchen eine geradezu dramatische Zukunftsangst erzeugen. Tiefe Verunsicherung führt dazu, dass Menschen nach den schnellen, einfachen, radikalen Antworten suchen. Die kann aber demokratische Politik nicht geben. Das ist die Schwierigkeit, in der wir gegenwärtig sind. Ängste und Unsicherheiten überwindet man nicht durch Beschimpfung oder durch Schulterklopfen, es sei alles nicht so schlimm, sondern indem man die Menschen ernstnimmt, sich dem Gespräch stellt und, wenn es irgend geht, die angstmachenden Probleme zu lösen versucht. Aber das dauert alles länger, als die verständliche Ungeduld von Menschen sich wünscht. Das sage ich ohne den Anflug von Resignation. Es ist eine Herausforderung, der sich die Demokraten miteinander zu stellen haben.

Frage aus dem Publikum: Ich möchte in diesem Zusammenhang an einen Punkt erinnern. Das ist das Abtreibungsrecht. Es gab eine sehr intensive Debatte in ganz Deutschland, wie ein im Westen geprägtes Recht auf dieses DDR-Recht reagieren sollte. Es sind wesentliche Elemente aus dem DDR-Recht übernommen worden,

dann kam es zu dieser etwas widersprüchlichen Lösung: Es ist widerrechtlich, bleibt aber straffrei und ist nicht mehr an die Indikation gebunden, die es vorher im Westen gab. Mich würde interessieren, wie Sie diesen gesellschaftlich hochbrisanten Punkt beurteilen.

Dr. Wolfgang Thierse: Die jetzt geltende Regelung, die wir 1993 getroffen haben, halte ich für sehr gut, weil die konkurrierenden Rechtsgüter zu einem Ausgleich gekommen sind. Ich halte es für eine bessere Regelung als in vielen Nachbarländern. Es hat auch damit zu tun, dass die kurze DDR-Rechtstradition, in der Abtreibungen relativ unterschiedslos erlaubt waren, und die ältere Tradition aus der Bundesrepublik zusammenkamen. Ich stehe immer noch zu dieser vernünftigen Entscheidung, es so zu lösen.

Michael Naumann: Vielen Dank Ihnen allen für dieses sehr lebhafte Podium, vielen Dank auch dem aufmerksamen Publikum. Wir haben ganz viele Facetten des Themas Sozialstaat angesprochen und nehmen den Appell und die Selbsterkenntnis mit, dass Gespräche wichtig sind, der Dialog über diese Themen, die Aufarbeitung dieser Fragen ohne Vorurteile und mit Respekt.



Prof. Dr. Christoph Kleßmann

VORTRAG

Prof. Dr. Christoph Kleßmann

Arbeiter in der DDR – die führende Klasse?

I Allgemeine Bemerkungen

Das Fragezeichen hinter den Vortragstitel legt die Antwort „nein“ bereits nahe, und vermutlich wird niemand hier das Gegenteil behaupten wollen. Das Problem wird aber komplizierter und auch interessanter, wenn man trotzdem nach der sozialen Relevanz der offiziellen (ideologischen) Selbsterkennung der DDR durch die SED fragt. Ich habe in meinem Buch „Arbeiter im ‚Arbeiterstaat‘ DDR“ die Bau-

Vortrag · Arbeiter in der DDR – die führende Klasse?

ern, die ja in die korrekte amtliche Bezeichnung gehören, weggelassen, um eben dieses Problem deutlicher zu machen. Die Bauern waren eben ideologisch nicht von zentraler Bedeutung.

Der Anspruch, Arbeiterstaat zu sein, ließ sich – wenn überhaupt – nur einlösen, wenn die Begriffe „Arbeiter“ und „Arbeiterklasse“ weit verstanden wurden. Diese zur Legitimation unverzichtbaren Bemühungen begannen bereits in den 1940er Jahren und hielten mit verschiedenen Varianten, die oft ebenso gekünstelt wie diffus waren, bis zum Ende der DDR an. Die SED entwickelte dazu tendenziell zwei Arbeiterbegriffe. Unterschieden wurde zwischen „Herkunft aus der Arbeiterklasse“ bereits vor 1945 und „Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse vor dem Eintritt in den Staatsapparat“, das heißt Aufstieg aus den Betrieben in politische und administrative Funktionen während oder nach der Entstehung der DDR.

Ein schönes Detail für die sozialstatistische Verwirrung durch ideologische Konstruktionen ist in diesem Zusammenhang der Hinweis des führenden Mitglieds des Zentralsekretariats der SED, Anton Ackermann, der 1949 im Zusammenhang mit der Diskussion um die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten von einem erweiterten Arbeiterbegriff ausging und feststellte:

„Das ist eigentlich selbstverständlich, wird aber nicht immer genügend beachtet. Ich bin auch seit 1929 aus dem Betriebe weg und gehöre doch zur Arbeiterklasse, und wenn ich einen Sohn oder ein Mädchen in dem Alter für das Hochschulstudium hätte, würde ich für meine Kinder beanspruchen, dass sie als Arbeiterkinder gezählt werden; denn ein Parteifunktionär, der im Angestelltenverhältnis in der Partei oder Verwaltung steht, ist ein Funktionär seiner Klasse und gehört in erster Linie zu dieser Klasse. In diesem Punkt müssen wir also ganz fest und klar sein.“

Festigkeit und Klarheit gab es in der Folgezeit nicht, aber der ideologische Anspruch besaß durchaus soziale Relevanz. Ein enger, sozusagen traditioneller Arbeiterbegriff war dauerhaft nicht mit der sozioökonomischen Entwicklung zu vereinbaren. Als langfristiger Trend lässt sich für moderne Staaten im 20. Jahrhundert festhalten: Gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen schrumpfte der primäre Sektor (Land- und Forstwirtschaft) schnell, der sekundäre Sektor (Industrie und Handwerk) expandierte zunächst noch, ging dann aber langsam zurück, während der tertiäre Bereich der Dienstleistungen kontinuierlich anstieg. Besonders deutlich zeigten sich diese globalen Entwicklungstrends nach 1945, und zwar zeitversoben in beiden deutschen Staaten. Die Computerisierung von Wirtschaft und Gesellschaft seit den 1970er Jahren bildete dann ein weiteres, im Übrigen globales Problem, das zum Niedergang der DDR nicht unwesentlich beitrug.

Dass sich dieses Problem in der offiziellen Statistik der DDR anders niederschlug,

hat mit einer Besonderheit zu tun, die genau zum „Arbeiterstaat“ passt: Seit 1963 wurde in der veröffentlichten Statistik nicht mehr zwischen Arbeitern und Angestellten differenziert, sondern beide gehörten zusammen zur „Arbeiterklasse“. Die nahm daher nicht ab wie überall auf der industrialisierten Welt, sondern eher zu oder blieb auf hohem Niveau. Demnach gehörten in den 1980er Jahren circa 89 Prozent der Bevölkerung zur Arbeiterklasse!

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang noch zwei Stimmen zitieren, die den anderen Aspekt, die soziale und kulturelle Relevanz, betonen. Der Soziologe Wolfgang Engler hat in seinem Buch „Die Ostdeutschen“ (1999) betont:

„Die Ostdeutschen lebten in einer Gesellschaft, in der die Arbeiterschaft sozial und kulturell dominierte und die anderen Teilgruppen mehr oder weniger ‚verarbeiterlichtet‘. Es wäre eine Absurdität zu behaupten, die ostdeutschen Arbeiter hätten die politische Herrschaft ausgeübt. Aber das soziale Zepter hielten sie in der Hand. Anschauungen, Meinungen, Konventionen, Kleidungs- und Konsumgewohnheiten und nicht zuletzt die Alltagssitten richteten sich nach den Normen und Idealen der arbeitenden Klasse.“

Ähnlich hat Peter Hübner, einer der besten Kenner der Geschichte der Arbeit und der Arbeiter in der DDR, in seinem Buch von 2014 „Arbeit, Arbeiter und Technik“ bilanziert:

„Attribute bürgerlichen Lebens kamen aus der Mode. Männer trugen immer seltener Krawatte und Hut, dafür legten sie den Weg zur und von der Arbeitsstätte nicht selten im Blaumann oder Maureranzug zurück; Frauen begaben sich auch schon mal in Kittelschürze und mit Lockenwicklern an die Öffentlichkeit. Ohne dass dies zu generalisieren wäre, sondern eher als Tendenz zu Tage trat: Man benahm sich, als sei man zu Hause. Hierbei wird nicht nur ein profundes Desinteresse an bürgerlichen Anstandsregeln eine Rolle gespielt haben, sondern es gab wohl auch eine Aversion gegen die auf ‚sozialistische Lebensweise‘ zielenden politischen Erziehungsversuche.“ (S. 352)

Gegen beide Zitate könnte man sicherlich einiges einwenden, aber sie geben ohne Frage einen Trend und eine Differenz zu Westdeutschland wieder. Mir ist aber wichtig, dass man bei generalisierenden Aussagen zu „40 Jahren DDR“ auf unterschiedliche Phasen hinweist. Die 1950er und die 1980er Jahre lassen sich nicht einfach in einen Topf werfen, auch wenn die Strukturen der SED-Diktatur ähnlich blieben. Hier nur so viel als generelle Bemerkung:

Die im Sozialismus angelegte egalitäre Orientierung wurde in den 1950er Jahren noch stark vom Pathos des sozialistischen Aufbaus bestimmt. Mit dem Scheitern des „Neuen Ökonomischen Systems“ (NÖS) Ende der 1960er Jahre und dem Generationswechsel sowie der sich vertiefenden statt abnehmenden Kluft im Entwicklungsniveau zwischen Ost und West wurde dieser Egalitarismus zunehmend überla-

gert von Desinteresse, Gleichgültigkeit und Zynismus. Die Arbeiter aber nahmen zugleich ihren Staat auch beim Wort, prägten ihm unter den gegebenen politischen Bedingungen ihre Interessenstruktur auf und verwandelten damit die Gesellschaft insgesamt zunehmend in eine „arbeiterliche Gesellschaft“, wie Engler konstatiert hat.

Diesem im Großen und Ganzen wohl zutreffenden Befund einer „arbeiterlichen Gesellschaft“ entsprach auch die soziale Selbsteinschätzung eines im Vergleich zur Bundesrepublik viel höheren Anteils der DDR-Bevölkerung als „Arbeiter“, und zwar sowohl vor als auch nach dem Ende der DDR 1990. Dass diese Selbstwahrnehmung deutlicher auf den Status als Arbeiter ausgerichtet blieb, mochte in der DDR sicherlich auch damit zusammenhängen, dass es politisch opportun war und Vorteile brachte, wenn man zur Arbeiterklasse gehörte. Im Volksmund gab es dazu den Kalauer: Jeder will zur Arbeiterklasse gehören, aber niemand will Arbeiter sein. Die Daten zur Selbsteinschätzung nach 1990 verweisen aber auch auf die tiefgreifende soziale Umschichtung, die in der DDR stattgefunden hatte.

In den Normen und Anschauungen der DDR-Gesellschaft steckten zwar noch Traditionselemente der alten Arbeiterbewegung, zumal deren Institutionen in verstaatlichter Form vielfach in die Konstruktion des „Arbeiter-und-Bauern-Staates“ eingegangen waren. Dietrich Mühlberg, einer der führenden Kulturwissenschaftler der DDR, der den parteioffiziellen Vorgaben der SED nicht oder nur teilweise folgte und daher oft aneckte, charakterisierte diesen interessanten und auch kontrovers diskutierten Zusammenhang so:

„So gut wie alle Einrichtungen der Arbeiterbewegungskultur wurden wieder aufgenommen und in modifizierter Form (meist an Betriebe oder Gewerkschaften gebunden) weitergeführt. Sie sollten nun für alle – vorzugsweise aber für Arbeiter – offen sein.“

Ohne Frage waren auch die Tendenzen zur sozialen Nivellierung im Bereich der Lohn-, Sozial- und Konsumpolitik stark. Hier hat das Plädoyer von Ina Merkel, so problematisch es für eine sozialhistorische Analyse ist, seine Berechtigung und Überzeugungskraft, auf den Begriff Arbeiter zu verzichten zugunsten eines breiten und zeitgenössisch ständig verwendeten Begriffs „Werkätige“.

Der Egalitarismus als Grundströmung war mit der dauerhaften Erfahrung von Mangel, Desorganisation, politischer Unterdrückung, Schattenwirtschaft und Inkompetenz verbunden. Er ließ zunehmend andere Tugenden, die in der Arbeiterbewegung ebenfalls eine wichtige Rolle gespielt hatten, in den Hintergrund treten: Disziplin, Fleiß, Qualitätsbewusstsein, Orientierung an „deutscher Wertarbeit“. Das gab es selbstverständlich individuell massenhaft, aber es wurde zugleich kollektiv ausge-

höhlt. Damit verschärfte sich die Misere, ohne dass die „führende Klasse“ ein ernsthaftes Interesse an Abhilfe durch Konkurrenz, Produktivitätssteigerung und soziale Einschränkungen hatte und haben konnte. In zugespitzter Form brachte Günter Mittag, der Chefökonom des Politbüros, im September 1988 das generelle Problem auf den Punkt: „Unsere Leute wollen die soziale Sicherheit, Geborgenheit, sichere Arbeitsplätze und Ausbildung von uns und die Kaufhäuser aus der BRD.“

II Phasen und Instrumente der Etablierung der „führenden Klasse“

In der SBZ war zunächst noch nicht von einer sozialistischen, sondern nur von einer „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ die Rede. Damit wurden aber bereits alle wesentlichen Grundlagen für den von Moskau diktierten Aufbau eines kommunistischen Staates im geteilten Deutschland geschaffen. Aus der Rückschau lassen sich die wesentlichen Charakteristika des seit 1952 sogenannten „ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates auf deutschem Boden“ mit wenigen Hinweisen skizzieren.

Das wichtigste Instrument bildete die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse in Industrie und Landwirtschaft, mit der bereits 1945/46 begonnen wurde. In der neuen Wirtschaftsverfassung sollte den Kräften, die nach kommunistischer Lesart Hitler an die Macht gebracht hatten, durch tiefgreifende Strukturreformen der Boden entzogen werden. Die Entnazifizierung bekam daher in der SBZ eine besondere und von den Westzonen unterschiedene Ausrichtung: eine frühe Bodenreform und die Verstaatlichung der großen Industriebetriebe bildeten das Herzstück der Entnazifizierung und die Basis einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung.

Anders als in den Westzonen waren zudem politische Parteien und Gewerkschaften bereits vor dem Potsdamer Abkommen vom August 1945 zugelassen worden. Als erste Partei trat die KPD am 11. Juni 1945 in Berlin mit einem Gründungsaufruf auf die politische Bühne, mit Inhalten, die im Wesentlichen in Moskau auf Stalins Anweisungen festgelegt worden waren. Das Sensationelle dieses Textes war die scheinbare Absage an alle traditionellen Ziele der kommunistischen Bewegung. Der Aufruf knüpfte an die Revolution von 1848 an und formulierte als Ziel die Vollen- dung einer bürgerlich-parlamentarischen Republik. Ohne Zweifel haben sich mit diesem für alle KPD-Mitglieder verbindlichen programmatischen Aufruf viele Hoffnungen verbunden. Diese sollten freilich schon nach kurzer Zeit bitter enttäuscht werden. Bekannt ist die von Wolfgang Leonhard überlieferte Äußerung von Walter Ulbricht, dem eigentlichen Drahtzieher und starken Mann der KPD: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“

Für unser Thema besonders wichtig ist neben dem sozialökonomischen Umbau die



Schülerinnen aus Bautzen

im April 1946 nach einer intensiven Propagandakampagne mit massivem Zwang, verschiedenen Einschüchterungsmaßnahmen und auch mit Gratifikationen betriebene Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien KPD und SPD zur SED. Diese **SED-Gründung** war nicht nur eine unerlässliche Voraussetzung für den inneren Transformationsprozess in der Ostzone, sondern auch ein wesentliches Element für die schnelle Auseinanderentwicklung der beiden Teile Deutschlands. Denn mit der neuen Einheitspartei war nicht nur die SPD als stärkste politische Kraft und potenzielle gesamtdeutsche Klammer gespalten und geschwächt, sondern nach dieser erzwungenen Fusion ging auch die britische Besatzungsmacht als erste auf Konfrontationskurs, um eine ähnliche Entwicklung in ihrer Zone, in der das Ruhrgebiet als besonders wichtige Region lag, zu verhindern.

Eine Abstimmung unter SPD-Mitgliedern fand nur in Westberlin statt. Die Ablehnung einer überstürzten Fusion war eindeutig, die hohe Zustimmung zu einer Kooperation belegte allerdings ebenfalls, wie ausgeprägt der prinzipielle Wunsch nach Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung war.

Dass der Zusammenschluss mit erheblichem äußeren Druck durchgesetzt wurde,

rechtfertigt durchaus die Charakterisierung als Zwangsvereinigung, auch wenn die neue Partei noch eine traditionelle Struktur aufwies und keineswegs zu leugnen ist, dass es insbesondere in den ersten Monaten nach dem Ende des Dritten Reiches eine breite Einheitsbewegung innerhalb der Arbeiterschaft gegeben hatte. Die SED legte in den Anfangsjahren Wert darauf, ihrem Namen als „**Partei der Arbeiterklasse**“ gerecht zu werden. Deshalb achtete man auf einen hohen Arbeiteranteil unter den Mitgliedern. Im zeitlichen Längsschnitt zeigte sich jedoch ein kontinuierlicher Rückgang, der sich offenbar kaum aufhalten ließ, obwohl die Daten bruchstückhaft sind. 1948 gab es bei 1,7 Millionen Parteimitgliedern einen Arbeiteranteil von 48 Prozent, 1953 war das Verhältnis schon 1,3 Millionen zu 39 Prozent. 1960 kamen auf 1,6 Millionen Parteimitglieder 34 Prozent Arbeiter und im Revolutionsjahr 1989 lag der lediglich ungefähr angegebene Arbeiteranteil von 2,3 Millionen Mitgliedern bei nur noch 30 Prozent.

Auf den Aufstand vom 17. Juni 1953 gehe ich hier nicht genauer ein, weil er mittlerweile wohl hinreichend bekannt und diskutiert worden ist. Es ist und bleibt jedoch eine bittere historische Ironie, dass die Erhebung im „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ ausgerechnet von der Arbeiterschaft als „führende Klasse“ in Gang gesetzt wurde, die eine Schlüsselrolle beim Aufbau einer neuen Gesellschaft spielen sollte. Sie war von der anstehenden Normerhöhung besonders betroffen und hatte nun vom Neuen Kurs offenkundig wenig unmittelbare Vorteile. Die Arbeiterschaft verfügte zudem trotz gleichgeschalteter Gewerkschaften über eine in Restbeständen noch lebendige Tradition, die sich gegen die Oktroyierung des sowjetischen Modells und gegen Lohndiktate sperrte. Sie war überdies dank der kollektiven Arbeitsorganisation eher als andere Schichten in der Lage, ihrem Unwillen auch spontan und massiv durch Streiks und Demonstrationen Ausdruck zu verleihen.

In den großen Städten ging die Bewegung von Arbeitern aus, entwickelte sich dann aber schnell zu einem Volksaufstand, an dem sich nahezu alle sozialen Schichten und Berufsgruppen in unterschiedlichen Formen beteiligten. In 167 der insgesamt 217 Stadt- und Landkreise verhängte die sowjetische Armee am 17. und 18. Juni 1953 den Ausnahmezustand, der in Halle, Leipzig und Ostberlin bis 11. Juli aufrechterhalten wurde. Streiks gab es in über 1000 Betrieben und Genossenschaften.

Die Zahl der Opfer lässt sich nicht ganz genau feststellen. Man geht heute von 40 bis 50 Toten und mehreren Tausend Verletzten zwischen dem 16. und 21. Juni aus. Die Gesamtzahl der Verhafteten lag zwischen 13000 und 15000, die Mehrheit von ihnen wurde allerdings schon bald wieder freigelassen. Für die Gesamtzahl der 2300 bis 2500 Verurteilten wurden jedoch zum Teil barbarische Urteile verhängt. Fast 88 Prozent der vom Obersten Gericht der DDR Verurteilten waren Arbeiter.

Die größte Massenorganisation des „Arbeiterstaates“ war der 1945 gegründete **Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB)**. Er war fraglos eine Staatsgewerkschaft, deren Rolle spätestens mit der Gründung der DDR festgelegt war: Transmissionsriemen zu sein für die Politik der führenden Partei. Diese Rolle auszufüllen dauerte aber viele Jahre. Denn zum einen blieben die Erwartungen der Basis lange an das traditionelle Bild einer Gewerkschaft als materieller Interessenvertretung geknüpft, zum anderen hatten die Funktionäre offensichtlich große Schwierigkeiten, der neuen Rolle gerecht zu werden.

Die Spannung zwischen sowjetischem Modell und deutscher Tradition, zwischen dem Träger von Produktionskampagnen und der Interessenorganisation von Lohnabhängigen verschwand nie vollständig, sodass die Geschichte des FDGB unter der Oberfläche eine merkwürdige Ambivalenz aufweist. Eine Sozialgeschichte dieser Massenorganisation, die 1950 etwa 4,7 Millionen Mitglieder hatte und 1988 mit rund 9,6 Millionen Mitgliedern nahezu die gesamte arbeitende Bevölkerung umfasste, sollte daher versuchen, das Bild einer vollständigen politischen Durchorganisation etwas zu relativieren. Der FDGB hatte offenbar, so konstatierte Peter Hübner pointiert, jenseits seiner offiziellen politischen Geschichte auch eine „Krypto-Geschichte“, die starke Verbindungslinien zum immer wieder bekämpften „Sozialdemokratismus“ und zum „Nur-Gewerkschaftertum“ besaß. Hübner hat daher in der Gesamtgeschichte des FDGB zwei ineinandergreifende Traditionslinien identifiziert:

„Die eine kam aus der kommunistischen Richtung, zeichnete sich durch ihre KPD/SED-Fixierung aus und war im Wesentlichen im Sekretariat des Bundesvorstandes präsent. Die andere hatte ihre Wurzeln in der Gewerkschaftsbewegung der Zwischenkriegszeit, mit starken Querverbindungen zur Sozialdemokratie, und sie blieb längerfristig in der Funktionärsschicht der Industriegewerkschaften und Gewerkschaften sowie unter den vorwiegend ehrenamtlichen Betriebsfunktionären erhalten. Vor allem von dieser Seite her kam ein deutlicher pragmatischer Zug, der sich insbesondere im sozialen Aufgabenbereich des FDGB Geltung verschaffte.“

Neben seiner staatstragenden Funktion besaß der FDGB in der Arbeitsgesellschaft der DDR eine betriebliche Schlüsselrolle. Arbeiter waren mit dessen Aufgaben in zweifacher Weise konfrontiert: als Motor der Mobilisierung für Produktionssteigerung, aber auch als Träger der staatlichen Sozialversicherung und der betrieblichen Sozialpolitik, das heißt unmittelbar erfahrbarer sozialer, gesundheitlicher und kultureller Leistungen. Insofern schien Loyalität ratsam, auch wenn die politische Funktion des FDGB eher unerwünscht war. Für den Apparat galt tendenziell bis in die 1960er Jahre: je höher die Ebene, desto verheerender das Image an der Basis der

Belegschaften. Da der FDGB aber eine Art sozialpolitische Superbehörde war, produzierte er damit auch einen nicht unbeträchtlichen politischen Loyalitätseffekt für das Regime. Die Geschichte des FDGB zeigt somit dessen ambivalente Funktion. Er verlor schnell seine Rolle als wirkliche Interessenvertretung, seine sozialpolitische Schlüsselstellung verlieh ihm andererseits ein beträchtliches reales Gewicht. Überdies war der Ausbau des riesigen Apparats von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Funktionsträgern durchaus geeignet, Integration und Loyalität, wie missmutig auch immer, zu fördern. 1963 entfielen beispielsweise auf 6,4 Millionen FDGB-Mitglieder 1,6 Millionen gewählte ehrenamtliche Funktionäre. Das musste nicht, konnte aber durchaus eine organisationspolitische Stabilisierung bedeuten.

Der FDGB war zuständig für die Sozialversicherung. Im Kontrast zur Bundesrepublik erfolgte deren Organisation in der DDR nach dem Prinzip der einheitlichen Volksversicherung. Statt einer Vielzahl von Trägern gab es eine einheitliche Versicherungsorganisation, der alle Erwerbstätigen einschließlich der Selbstständigen, die bis zu fünf Personen beschäftigten, angehörten. Ähnliche Formen der Einheitsversicherung favorisierten die Gewerkschaften und die SPD anfänglich auch im Westen, konnten sich damit jedoch nicht durchsetzen.

Ein wichtiger und interessanter Teilaspekt ist die Auflösung der Betriebsräte, die Schaffung der **Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL)** und der sozialistischen Brigaden. Betriebsräte waren 1945 in der Zusammenbruchgesellschaft in allen Zonen häufig spontan entstanden und kümmerten sich um elementare Interessen ihrer Belegschaften. Unkoordinierte Interessenvertretung ließ sich aber kaum mit dem umfassenden Führungsanspruch der SED und deren zentralen Formen von Wirtschaftsplanung vereinbaren. Deshalb betrieb die Partei seit 1948 den konsequenten Einbau in die Gewerkschaften auf allen Ebenen. Aus dem Betriebsrat wurde die BGL, die mithilfe des zentralisierten und eng an die SED angebundenen FDGB-Apparats leichter zu kontrollieren war.

Wenn die Gewerkschaft als anfangs genuine Arbeiterorganisation, die schließlich alle „Werk tätigen“ umfasste, in wechselnder Ausprägung ansatzweise zwei Gesichter zeigte, so lässt sich das noch eindeutiger für das „Herzstück“ der Arbeitsorganisation in der DDR, die **Brigaden**, belegen. Diese fanden auf Dauer durchaus eine überwiegend positive Resonanz.

Obwohl kollektive Arbeitsorganisation kein Spezifikum realsozialistischer Systeme war, trugen die 1947 erstmals eingeführten Arbeitsbrigaden vor allem in ihrer 1959 als „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ geschaffenen erweiterten Form doch unverwechselbare Züge. Hier kreuzten sich interessenpolitische und lebensweltliche Bezüge. Wie die Historiker Jörg Roesler, Peter Hübner und Thomas Reichel an vielen

Beispielen nachgewiesen haben, ist die Geschichte der Brigaden zu einem erheblichen Teil auch eine verdeckte oder gelegentlich gar offene Konfliktgeschichte. Insofern bildet sie eine notwendige Ergänzung des Blicks auf die Gewerkschaften. Da diese ihre traditionelle Funktion der Interessenorganisation nicht erfüllen konnten, verlagerten sich die Erwartungen auf die Brigaden – mit einigem Erfolg.

Empirische Umfragen zu unterschiedlichen Zeiten belegen, dass trotz zum Teil scharfer Gesamtkritik am politischen System die Brigaden in der Erinnerung bei Arbeitern auffallend gute Noten erhielten. Dass sich Brigaden in der Phase der Entpolitisierung betrieblicher Konflikte und der Abschwächung von Mobilisierungskampagnen zunehmend auch zu einer Art Vereinsersatz entwickelten und Feiern und Feste ebenso wie kollegiale und solidarische Hilfe in individuellen Notsituationen boten, hat sie nicht nur in der ostalgotischen Rückschau aufgewertet. Diese Funktion entsprach ganz offensichtlich – allen politischen Repressionen und gesteigerten Stasiaktivitäten zum Trotz – einem Erfahrungshorizont, der so nur unter den spezifischen Bedingungen eines „Arbeiterstaates“ möglich war.

Brigaden funktionierten nicht nur als Arbeitsorganisation, sondern (nota bene: immer in engen Grenzen) auch als Beschwerdeinstanzen für alltägliche Probleme im Betrieb, als Instrumente zur Aushandlung akzeptabler Normen und Löhne oder auch als Organisation mit Elementen privater Geselligkeit. Der 1959 eingeführte Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ war begehrt, weil er Vorteile brachte. Dass einige Brigaden 1960 kurzzeitig sogar eine von der Partei nicht gewünschte politische Dynamik entwickelten, die Züge von Rätebewegung trug, zeigt ein harscher Redebeitrag Walter Ulbrichts auf einer Bezirksdelegiertenkonferenz der Leipziger SED 1960:

„Andere Genossen sind auf die Idee gekommen, diese Brigaden müssten jetzt besondere Rechte erhalten, und sie wollten einen Teil der Rechte des Werkleiters auf die Brigaden übertragen. Das soll wohl eine Art jugoslawischer ‚Selbstverwaltung‘ werden? Als mir die Genossen das Material gaben, habe ich auf den Rand geschrieben: ‚Syndikalismus – unvereinbar mit der Linie der Partei ...‘“

Die Parteispitze achtete also sorgfältig darauf, dass es an der Basis keine Ansätze von „politischen“ Eigenaktivitäten gab.

III Zeitweiliger Aufschwung und langfristiger Niedergang

Über die anfangs vielversprechende Wirtschaftsreform NÖSPL hat André Steiner gesprochen. Dass dieses wohl wichtigste Experiment Ende der 1960er Jahre scheiterte und 1970 offiziell abgebrochen wurde, hatte verschiedene Gründe, die ich hier nur andeute.

Zum einen kam es zu politischen Auseinandersetzungen einiger Wirtschaftsfachleute mit der gegenüber der Reform skeptischen Sowjetunion, aber auch mit Repräsentanten der politischen Führung in der SED. Zum anderen zeigten sich erhebliche Probleme in der Wirtschaftsentwicklung, weil die Förderung einzelner besonders wichtiger Wirtschaftssektoren zu erheblichen Disproportionen führte. Dies hatte zur Folge, dass sich die politische Führung wieder um eine stärkere Anbindung der wichtigsten Wachstumsbranchen an die Entscheidungen der Zentrale bemühte und sie damit praktisch aus dem reformierten und stärker auf Eigenständigkeit setzenden Planungssystem herausnahm.

Die Reform blieb schließlich halbherzig, weil politische Bedenken gegen eine zu weit getriebene Dezentralisierung, die letztlich auch das politische Macht- und Kontrollmonopol einzuschränken drohte, wieder stärker zu Buche schlugen. In der Ära Honecker wurden daher die Weichen für eine neue Rezentralisierung der ökonomischen Entscheidungen gestellt. Mit dem Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik nahm der neue Generalsekretär eine neue Schwerpunktsetzung vor. Honeckers Konzept war ein Wechsel auf die Zukunft: die sozialpolitische Verbesserung der Lebenslage sollte Unruhen vorbeugen, die Loyalität zum System stärken und zugleich Anreize für eine höhere Leistungsbereitschaft schaffen.

Wie reagierten die Arbeiter auf das NÖSPL? Eine generelle Antwort ist kaum möglich. Jedoch gibt es kaum belastbare Indizien für die These, dass die „führende Klasse“ das Reformprojekt zu Fall gebracht hätte. Bei einer konsequenten Umsetzung wären allerdings die Arbeiter ebenso wie die übrige Bevölkerung naturgemäß erheblich betroffen gewesen, etwa von Rationalisierungen, die es ohnehin in begrenztem Umfang gab, von Arbeitsplatzwechsel, auch von Normveränderungen. Die Einstellung zu den projektierten Wirtschaftsreformen mit beträchtlichen sozialen Begleiterscheinungen lassen sich im Übrigen kaum trennen von dem allgemeinen und immer wieder aufbrechenden Unmut gerade unter Arbeitern über Missmanagement, Produktionsstockungen, Probleme der Prämienverteilung und Versorgungsengpässe. Da sich Krisensymptome gegen Ende des Jahrzehnts häuften, lässt sich in dieser Zeit ein deutlicher Stimmungsumschwung gegen die Reformbestrebungen feststellen. Zuvor ist eine dezidierte Ablehnung jedoch nicht zu belegen, auch wenn es angesichts der Unwägbarkeit und eines gewissen gewohnheitsmäßigen „Konservatismus“ unter der Arbeiterschaft in der Regel keine Begeisterung für die Reform gegeben hatte.

Weitreichende sozialpolitische Eingriffe wurden im Zuge der Modernisierungsbemühungen zumindest eingehend in Fachgremien und insbesondere in einem von Ulbricht etablierten „Strategischen Arbeitskreis“ diskutiert. Sie erwiesen sich im

Grunde als notwendiger Bestandteil und Konsequenz einer durchgreifenden wirtschaftlichen Reform. Denn diese musste, wollte sie erfolgreich sein, von beträchtlichen sozialen und somit sozialpolitischen Folgen begleitet sein. Mit der Orientierung an Rentabilität und Gewinn wurden tragende Mechanismen des alten Systems zwar nicht außer Kraft gesetzt, aber in der Substanz doch verändert. Günter Mittag, einer der konzeptionellen Väter des NÖSPL, stellte deshalb gravierende sozialpolitische Forderungen des FDGB in Frage, um das Modernisierungsziel zu erreichen. „Wenn wir so in der Kultur und im Gesundheitswesen weitermachen“, erklärte er in der Arbeitsgruppe Sozialpolitik 1967, „schneiden wir uns die Perspektiven ab. Man muss genau beantworten, welche Entwicklung von der Leistung her möglich ist.“ Ulbricht und Jarowsky unterstützten diese Kritik. Auch für die Sozialpolitik rückte also das Kostenargument stärker als zuvor in den Vordergrund.

In den unübersehbaren sozialen Risiken lag dann aber auch bereits eine Ursache für das Scheitern tiefgreifender Reformen. Denn nicht erst mit Ulbrichts Entmachtung setzten die „Traditionalisten“ in der SED-Führung auf den uneingeschränkten Primat der Politik gegenüber befürchteten Eigengesetzlichkeiten ökonomischer Reformbestrebungen. Auch in den internen Erörterungen der Notwendigkeit sozialpolitischer Einschnitte scheute Ulbricht selber letztlich vor einer konsequenten Modernisierung zurück. Er musste es, denn auch für ihn durfte der politische Primat der Herrschaftssicherung der „führenden Partei“ niemals auch nur ansatzweise infrage gestellt werden. Bei der Preisreform, ohne die jede Wirtschaftsreform ins Leere lief, wurde diese systemnotwendige Halbherzigkeit besonders greifbar.

Ein wichtiges Ereignis dazu war das 14. ZK-Plenum der SED im Dezember 1970, also noch vor Ulbrichts Sturz. Hier wurde intensiv über den bisherigen Kurs und eine Neubestimmung diskutiert. „Wir brauchen politische Stabilität in der Arbeiterklasse“, stellte Politbüro-Mitglied Werner Krolikowski fest und signalisierte damit den Abschied von einschneidenden sozialen Veränderungen, die sich aus Ulbrichts Reformen ergeben mussten. Die fast gleichzeitig in Polen eruptiv ausgebrochenen Arbeiteraufstände in Danzig und Stettin, die sich an der schlechten Fleischversorgung entzündeten, musste die SED als Menetekel verstehen. Die stärkere Orientierung an den Konsumbedürfnissen der Bevölkerung trug Honecker anfangs Zustimmung ein und hob die 1970er Jahre in der Wahrnehmung der DDR-Bevölkerung, aber auch des westlichen Auslandes positiv von der asketischen Aufbaupolitik Ulbrichts ab. Heute wissen wir, dass der Preis dafür nicht zu bezahlen war, dass die DDR einen „Pump- und Pomp-Sozialismus“ (so Krolikowski in einer Aufzeichnung von 1990) praktizierte, mit dem Honecker die Grundlagen des DDR-Sozialismus systematisch so ruinierte, dass dieser irgendwann zusammenbrechen musste. Das war jedoch zu-

nächst nicht absehbar. Erstaunlich ist aus heutiger Sicht jedoch, dass die meisten Beobachter der DDR im Westen die in den 1980er Jahren sich dramatisch verschlechternde ökonomische Situation nicht erkannten, sondern vielmehr bis 1989 eine relative ökonomische Stabilität unterstellten, die es aber längst nicht mehr gab.

Exemplarisch für die Probleme der Industriewirtschaft zitiere ich hier aus einem Bericht, der vom Bezirksvorstand des FDGB Halle an der Saale im Januar 1975 vorgelegt wurde:

„Der Anteil der produktiven Arbeitszeit beträgt im Durchschnitt 50 bis 60 Prozent. 8 bis 18 Prozent entfallen auf Vorbereitungs- und Abschlusszeiten vor allem bei den Schichtübergaben. Ausfälle durch Maschinenstörungen betragen 4 bis 8 Prozent, wobei an den neuen hochleistungsfähigen Maschinen Störungen bis zu 30 Prozent auftreten, zu deren Beseitigung häufig die Ersatzteile fehlen. Mangelhafte Materialbereitstellung, unzureichende Termintreue bei Kooperationen verursacht Aggregat- und arbeitsplatzbezogene Ausfallzeiten von 2 bis 8 Prozent. Ausfälle durch verspäteten Arbeitsbeginn, Überschreitung der Pausenzeiten und Abwesenheit vom Arbeitsplatz schwanken zwischen 6 und 15 Prozent. Zur Lösung der Planaufgaben wurden 1974 über 10,9 Millionen Überstunden geleistet. Im gleichen Zeitraum sind aber auch 10,3 Millionen Ausfallstunden, ohne Krankheit und ohne Urlaub, entstanden.“ (zit. bei Hübner, S. 155)

Diese Bilanz wurde für eines der wichtigsten Industriegebiete der DDR gezogen. „Jedes Argumentieren mit der wissenschaftlich-technischen Revolution musste angesichts der geschilderten Umstände parodistische Züge annehmen“, hat Peter Hübner dazu treffend bemerkt. Die geschilderten Zustände bedeuteten aber noch nicht den Kollaps, sondern eher den Zwang zum Lavieren. Insofern ist Hübners Beobachtung zentral für die Rolle der Arbeiterschaft in der „realsozialistischen“ DDR. Arbeiter begegneten angesichts der allgemeinen und nie gelösten Planungs- und Wirtschaftsprobleme im Alltag ihres Betriebs *„einem Szenarium ständigen Lavierens, Mobilisierens und Improvisierens – nicht aber Scheiterns. Aber gerade deshalb durften sie für sich eine beträchtliche Produktionsmacht verbuchen – und das Gefühl, unverzichtbar zu sein.“*

Es gehört insofern wohl auch zu den Auffälligkeiten der späten DDR, mit welcher Geduld Arbeiter widrige Arbeitsbedingungen ertrugen.

Um die stets notleidende Produktivität zu erhöhen, das Arbeitskräfteproblem in den Griff zu bekommen und den Anschluss an westliche Standards nicht aus den Augen zu verlieren, wurde Ende der 1970er Jahre die Einführung der Mikroelektronik verstärkt ins Auge gefasst. Davon hing großteils der effektive Einsatz von Industrierobotern ab. Ein einschlägiges Planungspapier von 1979 verwies auf den im internationalen Vergleich viel zu niedrigen Grad der Automatisierung in der DDR

und konstatierte: „Gegenwärtig sind in der Industrie der DDR 40 % der Produktionsarbeiter manuell tätig. 76 % der Produktionsarbeiter leisten überwiegend körperliche Arbeit, davon 16 % schwere und sehr schwere Arbeit. Das international fortgeschrittene technologische Niveau ist dadurch gekennzeichnet, dass der Anteil manueller Arbeit wesentlich geringer ist, weil Produktionsabschnitte durchgängig automatisiert sind. Dabei werden Industrieroboter zu einem der wichtigsten Automatisierungsmittel.“ (zit. bei Hübner, S. 204)

Die relative Unterentwicklung produzierte aber neben Unmut auch eine unübersehbare Apathie bei der Bevölkerung. Jürgen Kuczynski, der große alte Mann unter den DDR- Wirtschaftshistorikern, beschrieb diese ohne Zweifel verbreitete Mentalität 1980 in geradezu idyllisierender Tonlage:

„Ruhig und friedlich, sich evolutionär bereichernd verläuft unser Alltag in so vieler Beziehung. So ruhig und friedlich, dass viele Menschen, der ständigen Unruhe und Zufälligkeiten des Lebens im Kapitalismus entronnen, das nicht mehr zu schätzen wissen und es hinnehmen mit einer Selbstverständlichkeit wie die Luft, die sie atmen. Die tägliche Erfahrung der Reproduktion dieses Zustandes macht die Einsichtigen dankbar und die anderen gleichgültig dieser Errungenschaft gegenüber.“ (zit. bei Hübner, S. 264)

Das war nicht einfach falsch, aber im Kern vermutlich eher zutreffend für das Urteil eines wohl situierten kommunistischen Professors denn als Meinungsbild der „Arbeiterklasse“.

Diese hatte sich zwar durchaus mit dem System arrangiert und sah – zumal angesichts effektiver Kontrolle durch Partei und Stasi – keine Veranlassung zum massiven Aufbegehren wie im benachbarten Polen. Aber die Loyalität ließ in der Endphase deutlich nach, wie etwa die Erhebungen des Leipziger Instituts für Jugendforschung zeigten. Ausgerechnet bei jungen Arbeitern schwanden die Bindungen an „ihren Staat“ rasant. Diese intern gebliebenen Daten des Leipziger Instituts (von 1970 bis 1989) bieten ein interessantes, sozial aufgeschlüsseltes Bild, auf das ich hier jedoch nicht im Detail eingehen kann. Die wichtigsten Daten sind in meiner Darstellung für die Thüringer Landeszentrale für politische Bildung auf S. 123 wiedergegeben.

Als Schlusspunkt müssen **Flucht und Ausreise** erwähnt werden. Sie gehörten zu den wichtigsten Voraussetzungen der Herbstrevolution. Was die SED-Führung und den Sicherheitsapparat dabei besonders irritieren musste, war die hohe Zahl von jungen Leuten unter den Flüchtlingen und Ausreisern, unter denen wiederum eine große Zahl von Facharbeitern war. Im Frühjahr und Sommer 1989 waren etwa 20 Prozent der Flüchtenden im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, zwei Drittel aller Flüchtlinge

zwischen 25 und 40 Jahre alt. Noch alarmierender: Die Antragsteller für eine Ausreise waren zu etwa 60 Prozent junge Facharbeiter, die vergleichsweise gut verdienten und nun trotzdem dem Sozialismus den Rücken kehrten. Genau registrierte das MfS die rund 27 500 Personen (über 18 Jahre), die in der ersten Hälfte des Jahres 1989 legal ausreisten. Von ihnen waren rund zwei Drittel Facharbeiterinnen und Facharbeiter. (Kowalczyk bei Hübner, S. 572). Auch die soziale Zusammensetzung der Botschaftsflüchtlinge in Prag und Warschau, die über die DDR ausreisten und dabei vom MfS registriert wurden, fiel ähnlich aus. Eine drastischere Absage an den „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ als solche Zahlen konnte es kaum geben.

Dennoch waren Arbeiter an der Bürgerbewegung und dem revolutionären Aufbruch von 1989 kaum signifikant beteiligt. Dieser war zunächst nur Sache einer kleinen mutigen Minderheit der alternativen und oppositionellen Gruppen. Die im Oktober entstandene Sozialdemokratische Partei der DDR (SDP) etwa war im Kern eine Gründung von Theologen und hatte dann auch erhebliche Probleme, sich bei Gewerkschaftern und Betriebsarbeitern Resonanz zu verschaffen. Auch die ersten freien Volkskammerwahlen vom März 1990 zeigten überraschend deutlich, dass Arbeiter mehrheitlich konservativ (die „Allianz“) gewählt hatten.

In den Betrieben und Gewerkschaften gab es durchaus Ansätze für eine „Perestrojka“ in der DDR, wie die Dokumentation von Bernd Gehrke und Renate Hürtgen zeigt. Sie wurden jedoch gegenüber den spektakulären Aktionen auf der Straße wenig wahrgenommen und sind nach meinem Eindruck auch erst spät und nur ansatzweise von Historikern genauer untersucht worden. Hier gibt es noch einiges zu tun. Als knappes Fazit könnte man festhalten, dass „die Arbeiterklasse“ sehr wichtig war, aber nicht das Sagen hatte, dass sie den Staat nicht ruiniert, aber auch nicht gerettet hat, sondern dass der Kollaps der Sowjetunion und des Ostblocks sowie die Niederlage im Technologiewettlauf das Ende des ersten „Arbeiter-und-Bauernstaats auf deutschem Boden“ bedeuteten.*

*) Die Diskussion zum Vortrag von Prof. Dr. Christoph Kleßmann findet sich im Anschluss an das nächste Kapitel, den Vortrag von Dr. Jens Schöne.

Literaturhinweise

Bernd Gehrke/Renate Hürtgen (Hg.): Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannte Seite der DDR-Revolution. Berlin 2001.

Peter Hübner/Klaus Tenfelde (Hg.): Arbeiter in der SBZ – DDR. Essen 1999.

Peter Hübner: Arbeit, Arbeiter und Technik in der DDR 1971 bis 1989. Bonn 2014.

Christoph Kleßmann: Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell und westdeutsches Magnetfeld (1945 bis 1971). Bonn 2007.

Christoph Kleßmann: Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR. Erfurt 2014 (Thüringische Landeszentrale für politische Bildung).



Dr. Jens Schöne

VORTRAG

Bodenreform, Kollektivierung, Industrialisierung. Die SED-Politik auf dem Lande

Dr. Jens Schöne

Am 1. August 1961 saßen in Moskau die beiden wichtigsten Vertreter der ostdeutschen und der sowjetischen Kommunisten zusammen und stimmten sich auf über ihr weiteres Vorgehen ab. Mehr als zwei Stunden sprachen Walter Ulbricht und Nikita Chruschtschow miteinander, und schon mit den allerersten Worten machte Ulbricht klar, wo der Schwerpunkt liegen müsse. „Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf wirtschaftliche Fragen lenken“, so eröffnete er das Gespräch. In der Folge erörterten die beiden Spitzenfunktionäre eine ganze Reihe von Problemen, die es diesbe-

züglich in der DDR gab: die vollendete Kollektivierung der Landwirtschaft, daraus resultierende Versorgungsprobleme, Engpässe in der industriellen Produktion, das Scheitern des Siebenjahrplans, die ständig wachsende Fluchtwelle von Fachkräften und vieles andere mehr. Skurriler Höhepunkt des Gespräches war wiederum ein Wortgefecht über agrarwirtschaftliche Fragen. Engagiert stritten die beiden Leuchttürme des Kommunismus über eine sehr spezifische Frage, was hier in Auszügen wiedergegeben werden soll:

Ulbricht: Ich beginne mit der Erläuterung unserer wirtschaftlichen Lage. Zwei Monate lang gab es bei uns keine Kartoffeln zu kaufen. Das ist sehr schlecht. Es liegt daran, dass wir im vergangenen Jahr eine schlechte Ernte hatten und in diesem Jahr das Wetter feucht war, so dass die Kartoffeln in den Mieten verfault sind.

Chruschtschow: Aus meiner Moskauer Erfahrung möchte ich mich für den Mais einsetzen. Als ich 1950 aus der Ukraine nach Moskau kam, war das Wetter hier sehr kalt und regnerisch. Ich habe damals meinen Personenschutz aus der Ukraine mitgebracht, und die Genossen erzählten mir, dass der Sohn eines Mitarbeiters seine Mutter sogar gefragt hat, ob es in Moskau überhaupt einen Sommer gibt. Selbst in jenem Jahr ist der Mais bei mir fünf Meter hoch gewachsen. Das liegt alles an der Pflege.

Ulbricht: Aber bei uns wächst er nicht.

Chruschtschow: Da kann ich Ihnen nicht zustimmen. Beim Mais bin ich Fachmann, Sie dagegen akzeptiere ich nicht als solchen.

Was auf den ersten Blick wie ein komödiantischer Text anmutet, hatte einen äußerst ernst zu nehmenden Hintergrund: fehlende Kartoffeln und Mais dürfen durchaus als Metapher für die Gesamtsituation der DDR im Jahr 1961 angesehen werden, was wiederum mit der Agrarpolitik zusammenhing. Die Lage war niederschmetternd und realistische, vor allem zeitnahe Lösungen nicht in Aussicht. Zudem wurden in Moskau die realen Machtverhältnisse wieder einmal deutlich sichtbar und für Ulbricht unmittelbar spürbar: Selbst in vermeintlich kleinen Fragen gab der „große Bruder“ die Richtung vor, und die SED hatte zu folgen. Das war eine Konstante der SED-Agrarpolitik, über weitere wird noch zu reden sein. Selbstverständlich ist es hier nicht möglich, alle Aspekte, alle Zeiträume, alle Entwicklungsschritte nachzuzeichnen, deshalb werde ich mich im Folgenden zunächst auf die ersten beiden Etappen, die Bodenreform und die Kollektivierung, konzentrieren, um dann einen Ausblick auf die folgenden Jahre, auf die Industrialisierung und den Niedergang der Agrarwirtschaft im letzten Jahrzehnt der DDR zu wagen.

Begonnen hat alles im Jahr 1945. Vieles war zu diesem Zeitpunkt unklar, doch eines war unstrittig: Der Landwirtschaft musste unter den Nachkriegsbedingungen zwangsläufig eine ganz besondere Bedeutung zukommen. Denn eine vom Krieg er-

schöpfte Bevölkerung musste ernährt werden, zudem wurden Millionen Flüchtlinge und Vertriebene erwartet. Die Situation war wahrhaft dramatisch, und Lösungen für die anstehenden Probleme dringend vonnöten.

Für die Sowjetische Besatzungszone war ein zweiter Punkt absehbar: Die deutschen Kommunisten, namentlich die Kommunistische Partei, würden eine ganz besondere Rolle beim Wiederaufbau von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft spielen. Also hatte sich die KPD-Führung bereits im Moskauer Exil Gedanken darüber gemacht, wie es nach dem Sieg der Alliierten weitergehen sollte in den ostdeutschen Dörfern. Und dabei hatte sie ganz eindeutig zwei Orientierungspunkte: die sowjetischen Erfahrungen der 1920er und 1930er Jahre sowie die theoretischen Vorgaben ihrer „Klassiker“: Marx, Engels, Lenin und Stalin. Ihnen allen war gemein, dass sie ein tiefes Misstrauen gegen die Bauern hegten, die „durch Spekulation und Eigentümergewohnheiten korrumpiert“ seien und daher im Anschluss an eine proletarische Revolution zunächst „neutralisiert“ und dann in einem „schonungslosen Kampf“ instrumentalisiert werden müssten. Auch die praktische Umsetzung war unmissverständlich vorgegeben: Zunächst müsste eine Bodenreform die größten, insbesondere die Gutsbetriebe enteignen, dann der forcierte Klassenkampf gegen die mittelgroßen Familienbetriebe geführt und letztlich alle Privatbetriebe kollektiviert und in Produktionsgenossenschaften überführt werden.

Damit war der Weg zwingend vorgezeichnet; jener Weg, den die Sowjetunion unter Lenin und Stalin gegangen war, den fast alle Staaten des Ostblocks nachvollzogen und der auch in der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR umgesetzt wurde. Dabei mangelte es nicht an warnenden Stimmen. Selbst innerhalb der KPD-Führung gab es verhaltenden Protest, da eine Bodenreform, eine Zersplitterung der Nutzflächen unter den Bedingungen der Nachkriegszeit, ökonomisch nur wenig Sinn machte. Doch darum ging es gar nicht. Hier sollte eine Ideologie in die Praxis umgesetzt werden, da blieb nur wenig Raum für die Erfordernisse der wirklichen Welt. Liest man die internen Dokumente der KPD- bzw. SED-Führung, so kann daran kaum ein Zweifel bestehen. Aber auch ganz normale Zeitgenossen sahen die kommenden Probleme sehr genau, wie ein Brief vom 27. November 1945 verdeutlicht, der die Situation sehr genau erfasste:

„Nun mein lieber Günthing kommt die verfluchte so genannte Bodenreform und zerschlägt alles in 5-Hektar-Stücke. 16 Siedler haben sich mit Mühe gefunden, von denen schon zwei wieder abgesprungen sind. Die ganze Sache ist ein grober Unfug. Selbst diese Leute, die nichts haben, werden nur unglücklich. Ohne Pflug, ohne Eggen, ohne Pferde und Vieh, ohne Saatgut, ohne Mist ist die ganze Sache ein Unding. [...] Im besten Falle werden diese Menschen Selbstversorger aber die Städte verhungern und Steuern be-



Zuhörer_innen beim Vortrag

kommt der Staat auch nicht. [...] Ich bin fest überzeugt, dass in zwei Jahren kein Mensch mehr von dieser Reform spricht – es sei denn, der Russe erzwingt es.“

Wie hellsichtig diese Aussagen waren, sollte sich in den Folgejahren nur allzu deutlich zeigen. Bodenreform und Kollektivierung waren eben kein Zufall, sie entsprangen in erster Linie auch nicht ökonomischen Sachzwängen, sondern waren das Ergebnis eines planvollen, ideologisch bestimmten Handelns. Im Sommer des Jahres 1945 war noch keineswegs klar, in welchem Tempo die Entwicklung unter sowjetischer Vormacht verlaufen würde, ihr endgültiges Ziel aber stand von vorn herein fest: eine vollständig kollektiviert Landwirtschaft, die dem Zugriff der Partei unterworfen sein und im sozialistischen Dorf aufgehen sollte.

Denjenigen, die an dieser Stelle Protest anmelden wollen, die meinen, eine solche Interpretation sei zu einfach, zu geradlinig, kann ich nur dringend empfehlen, tatsächlich einmal die vermeintlichen „Klassiker“, insbesondere Lenin, zu lesen, denn hier findet sich ein detaillierter Masterplan für jene Prozesse, die die Agrarwirtschaft im gesamten Ostblock prägten. Dass die kommunistischen Spitzenfunktionäre der DDR an die Allmacht ihrer Ideologie ohne den geringsten Zweifel glaubten, zeigt allein schon der Umstand, mit welcher Entschlossenheit sie die dortigen Forderungen in die Tat umsetzten und dabei nicht nur jegliche Einwände der Fachleute

ignorierten, sondern fast bis hin zum eigenen Untergang an den dogmatischen Lehrsätzen festhielten. Sowohl der Volksaufstand vom Juni 1953 resultierte aus dieser radikalen Entschlossenheit als auch die Notwendigkeit zum Mauerbau im August 1961. Und, so könnte man ergänzen, auch der eigene Untergang in den Jahren 1989/90 hatte letztlich damit zu tun.

Die Durchsetzung der Bodenreform ab dem Herbst 1945 war also ein Fehler, denn sie zerstörte gewachsene Strukturen und führte so zwangsläufig zur Absenkung der Erträge. Der folgende harte Verdrängungskampf gegen die sogenannten Großbauern ab dem Jahr 1948 war schlicht unsinnig, denn diese Bauern hatten nicht nur die höchsten Erträge aufzuweisen, sondern trugen darüber hinaus überdurchschnittlich zum Gesamtaufkommen an landwirtschaftlichen Produkten bei.

Schon der Beginn der Kollektivierung vier Jahre später, ab dem Sommer 1952, zeigte, dass sich hier keineswegs ein Ausweg aus der allgegenwärtigen Misere eröffnen würde. Denn die Produktionsgenossenschaften waren Notgemeinschaften, die mehrheitlich alsbald zahlungsunfähig waren. Doch sie wurden mit immensem Aufwand weiter gestützt und die erfolgreichen, die privaten Landwirte immer massiver bedrängt, einer LPG beizutreten. Zwangsmaßnahmen, Schauprozesse und Gefängnisstrafen waren alsbald an der Tagesordnung und führten zu einem Klima, das sich auch in den Dörfern gewaltsam entlud. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 begann entgegen der allgemeinen Annahme eben nicht in Berlin oder in anderen Städten, sondern in den Dörfern, die bereits ab dem 12. Juni massiv rebellierten. „Wenn du ein guter Bauer bist, machst du aus Stalins Werken Mist“, hatte es in den Vorjahren geheißen, nun ging die ländliche Bevölkerung daran, die kommunistische Herrschaft als solche und ganz direkt herauszufordern. Nur mithilfe der sowjetischen Truppen konnte das Regime schließlich aufrechterhalten werden, und zunächst kehrte Ruhe ein.

Doch eine Atempause von wenigen Jahren genügte, und die SED-Führung ging abermals daran, ihre weltanschaulichen Utopien in die Tat umzusetzen. Der „sozialistische Frühling“ des Jahres 1960 war die Folge, in dessen Verlauf mehrere Hunderttausend Einzelbauern mit ihren Familien in die LPG gepresst wurden. Auch das war ökonomisch unsinnig, weil die Privatbetriebe noch immer sehr viel mehr produzierten als die LPG, doch darum ging es auch dieses Mal nicht. Wenn man nur fest genug an die Überlegenheit des sozialistischen Modells glaubte, spielte die Realität nur noch eine untergeordnete Rolle.

Wie sehr das tatsächlich der Fall war, lassen Sie mich an einem ganz einfachen – zugegebenermaßen auch ziemlich absurden – Beispiel erläutern. Da die klassenbewussten Parteifunktionäre der SED trotz aller Ignoranz nicht im luftleeren Raum exis-

tierten, ergab sich hin und wieder die Notwendigkeit, auch dem ganz normalen Bewohner der DDR zu erklären, warum den sozialistischen Produktionsgenossenschaften die Zukunft gehöre, wenn doch offensichtlich sei, dass die Privatbetriebe weitaus bessere Ergebnisse aufwiesen. Parteiintern stellte man dazu am Ende der 1950er Jahre eine Modellrechnung an, die in etwa wie folgt ging:

Obwohl der private Unternehmer über 100 Hühner verfügt und die LPG im gleichen Dorf nur über zehn, sei doch ganz deutlich, dass der Produktionsgenossenschaft unbedingt die Zukunft gehöre. Denn: Wenn in jedem Betrieb ein Küken schlüpft, dann wäre das zahlenmäßig zwar das Gleiche, doch prozentual zeige sich hier deutlich die Stärke der Gemeinwirtschaft. Denn mit jetzt elf Hühnern habe man den Bestand der LPG um zehn Prozent erhöht, während das dem Einzelbauern mit nun 101 Hühnern nur um einen Prozentpunkt gelungen sei. Und aus dieser Rechnung leite sich zwangsläufig ab, dass der private Bauer an das Ende seiner Entwicklungsmöglichkeiten gelangt und damit dem Untergang geweiht sei.

Oder, um es in der Sprache der SED zu formulieren: „Diese Zahlen führen die Überlegenheit der genossenschaftlichen Produktion vor Augen. Während bei den Einzelbauern nur noch ein verhältnismäßig geringes Wachstum festzustellen ist, entwickelt sich die Produktion der LPG in raschem Tempo.“

Hinter dieser skurrilen Geschichte steckt ein sehr ernstzunehmender Kern, der eben auch erklärt, warum immer wieder unsinnige, ökonomisch höchst verwerfliche Entscheidungen getroffen wurden, ohne diese auf ihre Tauglichkeit hin zu prüfen. Der Glaube, objektiven Entwicklungsgesetzen zu unterliegen, die in jedem Fall den Sieg des Sozialismus erzwingen würden, enthob die Verantwortlichen nämlich der Notwendigkeit, Fehlentwicklungen auch als solche wahrzunehmen. Schuld an Ernteausfällen, Viehsterben und finanziellen Desastern waren somit immer Klassenfeinde oder mangelnder revolutionärer Eifer, nicht jedoch der eingeschlagene Kurs.

Diese Art, die Dinge zu beurteilen, sollte mit der Kollektivierung keineswegs enden. Auch die Trennung der Tier- und Pflanzenproduktion, die Schaffung immer größerer, letztlich unrentabler Betriebe, der Verfall der Dörfer und die verheerenden Umweltschäden konnten so erklärt werden, ohne dass sich die politischen Verantwortlichen rechtfertigen mussten. Dabei schien die Industrialisierung der landwirtschaftlichen Produktion während der späten 1960er und der 1970er Jahre ökonomisch zunächst durchaus positive Effekte hervorzubringen, schlug alsbald aber ins Gegenteil um – und sie wirkt bis heute nach.

Denn die immer stärker zunehmende Ausdifferenzierung in wenige ökonomisch starke und viele marode Betriebe war eine essenzielle Voraussetzung dafür, dass sich die Agrarstruktur in den neuen Bundesländern ab 1990 so großflächig entwickeln

konnte, wie sie es schließlich tat. Nicht nur die Langzeitfolgen der Kollektivierung spielten hierbei eine Rolle, sondern auch die eigentlich unerwünschten Nebenwirkungen der politisch gewollten Konzentrationsprozesse. Unter den Bedingungen der Marktwirtschaft überlebten dann ab 1990 nur die wenigen konkurrenzfähigen Betriebe, die ihre weniger robusten Konkurrenten vielfach „schluckten“, was zu der erwähnten Großflächigkeit führte, die so selbst zu DDR-Zeiten nicht die Regel war. Lassen Sie uns abschließend einen genaueren Blick auf die letzten Jahre der DDR-Landwirtschaft und die damit verbundenen Vorgänge in den Dörfern werfen. Insgesamt potenzierten sich die Probleme und Konflikte im alltäglichen Arbeitsleben in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre dramatisch. Ich habe dereinst selbst in einem sozialistischen Landwirtschaftsbetrieb eine Lehre absolviert und in einem anderen gearbeitet. Seit vielen Jahren beschäftige ich mich nun schon als Historiker mit derartigen Belangen. Doch auch ich bin immer wieder erstaunt, wie verheerend die Lage war. Das traf beileibe nicht auf alle Produktionsgenossenschaften zu, es gab die bereits erwähnten, wirtschaftsstarken Einheiten tatsächlich, doch die Masse der Betriebe war schlicht am Boden: Immer mehr Arbeitskräfte und Wohnungen fehlten, Alkoholismus und Arbeitsbummelei griffen um sich, Diebstähle nahmen ein bisher ungekanntes Ausmaß an. Die Ersatzteilfrage wurde zum beherrschenden, die Betriebe unablässig beschäftigenden Kernproblem. Wer erfolgreich wirtschaften wollte, musste am Schwarzmarkt vertreten sein, und immer mehr drifteten reale Gegebenheiten und konstruierte Scheinwelten auseinander.

Wie unter derartigen Umständen nicht anders zu erwarten, steigerten sich auch die absurd unfassbaren Begleiterscheinungen der sozialistischen Landwirtschaft. Genossenschaftsbauern und Vieh wurden von einstürzenden Stallteilen erschlagen; Hühner und Gänse ertranken zu Tausenden wegen geplatzter Wasserleitungen (oder erstickten wegen defekter Lüftungsanlagen); Agrarflugzeuge versprühten Pflanzengifte über Kleingartenanlagen; leitende Funktionäre zogen innerhalb der genossenschaftlichen Betriebe gigantische Privatunternehmungen auf (so etwa in Mühlenbeck bei Berlin, wo gleich 15 000 Stück Geflügel „schwarz“ gehalten wurden); und immer wieder kam es zu Zusammenstößen zwischen freilaufendem Vieh und Schienenfahrzeugen. Es häuften sich, was kaum überrascht, die Hilferufe der ökonomisch und politisch Verantwortlichen vor Ort, die zumeist jedoch ungehört verhallten.

Dass die landwirtschaftliche Produktion der DDR trotzdem am Laufen gehalten wurde und unter den äußerst schwierigen Bedingungen nicht zusammenbrach, war insbesondere in den wirtschaftsschwachen Betrieben der hohen Einsatzbereitschaft engagierter Mitarbeiter zu verdanken. Sie identifizierten sich offensichtlich noch immer mit ihrer Arbeitsstätte. Doch schon allein wegen der unhaltbaren Zustände

mussten sie jegliche Illusion und damit auch den Glauben an die sozialistische Utopie verloren haben.

Je absurder die Lage wurde, desto weniger waren die Betroffenen bereit, den offiziellen Verlautbarungen Glauben zu schenken und der vorgegebenen Politik zu folgen. Selbst SED-Gruppierungen machten daraus keinen Hehl mehr. Als etwa die Parteileitung des VEB Landmaschinenbau Falkensee Ende 1988 von übergeordneter Stelle aufgefordert wurde, ein Entwicklungskonzept für die Jahre bis 1995 vorzulegen, lieferte sie nicht mehr die üblichen, hoffnungsvollen Prognosen ab, sondern meldete Klartext: „Die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen [...] werden sich bis 1995 wiederum nicht wesentlich verbessern.“

Aus der Feder einer untergeordneten Parteigliederung kam dies einer Bankrotterklärung gleich, und die lokalen Funktionäre scheuten sich nun nicht mehr, diese unmissverständlich abzugeben. Selbst die Sicherheitsorgane waren sich ihrer klassenkämpferischen Sache nun nicht mehr gewiss. So stellte das Ministerium für Staatssicherheit schon im Jahr 1982 unmissverständlich fest: „Es muß davon ausgegangen werden, dass die DDR aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage ist, mit ökonomischen Mitteln eine grundlegende Veränderung der eingetretenen Situation herbeizuführen.“

Das gesamten 1980er Jahre über flehte das MfS die SED-Führung geradezu an, die Situation in den Dörfern zur Kenntnis zu nehmen und schließlich zu verbessern – doch das ganze Jahrzehnt stieß sie auf taube Ohren. Mehr noch: Verhaftete die Staatssicherheit beispielsweise einen LPG-Vorsitzenden wegen allzu offensichtlicher Schwarzmarktgeschäfte, so konnte es nun vorkommen, dass er auf Geheiß der Partei wieder auf freien Fuß gesetzt werden musste. Das ökonomische Überleben der DDR als Ganzes hing mittlerweile viel zu sehr vom quasi-kapitalistischen Gebaren solcher Kader ab. Das schloss auf Spitzenebene auch enge Beziehungen zum kapitalistischen Gegenüber ein. Zu einem Zeitpunkt, da auf lokaler Ebene noch jegliche Kontakte rigoros als „illegal“ unterbunden wurden, hatten landwirtschaftliche Funktionäre aus der DDR und der Bundesrepublik längst enge Bande geknüpft. So waren sich Vertreter des Deutschen Bauernverbandes (West) und der Vereinigung der gegenwärtigen Bauernhilfe (Ost) noch im Februar 1989 einig, dass man sich bei den wechselseitigen Geschäften auch künftig „nicht von Randtiefs, die die politische Großwetterlage gelegentlich begleiten, stören [...] lassen“ würde. Die auf diese Weise geknüpften Beziehungen sollten das Jahr 1989 überdauern und einen nicht unwesentlichen Einfluss auf die strukturelle Entwicklung der Landwirtschaft während und nach der staatlichen Vereinigung ausüben.

So gelassen die Stimmung unter den deutsch-deutschen Funktionären am Beginn

des Jahres 1989 war, so gespannt war sie in den Städten der DDR – und eben auch in den Dörfern. Spätestens seit Mitte des Jahrzehnts hatte sich auch dahingehend einiges geändert, immer mehr Menschen verliehen ihrem Unmut Ausdruck und eroberten sich so, wenn auch langsam, vorsichtig und stückweise, Teile des öffentlichen Raums, der öffentlichen Meinung zurück. Daraus resultierte keine aktive Opposition gegen das Regime, denn dafür fehlten organisatorische Strukturen ebenso wie intellektuelle Debatten oder programmatische Bekenntnisse.

Doch in den kleinen Gemeinden war es keineswegs so still und rückwärtsgewandt, wie es bis heute in der Forschung zum Epochenumbruch 1989/90 angenommen wird. Selbst an der LPG-Hochschule in Meißen rebellierten die Studenten, und an der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, die bisher keineswegs systemkritisch aufgefallen war, verlor die SED bis Anfang Oktober 1989 23 Mitglieder; 41 Akademieangehörige hatten bis zu diesem Zeitpunkt einen Ausreiseantrag gestellt. Ein Gesprächsvermerk der ZK-Abteilung Landwirtschaft vom 13. November 1989 brachte jene Entwicklung, die das gesamte Jahrzehnt geprägt hatte, schließlich auf den Punkt: „Der Vertrauensverlust ist gewaltig.“ Die Folgen sind bekannt.

Die Dörfer der DDR wurden also über mehr als 40 Jahre hinweg zu einem Synonym für die Umsetzung ideologischer Vorgaben, die den Praxistest langfristig nicht bestehen konnten. Gleichwohl sollte man auch die andere Seite nicht verschweigen: Für jenen Flüchtling, der 1945 nicht wusste, wie er überhaupt überleben sollte, bot die Bodenreform unter Umständen unmittelbare Hilfe. Und jener Neubauer, dessen Betrieb anderweitig nicht mehr zu halten war, ging oftmals nur allzu bereitwillig in die LPG. Bodenreform und Kollektivierung konnten für den Einzelnen also durchaus von Vorteil sein, gar den eigenen Wünschen entsprechen. Das gilt auch für die folgenden Transformationsprozesse, denn nicht zuletzt waren damit umfangreiche Karrierechancen verbunden, die gern ergriffen wurden und bis heute nachwirken.

Doch all dies war zu keinem Zeitpunkt das Ziel kommunistischer Agrarpolitik. Ziel war das sozialistische Dorf mit einer kollektivierten Produktion, mit einer engen Einbindung in die zentrale Planwirtschaft und mit ganz neuen Menschen. Zudem hatte die Agrarpolitik der SED einen weiteren, durchaus gewollten Effekt: Die freien Unternehmer, die Bauern, verschwanden, und wurden mehr und mehr durch eine Schicht von Landarbeitern ersetzt, die zwar gut ausgebildet waren, die komplexen Gesamtzusammenhänge der landwirtschaftlichen Produktion jedoch kaum noch überblickten. Auch dies sollte gravierende Auswirkungen auf den deutsch-deutschen Einigungsprozess in den ländlichen Regionen der neuen Bundesländer haben.

Lassen Sie mich abschließend noch auf ein anderes Phänomen hinweisen, dem im

Zusammenhang mit unserem heutigen Thema grundsätzliche Bedeutung zukommt. Seit dem Ende der DDR hat sich die historische Forschung ohne Unterlass mit dem selbsternannten „Arbeiter- und Bauernstaat“ beschäftigt. Arbeiter und Funktionäre, Oppositionelle und Künstler, Frauen und Kinder, Bluesmessen und Friedensgebete haben dabei umfassende Berücksichtigung gefunden. Das war richtig, und das war wichtig. Aber: Forschungen zur Landwirtschaft und zur ländlichen Gesellschaft sind noch immer ganz klar Ausnahmeerscheinungen. Bis heute gibt es keine akzeptable Gesamtdarstellung zum Thema. Während die frühen Jahre inzwischen recht gut beschrieben worden sind, wissen wir über die 1970er Jahre so gut wie nichts, über die 1980er Jahre im Prinzip gar nichts. Dies ist allein schon deswegen fatal, da jüngere Arbeiten wiederholt gezeigt haben, dass der ländliche Raum der DDR einen weitaus größeren Anteil an zentralen Ereignissen der DDR-Geschichte hatte, als dies bisher registriert wurde.

Wenn wir wirklich verstehen wollen, wie die heutige Agrarstruktur entstanden ist, wer wie warum, zu welchem Zweck und mit welchen Folgen handelte und was das alles für die Zukunft der Dörfer bedeutet, dann sollten wir endlich anfangen, uns intensiv um das Thema zu kümmern.

Diskussion zu den Vorträgen „Arbeiter in der DDR – die führende Klasse“ und „Bodenreform, Kollektivierung, Industrialisierung. Die SED-Politik auf dem Lande.“

Matthias Eisel: Meine Damen und Herren, zum Schluss haben wir Zeit für Ihre Fragen zu den eben gehörten beiden Vorträgen zum Arbeiter- und Bauernstaat. Fragen Sie bitte.

Frage aus dem Publikum: Herr Kleßmann, Sie haben ja schon herausgearbeitet, wie die Definition des Arbeiterbegriffs ausgeweitet worden ist. Ich würde hier gern noch ergänzen, dass die bewaffneten Organe per definitionem auch immer Arbeiter waren. Das war ja doch ein erheblicher Teil der Bevölkerung, der dann auch den Elitenstatus perpetuieren konnte.

Prof. Dr. Christoph Kleßmann: Das ist sicherlich richtig. Ich habe zunächst einmal auf die prekären Zusammenhänge der Statistik hingewiesen. Wenn man genauer hinschaut, gehört das natürlich dazu. Mit den Daten, die ich genannt habe, die auf Archivarbeiten von Peter Hübner basieren, habe ich nur grobe Umrisse bezeichnet. Der ganze X-Bereich, den Sie erwähnen, zu dem die Sicherheitsapparate, die Polizei und Teile der NVA zählten, ist in der Statistik ein eigenständiger Bereich. Insofern muss man sich bei den Daten immer klarmachen, von wem man jeweils redet. Inzwi-



Prof. Dr. Christoph Kleßmann, Matthias Eisel, Dr. Jens Schöne (v. l. n. r.)

schen kann man – und das hat Hübner auch getan – mithilfe der statistischen internen Materialien, die wir aus Archiven kennen, diese groben Daten aufschlüsseln. Denn die sind ja offensichtlich statistisch völlig blödsinnig – über 80 Prozent Arbeiterklasse gab es nirgendwo außer in Entwicklungsländern, und auch dort bildeten eher Bauern eine so große Gruppe. Die Konstruktion einer massiven Arbeiterklasse, die aus ideologischen Gründen über die Hälfte Angestellte enthält, muss man natürlich hinterfragen.

Dröselt man die Daten auf, kommen „normale“ Quantitäten heraus, die zeigen, dass die DDR den gleichen Entwicklungsprozess wie alle Industriestaaten durchgemacht hat: Der tertiäre Sektor stieg, der Teil der Arbeiter schrumpfte. Mit dem Zitat von Anton Ackermann habe ich anfangs das Absurde der ideologischen Definition deutlich gemacht, in der man formulierte, wer für die SED tätig ist, gehöre automatisch zur Arbeiterklasse. Die Frage wäre aber, wie weit man das in der DDR in welchen Diskussionszusammenhängen überhaupt ernstnahm. Vielleicht hat man auch damals schon nur den Spruch hergebetet und hinterher über diesen Unsinn gelacht. Aber das wäre noch mal ein eigenes Thema, das man in vielen Zusammenhängen diskutieren müsste.

Rückfrage aus dem Publikum: Wer war überhaupt Anton Ackermann?

Prof. Dr. Christoph Kleßmann: Anton Ackermann war ein führendes Mitglied des Zentralsekretariats der SED, was dann später Politbüro wurde. Er hatte besonders in den 1940er Jahren eine wichtige Funktion. Ich habe das Zitat als symptomatisches Beispiel genommen. Ackermann war Parteifunktionär, seit 1929 hatte er in keinem Betrieb mehr gearbeitet, aber er sagte, wenn er eine Tochter hätte, wäre sie selbstverständlich ein Kind der Arbeiterklasse, weil er für die Arbeiterklasse arbeite. Das zeigt genau diesen kuriosen ideologischen Zusammenhang.

Rückfrage aus dem Publikum: Er war also Demagoge.

Prof. Dr. Christoph Kleßmann: So könnte man das auch nennen, aber was er sagte, haben ja offenbar viele nachgebetet. Das ist für die Daten, über die wir verfügen, nicht ganz unwichtig.

Matthias Eisel: Herr Dr. Schöne, Sie hatten vorhin gesagt, dass der 17. Juni 1953 auch im ländlichen Raum eine Vorgeschichte hatte. Das war mir neu. Können Sie dazu noch etwas sagen?

Dr. Jens Schöne: Ich möchte daraus jetzt keinen Bauernaufstand machen ...

Prof. Dr. Christoph Kleßmann: Ich wollte gerade sagen! Wenn Sie aus dem Arbeiteraufstand einen Bauernaufstand machen wollten, würde ich Ihnen massiv widersprechen. Dass die Bauern beteiligt waren, würde ich aber nicht leugnen.

Dr. Jens Schöne: Aber es ist richtig, der 17. Juni begann auch auf dem Land. Das Problem dabei ist nur, dass sowohl die Geschichtswissenschaft als auch die damalige Öffentlichkeit das überhaupt nicht wahrgenommen hat. Man konzentrierte sich auf Berlin, der Rias war vor Ort und berichtete. Was auf den Dörfern passierte, sah man nicht. Das erklärt auch, dass so wenige Bauern unter den Verurteilten waren. Die Machthaber hatten alle Hände voll zu tun, um Berlin, Leipzig, Magdeburg und andere Städte zu befrieden. Aber die Bauern hatten durch die Kollektivierung seit der zweiten Parteikonferenz unter einem weitaus massiveren Druck gestanden als die Arbeiter. Als am 9. Juni 1953 der berühmte Neue Kurs kam, erfuhren die Bauern im Gegensatz zu den Arbeitern massive Erleichterungen, was heute fast vergessen ist. Die Bauern sollten ihr Land zurückbekommen, der Druck ließ nach. Und revolutionäre Situationen entstehen in der Regel nicht, wenn der Druck am höchsten ist, sondern wenn er nachlässt. Dann kam am 11. Juni die Regierung mit einem Komunique hinterher und sagte offiziell, alles wird zurückgenommen. Ab dem 12. Juni ging es dann los. Es waren, typisch dörflich, sehr archaische Auseinandersetzungen, die da liefen, da durfte der Bürgermeister gern mal in die Jauchegrube springen, während das ganze Dorf danebenstand und johlte. Aber es passierten zum Teil auch hochpolitische Dinge. Da wurden Gemeindevertretungen abgewählt, da schicken

Leute eine Delegation nach Berlin und fordern den Rücktritt der Regierung. Es ging da also schon los, aber zumeist sind es innerdörfliche Auseinandersetzungen. Es gibt auch ein paar andere Fälle, zum Beispiel organisierten Bauern einen Sternmarsch nach Mühlhausen in Thüringen, der Stadt des Bauernkrieges. Die SED-Funktionäre vor Ort drehten völlig durch. All das passierte schon am 12. und 13. Juni, während ja in Berlin am 13. Juni noch jede berühmte Dampferfahrt stattfand, auf der zum Streik überhaupt erst aufgerufen wurde.

Also, Herr Kleßmann, ich will wirklich keinen Bauernaufstand daraus machen, aber ich möchte darauf hinweisen, dass die historische Realität des 17. Juni etwas komplexer ist, als sie bis heute wahrgenommen wurde. Vielleicht können wir uns darauf einigen.

Prof. Dr. Christoph Kleßmann: Da rennen Sie offene Türen bei mir ein.

Frage aus dem Publikum: Eine Frage an Herrn Schöne. Mir ist noch nicht ganz klar geworden, wieso die Herrschenden, die ja oft aus der kommunistischen Bewegung kamen und die Arbeiter adelten, in diesem Staat die Bauern ideologisch so aufwerteten. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, war das ja eher eine Gruppe, die skeptisch war, die mit harten Maßnahmen auf Linie gebracht werden musste, und selbst das hat bis zum Schluss nicht funktioniert. Aus der Arbeiterbewegung hingegen waren ja durchaus Leute dabei, die aus der Geschichte heraus dahinterstanden und das mitgetragen haben. Wieso wurden Arbeiter und Bauern ideologisch auf eine Ebene gehoben? War das nur eine Anbiederung, um die Bauern mitzunehmen? Oder gab es Gründe, die historisch noch viel weiter zurückreichen, spielt vielleicht die Auseinandersetzung mit dem ostelbischen Junkertum, den Großbesitzern noch eine Rolle?

Dr. Jens Schöne: Die SED verstand sich als Partei der Arbeiterklasse im engen und als Partei der Werktätigen im weiteren Sinne. Abgesehen davon, dass die Agrarwirtschaft damals noch einen gesellschaftlich und ökonomisch völlig anderen Stand hatte als heute, gab es auf dem Land aus der ideologischen Deutung heraus auch Werktätige. Das waren die Kleinbauern. Das Grundproblem der kommunistischen Bewegung mit Teilen der Landbevölkerung war, dass diese beides waren, „Ausbeuter und Ausgebeutete“. Diejenigen, die das Land, also die Produktionsmittel, besaßen, waren die Ausbeuter und diejenigen, die als Landarbeiter auf einem Gut arbeiteten und kein Land besaßen, waren die Ausgebeuteten, die Arbeiterklasse auf dem Lande, wenn ich das mal so sagen darf, und deshalb die „natürlichen Verbündeten“. Deswegen gab es dieses Stufenmodell: Die großen Landbesitzer mussten verschwinden, ganz klar, das passierte im Rahmen der Bodenreform in dieser „antifaschistisch-demokratischen Etappe“. Also die großen Kapitalisten auf dem Land sollten komplett weg. Diejenigen, die über ein bisschen Land verfügten und noch selber darauf arbei-

teten, mussten überzeugt werden. Und diejenigen, die für andere, auch für den Staat arbeiten, die dann auch in den Produktionsgenossenschaften waren, waren die Verbündeten. Das war die Parallelschiene zur Arbeiterklasse in den Städten, die hier gefahren wurde. Die ländliche Privatwirtschaft sollte abgeschafft werden genau wie in den Städten die Privatbetriebe.

Deswegen musste aus kommunistischer Sicht diese sehr weitgehende Umgestaltung erfolgen: das Land erst aufteilen, dann wieder zusammenführen und in die zentrale Planwirtschaft überführen. Denn man erwartete immer etwas Rebellisches von den Bauern. Sie waren schwer zu lenken, das war zu allen Zeiten so, nicht nur in der DDR. Sie sollten „domestiziert“ werden. Und wenn sie dann allen Ansprüchen der ideologischen Vorstellung entsprachen und in den Genossenschaften arbeiteten, dann war das Ideal erreicht, dann hatte man die Arbeiter- und Bauernmacht.

Prof. Dr. Christoph Kleßmann: Wenn jetzt keine Fragen mehr kommen, hätte ich noch eine doppelte Frage an Sie, Herr Schöne. Kann man irgendwie erklären, und das ist ja die Hauptbeschäftigung der Historiker, warum die Kollektivierung mit dieser orthodoxen Hartnäckigkeit weiter betrieben wurde, obwohl man Beispiele dafür hatte, dass die Kollektivierung zumindest in dieser Form nichts bringt? Etwa in Polen 1956 wurde die Umgestaltung partiell wieder rückgängig gemacht. Die Vorstellung, dass eine kollektive große Form der Landwirtschaft langfristig effektiver ist als die kleinen Privatbetriebe, gab es ja im Westen auch und entsprechende Debatten darüber. Aber dort verschwanden die kleinen Höfe in einem stillschweigenden Prozess, nicht so brutal. Kann man diese Hartnäckigkeit erklären, mit der man in der DDR vorging?

Meine zweite Frage gilt dem, was Sie jetzt zum Schluss besonders eindrucksvoll präsentiert haben, der absoluten Misere auf dem Dorf in den 1980er Jahren. In dieser dramatischen Form habe ich das – ohne alles gelesen zu haben, was Sie geschrieben haben – noch nie wahrgenommen, obwohl ich mich auch in der Bundesrepublik in Bielefeld für die DDR interessiert habe. Aber ich glaube, das war typisch. Wir haben viele Sachen überhaupt nicht mitbekommen. Auch die CIA führte die DDR im Übrigen damals immer noch auf Platz zehn der hochindustrialisierten Staaten – fand ich ganz interessant, die hätten es eigentlich besser wissen müssen. Aber kann man irgendwie erklären, dass über diese spezielle Misere auf den Dörfern der DDR keine Informationen zu uns rüberdrangen? War das eine Blockade oder haben wir uns nicht dafür interessiert?

Dr. Jens Schöne: Warum wurde die Kollektivierung so kompromisslos und hart durchgezogen? Sie haben Recht, es gibt zwei Ausnahmen, eine ist Jugoslawien, eine ist Polen, darauf kann man ruhig noch mal hinweisen. In diesen beiden Ländern

wurde die Kollektivierung abgebrochen, in den anderen Ostblockstaaten hat man sie durchgezogen. In Polen hatte es etwas mit der Rolle der katholischen Kirche zu tun, die ja nicht ignoriert werden konnte. Was die DDR anbelangt, war Walter Ulbricht der treibende Keil dahinter. Das sieht man relativ eindringlich an den internen Reden, die er damals hielt. Merkwürdigerweise verlor er, als die Kollektivierung durch war, jegliches Interesse an der Landwirtschaft. So ganz kann man das auch nicht erklären. Vermutlich interessierte es Ulbricht nicht mehr, weil der Idealzustand aus seiner Sicht hergestellt war. Das harte Vorgehen hat auf jeden Fall damit zu tun, dass man gar keine andere Orientierung als die theoretischen Vorgaben hatte. Niemand in der SED-Führung konnte sich in Agrarfragen aus. Diejenigen, die das taten, waren schon abgesägt. Ulbrichts landwirtschaftliche Erfahrungen beschränkten sich auf das Kartoffelpflanzen im sowjetischen Exil, mehr hatte er damit nicht zu tun. Also orientierten sie sich an diesen ideologischen Vorgaben und zogen das durch. In diesen ideologischen Vorgaben steht, was Ulbricht gern zitierte, sinngemäß, sogar bei Stalin: Wir müssen erst durch ein Tal durch, es kommen harte Zeiten, aber am Ende wird dieses Modell funktionieren. Also die Idee einer säkularen Religion, an deren Ende die Heilserfahrung stehe, aber vorher müsse man leiden. Ich denke, es war tatsächlich dieser Glaube an die Großproduktion, die man erzwingen wollte.

Was die 1980er Jahre anbelangt – ich habe natürlich etwas verdichtet. Aber trotzdem war auch ich, der ich mich ein bisschen auskenne, zutiefst erschüttert darüber, was da los war. Das Ministerium für Staatssicherheit flehte regelrecht: Tut hier etwas.“ Die schickten immerzu Bilddokumentationen an die SED, in denen sie akribisch dokumentierten: Plumpsklos ohne Tür. Ungeschützte Wasserleitungen, die einfrieren. Kühe, die bis zum Euter im Mist stehen und so weiter und so fort. Aber die Partei reagierte überhaupt nicht. Zum einen konnte sie ökonomisch nicht mehr, sie hatte ganz andere Probleme. Man fragt sich, wieso das überhaupt noch funktionierte. Aber das hatte mit den Leuten vor Ort zu tun. Die haben nicht für den Sozialismus gearbeitet, sondern für ihr Dorf, für ihre LPG. Es ist wirklich erstaunlich, wie dramatisch das war. Der ZK-Sekretär für Landwirtschaft bekam in den 1980ern täglich ein bis zwei Blätter auf den Tisch mit „Besonderen Vorkommnissen“. Die bekam er jeden Tag. Das war ein Bestiarium der sozialistischen Landwirtschaft. Da ist natürlich jetzt alles verdichtet. Das ist nicht das ganze Bild. Aber die Sitten verfielen, mit ihr die Ökonomie und das wechselseitig.

Matthias Eisel: Vielen Dank an Sie beide, damit sind wir an dieser Stelle für heute am Ende. Ich darf Sie nun in die Gedenkstätte zur Eröffnung der Ausstellung von Harald Hauswald und Stefan Wolle einladen.



Karl-Heinz Baum, Antonie Rietzschel, Dr. Kerstin Langwagen, Dr. Stefan Wolle (v. l. n. r.)

PODIUMSGESPRÄCH

Leben in der DDR – Versorgung, Mangel, Privilegien und der permanente Blick nach Westen

Dr. Kerstin Langwagen, Dr. Stefan Wolle, Karl-Heinz Baum

Moderation: Antonie Rietzschel

Antonie Rietzschel: Es geht um Alltag in der DDR, deshalb möchte ich zunächst auf dem Podium zwei ehemalige DDR-Bürger begrüßen. Herr Wolle, Sie sind Jahrgang 1950. Wenn Sie zurückdenken, fällt Ihnen zu unserem Thema „Versorgung, Mangel, Privilegien“ eine Anekdote ein, die Ihren Alltag in der DDR recht gut beschreibt?

Dr. Stefan Wolle: Diese Mangelsituation hat uns all die Jahre begleitet und war

selbstverständlich. Man schimpfte und meckerte dauernd, aber man musste damit auch irgendwie zurechtkommen. Der Mangel hat das Leben in der DDR sehr stark geprägt. Es gibt zahlreiche Anekdoten, manche stimmen, manche nicht. Es stimmt zum Beispiel, dass man immer so ein zusammengefaltetes Beutelchen dabei hatte. Falls man irgendwo eine Menschengruppe sah, schaute man, was es gibt, vielleicht Apfelsinen oder Tomaten oder grüne Gurken oder andere solcher Herrlichkeiten, stellte sich spontan an und hatte dann gleich was zum Verstauen. Verpackungsmaterial war nicht so reichlich in der DDR. Ich mache das sogar bis heute so, ich habe mir gerade von der Friedrich-Ebert-Stiftung ein Beutelchen geben lassen, denn es könnte ja sein, dass ich später auf dem Weg zum Bahnhof eine Schlange sehe, die nach Apfelsinen ansteht. Dann schlage ich sofort zu.

Diese Situation verschlimmerte sich im Laufe der Jahre, und zwar maßgeblich durch die „glorreichen“ Verstaatlichungsmaßnahmen Anfang der 1970er Jahre. 1972 wurden die letzten größeren Privatbetriebe verstaatlicht, da schlug das so richtig durch. Das war ein kräftiger Nagel am Sarg der DDR: Ruhm und Ehre der aktivsten Widerstandsgruppe der DDR, dem Politbüro der SED! Die haben es wirklich fertiggebracht, dass es auf einmal ziemlich prekär wurde, und zwar immer wieder mit so ärgerlichen Sachen. Zum Beispiel zogen wir um und meine Frau sagte: „Geh mal los und kauf paar Strippen, damit wie die Kartons zubinden können.“ Ich ging also los, zur nächsten Kaufhalle: gab's keine. Ich dachte: „Donnerwetter, es gibt hier keine Strippen, ist ja merkwürdig“, und ging in den nächsten Laden: keine Strippen. In ganz Berlin gab es keine. Und so ging das ständig! Als ich in den 1980ern meine Doktorarbeit schrieb, gab es kein Schreibmaschinenpapier. Zum Glück war unsere Elterngeneration schon total auf Mangel eingestellt. Meine Mutter hatte große Bestände an altem Schreibmaschinenpapier gelagert, das stammte sogar noch aus der Vorkriegszeit und leistete mir nun gute Dienste.

Die Situation verschärfte sich nochmals in der Schlussphase der DDR. Es hat nicht ganz unwesentlich zu ihrem Ende beigetragen, dass die Versorgungssituation speziell in den kleineren Städten, etwa wie Bautzen, geradezu prekär wurde und die Leute sehr sauer waren. Leider richtete sich dieser Unmut oft gegen Berlin, aber wir konnten ja nichts dafür, dass wir so privilegiert waren. Wir haben uns auch nicht ausgesprochen dagegen gewehrt oder etwa protestiert, aber mir hat dieses Ungleichgewicht schon leid getan. In Weimar durfte man kurz vor der Friedlichen Revolution kaum noch sagen, dass man aus Berlin kam. Das musste man geradezu verheimlichen und versuchen, sich als Thüringer auszugeben. Aber zum Glück stamme ich aus Halle an der Saale, so konnte ich immer sagen, ich sei Anhaltiner.

Aber man soll das Thema nicht nur aufs Anekdotische stellen und damit banalisie-

ren, denn der permanente Mangel war schon prägend für das Leben in der DDR.

Antonie Rietzschel: Frau Langwagen, apropos Schlussphase der DDR: Sie waren 16 Jahre alt, als die Mauer fiel, und haben also als Jugendliche die DDR erlebt. Sie haben mir erzählt, Sie waren Popper. Was hieß das und wie war Ihr Alltag in der DDR als Teenager?

Dr. Kerstin Langwagen: Unsere Generation ist mit der Propaganda des Sozialismus aufgewachsen, aber das hat bei uns überhaupt nicht gefruchtet. Zum Beispiel habe ich nur Westmusik gehört, Popper zu sein hieß damals, Depeche Mode gut zu finden und sich auch entsprechend zu kleiden. So wie sich heute Jugendliche über Markenklamotten identifizieren, ging damals der Blick nur nach Westen. Man ahmte aktuelle Modetrends des Westens nach und wollte sich mit dem eigenen Staat gar nicht mehr identifizieren. Das war die Einstellung der Jugendlichen.

Antonie Rietzschel: Auch Sie haben sich nicht mit dem Staat identifiziert?

Dr. Kerstin Langwagen: Nein, das kann man wirklich nicht sagen. In früheren Generationen war das noch anders. Mein Bruder ist sechs Jahre älter als ich, da gab es schon Unterschiede. Bei uns war es zum Beispiel völlig verpönt, ein FDJ-Hemd zu tragen. Man trug es nicht offiziell, sondern höchstens unterm Pullover. Man wahrte die Etikette, der blaue Kragen war zu sehen. Nur die ganz „Überzeugten“ trugen das FDJ-Hemd pur.

Antonie Rietzschel: Was bedeutete Ihnen der Westen? War das ein Symbol für die große Freiheit? Oder vermittelte er nur die Freiheit, sich anderes zu kleiden, anders auszusehen?

Dr. Kerstin Langwagen: In diesem pubertären Alter definiert man sich über Äußerlichkeiten, möchte sich gegenüber anderen abgrenzen. Das war bei uns auch so, egal ob man Punker oder Popper war oder Heavy Metal gut fand.

Antonie Rietzschel: Herr Wolle, was hat denn der Westen für Sie bedeutet?

Dr. Stefan Wolle: Das kann ich gar nicht auf so eine Formel bringen, das war komplizierter. Popper oder Rocker war ich nicht, da spielt der Altersunterschied eine große Rolle. Für mich war der Westen zunächst gar nicht so interessant. So sehr ich den Einmarsch 1968 in die Tschechoslowakei ablehnte und einen deutlichen Bruch mit dem SED-System vollzog, genauso hat mich der Mord an Martin Luther King im gleichen Jahr empört, auch der Vietnamkrieg und alles, was damit zusammenhing. Wenn man genau auf diese 50. Jahrestage schaut, die dieses Jahr an 1968 erinnern, dann ist das zum Beispiel der Prager Frühling, aber eben auch das Massaker in My Lai, das die Amerikaner angerichtet haben. Bei aller Kritik an der DDR und der SED waren wir bei solchen Dingen genauso kritisch gegenüber dem Westen. Das hat sich im Laufe der Jahre etwas relativiert und abgeschwächt, aber ich hatte zum

Beispiel nie den Wunsch, in den Westen zu gehen oder gar nachts durch den Stacheldraht zu kriechen und so aus der DDR abzuhausen. Ich habe zwar überlegt, aber ich habe entschieden, das sei nicht der richtige Weg. Nicht nur wegen der Ablehnung des Westens, sondern weil ich der Meinung war, man müsse dort seine Aufgabe erfüllen, wo man durch das Schicksal hingeworfen wurde. Viele kritische Sachen, die man damals über den Westen sagte, haben sich ja inzwischen auch bewahrheitet, am Rande bemerkt.

Antonie Rietzschel: Zum Beispiel?

Dr. Stefan Wolle: Wir hatten damals einen Staatsbürgerkundelehrer, der aus politischer Überzeugung aus dem Westen in den Osten gekommen war und uns immer von den Schrecklichkeiten des Kapitalismus erzählte. Zum Beispiel wie einsam die Menschen dort sind, dass sich alles nur nach dem Geld richtet, dass der Mensch nur danach bewertet wird, wie groß sein Auto ist und wie viel Geld er auf dem Konto hat. Lauter so schreckliche Dinge. Wir haben das damals nicht so recht geglaubt, aber heute würde ich sagen, so ganz aus der Luft gegriffen war es nicht.

Antonie Rietzschel: Herr Baum, Sie kamen als Journalist aus dem Westen in die DDR. Sie waren von 1977 bis 1990 Korrespondent und haben also im Westen berichtet, was in der DDR passiert und wie die Menschen leben. Welche Geschichten wollten Sie denn gern erzählen, welches Bild wollten Sie vermitteln?

Karl-Heinz Baum: Mit dieser Vorstellung bin ich gar nicht in die DDR gegangen. Der journalistische Grundsatz heißt: „Schreibe alles, was sich zu drucken lohnt.“ Nach der Devise habe ich gehandelt. Da kommt man ganz schnell in den Alltag. Ich habe die Schlangen natürlich auch gesehen und stellte mich an, während die anderen nur fragten, was gibt's denn hier, und einfach weiter gingen, wenn es sie nicht interessierte. Ich stellte mich an, unter anderem, als die DDR echte amerikanische Levis-Jeans verkaufte. Der Buschfunk hatte eines Morgens gemeldet, dass es die in den Jugendmodeabteilungen gibt, zwei Flugzeuge hatten sie in die DDR geliefert. Als ich an vierter oder fünfter Stelle stand, verließ ich die Schlange mit einer Ausrede, alle anderen zeigten mir einen Vogel deshalb, und ich ging in die Redaktion, um die Geschichte zu schreiben.

Ich habe mir also überhaupt keine Gedanken darüber gemacht, über welche Themen ich schreibe. Natürlich war völlig klar, dass ich die Politik beobachte. Ich hatte auch etwas gezögert, als ich das Angebot der Frankfurter Rundschau bekam. Ich wohnte damals in Mainz und fragte Reinhard Appel (1927–2011), den damaligen Chefredakteur des ZDF, ob ich das machen solle. Er sagte: „Junge, der erste Platz für einen Journalisten ist Bonn, der zweite ist Washington, dann kommt die DDR, vor England, vor Paris. Du wirst erleben, was du da alles schreiben kannst.“ So ging

ich einfach hin, ohne ein besonderes Thema zu haben. Aber ich habe gemerkt, dass man die besten Informationen von der Kirche bekommt. Die Kirchen wussten alles. Es dauerte zwar manchmal etwas länger, aber es stimmte immer und es waren keine Dinge, bei denen Vorsicht geboten war.

Eine weitere Quelle war der vorhin erwähnte Buschfunk, ein heute fast vergessenes Wort aus dem DDR-Sprachschatz. Es war die typische Antwort auf die Frage: „Woher weißt du das?“ Damit wollte der Angesprochene sagen, er könne sich nicht auf eine offizielle Quelle berufen. Journalisten gingen mit „Buschfunk-Meldungen“ vorsichtig um. Da wurden zuweilen auch Gerüchte verbreitet. Man musste immer prüfen, ob es stimmt. Bei meinen Nachprüfungen stellte ich aber fest, dass der Buschfunk stets ziemlich gut informiert war.

Antonie Rietzschel: Sie sagten, Geschichten, die es sich zu drucken lohnt. Welche waren es denn wert, im Westen gedruckt zu werden?

Karl-Heinz Baum: Eigentlich alles. Ich hatte keine Probleme, etwas zu verkaufen. Ich schlug es vor, sie druckten es. Vielleicht zehn Mal in den 13 Jahren haben sie gefragt, ob ich über ein Thema schreiben könnte, alles andere habe ich selbst vorgeschlagen. Zum Beispiel die Einführung der Forum-Schecks war ein Thema. Ab 1974 hatten DDR-Bürger D-Mark besitzen dürfen – vorher war es offiziell verboten – und konnten wie Westdeutsche in den Intershops einkaufen. Ab 1979 mussten sie ihr Westgeld bei der Bank in Forumschecks umtauschen, um damit etwas im Intershop kaufen zu können. Die DDR kam so zu Devisen. In so eine Schlange bei der Bank stellte ich mich natürlich auch und hörte mir an, wie die Leute schimpften. Auch ein Kameramann von der ARD war dabei und filmte eine Frau, die sagte, der Staat solle doch endlich erkennen, dass sie mündige Bürger seien. Für diese öffentliche Äußerung bekam sie zwei Jahre Gefängnis.

Antonie Rietzschel: Wie haben die Menschen, die in der DDR lebten, eigentlich auf Sie als Westjournalisten reagiert?

Karl-Heinz Baum: Ich habe mich fast nie als Westkorrespondent zu erkennen gegeben, sondern sagte, ich studiere an der Uni Geschichte oder so was, das hat eigentlich immer gereicht.

Antonie Rietzschel: Sie haben nie gesagt, dass Sie Journalist sind?

Karl-Heinz Baum: Die guten Freunde wussten es natürlich, auch bei offiziellen Terminen des Außenministeriums war es klar. Aber wenn ich irgendwohin ging und darüber schrieb, das lief alles inkognito. Und es war auch nicht so, dass mich die Leute als Westjournalist erkannt haben.

Antonie Rietzschel: Hatten Sie durch Ihren Kontakt zu den Oberen als Westjournalist Privilegien?



Karl-Heinz Baum

Karl-Heinz Baum: Ich hatte so gut wie keinen Kontakt zu den Oberen. Das ging aber allen Westkorrespondenten so.* Wenn man als Journalist in ein Land kommt wie die DDR, dann braucht man Privilegien, das geht gar nicht anders. Wir waren aufgrund eines Vertrages zwischen der Bundesrepublik und der DDR da, dazu gab es einen Abschnitt im Grundlagenvertrag. Das heißt, wenn die DDR etwas gegen uns unternahm, dann war das ein Verstoß gegen den Grundlagenvertrag und damit die Spitzenmeldung von Tagesschau und „heute“ sowie der Aufmacher in den großen westdeutschen Zeitungen. Manchmal stellte sich die DDR auch besonders dumm an, etwa bei der Verschärfung der Journalistenverordnung. Die gab sie an ei-

*) Ein einziger Kontakt zu einem der „Oberen“ kam 1988 zustande. Der Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission Erhard Eppler hatte einen Termin bei Otto Reinhold (1925-2016), seit 1967 Mitglied im SED-Zentralkomitee und seit 1976 Rektor der neugeschaffenen „Akademie für Gesellschaftswissenschaften“. Reinhold war der Vordenker der sozialistischen Ideologielehre in der DDR. Die DDR-Korrespondenten Peter Nöldechen (Westfälische Rundschau und andere Blätter), Ingomar Schwelz (Associated Press) und ich hatten uns mit Eppler verabredet. Als Reinhold Eppler zum Abendessen einlud, sagte ihm Eppler, er sei mit uns verabredet. Daraufhin lud Reinhold auch uns ins Gästehaus der DDR-Regierung ein. Zum Abschluss fragte ich Reinhold, wann die DDR denn die Mauer öffnen wolle, das belaste doch jeden DDR-Bürger. Seine Antwort: „Ohne die Mauer hat die DDR keine Existenzberechtigung“. Er hatte Recht.

nem Ostersonntag bekannt, hoffte, am Dienstag nach Ostern würde niemand mehr darüber reden, wusste aber nicht, dass die Woche nach Ostern im Westen eine absolut tote Nachrichtenwoche ist, sodass diese Geschichte bis zum darauffolgenden Sonntag täglich Aufmacher der Tagesschau war. Irgendjemand äußerte sich dazu, dann lud die Bundesregierung uns zum Gespräch nach Bonn ein usw. Es war einfach der falsche Tag, den sie gewählt hatten. Es war nichts los, ARD, ZDF und natürlich auch die Zeitungen waren froh, dass sie für mehrere Tage davon zehren konnten, dass die DDR böse mit den Westkorrespondenten umging. Als ich meine Cousine am Samstagmorgen besuchte, sagte sie: „Ich weiß jetzt, wie man Journalisten für die DDR anwerben kann. Blind, stumm, taub und gehbehindert müssen sie sein.“

Wir hatten jedenfalls Privilegien, unsere Koffer wurden zum Beispiel nicht an der Grenze kontrolliert. Ich meine mich aber zu erinnern, dass die ersten Westkorrespondenten, die seit 1974 in der DDR waren, beschrieben, was der Grenzsoldat sie bei den ersten Grenzkontrollen alles fragte, wie sie den Kofferraum aufmachen sollten und was sie noch alles tun mussten. Wenn das jeden Abend in der Tagesschau kommt, hält das natürlich kein Staat lange durch. Die Kollegen dieser ersten Generation sagten, sie hätten den milderen Umgang bei den Kontrollen für uns erkämpft. **Antonie Rietzschel:** Haben Sie zwei kurze Beispiele für solche Privilegien, die Sie genutzt haben?

Karl-Heinz Baum: Ein weiteres Privileg war, dass wir jederzeit die Grenzübergänge in Berlin passieren konnten. Für alle anderen waren sie zwischen Mitternacht und sechs Uhr morgens geschlossen. Wir aber brauchten in der Nacht nur Lichthupe zu geben, dann kam jemand und schloss uns die Tür auf. „Die DDR wird aufgeschlossen“ war unser Spruch. Als die DDR in den 1980er Jahren anging, Kofferkontrollen bei den Journalisten durchzusetzen, sagte ich, dass ich mir das nicht gefallen lassen werde. Wir hatten schon die Erfahrung gemacht, dass man bei so was stur sein musste. Dann fing die Grenzer an zu funkeln und zu telefonieren, man musste eine Stunde warten, dann bekamen sie die Anweisung, uns weiterfahren zu lassen. Im Zweifel hatte man dann ein Stasiauto hinter sich, das musste man eben loswerden.

Als ich dann aber tatsächlich aufgefordert wurde, den Kofferraum zu öffnen, konnte ich mich nicht so schön weigern, wie ich mir das vorgestellt hatte. Denn meine Frau war mit unserem noch nicht mal ein Jahr alten Sohn dabei, und ich wollte ihr das lange Warten nicht zumuten. Ich machte den Grenzer darauf aufmerksam, dass ich eine sogenannte Grenzempfehlung habe. Er sagte, das wisse er, bestehe aber trotzdem auf der Kontrolle. Ich öffnete den Kofferraum, konnte ihn auch gleich wieder schließen, aber ich rächte mich.

Ich ging in meine West-Berliner Wohnung, informierte den Pressesprecher der Stän-

digen Vertretung und sagte ihm, ich werde dafür sorgen, dass die Frankfurter Rundschau am nächsten Tag einen Protestbrief an die DDR schreibt. Das habe ich dann auch getan, es stand auf Seite eins. Der Chefredakteur hatte mich gefragt, was ich hatte machen müssen. Als er erfuhr, dass ich den Kofferraum hatte öffnen müssen, sagte er: „Mehr nicht?“ Denn wenn er in die DDR fuhr, wurde er viel intensiver kontrolliert. Aber er akzeptierte den Protest.

Alle Zeitungen berichteten darüber, das war Anfang Dezember. Kurz darauf sollte Helmut Schmidt die DDR besuchen, also kommentierte Die Welt: „Will die DDR den Schmidt-Besuch absagen?“ Seitdem gab es nie wieder eine Kontrolle bei den Korrespondenten. Man musste die Privilegien also auch nutzen.

Antonie Rietzschel: Wenn Sie das hören, Kofferraum öffnen, mal kurz reinschauen: Ist das etwas, worüber Sie eher lachen, Herr Wolle?

Dr. Stefan Wolle: Wir hatten ja damals den hübschen Witz mit der Gänsefleischgrenze: „Gönn’ Se v’lleisch’ ma’n Gofferraum offmoach’n?“ Dafür muss man das Sächsische verstehen. Ich will mal grundsätzlich was zu Privilegien sagen. Die DDR-Gesellschaft war ein durchorganisiertes und fein ziselirtes System von Bevorzugung und Bestrafung. Wohlverhalten und Identifikation mit dem Staat wurden belohnt, abweichendes Verhalten bestraft. Das heißt, es ging durch die gesamte Gesellschaft und betraf sehr wichtige Dinge, besonders alle wichtigen Karriereschritte. Es begann in der Schule: Wer bekam die Chance, zur Erweiterten Oberschule zu gehen und das Abitur zu machen? Wer bekam welchen Studienplatz, wer welche Arbeitsstelle? Das war alles fein austariert, jeder kannte die ungeschriebenen Spielregeln. Jeder hatte sich immer wieder neu zu entscheiden, wie viel es ihm wert ist, diese Regeln zu akzeptieren oder sich dagegen zu sträuben, ob innerlich oder offensichtlich. Das war eine ständige Herausforderung, die einen immer wieder vor ethisch-moralische Grundsatzfragen stellte. Das muss man unter Privilegien verstehen.

Natürlich war es ein Privileg, einen Platz auf der Erweiterten Oberschule oder später einen Studienplatz zu bekommen. Insofern wusste jeder, der diesen Weg ging, wie hoch der Preis dafür ist und wo die Lücken im System waren, durch die man schlüpfen konnte. Zumal es sich immer wieder mal änderte, entschärfte oder verschärfte. Beispielsweise verschärfte sich in den 1980er Jahren der Druck auf die jungen Männer, die noch zur Schule gingen, sich „freiwillig“ drei Jahre für die Armee zu verpflichten oder die Laufbahn als Berufsoffizier einzuschlagen. Das war Ende der 1960er, als ich Abitur machte, gar nicht so das Thema und hängt mit der demografischen Kurve zusammen. Damals gab es noch genug, die sich freiwillig verpflichteten oder ein sehr schlechtes Abitur durch den dreijährigen Dienst ausgleichen wollten. Aber später verschärfte es sich massiv. Die Lehrer und Schuldirektoren hatten regel-



Dr. Stefan Wolle

rechte Vorgaben. Sie mussten unter den männlichen Schülern eine bestimmte Anzahl Verpflichtungserklärungen bringen. Deshalb ging es hart zur Sache, bis hin zur Drohung, man würde aus der Schule ausgeschlossen werden, man könne das Abitur nicht machen, wenn man so auftrete.

Es war also ein ganzes System von Privilegien. Es gab keine einzelnen Privilegierten, die im Gegensatz zu allen anderen ihre Vorteile genossen, sondern es zog sich durch und betraf solche Dinge wie etwa die Zuweisung eines Telefonanschlusses. Es hatten ja nur zwölf Prozent der DDR-Haushalte einen, aber es war auch damals schon wirklich elend, nicht anrufen zu können und nicht erreichbar zu sein. Auch die Zuweisung von Wohnungen gehörte dazu, es betraf das Gesundheitswesen, die Urlaubsmöglichkeiten und – ganz wichtig – den Status des Westreisekaders. Welch herrlicher Zustand für einen DDR-Bürger, mal ein paar Tage in den Westen fahren zu dürfen, natürlich finanziell erbärmlich ausgestattet, aber immerhin. Das war etwas, das stellte etwas dar. Ein Westreisekader konnte auch im Berufsalltag der DDR ganz selbstbewusst auftreten. Das waren um 1990 dann die Ersten, die sich bei den

westlichen Instanzen und Kollegen eingeschmiert haben. Die treuesten SED-Genossen waren die Ersten, die im Westen versuchten, groß rauszukommen. Das zu diesem System der Privilegien insgesamt.

Ich habe es genutzt, wo ich konnte. Ständig, jeden Tag. Wenn ich an der Universität oder sonst irgendwo mit meiner wirklichen Meinung aufgetreten wäre, hätte ich gleich meinen Abschied nehmen können, anders war es gar nicht möglich. Man musste permanent den Mund halten, zu allem ja und Amen sagen und immer wieder diesen Kotau vollziehen, diesen Diener vor dem herrschenden System. Man hatte eigentlich keine andere Chance, als ein bisschen skrupellos zu werden. Oder man hatte eine rein ironische Weltsicht, aber da musste man aufpassen, dass diese nicht zum Zynismus und zum Nihilismus führte. Sich seinen Humor, seinen Lebensmut und seine innere Haltung zu bewahren und die Nase oben zu halten, das war keine leichte Aufgabe. Das DDR-System basierte nicht unerheblich auf diesem System von Belohnung und Bestrafung.

Antonie Rietzschel: Sie haben gestern eine Ausstellung mit Fotos von Harald Hauswald hier eröffnet, die den Blick sehr auf alltägliche Dinge wirft, auch Schönheit und Fröhlichkeit in der DDR zeigt. Geht es Ihnen damit auch darum zu sagen: Es war nicht alles schlecht?

Dr. Stefan Wolle: Dieser Satz ist mir viel zu plakativ. Natürlich war nicht alles schlecht. Das Wetter war schön, die Vögel haben jeden Morgen gezwitschert. Das ist die dümmster aller Floskeln zu diesem Thema, damit kann ich überhaupt nichts anfangen.

Antonie Rietzschel: Aber sie wird immer noch gebraucht ...

Dr. Stefan Wolle: Ja klar, das kann man aber nur noch ironisch sagen: Es war nicht alles schlecht. Es war auch nicht alles gut. Man war in dieses System geworfen. Man musste sich irgendwie anpassen und selbst darauf achten, wie weit man gehen konnte. Das war dann sehr konkret: Trete ich in die FDJ ein? Natürlich. Ohne FDJ hätte ich alles vergessen können, Oberschule, Studium und so was. Trete ich in die Partei ein? Keine zehn Pferde hätten mich da reingebracht. Das war eine Hürde, die ich nie überstiegen hätte, weil das ja auch mit Erniedrigung verbunden war. Da musste man vor der Parteigruppe erzählen, wie sich das Leben bisher gestaltet hat, welche Wünsche man hat, dem Kollektiv zu dienen und den Sozialismus zu unterstützen. Das alles hätte ich nicht fertiggebracht. Zur Stasi muss ich bedauerlicherweise sagen: Die haben mich nie gewollt. Ich könnte zwar heute sagen, ich hätte sie weit von mir gewiesen, aber ich kam gar nicht in die Situation. Ich war auch etwas enttäuscht, als ich hörte, dass nur die Besten bei der Stasi waren, die Treuesten und Ergebensten, da war ich bisschen beleidigt im Nachhinein. Nein, ich bin nie aufgefordert worden. Es

hat übrigens auch nie Druck gegeben, in die SED einzutreten. Viele Leute haben sich ja darum gedrängelt. Eine Weile gab es sogar eine Aufnahmeperrre für Kader mit dem „I“ – Eltern Intelligenz, selber Student –, um den Anteil der Arbeiter in der Partei zu heben.

Kampfgruppe: Da gab es Druck, da sollte ich hin. Die Geschichte demonstriert den Grat zwischen Anpassung und Widerstand. Eines Tages kam mein Chef zu mir, sekundiert von einem Kollegen, und sagte: „Lieber Herr Wolle, es gibt gewisse Stimmen, die sagen, Sie seien gar nicht geeignet, um an der Akademie der Wissenschaften zu arbeiten. Ihre Stelle läuft ja nun aus und es steht die Entscheidung im Raum, ob Sie eine unbefristete Stelle bekommen oder nicht. Wir sind natürlich der Meinung, dass Sie sehr geeignet sind, aber um die kritischen Stimmen zum Schweigen zu bringen, wäre es gut, wenn Sie sich für die Kampfgruppe verpflichten.“ „Das war schon immer mein Wunsch“, sagte ich. „Es gibt nichts Schöneres, als am Sonntag mit der Maschinenpistole durch die Wälder zu laufen. Wunderbar, machen wir so.“ Ich bekam also meine Stelle verlängert, sagte dann aber, ich hätte es mir überlegt mit der Kampfgruppe. Es gab ein Riesentheater im Institut. Ich wurde zum Institutsdirektor vorgeladen und gefragt, was ich mir erlaube. Aus der Kampfgruppe könne man nicht austreten. Ich sagte: „Wo man eintreten kann, kann man auch austreten.“ Denn dort war für mich die Grenze erreicht. Nicht nur aus lauter edlem Menschentum, weil ich den Staat abgelehnt hätte, sondern weil es für mich ein unerträglicher Gedanke war, am Wochenende auf irgendeinem Schießplatz rumzustehen und mit den alten Zausels von der Kampfgruppe Schießübungen abzuhalten. Da dachte ich, lieber sollen sie mich rausschmeißen. Danach ging das aber irgendwie und ich konnte bleiben.

Also kein Heldentum. Sondern kalt wie Hundeschnauze musste man in der DDR sein. So war das im Alltag. Manche haben es vergessen, wollen es nicht mehr wahrhaben und sehen sich selber als große Helden. Ich sehe mich nicht so. Gestern ist thematisiert worden, dass ich von der Uni geflogen bin – aber nicht aus Heldentum, sondern aus Dämlichkeit. Es hat mir danach leid getan, ich war nicht stolz darauf oder so. Ich hatte zwei jungen Damen ziemlich offen meine politische Meinung gesagt, sicher um mich interessant zu machen. Die liefen schnurstracks zum Parteisekretär und gaben ein langes Protokoll auf, was übrigens im Archiv überliefert ist. Es ist eines der wertvollsten Stücke in meiner privaten Sammlung. Sie haben diese kritischen Äußerungen zu Protokoll gegeben, woraufhin eine Mühle begann, die mit dem Rauswurf aus der Uni endete.

Antonie Rietzschel: Auch keine Heldengeschichte?

Dr. Stefan Wolle: Nee. Im Nachhinein kann man natürlich stolz darauf sein, 40 Jah-

re später, und sagen: Donnerwetter. Aber es war damals nicht Teil eines aufrechten Ganges, sondern Unerfahrenheit, Naivität und Wichtigtuerei.

Antonie Rietzschel: Frau Langwagen, Sie beschäftigen sich im Rahmen Ihrer Arbeit beim Zeitgeschichtlichen Forum mit der Darstellung des DDR-Alltags. Auch bei Ihnen nutze ich die Floskel noch einmal, weil ich sie als Journalistin sehr oft in Sachsen höre: Es war nicht alles schlecht. Was sagt man denn zu jemandem, der sich so äußert?

Dr. Kerstin Langwagen: Das ist eine Frage, die wir uns im Museum ständig stellen müssen. Wir sind ja Teil der Stiftung Haus der Geschichte. Die Stiftung hat ihren Hauptsitz in Bonn und geht auf die Gründungsidee des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl zurück. Wir haben permanent damit zu kämpfen, dass für viele ostdeutsche Besucher die DDR anders aussah, als sie bei uns dargestellt wird. Es ist natürlich ein Problem: Wie stelle ich DDR-Geschichte museal aus? Wir sind auf Objekte angewiesen. Und das sind zum größeren Teil Alltagsgegenstände. Wenn man die Frage, ob alles schlecht war, unter anderem mit diesen Gegenständen beantworten will, muss man sich auch die Entwicklung der Erinnerungskultur anschauen. Wie wurde an die DDR erinnert? Anfang der 1990er Jahre beschloss die Bundesregierung: Wir müssen diese Geschichte rechtzeitig aufarbeiten, denn wir wollen nicht, dass es wieder zu einer verspäteten Auseinandersetzung kommt wie bei der NS-Vergangenheitsbewältigung. Also wurden die Enquete-Kommissionen eingesetzt und es wurde gefragt, welche Einrichtungen für die Aufarbeitung und als Gedenkstätten gefördert werden sollen. Da konzentrierte man sich – zu dieser Zeit auch völlig zu Recht – auf das Thema Opposition und Widerstand, weshalb ja auch solche wichtigen Gedenkstätten wie Bautzen möglich wurden.

Aber die Überreste der DDR waren vor allem Alltagsgegenstände. Und der Alltag geriet gerade in den 1990er Jahren komplett aus dem Blick, anfangs auch bei den historischen Nationalmuseen. Der Titel für die Dauerausstellung des Zeitgeschichtlichen Forums lautete „Opposition und Widerstand in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR“. Dieses Thema griffen dann die vielen DDR-Museen auf, auch unter dem Aspekt „Es war ja nicht alles schlecht“. Der durfte nicht vernachlässigt werden, das wurde im Laufe der Erinnerungsarbeit deutlich. Diktatur und Alltag bedingten einander.

Antonie Rietzschel: Herr Baum, wie wichtig ist es denn, diesen Alltag zu zeigen und zu dokumentieren?

Karl-Heinz Baum: Ich möchte auch auf „Es war nicht alles schlecht“ eingehen. Die Antwort ist, es war wirklich nicht alles schlecht. Aber das ändert ja nichts an dem, was außerdem noch war. Ich kenne diesen Satz noch aus den 1950er Jahren. Da sag-

ten doch auch Leute, das mit der NSDAP sei nicht durchweg schlecht gewesen. Und dass die Nazis nur das mit den Juden nicht hätten machen sollen. Ansonsten sei alles nicht so schlimm gewesen. Ich weiß noch, wie mein Vater sich mit einem Geschäftskollegen darüber stritt. Wenn es um die DDR geht: Natürlich war nicht alles schlecht. Ich habe eine tolle Frau in der DDR kennengelernt und auch geheiratet. War das etwa schlecht? Nein. Ich bin heute noch mit ihr verheiratet und finde es toll, sie getroffen zu haben. Man muss nur auch auf die anderen Seiten hinweisen. Herr Wolle hat eben schön gesagt, wie es funktionierte. In der Schule wurde im Klassenbuch angemerkt, aus welcher Kategorie die Eltern der Schüler stammten, sozialistisch oder nicht.

Antonie Rietzschel: Die Erzählungen über die DDR aus Filmen wie „Das Leben der anderen“ und „Sonnenallee“ zeigen einerseits das schlimme System der Überwachung und Inhaftierung von Menschen, andererseits die Skurrilitäten in diesem Land. Viele Erzählungen über den Alltag wurden aber ausgelassen, die kommen in den Filmen nicht vor. Geht Ihnen das genauso? Fehlen Ihnen auch gewisse Erzählungen über den Alltag, die ein differenziertes Bild der DDR zeichnen könnten?

Dr. Kerstin Langwagen: Sie dürfen nicht vergessen, was in den 1990er Jahren für die Ostdeutschen passierte. Die meisten verbannten damals alles aus ihrem Leben, das mit der DDR verbunden war. Für sie hieß es: „Jetzt beginnt ein neues Leben.“ Das hieß auch, dass nun alles von der Schrankwand über Küchengeräte bis zum Fernseher auf dem Müll landete. Alles, was mit dem Alltag in der DDR zu tun hatte.

Dr. Stefan Wolle: Nicht nur auf dem Müll, sondern auch in den Museumsdepots. Wir als DDR-Museum haben davon sehr profitiert.

Dr. Kerstin Langwagen: Genau. Und es gab nicht nur Sie, sondern auch Privatsammler, und selbst die großen Museen sind damals unterwegs gewesen und haben eingesammelt. Andernfalls wäre vieles tatsächlich weg. Diese Müllentsorgung: Was damals auf den Straßen landete, war das Dreifache des Jahresbedarfs eines Bundesbürgers. Dementsprechend ging es den Menschen damals nicht um die Beschäftigung mit ihrer Geschichte. Sie hatten ganz andere Probleme. Deshalb war das vorangegangene Leben komplett aus dem neuen Alltagsleben verschwunden. Erst später setzte eine Sondierung ein, eine Suche danach, wer man früher war und wer jetzt, wie man ins System eingebunden war und wie man nun die eigene Identität verortete und verankerte. Wer sich als Erste äußern konnten, waren natürlich die Schriftsteller, auch als Form persönlicher Auseinandersetzung wie zum Beispiel Thomas Brussig mit „Helden wie wir“. Denn das ostdeutsche Selbstbewusstsein verschwand Anfang der 1990er Jahre, auch die sogenannte Intelligenz brauchte Zeit, um wieder zu sich selbst zu finden – die eigene Sprache, um sich auszudrücken. Sich



Dr. Kerstin Langwagen

finden und artikulieren zu können: Das war ein Prozess, der mindestens zehn Jahre dauerte.

Antonie Rietzschel: Sie sagen, zehn Jahre. Ich habe das Gefühl, das dauert immer noch an.

Dr. Kerstin Langwagen: Ja, es dauert an. Aber erst nachdem man sich selbst wieder bewusst wurde, konnte eine vorsichtige Auseinandersetzung stattfinden. „Sonnenallee“, dieser Film war ein Riesenerfolg, weil er beide Seiten zeigte. „Es war alles schön in der DDR“ auf der einen Seite, aber auch die Gegenseite. Dann kam die Diskussion um die Ostalgie, von der ja auch Herr Wolle immer betroffen war – vom Vorwurf der Ostalgie. So einfach kann man es sich aber nicht machen. Zu sagen, alle seien einfach Ostalgiker, deutet auf eine gewisse Ignoranz dieser Vorgeschichte. Die Gründung und Existenz von DDR-Museen waren ja äußerst umstritten.

Antonie Rietzschel: An der Stelle muss man vielleicht einfügen, dass Herr Wolle Chef des DDR-Museums in Berlin ist. Sie haben ja gestern auch kurz gesagt, dass Sie den Begriff Ostalgie mögen.

Dr. Stefan Wolle: Schöne Erinnerungen an die DDR – ich habe vorhin bisschen ironisch gesagt, das Wetter war schön. Aber es geht natürlich um viel mehr dabei.

Unter anderem um das Erlebnis der Gemeinsamkeit der Andersdenkenden – ich sage es mal bewusst so pathetisch – in Kirchengruppen, in kleineren Gruppen, die sich etwas abgesondert hatten, in oppositionellen Kaffeehausrunden oder auch anderen Treffen im Familien-, Freundes- oder Verwandtenkreis. Diese Solidarität der Andersführenden und Andersdenkenden war ein sehr schönes Erlebnis, und zwar ein Erlebnis, das auch gut in diesen Bildern von Harald Hauswald dokumentiert ist, die wir gestern gesehen haben. Junge Leute sitzen bei den Bluesmessen zusammen und spielen Gitarre, man sieht, wie sie in ihren alternativ gestalteten Wohnungen leben, daran erinnere ich mich gern. Insofern ist ein Stück Selbstbewusstsein dabei, ein Stück schöne Erinnerung an die Vergangenheit. Man muss natürlich hinzufügen, obwohl es banal ist, dass vor 40 Jahren sowieso alles viel schöner war, weil wir alle 40 Jahre jünger waren. Es ist ein anthropologisches Kontinuum, dass man sich gern an die Vergangenheit erinnert. Und Gott sei Dank hat der Mensch die Fähigkeit, die Dinge zu sortieren und sich lieber an das Schöne zu erinnern als an die Situationen der Erniedrigung, der Beschämung, des miesen Opportunismus und der Schleimerei. Und natürlich sieht sich jeder lieber als Held denn als kleinen Opportunisten. In diesem Zusammenhang kann ich nur sagen: Ein bisschen Ostalgie muss sein.

Antonie Rietzschel: Herr Baum, ein bisschen Ostalgie muss sein?

Karl-Heinz Baum: Ich habe zunächst auch nichts dagegen. Ich wollte nur mal kurz auf das andere eingehen. Meiner Meinung nach ging die Abwicklung der DDR nach 1990 viel zu schnell. Das hätte man auch etwas strecken können, dann hätte es nicht diese Katastrophenmeldungen mit den vielen Arbeitslosen gegeben. Das hätte zwar den Staat auch mehr gekostet, aber nicht so viel mehr, denn er musste ja anschließend Arbeitslosengeld bezahlen. Ich habe immer gefragt, warum der Faktor Zeit nicht mehr genutzt wurde. Ich habe auch Artikel geschrieben darüber, zum Beispiel über die neue Verwaltung der Stadt Oranienburg und deren Riesenschwierigkeiten. Alle wollten möglichst schnell alles geändert haben, aber das ging nicht. Daher kommt vielleicht auch die Ostalgie. Ich finde das nicht so schlimm.

Man muss nur wissen, der Alltag war auch die Diktatur. Stefan Wolle hat ja eben diese Teilgesellschaften beschrieben, dafür gibt es das schöne Wort von der Nischen-gesellschaft. Das war der Versuch, bei der Diktatur nicht mitzumachen. Einer der Hauptsätze war „Privat geht vor Katastrophe“. Das war wirklich so. Es gab einmal einen Bericht in der DDR-Fernsehsendung Prisma darüber, wie bei der Fahrt einer Lokomotive in Döbeln Funken eine kleine Grasfläche entzündeten. Das sah jemand, aber er löschte nicht, sondern rief den Bereichsleiter an. Der Bereichsleiter rief den Betriebsleiter an, das Feuer brannte lustig weiter. Der Betriebsleiter rief die Feuerwehr. Es wurde fünf Uhr und alle gingen weg. Bis die Feuerwehr um

17.20 Uhr kam, war alles abgebrannt. Die Feuerwehr zeigte noch, dass die Leute den Brand leicht mit ein paar Schaufeln hätten löschen können. Für mich illustriert diese Geschichte den Satz „Privat geht vor Katastrophe“.

Wenn man das jemandem im Westen erzählte, hat das nie jemand verstanden. Im Osten aber war es Lebensinhalt. Oder, Stefan?

Dr. Stefan Wolle: Na ja, wenn Sicherheitsbelange berührt wurden, war das ja eigentlich nicht mehr so. Deshalb wundere ich mich über diese Geschichte. Wenn da jemand von der Parteileitung eingegriffen hätte, dann wären die von der Feuerwehr sofort anmarschiert.

Karl-Heinz Baum: Na gut. Es war das Backkombinat von Döbeln, das damals abbrannte.

Dr. Stefan Wolle: Dann haben die alle gepennt da.

Antonie Rietzschel: Ich finde ganz interessant, was Herr Baum eben ansprach, die Abwicklung der DDR in der Nachwendezeit. Ich werde damit auch sehr viel konfrontiert. In den aktuellen Diskussionen, auch in der Familie, ist das plötzlich Thema. Ist es vielleicht ein Problem, dass die Erinnerung auch musical 1989 mit der Revolution endet? Gehört nicht das, was danach kam, zur Erinnerung an die DDR-Zeit dazu? Fehlt das?

Dr. Stefan Wolle: Es ist eine große Leerstelle im Museum. Die Medien beginnen sich zunehmend dafür zu interessieren, auch die Wissenschaft: Es gibt es inzwischen einiges über die Treuhand, über alle möglichen Veränderungs- und Transformationsprozesse. Aber musical ist es schwierig, weil die schönen Objekte fehlen. Wir sind als Museumsleute in der glücklichen Situation, dass das DDR-Objekt sofort als solches zu erkennen ist. In der Konsumkultur gibt es 1990 einen sehr scharfen Bruch. Aber passende Objekte zeigen zu können ist eine Herausforderung. Wir als DDR-Museum werden am 2. August die multimediale Erlebnisausstellung „nineties berlin“ eröffnen. Da geht es um die 1990er Jahre in Berlin, wir nehmen dabei die ganze Stadt in den Fokus. Es ist ein Versuch, sich dieser Herausforderung zu stellen, auch die Zeit nach der Friedlichen Revolution musical darzustellen. Wir arbeiten also daran.

Dr. Kerstin Langwagen: Genau deshalb wird auch unsere Dauerausstellung im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig überarbeitet, weil natürlich die Transformation, als wir 1999 eröffneten, noch in vollem Gange war. Es gab einen zusammenfassenden Überblick seit der Wiedervereinigung, aber heute, fast 20 Jahre später, lässt sich mehr erzählen. Deshalb gibt es dazu bald einen größeren Bereich. Trotzdem haben sich die Museen, was die Sammlungen betrifft, darauf noch nicht konzentriert. Es ist auch bei uns eine Leerstelle. Zum Beispiel kam der erste FCKW-freie Kühlschrank



Schüler_innen aus Bautzen

von Foron. Das war eine DDR-Marke, ein Betrieb, der in den 1990er Jahren abgewickelt werden sollte, obwohl die Innovation da war. Die großen Firmen wie Miele und AEG haben so lange daran gearbeitet, bis es Foron als Kühlschrankproduzenten nicht mehr gab. Dieser Kühlschrank kann uns etwas aus dieser Zeit erzählen.

Antonie Rietzschel: Warum ist es wichtig, auch die Geschichten dieser Zeit zu erzählen?

Dr. Kerstin Langwagen: Weil damit auch die Wut verständlich wird, die sich jetzt Bahn bricht. Damit wird erzählt: „Wir haben uns versucht einzubringen, aber wir konnten nicht.“ Man war in dieser Zeit ständig mit der Frage konfrontiert: „Wie hast du dich denn in der DDR verhalten?“ Oder mit dem Satz: „Du warst ja auch in der FDJ. FDJ-Sekretärin?“ Ständig war man in der Verteidigungshaltung, das betraf in dieser Zeit alle Bereiche: Erinnern wir uns an den Literaturstreit um Christa Wolff oder den Bilderstreit um DDR-Kunst. Auch Neo Rauchs Bilder, die heute für Millionen gehandelt werden, wurden Anfang der 1990er Jahre pauschal als DDR-Kunst abgestempelt. Auf allen Gebieten fand diese Entwertung statt. Viele fühlen sich bis heute als Bürger zweiter Klasse.

Antonie Rietzschel: Es geht also um Anerkennung. Ich habe das Gefühl, wir ver-

handeln im Osten gerade ganz viel in dieser Hinsicht. Plötzlich brechen Biografien auf, auch in meiner Familie wird mehr als früher über die DDR gesprochen. Im Westen aber passiert nicht so viel. Müsste man nicht auch dort eine Dauerausstellung installieren? Im Moment gibt es dort nur das Haus der Geschichte in Bonn oder man muss hierher kommen.

Dr. Kerstin Langwagen: Wir haben das DDR-Museum, das Museum in der Kulturbrauerei und das Deutsche Historische Museum in Berlin. Das Bonner Haus der Geschichte hat jetzt gerade seine Dauerausstellung überarbeitet, was den Gegenwartsbereich betrifft. Aber das Thema wird im Westen natürlich nicht so vertiefend präsentiert, weil sich dort die Frage nach der Beschäftigung mit der DDR im Gesamtkontext zur bundesdeutschen Geschichte nicht im gleichen Maße stellt.

Antonie Rietzschel: Aber müsste die sich nicht stellen?

Dr. Kerstin Langwagen: Natürlich müsste sie das. Wenn man sich überlegt, wie viele Bundesbürger noch nicht in den östlichen Bundesländern waren, wie viele im Westen gebürtige Studenten der Hochschulen im Osten sagen, ihre Eltern hätten überhaupt nicht verstanden, dass sie in den „wilden Osten“ gehen. Das berichten unsere studentischen Hilfskräfte heute noch und das bringt mich nach wie vor zum Nachdenken.

Karl-Heinz Baum: Etwas möchte ich auch noch zum Blick aus dem Westen in den Osten loswerden. Es gibt ein Zitat von Manfred Krug von 1979. Da war er gerade zwei Jahre im Westen und wurde mit seiner eigenen Behauptung konfrontiert, die beiden Deutschlands seien in Sprache und Mentalität noch längst nicht so weit voneinander entfernt, wie manche Politiker den Menschen einredeten. Auf die Frage, wie er das genau meine, sagte Krug: „Ich glaube, wenn man die 17 Millionen Bürger in der DDR gegen 17 Millionen Bürger aus der Bundesrepublik Deutschland austauschen würde, dann würden die Anpassungsschwierigkeiten nicht sehr lange dauern. Ich glaube, dass die verpflanzten Bundesbürger sich ziemlich bald an den Apparat in der DDR anpassen und dort funktionieren würden. Anfangsschwierigkeiten eingerechnet: Dass ein paar mehr wegen Aufmüpfigkeit aus dem Verkehr gezogen würden, ist klar. Und ich glaube, dass die 17 Millionen DDR-Bürger sich sehr schnell in den Reigen der Konsumfreuden in der Bundesrepublik einordnen und mitmachen würden. Das würde alles ganz prima funktionieren. Ich glaube, das würde ungefähr acht bis zwölf Wochen dauern.“

Das habe ich am 4. Oktober 1990, also am Tag nach der Deutschen Einheit auf der Frankfurter Buchmesse vor einem Riesenpublikum erzählt. Da gab es ein richtiges Buh-Rufen. Die Westdeutschen waren empört darüber, dass sie sich laut Krug in der DDR genauso angepasst verhalten hätten, wie sie sich vorher im Westen nicht ange-

passt verhalten hatten. Ich wusste nicht, wie ich darauf reagieren sollte und fragte Friedrich Schorlemmer, der neben mir saß, was ich jetzt machen soll. Er sagte: „Lass mich mal“, nahm das Mikrofon und sagte: „Danken Sie Gott, dass Ihnen diese Probe erspart geblieben ist.“ Dann war Ruhe.

Ich hatte das auch schon dreimal in der Frankfurter Rundschau geschrieben. Als es die DDR gab, hat da keiner im Westen protestiert. Es gab nicht eine Leserreaktion. Es war ja wirklich so, dass die meisten, die in den Westen kamen, sich unwahrscheinlich schnell anpassten. Und ich konnte im Osten auch sehr gut leben. Na gut, ich war privilegiert, aber ich bin auch ein alter 1968er-Student und fand toll, was diese ganze Opposition in der DDR alles machte. Ich habe mich dabei an die alten Zeiten erinnert. Ich erinnere mich, wie ich den 15-jährigen Sohn eines Freundes fragte, ob er auch demonstrieren gehe. Es sagte: „Nein nein, dafür bin ich noch nicht alt genug. Ich bin nur in so einer Gruppe, aber wir machen nur Unsinn.“ Ich fragte, was er damit meine. „Wir schreiben an die Wände: Unruhe in der Tiefkühltruhe.“ Das sagte er mir im Herbst 1989. Eine bessere Beschreibung der DDR gab es nicht. Ich habe das dann auch geschrieben. Und heute, wenn man den Spruch im Internet sucht, kommt: „Spruch der DDR-Opposition“, auch wenn ich das nie behauptet hatte.

Antonie Rietzschel: So, liebes Publikum, jetzt können auch Sie etwas loswerden oder Ihre Fragen stellen.

Frage aus dem Publikum: Stichwort „Das Leben der Anderen“, Spielräume der Funktionsträger vor Ort. War das eigentlich so möglich, wie es in dem Film dargestellt ist? Jemand sagte mir mal, das sei nicht so gewesen. Ich denke, es gab sicher Spielräume und wie überall im Leben kommt es auf die Einzelnen an. Aber irgendwo war doch da ein Riegel vorgeschoben. Oder doch nicht?

Dr. Stefan Wolle: Ich zäume mal das Pferd vom Schwanz auf. Ich war ja seit dem 15. Januar 1990 an der Stasiauflösung beteiligt und habe mich mit sehr vielen hohen Stasioffizieren sehr intensiv unterhalten: interessante Gesprächspartner und irgendwie auch ganz normale Menschen. Die hatten sicher auch einen opportunistischen Überlebenswillen und haben sich 1990 beim Bürgerkomitee in gewisser Weise anbietet, aber es war interessant, mit ihnen zu reden, auch deren Perspektive kennenzulernen. Wir haben sie auch praktisch gebraucht. Ich gehöre also nicht zu denen, die diese Menschen völlig verdammen, auch wenn ich nach 1989 dafür plädiert habe, Positionen von Lehrern, Professoren oder sonst im öffentlichen Dienst nicht mit ehemaligen IMs zu besetzen oder besetzt zu lassen.

Aber der Film „Das Leben der Anderen“ ist in der Tat ein Spielfilm, eine ausgedachte Geschichte, die so in der Realität, innerhalb des Stasiapparates nicht möglich gewesen wäre. Das könnte ich jetzt im Detail belegen, aber das führt zu weit. Es gibt

Einzelne, die aus ethischen Motiven bei der Stasi ausgestiegen sind, da kenne ich sogar einen. Der ist allerdings nach 1989 bitter bestraft worden, es wurde ihm nicht hoch angerechnet. Aber das sind die Ausnahmen. Dass man innerhalb des Apparates dagegen wirken konnte, halte ich für vollkommene Fantasie. Der Apparat war so aufgebaut, dass immer mehrere an einer Sache arbeiteten, immer mehrere jemanden abhörten. Da hätte ein Einzelner nicht manipulieren können. Trotzdem war es ein Film, der international große Wirkung hatte. Ich habe mir erzählen lassen, dass er in den USA erfolgreich lief, wo ja europäische Filme sonst kaum eine Rolle spielen. Da haben die Amerikaner wohl ein Stück weit ihre eigenen Debatten um Überwachung reflektiert. Deswegen interessierte die das. Ich bin aber sowieso grundsätzlich dagegen, Spielfilme oder überhaupt Kunstwerke an den Maßstäben der Historizität zu messen, das wäre ein falscher Ansatz. Aber meine Antwort auf die Frage: Was der Film zeigt, wäre in der Realität so nicht möglich gewesen. Siehst du genauso, Rainer, oder?

Prof. Dr. Rainer Eckert aus dem Publikum: Ich habe es ganz früh und ganz hart kritisiert, wenn Westdeutsche sagten: „Endlich wissen wir, wie die DDR funktioniert hat.“ Ich habe auch immer gesagt, das sei völlig absurd. Es sei ein Spielfilm und kein Abbild der Realität. Als Antwort kam aber immer wieder: „Nein, wir sind informiert.“ Es ging so weit, dass der Kulturstatsminister alle Bundestagsabgeordneten zu einer Sonderfilmvorführung einlud, um ihnen den Film zu zeigen, damit endlich auch mal die Bundestagsabgeordneten aus dem Westen erfahren, wie es sich in Ostdeutschland abgespielt habe. Die eigentliche Frage ist ja, auch wenn man die jetzt hier nicht diskutieren kann, warum so viele Westdeutsche und US-Amerikaner bis heute glauben, so sei die DDR gewesen. Es will offensichtlich so geglaubt werden.

Frage aus dem Publikum: Ich habe eine Frage zum wirtschaftlichen Alltag. Ein halbes Jahr vor der staatlichen gab es ja die wirtschaftliche Vereinigung. Ich bin in Lübeck zu Hause und liebe die Ostseeinseln in Mecklenburg. Ich machte mit meiner Frau einige Tage nach dieser wirtschaftlichen Vereinigung eine Reise nach Wismar und von Wismar nach Pöhl. Am Ausgang von Wismar gab es eine riesige Kaufhalle. Wir gingen rein und fanden uns in einem westdeutschen Supermarkt wieder. Ich kannte die DDR-Angebote, liebte auch die Wurzener Nudeln, den Bautzener Senf und Hallesche Würstchen. Das alles war zusammengeschumpft auf ein Regal von einem Meter Breite. Alles andere in diesem riesigen Laden war aus dem Westen, mit Ramsch, das konnte man sehen, aber auch anderen Waren. Der Westen hatte diesen Laden total übernommen. Auch die guten Sachen aus der DDR waren auf ein schmales Regal zusammengeschumpft. Meine Frage: War das wirtschaftliche Vernunft oder war es Ausdruck der Verachtung gegenüber dem, was die DDR zu bieten

hatte? War es ein Kotau vor dem westlichen Warenangebot? Was ist da eigentlich abgelaufen? Das war wahrscheinlich auch ein Baustein im Niedergang der DDR-Wirtschaft und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich anschlossen. Was war die Mechanik dieses Vorgangs?

Dr. Kerstin Langwagen: Das muss man mit dem Hunger nach diesen anderen Produkten erklären. In der DDR gab es zum Beispiel Kunsthonig, auf dessen Verpackung einfach nur „Kunsthonig“ aufgedruckt stand. Wenn man dann in der Werbung diese bunten, tollen Verpackungen aus dem Westen sah, und vieles schmeckte ja auch besonders, Nutella zum Beispiel. Plötzlich konnten die Leute diese ganzen Dinge einfach kaufen. Sie waren nicht bereit, noch irgendetwas aus dem Osten zu kaufen. Sie waren es über und wollten das Neue, Unbekannte probieren. Auch wenn manche Produkte wieder beliebt wurden wie „Leckermäulchen“ zum Beispiel, so eine süße Quarkfrischcreme, die es früher gelegentlich gab. Der Erfinder der Rezeptur wollte sie natürlich weiter herstellen. „Leckermäulchen“ wurde von Frischli aufgekauft und steht heute wieder in den Regalen, aber das brauchte seine Zeit, weil die Ostdeutschen zunächst nicht bereit waren, Ostprodukte zu kaufen, und im Westen waren diese Produkte völlig unbekannt. Dasselbe mit „Rotkäppchen“ oder den „Halberstädter Würstchen“, das hat auch eine gewisse Zeit gebraucht. Man musste erst einmal das andere probieren, um dann wieder zum eigenen Geschmack zurückzufinden. Ob bei „Schlager Süßtafel“ oder „Zetti Knusperflocken“, das war bei allen Dingen so. So überzogen das Titelblatt der Titanic „Zonen-Gaby im Glück: Meine erste Banane“ auch war: Genauso ist es gewesen.

Karl-Heinz Baum: Man muss auch dazu sagen, in der DDR konnte man ja diese Waren in den berühmten Delikat-Läden jederzeit kaufen. Sie waren nur erheblich teurer. Ich glaube, eine Dose Ananas, die im Westen für 99 Pfennig zu haben war, kostete im Delikat acht oder neun Ostmark.* Deshalb sagte man auch, Delikat sei die Abkürzung für „Dein Einkommen langt im Kommunismus acht Tage“. Diese Waren leisteten sich die Leute für Geburtstagsfeiern oder andere besondere Gelegenheiten. Die meisten Menschen glaubten, dass im Westen alles besser sei. Ich erin-

*) Nachträglicher Hinweis von Karl-Heinz Baum: Nach diesem Gespräch beim Bautzen-Forum sprach mich eine Dame an und sagte: „In unserem Delikatladen hat es nie Westwaren gegeben!“ Ich habe ihr nur insoweit widersprochen, als ich es aus Ost-Berlin genau wusste. Ich habe nun noch einmal nachgefragt. Antwort: In Berlin boten die Delikatläden zu 90 Prozent Westprodukte und zu zehn Prozent wertvolle DDR-Produkte an. Außerhalb Berlins war der Anteil der Westprodukte geringer, aber doch erheblich über null. Die Westprodukte stammten auch aus der sogenannten Gestaltungsproduktion, also aus Waren, die die DDR für den Westen herstellte und die im Westen verkauft wurden: Ikea-Möbel, Salamander-Schube, selbst Kindersportwagen. Ein Freund erinnerte mich daran, dass die 1966 eingeführten Delikatläden nicht in erster Linie das Angebot für die Bevölkerung verbessern sollten. Der wahre Grund sei gewesen, Kaufkraft abzuschöpfen, weil zu viele Leute zu viel DDR-Geld zu Hause horteten oder auf der Bank liegen hatten. Dieses Ziel konnte nur durch das Angebot überteuerter Westprodukte erreicht werden.



Antonie Rietzschel

nere mich an den Auftrag einer Freundin, die sich irgendetwas wünschte, was ich ihr aus dem Westen mitbringen sollte, weil sie der Meinung war, das gleiche sei im Osten schlechter. Sie glaubte mir nicht, dass es diese Sache im Westen überhaupt nicht gab, sondern dachte, ich würde ihr den Wunsch verweigern. Deshalb hat es sich auch so ergeben, dass die Ostwaren in der ersten Zeit völlig aus den Regalen verschwanden.

Natürlich sind die Westkonzerne, Rewe, Lidl und wie sie alle heißen, mit LKWs rückgefahren und haben ihre Waren unter die Leute gebracht. Ich kenne einen Einzelhändler, der in Ostberlin ein kleines Geschäft hatte und damals, eine Woche vor der Wiedervereinigung, sagte: „Ich mache am 4. Oktober meinen Laden dicht. Ich habe überhaupt keine Chance, die Leute wollen nur noch Westwaren.“ In der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1990 öffneten die Banken um Mitternacht. Die Menschen haben sich geprügelt, damit sie möglichst schnell reinkamen, um die ersten 100 oder 200 D-Mark umzutauschen. Ich habe gesehen, wie die Scheiben der Banken zerbrachen, es war ein Rangeln nach der Westmark, das kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen. Aber es war so. Die Leute wollten die Westmark. Und nun gab es

die Sachen aus dem teuren Delikat für normale Preise. Jetzt kostete die Dose Ananas auch nur 99 Pfennig.

Antonie Rietzschel: Vielleicht gibt es noch eine letzte Frage, die wir in einer schnellen Runde beantworten können?

Frage aus dem Publikum: Ich habe eine Frage an Herrn Baum. Ich bin hier im Nachbarort aufgewachsen, in einer Familie, die sehr unter der DDR gelitten hat. Wir hatten immer wieder Überlegungen, an die Presse heranzutreten, bei Besuchen in Ungarn konnte man manchmal Ihre Artikel oder die Ihrer Kollegen in anderen Zeitungen lesen. Da standen auch immer Telefonnummern dabei. Ich habe in meiner Stasiakte gefunden, dass mein Versuch, Ihren Kollegen von der Frankfurter Allgemeinen zu erreichen, dokumentiert wurde. Wie haben Sie sich gefühlt in dieser DDR mit der permanenten Überwachung durch die Staatssicherheit. Sie hatten ja mindestens zwei, drei Leute, die Sie überwachten. Haben Sie Ihre Stasiakte gelesen?

Karl-Heinz Baum: Natürlich. Ich habe nur die in Berlin gelesen, es gibt aber noch Akten in jeder Bezirksstadt über mich, weil ich ja überall mal war. Es sind rund 7 000 Seiten allein in Berlin. Ich habe sie nicht alle gelesen. Aber ich wusste, dass die das machen, deshalb hat es mich nicht gestört. Wenn ich sie hinter mir sah, machte ich einen großen Bogen und ging wieder nach Hause in die Fischerinsel. Das Haus hatte vier Ausgänge. Ich ging hoch, schaltete Fernseher und Licht ein, ging auf der anderen Seite wieder raus und fuhr mit der U-Bahn dahin, wo ich hinwollte. Ich habe mir doch nichts von denen vorschreiben lassen. Einer meiner Sprüche war: „Was heißt hier Stasi, es gibt doch Züge.“ Denn wir hatten eine blaue Nummer am Auto, an der man uns immer erkennen konnte. QA verspottete bundesdeutsche Diplomaten als „Quasselarmee“, 57 stand für die Bundesrepublik. Wenn man mit diesen Nummern tagsüber fuhr, merkte man genau: Wenn man an einem Polizeiposten vorbeifuhr, dann nahm der sein Funkgerät, sagte „QA 5705 passiert Unter den Linden“ oder so, das konnte man im Sommer sogar mithören.

Diese ständige Überwachung war mir klar. Ich hatte in Berlin studiert in der Zeit des Mauerbaus, ich unterschätzte die nicht, aber ich habe sie ausgetrickst, so gut ich konnte. Deshalb heißt mein Buch auch „Kein Indianerspiel“. Es war wirklich keins. Um zu demonstrieren, wie man der Stasi ausweichen konnte: Die meisten Züge fuhr damals nicht vom Ostbahnhof ab. Sondern die Züge in den nördlichen Teil der DDR, zwischen Frankfurt an der Oder und Schwerin, fuhr von Lichtenberg ab, die in den südlichen Teil, von Dresden bis Eisenach oder Magdeburg, fuhr von Schöne-weide ab, dort fuhr ich meistens los.

Ich fuhr immer mit dem Auto in die Nähe einer S-Bahn-Station, schaute, ob einer hinter mir ist, stieg in die S-Bahn, fuhr aber nicht bis Schöne-weide, sondern bis zum

Betriebsbahnhof Schöne-weide. Da gab es kein einziges Haus, die S-Bahn hielt dort nur wegen des Reichsbahnausbesserungswerks. Dort stiegen nur uniformierte Eisenbahner aus. Ich war der einzige normal Gekleidete und konnte sehr schön sehen, ob ich verfolgt wurde. Dann ging ich zum Stationsvorsteher, fragte, ob das der Bahnhof Schöne-weide sei, und der sagte: „Ach Junge, da bist du eine zu weit gefahren. Da kommt eine andere S-Bahn, mit der fährst du zurück und bist sofort da.“ In Schöne-weide ging ich dann nicht zum Schalter, sondern stieg in den Zug ein, sagte dem Schaffner, dass ich wegen der langen Schlange noch keine Fahrkarte hätte. „Kostet eine Mark mehr“, sagte der, ich sagte: „In Ordnung.“ So konnte ich zum Beispiel unbehelligt zu meiner späteren Frau fahren, die in Halle lebte. Die Stasi bekam die Beziehung zwischen ihr und mir erst mit, als wir heirateten. Erst dann taucht sie in meiner Akte auf, so als hätte es vorher keine Beziehung gegeben.

Antonie Rietzschel: Weitere Geschichten von Herrn Baum erfahren Sie in seinen Büchern. Vielen Dank an das Podium, vielen Dank Ihnen allen fürs Zuhören!



Dr. Tobias Wunschik, Manfred Matthies, Silke Klewin, Sigrig Grünewald, Dr. Jan Philipp Wölbern (v. l. n. r.)

PODIUMSGESPRÄCH

Wirtschaftsfaktor Knast – DDR-Häftlingsarbeit und der organisierte Häftlingsverkauf als Devisenbringer

Sigrig Grünewald, Manfred Matthies, Dr. Jan Philipp Wölbern, Dr. Tobias Wunschik, (Gabriele Zimnak)*

Moderation: Silke Klewin

Silke Klewin: Meine Damen und Herren, ich freue mich über Ihr Interesse am Abschlusspodium des 29. Bautzen-Forums. Unser Thema ist „Wirtschaftsfaktor Knast“. Sowohl die erzwungene Haftarbeit als auch der Freikauf von Gefangenen brachte dem SED-Regime Devisen. Darüber wollen wir nun reden.

**) Gabriele Zimnak konnte kurzfristig nicht an der Veranstaltung teilnehmen, ihre Erlebnisse finden sich am Ende dieses Kapitels.*

Ich möchte Ihnen die Podiumsteilnehmer vorstellen. Sigrig Grünewald ist Jahrgang 1945 und in West-Berlin aufgewachsen. Nach ihrer Ausbildung zur Kauffrau arbeitete sie in verschiedenen West-Berliner Firmen. Silvester 1977, da war sie 32, verliebte sie sich während eines Besuchs in Thüringen in Dietmar, einen DDR-Bürger. Sooft es ging, fuhr sie in die DDR, um ihn zu treffen. Das Paar verlobte sich und träumte von einem gemeinsamen Leben im Westen. Dietmar stellte immer wieder Ausreiseanträge, alle wurden abgelehnt. Nachdem ihm auch noch sein Studienplatz entzogen wurde, versuchten sie eine andere Lösung. Sigrig Grünewald kam zufällig in Kontakt mit einer Fluchthelferorganisation und sah die Chance, ihren Verlobten auszuschleusen.

Diese Flucht scheiterte schon am Anfang. Das Auto, in dem Dietmar außer Landes gebracht werden sollte, gab seinen Geist auf. Einige wussten von dem Vorhaben, der Versuch flog auf. Beide wurden verhaftet, als Sigrig das nächste Mal in die DDR fuhr. Das Bezirksgericht Gera verurteilte sie im März 1982 wegen versuchten staatsfeindlichen Menschenhandels – also nur für den Versuch, es war noch nichts passiert! – zu fünfeinhalb Jahren Gefängnis. Dietmar bekam gut zwei Jahre wegen staatsfeindlicher Agententätigkeit, er musste seine Strafe in Brandenburg-Görden absitzen, Sigrig Grünewald kam nach Bautzen II, in die Stasisonderhaftanstalt, die heutige Gedenkstätte. Die Bundesregierung konnte beide freikaufen. Nach zehn Monaten politischer Haft durfte auch Dietmar die DDR verlassen. Ein Jahr später heiratete das Paar in West-Berlin. Sigrig Grünewald unterstützt die Gedenkstätte Bautzen seit vielen Jahren, ist auch sehr engagiert in der Gedenkstätte, die in der ehemaligen Stasiuntersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen eingerichtet wurde. Sie ist als Zeitzeugin aktiv, um ihre Erfahrungen und Erlebnisse an Besucher weiterzugeben. Ihre Hafterfahrungen hat sie auch aufgeschrieben und unter dem Titel „Komm’s, gehen’s“ veröffentlicht. Das waren die Worte, die sie täglich mehrfach von ihren Schließern, besonders in Hohenschönhausen, gehört hatte. Manfred Matthies wurde 1941 in Magdeburg geboren, er floh 1959 nach West-Berlin. Hier schloss sich der Architekturstudent nach dem Mauerbau im August 1961 aus politischen Beweggründen einer studentischen Fluchthelfergruppe an und verhalf zusammen mit weiteren Studenten über 80 DDR-Bürgern zur Flucht. Studentengruppen entwickelten die meisten Fluchtmöglichkeiten, etwa die Ausnutzung der Pass- und Passierscheinkontrollen, die Benutzung von Abwasserkanälen und Tunnelgrabungen sowie den Einsatz umgebauter Autos. Nach Auflösung der Gruppe 1966 setzte Manfred Matthies seine Aktivitäten allein fort und unterstützte Menschen, die zur Flucht entschlossen waren. Bei einer dieser Aktionen wurde er im Dezember 1972 festgenommen. Die Familie, die mit einem umgebauten Auto in

den Westen gebracht werden sollte, stand bereits unter der Kontrolle der Stasi. Das Stadtgericht Berlin verurteilte Manfred Matthies 1973 wegen staatsfeindlichen Menschenhandels, Spionage und Terror zu 13 Jahren Freiheitsstrafe. Seine Strafe verbüßt er wie Frau Grünewald in Bautzen II. 1976 kauft ihn die Bundesrepublik frei, das Urteil wird aufgehoben. Manfred Matthies ist danach weiter als Architekt tätig. Auch er unterstützt heute die Gedenkstätte mit Führungen und anderen Bildungsaktionen als Zeitzeuge. Herzlich willkommen, Sie beide, schön, dass wir mit Ihnen diskutieren können.

Dr. Jan Philipp Wölbern ist 1980 in Marburg an der Lahn geboren, studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Anglistik in Marburg, Freiburg und Sheffield und ist der wohl profundeste Kenner des Themas Freikauf politischer Häftlinge. Mehrere Jahre lang hat er fast alle zugänglichen Akten zu diesem Thema ausgewertet, mit Zeitzeugen gesprochen, alles analysiert und dann seine fast 600 Seiten starke Doktorarbeit „Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989. Zwischen Menschenhandel und humanitären Aktionen“ geschrieben. Herr Dr. Wölbern erhielt 2013 für seine herausragende Dissertation den Potsdamer Nachwuchswissenschaftler-Preis. Er war dann von 2014 bis 2016 am Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung tätig, wo er unter anderem auch eine Studie zum Thema Zwangsarbeit von Häftlingen vorlegte. Seit Juli 2016 ist er als wissenschaftlicher Referent der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin tätig.

Dr. Tobias Wunschik ist Politikwissenschaftler und gebürtiger Hannoveraner des Jahrgangs 1967. Er studierte Politik, Psychologie und Soziologie in Berlin und München, wo er 1995 promoviert wurde. Seit 25 Jahren ist Herr Wunschik wissenschaftlich in der Abteilung Bildung und Forschung tätig und der Experte für den Strafvollzug in der DDR. Fast unzählige seiner fundierten und akribisch recherchierten Untersuchungen zeigen ihn als ausgewiesenen Kenner für das Thema Knastware, zumindest was die Aktenlage angeht. Die wahren Kenner sind natürlich die Betroffenen. 2014 hat er die Studie „Knastware für den Klassenfeind“ vorgelegt, die die Häftlingsarbeit in der DDR und den Ost-West-Handel zum Gegenstand hat.

Arbeit im Knast. Grundsätzlich war jeder Strafgefangene in der DDR zur Arbeit verpflichtet. Das Strafvollzugsgesetz von 1977 betont dabei die erzieherische Funktion, die diese Arbeit vorrangig haben soll. „Im Mittelpunkt des Vollzugs der Strafen mit Freiheitsentzug steht die Erziehung durch gesellschaftlich nützliche Arbeit. Sie hat die Förderung des Verantwortungs- und Pflichtbewusstseins, der Disziplin sowie der aktiven und schöpferischen Mitwirkung im Arbeitsprozess zum Ziel.“ Soweit die Idee. Tobias Wunschik, wie war das Verhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit? Ging es wirklich um Erziehung oder standen die Erlöse, die aus dieser Arbeit erzielt wurden, im Vordergrund?

Dr. Tobias Wunschik: Wäre es vorrangig um Erziehung und Resozialisierung gegangen, hätte man die Arbeit ganz anders organisieren müssen. Man hätte die Betroffenen mit ihren Fähigkeiten, vielleicht auch mit ihren Wünschen einbinden müssen. Man hätte allgemeinbildenden Unterricht statt nur Arbeitszeugnisse, die sie als Schweißer oder dergleichen qualifizierten, einrichten müssen, das gab es erst sehr spät. Die Praxis zeigt, dass die Erziehung nur der vorgeschobene Grund des Arbeitseinsatzes war. Eigentlich ging es darum, besonders billige, in mancher Hinsicht auch besonders willige mobil einsetzbare Arbeitskräfte zu haben und auf diese Weise zusätzlichen Profit zu erwirtschaften. Gleichwohl war das nicht die einzige und vorrangigste Priorität, denn etwa deutschlandpolitische Erwägungen waren noch wichtiger. Im Rahmen der Amnestien wurden die Gefängnisse ja auch regelrecht leergefegt, obwohl die Betriebe, die Häftlinge als Arbeitskräfte einsetzten, dann das Nachsehen hatten, weil ihnen die Mitarbeiter fehlten. Auch viele Konsumenten merkten in den Wochen danach, dass manche Waren noch schwerer zu erhalten waren als sonst. In der Untersuchungshaft musste ja meist nicht gearbeitet werden, weil es noch wichtiger war, die Gefangenen durch Untätigkeit zu zermürben, weil es noch wichtiger war, sie für Vernehmungen jederzeit verfügbar zu halten. In den Untersuchungshaftanstalten gab es deshalb nur Ansätze von Häftlingsarbeit.

Silke Klewin: Meine Frage an die beiden Zeitzeugen: Habt ihr Erziehungserlebnisse durch eure Arbeitseinsätze gehabt? Siggie Grünewald, erzählen Sie uns, wie Sie die Arbeit im Gefängnis erlebt haben?

Sigrid Grünewald: Grundsätzlich hatte man bei Einlieferung in die Haftanstalt erst einmal ein Erziehungsgespräch mit der entsprechenden Erzieherin, einer Frau Hauptmann. Die erklärte mir, unser Erziehungsprozess sei noch nicht abgeschlossen, er würde in der Haftanstalt nachgeholt. Ansonsten habe ich von Erziehung nicht viel mitbekommen. Natürlich musste man sich an die Regeln halten und an den Zählungen teilnehmen, aber ansonsten haben wir unsere Arbeit gemacht und das war's. Erziehung kam da nicht noch mal groß vor.

Silke Klewin: Manfred Matthies, wie war dein Arbeitsalltag?

Manfred Matthies: Die Erziehung und der theoretische Überbau – das ist alles Quatsch. Wir waren Arbeitssklaven und wenn wir nicht spurten, wurden wir bestraft. Man konnte auch sagen, man arbeite nicht, aber das war dann Arbeitsverweigerung, gleichzusetzen mit Befehlsverweigerung. Dann gab es Arrest, anschließend Isolationshaft. Die Haftbedingungen verschärften sich also radikal. In einem Arbeitskommando arbeitete man mit mehreren Leuten zusammen. Zwar war man allein in der Zelle, aber im Arbeitsraum konnte man sich mit seinen Kumpels unterhalten. Isolationshaft dagegen war strenge Einzelhaft. Alle Genehmigungen, etwa

zum Rauchen, Lesen, Briefeschreiben, Besuchsempfang, wurden entzogen, sogar die Matratze, sodass man nur mit einer Decke schlief. Da überlegte man sich schon, ob man nicht lieber doch arbeitet. Außerdem war der langweilige Knastalltag ja nun auch nicht so interessant. Da ging man lieber arbeiten. Da hatte man was zu tun und traf andere Leute und konnte reden. Das war eine Haftsituation, mit der man zufrieden sein sollte. War man natürlich nicht. Hier in Bautzen war die Regel: Die Türen sind immer zu. Es gab im Haftalltag keine Verbindung zu anderen Westdeutschen. Wir waren ja getrennt untergebracht nach Ost und West. Folglich arbeitete man lieber. Dafür bekam man ein Taschengeld und konnte davon etwas kaufen.

Silke Klewin: Noch eine Frage an Tobias Wunschik. Sie plädieren in Ihrem Buch dafür, dass wir von erzwungener Arbeit sprechen sollten. Erläutern Sie uns bitte, was gegen den Begriff Zwangsarbeit spricht.

Dr. Tobias Wunschik: Herr Matthies hat ja gerade deutlich gemacht, dass von Freiwilligkeit nicht im Mindesten die Rede sein konnte. Man wurde ab dem Tag der Einlieferung in den Strafvollzug zur Arbeit eingeteilt. Unabhängig davon, was man sich selber wünschte, vielleicht noch abhängig davon, was man mal gelernt hatte. Wer sich dem verweigerte, hatte mit vielerlei Nachteilen zu rechnen, die Herr Matthies schon genannt hat. Auch körperliche Übergriffe sind von Betroffenen glaubhaft belegt worden. Der Begriff der Zwangsarbeit scheint mir dennoch schon für den NS-Staat vergeben zu sein, dahin geht unsere erste Assoziation, wenn wir von Zwangsarbeit hören. Im „Dritten Reich“ wurden Menschen aus Osteuropa von der Straße weg ohne Gerichtsurteil in das „Altreich“ deportiert. Der begriffliche Unterschied sagt überhaupt nicht, dass die Arbeitsbedingungen hier oder dort besser oder schlechter gewesen wären. Der Begriff scheint mir einfach historisch schon vergeben zu sein.

Silke Klewin: Herr Wölbern, Sie haben Ihre Studie „Zwangsarbeit von DDR-Gefangenen“ betitelt. Können Sie sich den Argumenten von Dr. Tobias Wunschik trotzdem anschließen?

Dr. Jan Philipp Wölbern: Mein Ansatz für die Studie war die Frage, ob die Arbeitsbedingungen in den Gefängnissen genauso waren wie die in Zivilbetrieben oder ob sie per se schlechter waren. Ich kann an einem Beispiel erläutern, was bei der Studie unter anderem herauskam. Wenn man es global betrachtet, kann man sagen, dass die Arbeitsbedingungen in der Haft wesentlich häufiger zu Unfällen geführt haben. Dazu gibt es Übersichten der Staatssicherheit und der entsprechenden Organe, die ganz klar besagen, dass die Wahrscheinlichkeit, in der Haft einen Unfall zu erleiden, deutlich größer war als in Zivilbetrieben. Insofern kann man sehr wohl von Zwangsarbeit sprechen. Wenn man aber nach Gefängnissen differenziert, dann wird man



Dr. Tobias Wunschik

feststellen, dass die Arbeitsbedingungen von Ort zu Ort sehr unterschiedlich sein konnten. Ich nenne Ihnen ein Beispiel aus Cottbus, wo ja seit einigen Jahren auch eine Gedenkstätte existiert und wo sehr viele politische Gefängnisse einsaßen. Dort habe ich im vergangenen Jahr eine Ausstellung zu dem Thema kuratiert. Dafür haben wir uns die Arbeitsbedingungen in den örtlichen Betrieben angeschaut. Wir haben die Bedingungen in Bereichen, die mithilfe von Häftlingen produzierten, mit denen im jeweiligen Stammbetrieb verglichen, wo ziviles Personal arbeitete. Und wir sind darauf gestoßen, dass die Unterschiede nicht signifikant waren. Die Häftlinge erzählten, sie hätten für die sehr staubintensive Arbeit, die sie da machen mussten, Milch bekommen. Wir fanden heraus, dass es im Zivilbetrieb ganz genauso war. Auch dort gab es keine guten Vorrichtungen, die den Staub abgefangen hätten, und auch dort wurde deshalb Milch ausgegeben. Es ist nur ein Beispiel dafür, dass die Unterschiede an manchen Stellen eher gering waren. An anderen Orten waren die Arbeitsbedingungen dafür wesentlich schlechter als in Zivilbetrieben.

Silke Klewin: Vielleicht lassen wir das so stehen. Ich persönlich finde, jede Zeit braucht eigene Begriffe, und plädiere deshalb eher für „Erzwungene Arbeit“. Ande-

rerseits ist der Sachverhalt, dass zur Arbeit gezwungen wurde, mit dem Begriff „Zwangsarbeit“ auch beschrieben. Aber da wir sicher alle wissen, was wir meinen, wollen wir die Frage nach dem Begriff hier nicht weiter vertiefen. Das Thema Arbeit führte lange Zeit ein relatives Schattendasein und kam dann über die Ikea-Affäre an die Öffentlichkeit. Danach sind auch Ihre Studien entstanden. Tobias Wunschik, wie kam das eigentlich auf? An sich war ja schon seit Jahren bekannt, dass in der DDR für Westfirmen gearbeitet wurde. Oder hat das niemand wahrnehmen wollen?

Dr. Tobias Wunschik: Jeder bundesdeutsche Zeitungsleser konnte seit Anfang der 1980er Jahre wissen, dass die im Westen vertriebenen Produkte von Ikea oder Quelle höchstwahrscheinlich aus Häftlingsarbeit aus der DDR stammten. Das war ein offenes Geheimnis, weil genug ehemalige Betroffene die von ihnen produzierten Waren nach ihrem Freikauf im Westen wiederfanden und dann sagten, ach die Bettwäsche kenne ich doch, die habe ich selber genäht. Seit Öffnung der Archive gab es unzählige weitere Belege.

Ein schwedisches Fernseherteam konnte dann aber 2012 oder 2013 nach der Vorlage von Stasiunterlagen nachweisen, dass über die Geschäftskontakte zwischen den DDR-Betriebsleitungen und den Chefunterhändlern der Westbetriebe auch Berichte über den Wissensstand der Westunternehmensleitungen in das Stasiarchiv gelangt waren. Unter den DDR-Betriebsleitern waren natürlich auch genug IMs der Staatsicherheit, die dann später zu Protokoll gaben, was sie mit den Westbetrieben genau besprochen hatten. Deswegen wusste man ab diesem Zeitpunkt erstmals, dass die Ikea-Leitung Kenntnis von der Häftlingsarbeit hatte. Das schwedische Möbelhaus ging dem seinerzeit aber nur sehr vorsichtig nach, wollte letztlich die guten Geschäftsbeziehungen nicht gefährden und gab sich mit sehr dürtigen Zusicherungen der Ostseite zufrieden, dass zukünftig keine Gefangenen mehr für die Produktion der Sofas aus Waldheim eingesetzt würden.

Stasiakten belegen ebenfalls, dass die Konzernleitung von Quelle Bescheid wusste. Quelle sprach den DDR-Betriebsdelegierten an, man habe Informationen von ehemaligen Gefangenen bekommen. Man fügte dann aber beschwichtigend hinzu, dass bis vor Kurzem die Quelle-Kataloge ja auch noch in bundesdeutschen Haftanstalten geklebt und eingetütet worden seien. Das zeugt natürlich von einer völlig mangelnden Sensibilität für den Unterschied zwischen Gefangenschaft in einem Rechtsstaat und Gefangenschaft in einer Diktatur.

Silke Klewin: Für welche Westfirmen wurde denn noch gearbeitet und welchen wirtschaftlichen Ertrag hat es der DDR gebracht? Und über welche Kanäle kamen diese Kontakte überhaupt zustande?

Dr. Tobias Wunschik: Abschließend lässt sich das bis heute nicht beurteilen, vieles liegt noch im Dunkeln, trotz der intensiven Forschungen vieler Wissenschaftler, die inzwischen dazu gearbeitet haben. Wir können es aber über den Bereich der Elektroindustrie hochrechnen. Da wissen wir die Planaufträge und die tatsächlich erfüllten westlichen Exporte in den 1980er Jahren und wir kennen zugleich den Anteil der Häftlingsarbeiter an allen Produktionsarbeitern in dieser Branche. Daher wissen wir, dass die rechnerisch von den Häftlingen produzierte Ware den Wert von 156 Millionen Valutamark pro Jahr erbrachte. Das war der Umsatz, nicht der Gewinn. Alle Häftlinge erbrachten ihn, nicht nur die politischen. Wenn die anderen Branchen ähnlich umsatzorientiert waren – und teilweise waren sie das, etwa bei der Bekleidungsindustrie –, dann können wir 600 Millionen Valutamark Umsatz pro Jahr annehmen, die durch den Verkauf von Häftlingsware in den Westen umgesetzt wurden. Wie hoch die Gewinnmargen auf Ost- und auf Westseite waren, das wissen wir nicht genau.

Silke Klewin: Die Zahlen liegen offenbar vor, sagen aber sicher vielen nichts. Ist das viel, ist das wenig? Haben diese Einnahmen das System massiv gestützt?

Dr. Tobias Wunschik: Der größte Gewinn im innerdeutschen Handel resultierte aus dem Währungsgefälle und den Asymmetrien zweier unterschiedlicher Wirtschaftssysteme. Die DDR-Betriebe mussten alle Beschäftigten, waren es nun freie Arbeiter oder Häftlingsarbeiter, mit lächerlichen DDR-Löhnen bezahlen, die auf dem Weltmarkt nichts wert gewesen wären. Das Produkt ging in den Westen und der Westkonzern konnte es gegen teure D-Mark verkaufen. Darin lag der eigentliche Gewinn. Dass man den Häftlingen dabei besonders wenig zahlen musste und sie an Stellen einsetzen konnte, an denen normale Beschäftigte gar nicht mehr bereit waren, Arbeiten zu erledigen, trug noch zusätzlich zum Gewinn bei.

Silke Klewin: In Bautzen II wurde nicht für Westbetriebe gearbeitet. Manfred Matthies, was haben Sie für wen zu tun gehabt und wie war die Bezahlung, was kam bei den Häftlingen an?

Manfred Matthies: Wir haben für den VEB Schaltelektronik Oppach gearbeitet. Das war ein Betrieb, der im Gefängnis seine Werkmeister hatte, die uns bei den Arbeiten betreuten. Dafür waren nicht die Schließer zuständig, die haben nur die Türen auf- und zugeschlossen. Unsere Arbeit war meist reine Handarbeit, wenig Maschineneinsatz. Auch Werkzeuge waren möglichst zu vermeiden, weil immer die Angst umging, man könne mit den Werkzeugen ein Loch durch die Mauer bohren oder etwas Ähnliches. Wir waren in kleine Arbeitsgruppen eingeteilt und bekamen Taschengeld zwischen 30 und 40 Ostmark, davon konnten wir in einem kleinen Konsumladen etwas kaufen, Tabak, Zigaretten und was es da noch so gab. Die Mög-



Sigrid Grünewald

lichkeit, etwas anzusparen, was ja eine Wiedereingliederungsmaßnahme hätte sein können, gab es nicht. Das Geld musste ausgegeben werden oder verfiel. Es war nur Monopoly-Geld. Man konnte sich seine Arbeit auch nicht aussuchen, sondern man hatte seinen Platz und fertig. Wenn es eine Amnestie gab und Leute entlassen wurden, konnte man wechseln, aber insgesamt waren die Möglichkeiten sehr eingeschränkt. In einer bestimmten Zeit musste eine bestimmte Stückzahl geschafft werden, ich sag jetzt mal, 2000 Schaltschütze mussten am Tag gebaut werden, das war die Norm. Zum Monats-, Quartals- und Jahresende kam der Betrieb und sagte, der Plan müsse erfüllt werden, wir sollten Sonderschichten und Überstunden machen und würden dafür auch Zigaretten oder ein Würstchen in die Suppe bekommen. Wir haben uns dann aufgerichtet und gesagt, wir würden lieber unsere Haftbedingungen verbessert haben, wir wollten offene Türen und einen Schachclub oder einen Literaturzirkel gründen. Ich hatte 13 Jahre. Und ich hatte mich damit abgefunden, noch zehn Jahre im Bau zu hocken. Da will man doch mit seiner Zeit etwas anfangen außer zu arbeiten, zu rauchen und in der Zelle zu sitzen. Das waren ganz berechtigte Wünsche, die fast alle hatten. Aber das galt dann als Widerstand, Boykott und

Hetze und führte heftig in die Bestrafung. Dann gab es Arrest und Isolationshaft. Man konnte also selbst für eine reale Leistung nichts verlangen. Und mit dem Geld konnte man nichts anfangen. Wir haben gern die Leistung gebracht, weil es immer noch besser war, im Arbeitsraum zu sein als in der Zelle rumzuhocken, um die Arbeit selbst oder deren Verweigerung ging es gar nicht. Aber das System war nicht bereit, unsere Haftbedingungen zu verbessern, weil dieser Sicherheitswahn überhandgenommen hatten. Die dachten, sobald fünf Westler zusammen sind, bricht eine Revolution aus.

Silke Klewin: Sigrid Grünewald, Sie waren nicht in der Produktion eingesetzt, sondern als Hausarbeiterin tätig, Sie haben in der Küche gearbeitet. Erzählen Sie uns, warum Sie sich gegen die Produktion entschieden haben. Oder konnten Sie gar nicht wählen? Wie war Ihr Tagesablauf?

Sigrid Grünewald: Nachdem ich mein Erziehungsgespräch hinter mir hatte, konnte ich wählen, wo ich arbeiten möchte: Produktion – auch die Frauen arbeiteten für Oppach – oder in der Küche. Ich war in Hohenschönhausen mit einer Frau aus der DDR zusammen in einer Zelle gewesen, die sich ganz gut auskannte und mir gesagt hatte, wenn ich wählen könne, solle ich mich für die Küche entscheiden, das sei besser als woanders. Daran hielt ich mich und hatte auch den Gedanken, wenn ich mich dort einbringe, dann komme das allen Häftlingen zugute. Für mich war es kein Zwang, sondern ich wäre wahrscheinlich durchgedreht, wenn ich den ganzen Tag in der Zelle hätte hocken müssen. Ich habe mich sogar zu einer Hausarbeit freiwillig gemeldet, auch wenn ich frei hatte. Wir hatten eine Kalfaktorin, mit der ich bis heute befreundet bin, der half ich an meinen freien Tagen, weil ich mir sagte: Bloß nicht allein in der Zelle sein und stumpfsinnig vor sich hinschauen. Die Abwechslung war gut, obwohl es eine körperlich sehr schwere Arbeit war in der Küche, aber es war in jedem Fall besser, als nichts zu tun.

Zu meiner Zeit war es etwas anders als zu Manfred Matthies' Zeit: Das Geld verfiel nicht, sondern man konnte es ansparen. Wir haben in der Küche nicht viel bekommen, die Tätigkeiten wurden unterschiedlich bezahlt. Es gab die Spüle, die Schäle, es gab die kalte und die warme Küche. Die warme Küche wurde natürlich am besten bezahlt, Spüle und Schäle am schlechtesten. Man hat 1982 durchschnittlich im Monat etwas um 400 Mark verdient, davon gingen Verpflegung und Unterbringung ab, das musste bezahlt werden. Sodass wir etwa 100 Mark zur Verfügung hatten. Es war natürlich kein richtiges Geld, wir haben es Micky-Maus-Geld genannt, aber es konnte angespart werden. Als ich entlassen wurde, wurde es leider nicht eins zu eins zurückgetauscht. Darauf hatte ich gehofft und es auch gefordert, denn bei meiner Verhaftung wurden meine D-Mark auch eins zu eins in Ostmark getauscht. Aber ich

konnte es meinen Schwiegereltern überweisen, sodass das Geld nicht verloren war. Ich selber brauchte in der Haft so gut wie gar nichts, ich bekam alles Nötige von meinen Schwestern in West-Berlin. Mal hat man sich eine Dose Obst gekauft, wenn es welche gab. Aber ich habe weder geraucht noch Kaffee getrunken und brauchte deshalb kein Geld, sondern sparte es an.

Silke Klewin: Um dieses Thema abzuschließen, hätte ich gerne noch eine Einschätzung. Tobias Wunschik, habe ich das richtig verstanden: Trotz dieser immensen Einnahmen war und blieb der Strafvollzug der DDR ein Zuschussgeschäft, die Kosten konnten dadurch nicht gedeckt werden. Oder anders: Wie haben sich die Einnahmen für das Regime finanziell ausgewirkt?

Dr. Tobias Wunschik: Das ist in der Summe schwer zu beurteilen, denn die DDR-Planwirtschaft hat ja insgesamt nicht funktioniert. Sie lebte von ihrer Substanz und seitdem die DDR für Erdöl Weltmarktpreise zahlen musste, seit Anfang der 1980er Jahre, war die Abwärtsspirale kaum noch aufzuhalten. Das System war auch nicht in der Lage, Arbeitskräfte geschickt einzusetzen, deshalb benötigte es ja die Vertragsarbeiter und die Häftlingsarbeiter. Die DDR-Wirtschaft hat insgesamt nicht funktioniert und man stellt sich die Frage, warum es gerade bei der Häftlingsarbeit besonders gut funktioniert haben soll. Das hat es natürlich insofern, als die Arbeitskräfte besonders disponibel, auch besonders motiviert waren und sehr wenig Geld bekamen. Trotzdem mussten ja immer sechs Häftlinge für einen Bewacher mitarbeiten. Die Haftanstalten mussten unterhalten werden. Die Logistik, die Transportkosten, die Vorführung vor Gericht und das alles. Die letzten wirklich ehrlichen Rechnungen hat man Ende der 1960er Jahre, Anfang der 1970er Jahre angestellt. Da kam heraus, dass das Ganze, wenn man die echten Kosten summieren würde, insgesamt ein Zuschussbetrieb war. Allerdings erfolgte zu diesem Zeitpunkt die Berechnung noch ohne die Erlöse aus dem West-Export von DDR-Produkten aus der Häftlingsarbeit. In den späteren Jahren scheint man eine solche Gesamtrechnung einfach nicht mehr angestellt zu haben. Wenn man nicht nachrechnet, kann auch kein negatives Ergebnis herauskommen.

Silke Klewin: Von den Möbeln, Strumpfhosen, Farbfilmen und Kerzen, die die DDR in den Westen exportiert hat, jetzt zum zweiten Thema des Podiums. Herr Dr. Wölbern nannte ihn den Exportschlager der DDR schlechthin: den politischen Häftling. Zwischen 1963 und 1989 kaufte die Bundesrepublik über 33 000 politische Gefangene aus der DDR frei. Als Gegenleistung erhielt diese 3,4 Milliarden D-Mark für Freikauf und Ausreise. Herr Dr. Wölbern, können Sie das kurz umreißen: Wie kam der Freikauf überhaupt zustande?

Dr. Jan Philipp Wölbern: Man muss den Beginn des Freikaufs 1963 im Gesamtzu-

sammenhang der damaligen politischen Situation sehen. Vielleicht ist Ihnen die Kubakrise von 1962 ein Begriff, als die beiden Großmächte vor dem Abgrund eines Atomkriegs standen. Damals reifte in Ost und West mehr und mehr die Erkenntnis, dass man mit dieser starren Konfrontation zwischen den Blöcken nicht so weitermachen kann. Das ging, um ein Beispiel zu nennen, im Westen damit los, dass die damalige Bundesregierung unter Konrad Adenauer von dieser Nichtanerkennungspolitik, der völligen Ignoranz der DDR – offiziell gab es die ja nicht, es war ein illegitimes Regime – abrückte. Adenauer hat 1962 vor dem Bundestag sinngemäß gesagt: „Wir sind bereit, über vieles mit uns reden zu lassen, wenn unsere Brüder und Schwestern in der Zone“ – so die damalige Bezeichnung – „ihr Leben so einrichten können, wie sie wollen.“ Interessanterweise gibt es ähnliche Entwicklungen aufseiten des Ostens. Man hat 1962 den ersten Agentenaustausch mit den USA durchgeführt. Das ist kürzlich auch unter dem Titel „Bridge of Spies – der Unterhändler“ verfilmt worden. Das fällt alles in die damalige Situation, wo sowohl auf der obersten politischen Ebene als auch zwischen den beiden deutschen Staaten allmählich eine Phase begann, in der man bereit war, miteinander zu reden.

Dass der Freikauf entstand, ist der besonderen Situation Berlins geschuldet. Es gab dort zwei Rechtsanwälte: Wolfgang Vogel in Ost-Berlin und seinen Kompagnon Jürgen Stange in West-Berlin, die schon seit Längerem zusammengearbeitet hatten, um politischen Häftlingen in der DDR Rechtsschutz zu gewähren. Das hieß in der Regel, dass man sie in der DDR vor Gericht verteidigte und die westliche Seite deren Anwaltskosten beglich. Es würde jetzt zu viel Zeit kosten, alle Details dieses verwinkelten ersten Geschäfts darzustellen, aber das Ganze verlief mit Rückendeckung von den obersten Stellen, sowohl vonseiten der Bundesregierung mit dem Bundeskanzler und dem zuständigen gesamtdeutschen Minister als auch von DDR-Seite. Da lässt sich nachweisen, dass es über Erich Mielke, den Chef der Staatssicherheit, lief, der sich mit Sicherheit die Rückendeckung des damaligen Staats- und Parteichefs Walter Ulbricht geholt hatte. Der Grund für diese erste Vereinbarung, nach der 1963 acht Häftlinge für 200 000 D-Mark freikamen, war, dass beide Systeme Vorteile darin sahen.

Die Bundesregierung sah eine Möglichkeit, endlich einmal helfen zu können. Die Politik gegenüber der DDR war vorher – ich sage es provokant – hauptsächlich Propaganda. Einen wirklichen Fortschritt brachte sie nicht zuwege. Das war die erste Möglichkeit, politischen Häftlingen zu helfen, denen gegenüber die Bundesrepublik sich auch in einer besonderen Verantwortung sah. Dass das Geld kostete – es waren die 1960er Jahre, die Bundesrepublik war mitten im Wirtschaftswunder –, sollte nicht der ausschlaggebende Punkt sein. Aufseiten der DDR war der Hintergedanke

ziemlich klar. Sie konnte das Geld gut gebrauchen. So einfach kann man das ausdrücken. Ein weiterer Hintergedanke spielt auch eine Rolle. Wenn man einen Staatsfeind aus der Haft an seinen früheren Wohnort entließ, musste man fürchten, er würde dort wieder Unruhe stiften. Mit der Abschiebung von Staatsfeinden in den Westen schlug man also zwei Fliegen mit einer Klappe. Man bekam Geld und entledigte sich eines gewissen Unruhepotenzials. Das sind die beiden Hauptmotive, die zum Beginn des Freikaufs geführt haben und die auch bis zum Ende der DDR bestanden.

Silke Klewin: Das heißt, die DDR hat bestimmt, wer freigekauft werden darf? Nicht der Westen hat die Kriterien vorgegeben, die zu einem Freikauf führen konnten?

Dr. Jan Philipp Wölbern: Es war jeweils das Ergebnis von sehr zähen und langen Verhandlungen, wer freigekauft wurde. Um das Verfahren zu beschreiben: Man hat im Westen schon in den 1950er Jahren begonnen, eine Kartei mit Fällen von politischen Gefangenen anzulegen, von denen man Kenntnis hatte. Sei es aus einem Zeitungsbericht, durch einen Schauprozess, sei es durch Anfragen von Angehörigen aus dem Westen. Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre hatte man mehrere Tausend Karteikarten und Akten mit Einzelschicksalen gesammelt. Als die Verhandlungen mit der DDR über den Freikauf begannen, sichtete man die Archive und suchte die besonders schweren Fälle heraus. Wer ist schon viele Jahre in Haft, wer ist alt und gebrechlich, die sollten in erster Linie freikommen. Man hat Listen angelegt, hat sie der DDR übergeben, dort wurden die Listen geprüft, einige der Häftlinge wurden akzeptiert, andere nicht, und über diese Fälle hat man sich dann in langwierigen Verhandlungen teilweise monatelang gestritten. Manchmal war es auch nur möglich, diese Fälle auszulösen, indem man die Gegenleistung etwas erhöht hat.

Silke Klewin: Wie hoch war die Gegenleistung? Ging das pro Kopf oder nach Ausbildung oder wonach?

Dr. Jan Philipp Wölbern: Als es 1963 losging, war es im Grunde genommen Menschenhandel. Für jeden Häftling wurde ein Individualpreis vereinbart. Ein Jahr später, als sehr viele, über 800 Häftlinge freigekauft wurden, hat man nicht mehr über jeden einzeln verhandelt, sondern eine Summe von 40 000 D-Mark pro Kopf festgelegt. Dabei blieb es aber nicht. In den Jahren danach gab es immer wieder Streit darüber, wie viel ein Häftling wert sei. Die DDR hat bei besonders schweren Fällen versucht, den Preis in die Höhe zu treiben. Zum Beispiel saßen in Bautzen II sehr viele ein, die wegen eines Spionagedelikts verurteilt waren. Nicht nur wegen vermeintlicher, sondern echter Spionage, oft für den BND. Da argumentierte die DDR häufig, wenn so jemand in den Westen freigelassen werden solle und nicht mal die Hälft-



Teilnehmer_innen beim Podiumsgespräch

te, sondern vielleicht nur ein Viertel seiner Strafe absitzen müsse, dann solle die Bundesrepublik schon mindestens 80 000 D-Mark für ihn zahlen. Und dann gab es wieder andere Häftlinge, bei denen die Bundesrepublik sagte, für den wolle sie nicht 40 000 D-Mark zahlen. Der Betreffende hatte zum Beispiel zwei Jahre bekommen und sollte nun einen Monat vor Ende der Haft freigekauft werden. Das machte sie auch deshalb nicht, um sicherzugehen, dass die DDR nicht Häftlinge so spät wie möglich entließ und trotzdem den vollen Preis dafür bekam. Sie sehen, es gelten dieselben Mechanismen wie bei Angebot und Nachfrage auf einem Markt.

Silke Klewin: Ist es nachvollziehbar, was genau für jeden einzelnen Häftling bezahlt wurde?

Dr. Jan Philipp Wölbern: Das kann man anhand der Unterlagen in den meisten Fällen recht genau sehen. Es gab auch Sonderaktionen, bei denen über besonders schwierige Fälle verhandelt wurde. Zum Beispiel vereinbarte man in den letzten Monaten der Regierung Schmidt im Jahr 1982 eine solche Sonderaktion. Den Preis für das „Gesamtpaket“ musste ich selber einmal nachschlagen, aber umgerechnet kostete der Freikauf jedes einzelnen dieser Häftlinge im Durchschnitt 200 000 D-Mark.

Silke Klewin: Manfred Matthies, Sie sagten vorhin, Sie hätten sich darauf eingestellt, Ihre gesamte Haftzeit in Bautzen II zu verbringen. Das heißt, Sie haben nicht

auf den Freikauf gesetzt, nur darauf gehofft oder gar nicht davon gewusst?

Manfred Matthies: Ich hoffte schon darauf. Wer in den Knast kommt, hofft natürlich, dass er entweder abhauen kann oder freigelassen wird. Eine vorzeitige Entlassung, wie sie bei mir stattfand, muss solch eine Sonderaktion gewesen sein. Ich habe nur drei Jahre und neun Monate gesessen, also nicht mal ein Drittel der langen Gesamtzeit von 13 Jahren. Ich erinnere mich aber an ein Gespräch mit meinem Vernehmer in Hohenschönhausen, als es um die Verurteilung ging. Er sagte, in drei Tagen sei meine Verhandlung, der Staatsanwalt werde 15 Jahre beantragen, 13 Jahre und neun Monate würde ich bekommen. Ich solle aber im Gerichtssaal mal kein Theater machen. Wenn ich verurteilt sei, komme ich in den Strafvollzug, dann gingen die Verhandlungen wegen der Entlassung los. Er sagte, wenn die Bundesrepublik bereit sei, der DDR das Geld zu zahlen, was ich sie gekostet habe, sei ich bald wieder draußen. Ich solle mir keinen Kopf machen, vielleicht würde ich noch ein Jahr in Bautzen sein, aber dann werde es bestimmt klappen.

Mit dieser Geschichte im Kopf bin ich hierhergekommen. Doch bei der Begrüßung ging es los. „Ich heiße Willy, habe lebenslänglich, sitze 14 Jahre.“ „Ich bin Herbert, habe lebenslänglich, sitze zwölf Jahre.“ Und so weiter. Da bin ich mit meiner Idee von einem oder zwei Jahren wirklich weggefliegen. Dass dann irgendwann einfach die Tür aufging, nach so kurzer Zeit, war ganz außergewöhnlich. Ich musste mich also mit meiner verlorenen Hoffnung, mit meinem Strafmaß auseinandersetzen und die Realität sehen. Daher stammte dann meine Überzeugung, dass ich sieben, acht, zehn Jahre wohl hier zubringen werde müssen. Ohne Möglichkeit, von hier aus etwas für meine Entlassung zu tun. Das wurde in Bonn, in Ost-Berlin oder wo auch immer entschieden. Nicht in Bautzen und nicht von dem Stasioffizier, der den Bau geleitet hat und immer so tat, als ob er den Schlüssel für die Freiheit hätte.

Silke Klewin: Wann erfuhren Sie, dass Sie auf Transport gehen? Mir erzählte Gabriele Zimmack, die eigentlich heute hier wäre, aber erkrankt ist, dass Transport das Wort war, das täglich mehrmals fiel. In Bautzen II war „Transport“ das, was die Frauen statt „Gesundheit“ einander wünschten, wenn jemand nieste.

Manfred Matthies: Nicht nur die Bewegungsfreiheit war eingeschränkt, auch der Informationsfluss. Da ging die Zellentür auf: „Packen Sie Ihre Sachen, Sie gehen auf Transport.“ Da steht man da, packt natürlich sofort seine Sachen zusammen, bekommt seine privaten Dinge wieder, steigt wieder in so einen dunklen Transporter ein und wird irgendwohin gefahren. Es sagte keiner, wohin man gebracht werde, schon gar nicht, warum. „Gehn’s rein, kommen’s raus.“ Wenn man fragte, was denn los sei, bekam man zur Antwort: „Reden’s nur, wenn’s gefragt werden.“ Diese Dämlichmachung, man stand immer da wie ein Idiot.

In Karl-Marx-Stadt ist einem ein Fehler unterlaufen. Da saß ich auf diesem Stuhl, auf dem man für ein Foto so nach rechts und links gedreht werden kann, und er sagte: „Als Entlassungsfoto reicht es.“ Das war das erste Mal, dass ich von Entlassung hörte. Kurz vorher hatten wir eine Auseinandersetzung wegen der Arbeitsstunden und der Möglichkeit, die Zellsituation zu verbessern. Dabei hatte ich mich hinreißen lassen zu sagen: „Wenn Sie unseren Vorschlag nicht annehmen, dann streiken wir.“ Streiken war in der DDR eine Straftat. Deshalb dachte ich bis zu dem Moment, Transport heiße, dass ich nach Berlin komme und wegen Aufruf zum Boykott oder zum Streik nochmal verknackt werde. Jetzt war plötzlich nach knapp vier Jahren Entlassung Thema, da wurde mir ganz schlecht hinterher, weil ich das überhaupt nicht erwartet hatte. Das hat mein ganzes Gedankengebäude umgeworfen.

Silke Klewin: Sigrid Grünewald, wie war es bei Ihnen, haben Sie auch auf den Freikauf gehofft? Es war ja zu Ihrer Zeit schon ein offenes Geheimnis.

Sigrid Grünewald: Ja, man wusste davon. Ich hatte nach drei, vier Monaten Besuch von meinen Geschwistern. Die flüsterten mir beim Abschied zu: „Weihnachten erlebst du zu Hause.“ Wenn man dann wieder zurück in den Gemeinschaftsraum kam und zusammen Mittag aß, wurde man natürlich bestürzt. Gibt’s was Neues, kommt eine Amnestie? Hast du was gehört? Ich sagte nur: „Ich bin Weihnachten schon zu Hause.“ Am nächsten Tag wurde ich zu meiner Erzieherin zitiert. Ich mache die Strafgefangenen verrückt, wenn ich behaupte, ich würde entlassen. Das solle ich gefälligst unterlassen, sonst würde sie andere Maßnahmen ergreifen. Ich sagte nur: „Sie werden sehen, ich bin bald weg.“ Ich war völlig davon überzeugt.

Wir in der Küche mussten auch wöchentlich die „Transportbrote“ schmieren und hatten deshalb schon öfter von Transport gehört. Immer montags war Transport und wir bekamen früh die Ansage, wie viele Brote wir schmieren sollten. Manchmal waren es zwölf Brote, manchmal auch nur acht oder sechs, mal zehn, ganz unterschiedlich. Aber wir haben daran gesehen, dass es voran geht und die Entlassungen wirklich stattfinden.

Als ich dann entlassen wurde, kam das für mich total überraschend. Ich hatte die ganze Zeit über gehofft, aber an dem Tag dachte ich überhaupt nicht daran. Ich hatte Frühdienst und fing um vier Uhr mit meiner Arbeit in der Küche an. Ich musste eine Tomatensuppe vorkochen, aber der Wolf, durch den ich die Tomaten drehte, war nicht in Ordnung, sodass der Tomatensaft durch die ganze Küche spritzte, an die Wände, überall hin. Alles war voll und ich total sauer. Unten im Keller, den ich immer Katakomben nannte und der leider immer noch nicht öffentlich zugänglich ist, machten wir immer Frühstückspause. Als wir gerade frühstückten, kam die Erzieherin herunter, was ganz unüblich für sie war. Sie rief: „Strafgefangene Grüne-

wald, komm'se mal her.“ Ich ging hin. „Komm'se mit, packen'se Ihre Sachen.“ Ich hatte damit überhaupt nicht gerechnet an diesem Tag. Ich packte natürlich alles schnell zusammen, das meiste ließ ich für andere Häftlinge da.

Ich habe dann mit einer Mitgefangenen zusammen in einem Raum gewartet und gewartet, aber es passierte nichts. Ich sagte noch: „Pass auf, gleich sagen sie uns, es war eine Falschmeldung, wir müssten doch hierbleiben.“ Die andere Frau war seelisch sehr angeknackst. Und was passiert? Die Erzieherin kommt mit einem ganz furchtbaren Gesicht rein und sagt: „Tut mir furchtbar leid, Sie müssen heute Nacht noch hierbleiben, der Transporter ist kaputt und es gibt keinen Ersatzwagen.“ Meine Kollegin wurde beinahe ohnmächtig vor Schreck. Aber wir wurden ganz still und heimlich auf die Isolierstation in der fünften Etage gebracht, sahen auch keine anderen Frauen mehr, verbrachten dort die Nacht und gingen am nächsten Morgen dann wirklich auf Transport.

Natürlich wussten wir nicht, wohin wir fuhren, aber wir hofften, es würde Karl-Marx-Stadt sein. In der Eingangshalle des Kaßberg-Gefängnisses war ein Schild oder Emblem, unter dem Karl-Marx-Stadt stand. Da wusste ich, das ist die letzte Station, wir werden entlassen. Also alles aufregend und immer die Hoffnung, man werde freigekauft. In Karl-Marx-Stadt wurde man noch mal dem Staatsanwalt vorgeführt, der lange drum herumredete und sagte, ich würde wegen guter Führung entlassen. Das war natürlich ein Witz und ich musste mich beherrschen, den Mund zu halten und nicht zu fragen, wie viel Geld er für mich bekommt. Sonst wäre ich vielleicht wieder zurückgeschickt worden. In Karl-Marx-Stadt gab es unterm Dach auch ein Warenlager. Man sollte, wenn möglich, sein verdientes Geld dort ausgeben. Aber das waren die letzten Produkte, ich konnte da nichts kaufen. Viele deckten sich da noch mit Reisetaschen ein, aber ich habe das Geld meinen Schwiegereltern überwiesen, die haben es auch bekommen. So ist es alles ganz gut gelaufen.

Dr. Tobias Wunschik: Man hat mit dieser Hoffnung auf die Entlassungen natürlich auch gespielt. Anders als heute, wo Tätowierungen freiwillig sind und als modisches Accessoire gelten, ging Anfang der 1980er eine Welle von Tätowierungen durch den DDR-Strafvollzug. Gefangene stachen sich gegenseitig und verewigten dann US-Flaggen oder auch Hakenkreuze auf ihrer Haut. Der DDR-Führung war das höchst unangenehm. Um dieser Welle einen Riegel vorzuschieben, hat man aus verschiedenen Haftanstalten Häftlinge mit der Ankündigung, sie würden entlassen, nach Karl-Marx-Stadt geschickt. Bei der Abschlussuntersuchung hat man dann „zufällig“ ein Hakenkreuz auf der Haut festgestellt und gesagt: „Was soll denn der Westen denken, so können wir Sie natürlich nicht rüber lassen.“ Und man schickte sie wieder zurück in ihre alten Haftanstalten. So verbreitete sich schnellstens das Gerücht, mit Tato-



Dr. Jan Philipp Wölbern

wierungen komme man nicht zum Freikauf. Aber – Sie ahnen es schon längst – der war für diese Gefangenen auch nie beabsichtigt gewesen. Es hatte sich nur um ein Manöver der Staatssicherheit gehandelt.

Silke Klewin: An der Stelle ist es schade, dass Frau Zimnack nicht da ist. Ihr ist auch so eine ungeheuerliche Geschichte passiert. Sie war in Hoheneck inhaftiert, war auf Transport, angeblich um ausreisen zu dürfen. Aber sie wurde nach Bautzen II gebracht und hat hier noch mehrere Jahre in Haft verbracht. Herr Wölbern, ich würde Sie noch mal um eine Erläuterung der Frage bitten: Welche Auswirkungen hatte der Freikauf für die DDR. Können Sie uns diese Ambivalenz darlegen, mit der Sie ja auch Ihr Buch betitelt haben – „Zwischen Menschenhandel und humanitärer Aktion“.

Dr. Jan Philipp Wölbern: Eine Ergänzung noch zu dem Preis, über den ich vorhin so ausführlich gesprochen habe. Man hat tatsächlich 1977 eine Pauschale eingeführt, die bei 66 000 D-Mark pro Häftling lag. Das ist eine gute Überleitung zu Ihrer Frage. Es stellt sich nämlich die Frage, was die DDR mit dem Geld, das sie einnahm, eigentlich machte. Diese 3,4 Milliarden D-Mark – das ist die Gesamtsumme

für die freigekauften Häftlinge und die Familienzusammenführungen, also etwa 200 000 Ausreisegenehmigungen – sind zu einem Gutteil auf ein Konto bei der Deutschen Handelsbank in Ost-Berlin eingezahlt worden. Das Konto wurde nach der Wiedervereinigung auch unter dem Begriff Honecker-Konto bekannt. Das ist irreführend, weil Honecker darauf gar keinen Zugriff hatte. Es war auch kein persönliches Konto, aus dem er sich etwa bereichert hätte, sondern dieses Konto und die Zahlungen, die aus dem Konto abflossen, wurden zum großen Teil dafür genutzt, die Zahlungsbilanz der DDR aufzubessern. Die DDR hat ja besonders viele Waren aus dem Westen importiert. Diese Waren mussten mit harten Devisen bezahlt werden, weil die DDR-Mark nicht konvertierbar war. Man hatte also Rechnungen im Westen für in die DDR gelieferte Waren zu begleichen. Dafür wurde dieses Konto benutzt. Es ist finanzpolitisch noch etwas komplizierter, aber wenn man es unterm Strich so sieht, hat der Freikauf im Grunde dazu beigetragen, dass die Zahlungsfähigkeit der DDR etwas gesicherter war als ohne die Einnahmen aus dem Freikauf.

In den 1980er Jahren, als die ökonomische Situation immer schwieriger wurde, konnte man sich einen Verzicht auf diesen Häftlingsverkauf einfach nicht mehr leisten. Ich habe das mal in einem Bild dargestellt. Wenn Ihnen das Wasser bis zum Hals steht und Sie zufällig Schuhe mit hohen Absätzen tragen, dann werden Sie die nicht ausziehen. Aus Sicht der DDR hatte der Häftlingsfreikauf auch sehr viele negative Folgen, aber in der Not konnte sie nicht darauf verzichten. In Unterlagen, die ich einsehen konnte, kann man nachverfolgen, dass jedes Jahr wieder damit gerechnet wurde, eine solche Freikaufsvereinbarung mit dem Westen abzuschließen.

Die nicht unerheblichen Einnahmen waren die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite hatte es negative Auswirkungen auf die DDR-Repressionspolitik. Versetzen Sie sich einmal in die Lage eines Stasimitarbeiters, auch wenn das schwerfällt. Aber versuchen Sie mal, die Sache aus der Sicht derjenigen zu betrachten, deren Aufgabe es ist, Staatsfeinde dingfest zu machen und ins Gefängnis zu bringen. Dieselben Leute bekamen nun auch die Verantwortung für die Abschiebung von Häftlingen. Das hat natürlich bei manchen Mitarbeitern Frustration ausgelöst. Der eine regte sich darüber auf, der andere hat es stoisch ertragen und einfach die Anweisung von oben befolgt. Es gab Ende der 1980er Jahre eine Dienstkonzferenz, von der es auch noch eine sehr spannende Tonaufnahme gibt, wo stasiintern, sogar unter Teilnahme von Erich Mielke, über dieses Thema diskutiert wurde. Einige der eingeladenen Bezirksverwaltungsleiter berichteten dort, es gebe Beschwerden von Mitarbeitern, die sagen: „Jetzt ist der Häftling gerade mal acht Tage in der Untersuchungshaft und jetzt kommt schon eine Anfrage aus der Zentrale in Berlin, ob es

Gründe gibt, die gegen eine Abschiebung in den Westen sprechen.“ So etwas frustrierte Mitarbeiter natürlich. Es ginge zu weit zu behaupten, der Freikauf habe den Repressionsapparat ausgehöhlt, aber Sie sehen an diesem Beispiel den Zwickspalt, in dem ein solcher Mitarbeiter steckte. Auf der einen Seite hatte er den Auftrag, Staatsfeinde dingfest zu machen, auf der anderen wurde ihm befohlen, genau das Gegenteil zu tun. Das ist die psychologische Dimension dieses Freikaufs.

Drittens und letztens darf man auch eins nicht vergessen: Der Freikauf war ein offenes Loch in der Mauer. Es gab nicht wenige Ausreisewillige, die einen Fluchtversuch planten, ihre Freunde und Bekannten im Westen informierten und sie baten, beim innerdeutschen oder gesamtdeutschen Ministerium um Hilfe zu bitten, falls der Versuch scheiterte. Die Chance, freigekauft zu werden, steigerte also die Risikobereitschaft. In Extremfällen legten Ausreisewillige es sogar absichtlich darauf an, verhaftet zu werden, um schneller in den Westen zu kommen. Das war dann natürlich der Gipfel der negativen Folgen des Häftlingsgeschäfts, damit war ein neuer, beinahe institutionalisierter Weg aus der DDR heraus geschaffen.

Zu welchem Preis das möglich war, steht auf einem anderen Blatt. Ich kenne keinen Häftling, der nicht auch lange damit gehadert hätte und sich fragte, ob er wirklich eine politische Haft auf sich nehmen wolle, um in den Westen zu kommen.

Dr. Tobias Wunschik: Zu dem vorletzten Punkt noch eine kurze Ergänzung. 1987 fehlte es nach der Amnestie wieder an Arbeitskräften in den Gefängnissen. Aber damals wurden nicht nur wie sonst üblich NVA-Soldaten und Reservisten in den Knast abgeordnet, sondern in Halle waren es für ein paar Monate auch zehn hauptamtliche Stasimitarbeiter, die Werkzeugkästen für den Westexport produzieren mussten, die bis dahin jugendliche Strafgefangene hergestellt hatten. Das war der Vorgriff auf die Friedliche Revolution von 1989: „Stasi in die Produktion“.

Sigrid Grünewald: Ich möchte noch ganz kurz etwas zum Freikauf sagen. Als ich verhaftet wurde, hat sich mein Schwager, bei dem ich damals gearbeitet hatte, mit dem Rechtsanwalt Jürgen Stange und auch mit Wolfgang Vogel in Verbindung gesetzt. Er wollte mich privat freikaufen. Das wurde aber generell abgelehnt. Es ging nur über die Regierung der Bundesrepublik.

Silke Klewin: Ich würde jetzt eine dritte Runde mit Ihren Abschlussstatements eröffnen, bevor wir dann in die Diskussion treten. Mit dem Blick auch auf das nächste Bautzen-Forum, wo es vermutlich um die Zukunft der Erinnerung gehen soll: Wie geht es weiter mit den Themen, wie können wir sie vermitteln, wo gibt es Defizite? Wie sollten wir versuchen, gerade auch die Themen Wirtschaft und Arbeit so aufzustellen, dass wir sie in der Bildungsarbeit nutzen können? Wie ist der Stand, wie sollten wir weitermachen und wozu, Tobias Wunschik?



Manfred Matthies

Dr. Tobias Wunschik: In der Tat scheint mir die Haftarbeit im DDR-Strafvollzug ein Thema zu sein, was besonders weit bis in die Gegenwart hineinreicht. Wenn Sie als Lehrer Ihren Schülern etwas über SMT-Verurteilte erzählen möchten, dann müssten Sie erst weit ausholen, um Ihnen zu erklären, was SMT eigentlich bedeutet. Wenn Sie sagen, die Waren, die in der Haft produziert wurden, gingen an Ikea, dann sagt das jedem was. Ikea existiert, an Quelle erinnern sich viele vielleicht noch. Anschließen an dieses Thema kann natürlich die Frage nach einer weltweit fairen Produktion von Waren stehen. Arbeiterinnen und Arbeiter in Bekleidungsfabriken in Bangladesch sind zwar nicht verurteilt worden, aber ihre Freiheit, sich einen besseren, lukrativen Arbeitsplatz zu suchen, ist ebenfalls stark minimiert. Ich denke, es ist heute an uns Konsumenten, darüber nachzudenken, unter welchen Arbeitsbedingungen viele Waren produziert werden, die wir selbstverständlich nutzen, die Handys, die in China produziert werden, oder die Fußbälle, die in Bangladesch genäht werden. Wir können einen Beitrag dazu leisten, dass auch heute noch Arbeitsbedingungen verbessert werden können.

Silke Klewin: Vielen Dank. Manfred Matthies, was wünschen Sie sich für einen

Umgang mit diesen Themen? Wie könnten wir sie vielleicht noch besser verbreiten und was kann man daraus lernen?

Manfred Matthies: Ich bin als ehemaliger Häftling Mitglied in verschiedenen Vereinigungen und Fördervereinen engagiert, die sich um das Thema DDR-Knast bemühen. Für uns ist die Dokumentation von Zeitzeugen für die Zukunft wichtig, denn wir sind alle sterblich und es ist abzusehen, dass es irgendwann keine Zeitzeugen aus der DDR mehr gibt. Das ist ein großes Anliegen von mir persönlich und auch der Vereine, denen ich angehöre. Für uns ist es wichtig, dass die Erinnerungen der Zeitzeugen bewahrt werden und allgemein, etwa für Schulen, zugänglich sind, als Datenbank zum Beispiel.

Mein zweiter Wunsch ist ein zukunftsweisendes politisches Profil. Denn unsere Erfahrungen, die wir in den Gefängnissen gemacht haben, und unsere Gründe dafür, uns für die Überwindung der Mauer, des antifaschistischen Schutzwalls, stark gemacht zu haben, müssen weitergetragen werden. Wir müssen aus dem, was wir gemacht haben, unsere Lehren ziehen und diese vermitteln können, vielleicht auch Sympathisanten finden, die es weitertragen. Sie brauchen keine eigenen Erfahrungen aus dem DDR-Knast zu haben, aber zumindest die Kenntnis, wie es dort war. So könnte man die Zukunft sichern. Man kann ja nicht so fest annehmen, dass ich 120 Jahre alt werde.

Silke Klewin: Sigrid Grünewald, an Sie die gleiche Frage.

Sigrid Grünewald: Ich kann mich Manfred nur anschließen. Ich bin auch sehr engagiert, vor allem in der Gedenkstätte Hohenschönhausen. Natürlich liegt mir auch Bautzen sehr am Herzen, was ich damals nie für möglich gehalten hätte. Ich biete in Hohenschönhausen regelmäßig Führungen an und freue mich, wie viele Schülergruppen täglich dahin kommen, die etwas über die damalige Zeit erfahren möchten, natürlich von Zeitzeugen. Klar, wir sterben aus, wir haben dieses Jahr auch in Hohenschönhausen wieder Todesfälle zu beklagen, wir werden alle älter. Irgendwann gibt es nur noch Historiker – das meine ich nicht despektierlich – und Studenten, die durch die Gedenkstätten führen. Aber was mir auch am Herzen liegt: Es darf nicht vergessen werden, wie es dazu kam. Das ist ganz wichtig.

Silke Klewin: Herr Wölbern, könnte man auch das Thema aktualisieren? Könnte Deutschland darüber nachdenken, Deutsche aus der Haft in verschiedensten Ländern freizukaufen?

Dr. Jan Philipp Wölbern: Das wird ja, vermute ich, gemacht. Ich weiß nicht, wie das Auswärtig Amt in dieser Hinsicht aufgestellt ist, aber ähnliche Konstellationen gibt es in der Gegenwart immer wieder. Ein schon etwas älteres Beispiel ist Jürgen Chrobog, das war ein Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes. Da sind garantiert Verhandlungen

gen gelaufen. Ob es finanzielle Gegenleistungen gab, kann ich nicht beurteilen. Aber um Ihre Frage aufzugreifen, was uns das alles heute noch sagt: Mir ist bei der Arbeit an dem Thema aufgefallen, dass es sehr viel mit unserer Gegenwart zu tun hat. Zum Beispiel die Frage, wie man heute mit Diktatoren umgeht. Ein aktuelles Beispiel, das Sie jeden Tag in den Medien verfolgen können, ist der Diktator von Nordkorea. Wie soll der Westen mit so jemandem umgehen? Die Betrachtung des Freikaufs ist zwar kein Lehrbuch, das man aufschlagen und nachlesen kann, was in welcher Situation zu tun ist und was die Folge davon ist. Aber es kann dem politischen Urteilsvermögen dienen und Hinweise geben, was passieren kann, wenn man sich mit solchen Gestalten einlässt, im Guten wie im Schlechten. Und – das wäre mein persönliches Fazit – es ist wohl immer besser, im Gespräch zu bleiben, auch wenn es schwierig ist, als das Gespräch rundheraus abzulehnen.

Silke Klewin: Vielen Dank. Und nun möchte ich Ihnen, sehr geehrte Zuhörer, das Wort geben. Wir freuen uns auf Ihre Fragen und Anmerkungen.

Frage aus dem Publikum: Meine Frage geht an die beiden Historiker. Wir haben jetzt eine Menge über Häftlinge gehört, die in den Westen freigekauft wurden. Gab es auch Häftlinge, die freigekauft wurden, aber in der DDR bleiben mussten? Wenn ja, wie viele und wie war deren Situation?

Dr. Jan Philipp Wölbern: Die gab es sogar in einer nicht unerheblichen Zahl, aber es war ein Phänomen hauptsächlich der 1960er Jahre. Das hing damit zusammen, dass sich die DDR zunächst bei einigen Häftlingen kategorisch weigerte, ihre Entlassung in den Westen zu genehmigen. Das betraf häufig diejenigen, die in der Bundesrepublik keine Verwandtschaft hatten. Da sagte die DDR, jemand, der alle Angehörigen hier hat, den wollen wir nicht in den Westen entlassen. Man wollte ja auch nicht gegen die eigene Doktrin verstoßen, sondern wollte die Leute dabeihalten. Es sind etwa 4000 bis 5000 Häftlinge gewesen, die an ihren früheren Wohnort in der DDR entlassen wurde. Einige davon wussten gar nicht, dass sie aufgrund einer Zahlung der Bundesregierung freigekommen waren. Anderen verweigerte man die Entlassung in den Westen. Und eine nicht unerhebliche Zahl wollte gar nicht in den Westen. Es ist ja keine leichte Entscheidung, alle Freunde und Verwandten zu verlassen und in ein anderes Land zu gehen.

Frage aus dem Publikum: Ich habe eine Frage an Herrn Wunschik. Zwangsarbeiter, erzwungene Arbeit – wo liegt da der Unterschied für Sie? Wenn man einen Ausreiseantrag stellte und wegen „asozialen Verhaltens“ eingesperrt wurde, im Knast drin noch mal 15 Jahre dazubekam wegen Republikflucht und dann in Bautzen die Zeit abarbeiten musste: Ist das erzwungene Arbeit oder Zwangsarbeit?

Dr. Tobias Wunschik: Ich habe versucht deutlich zu machen, dass von Freiwilligkeit

nicht im Mindesten die Rede sein kann. Natürlich war diese Arbeit erzwungen in jeder erdenklichen Hinsicht, mit Nachteilen, mit Androhungen, mit körperlicher Gewalt, daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Allein der Terminus Zwangsarbeit scheint mir eben für die andere deutsche Diktatur schon vergeben zu sein. Man kann einige systematische Unterschiede festmachen, man kann auch eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten finden. Für mich ist der Begriff einfach genau wie Gестапо, Getto oder KZ mit der NS-Diktatur assoziiert.

Frage aus dem Publikum: Im Stafvollzugsgesetz von 2013 ist zum ersten Mal nicht die Rede davon, dass Arbeitspflicht besteht, erst heute ist das Arbeiten also freiwillig. Dann eine Information zum Zwang zur Arbeit in Bautzen II im Bereich der Westgefangenen. Der letzte stellvertretende Leiter von Bautzen II meinte, dass man am Schluss den Zwang zur Arbeit nicht mehr so genau genommen habe, weil man keinen Ärger haben wollte. Die Planerfüllung habe man trotzdem dokumentiert. Die sich der Arbeit verweigerten, habe man in den letzten Monaten und Jahren in Ruhe gelassen. Ob das stimmt, weiß ich aber nicht.

Und ich habe eine Frage. Es gab ja eine Häftlingshierarchie, es war ein Brigadier unter den Häftlingen, jedenfalls unter den Ostgefangenen. Wissen Sie etwas darüber, was das für Leute waren? Ich frage das aus einem bestimmten Grund. Der letzte Brigadier für die Arbeiter in Bautzen II war ein Bootsmann der Volksmarine, der seine Frau umgebracht, verscharrt und versteckt hatte. Deshalb war er im Gefängnis. Als ehrenamtliches Mitglied der „Arbeitsgruppe Bautzen II“, die sich in den Tagen der Friedlichen Revolution gebildet hatte, um den Gefangenen in Bautzen II beizustehen, begleitete ich ihn bei Freigängen als Voraussetzung für seine Entlassung. Dabei erzählte er mir persönlich, er habe jahrelang für die Stasi gearbeitet.

Und die letzte Sache ist eine Anregung. Vor zwei Jahren waren zwei Ex-Gefangene von Bautzen I aus Berlin hier und haben moniert, dass über die Zeit zwischen 1989 und 1990, die „wilde Zeit“ in den Gefängnissen, zu wenig berichtet würde. Das fände ich ein interessantes Thema, es leben ja noch eine ganze Reihe Zeitzeugen, Gefangene, Bedienstete und Bürger. Es ist ein hochkomplexes Thema, das zum Teil dramatisch war. Das fände ich sehr interessant.

Silke Klewin: Ich hätte dazu eine Anmerkung, weil der Bereich Arbeit in Bautzen II hochkomplex ist. Es ging natürlich in dieser Sonderhaftanstalt ziemlich viel, was in anderen Haftanstalten nicht ging. Es gab durchaus Häftlinge in der frühen Zeit wie Karl-Wilhelm Fricke, dem gewährt wurde, nicht zu arbeiten. Es gab nichts, was nicht möglich war in dieser Haftanstalt. Deshalb kommt es immer aufs Detail an und ist meist nicht pauschal zu beantworten.

Sigrid Grünewald: Ich möchte etwas zu dem Brigadier sagen. Natürlich gab es auch

in den Westkommandos Brigadiers. Ich selber war in der Küche Brigadier, dagegen konnte ich mich nicht wehren, ich musste das tun, dazu war ich zwangsverurteilt. Auf der anderen Seite habe ich das aber auch angenommen, weil ich mit allen Häftlingen gut auskam, gut arbeiten konnte. Ich konnte das gut organisieren und wenn ich mich engagierte, kam das allen Häftlingen zugute. Deshalb habe ich mich dort eingebracht.

Dr. Jan Philipp Wölbern: Etwas zu den Forschungen über die letzte Zeit. Es gibt tatsächlich schon eine Publikation von Birger Dolling dazu: „Strafvollzug zwischen Wende und Wiedervereinigung“. Ob das für alle Gefängnisse gilt, sei dahingestellt, aber es ist durchaus schon von der Forschung wahrgenommen worden.

Zu den Brigadiers – dies war eine Vorschrift in den Gesetzen. Es gibt Passagen, in denen steht, solche besonderen Positionen seien an besonders vertrauenswürdige Häftlinge zu vergeben. Das waren dann häufig kriminelle Häftlinge mit langen Haftstrafen, die sich dadurch Vorteile erhofften.

Dr. Tobias Wunschik: Zu den Brigadiers – ab Anfang der 1960er Jahre galt die Maßgabe, dass keine politischen Häftlinge mehr auf diese Positionen gesetzt werden sollen, weil Brigadiers Kontakt zu verschiedenen Stationen des Gefängnisses hatten und weil ihr Freiraum etwas größer war, wenn sie zum Beispiel in der Bibliothek arbeiteten. Diesen Vorteil gönnte man politischen Häftlingen dann nicht mehr.

Zu der Freiwilligkeit: Es gibt immer wieder einzelne Fälle. Mich hat mal ein ehemaliger politischer Häftling aus Gera angesprochen und sagte, er habe von Beginn an nicht gearbeitet und es sei ihm nichts passiert. Das hing jeweils von der Situation ab. Wer von Anfang an sagte, er wolle nicht, und es nicht politisch begründete, dem geschah natürlich weniger als jemandem, der drei Wochen nach Eingliederung in den Arbeitsprozess sagte: „Für euren Scheißstaat arbeite ich nicht mehr.“

Und es wurde der bundesdeutsche Strafvollzug angesprochen. Ich halte die Parallelen zum Strafvollzug in der NS-Diktatur ja größer, aber in der Tat gibt es auch im Strafvollzug der Bundesrepublik eine Arbeitspflicht. Seit der großen Bund-Länder-Reform sind die Bundesländer für den Strafvollzug zuständig, und hier in Sachsen soll einem Gefangenen Arbeit zugewiesen werden, die seinen Wünschen und Fähigkeiten entspricht. Er kann sich aber auch eigeninitiativ um eine andere Arbeit bemühen. Stellen Sie sich mal vor, jemand hätte im DDR-Strafvollzug gesagt, er wolle ein Praktikum bei der Lokalzeitung machen und möchte dafür tagsüber raus.

Frage aus dem Publikum: Ich möchte mich bei der Friedrich-Ebert-Stiftung dafür bedanken, dass das Forum hier stattfinden kann, es ist eine gute Sache. Meine Bitte ist, es weiterzuführen. Es gibt noch genügend Themen. Zum Beispiel gab es Todesfälle bei der Haft, aber es gab auch viele Fälle, in denen Todesfälle nicht in der Haft



Silke Klewin

passierten, sondern wo Leute gebrochen, geschlagen entlassen wurden und im nächsten halben Jahr zu Hause starben. Vielleicht war das auch schon einmal Thema. Auch sollte durchaus noch einmal aufgegriffen werden, was man vor 28 Jahren damals unter dem emotionalen Druck der noch Lebenden diskutiert hat. Heute hat man etwas Abstand, manches hat sich geklärt. Vieles könnte man noch mal unter dem heutigen Blickwinkel thematisieren. Ich denke, das ist auch für die Zukunft, für die Schüler wichtig, denn die Dinge werden ja nach draußen weitergetragen.

Frage aus dem Publikum: Ich komme von der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft und wollte mich sehr herzlich für die sehr interessanten Informationen bedanken, die ja auch deshalb so berühren, weil sie größtenteils von Menschen erzählt wurden, die das persönlich erlebt und erlitten haben. Ein kleiner Hinweis, der vielleicht Hoffnung gibt: Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft hat einen Stiftungsverein Zwangsarbeit ins Leben gerufen, der mittlerweile eingetragen ist. Auf das Konto dieses Stiftungsvereins können

Westfirmen und andere, die ein schlechtes Gewissen haben, Geld einzahlen. Das ist glaube ich eine ganz gute Entwicklung, um damit die weitere Forschungsarbeit zu erleichtern und vielleicht dem einen oder anderen etwas Geld zukommen zu lassen.

Frage aus dem Publikum: Ich wurde vom Kaßberg aus abgeschoben, also in den Westen verkauft. Ich habe eine andere Story hinter mir, auf die ich jetzt gar nicht eingehen möchte, aber ich bin betroffen, ich saß auch im Gefängnis. Für mich wäre es ein ganz großes Anliegen, dass in Zukunft die Spätfolgen der Haft einmal Thema sein könnten. Dass man aus medizinischer, physiologischer, psychologischer Sicht aufzeigt, was passiert, wenn einem Menschen ein Trauma widerfährt, wie es in die Persönlichkeit eingreift und wie es sie nachhaltig verändert. Vielleicht auch stellvertretend für andere Traumen. Ich denke, das könnte ein hochinteressantes wissenschaftliches Thema sein. Auch wäre für mich interessant, wie man eine Würdigung erfahren kann, wenn man gesundheitsschädigende Zwangsarbeit leisten musste. Ich stand in Dessau als politische Gefangene für die Orwo-Filmfabrik am Band, genau dort, wo der schädliche Chromstaub freiwurde. Ganz bewusst wurden die politischen Gefangenen dorthin gestellt, wo es keinen guten Arbeitsschutz gab und wo sie nachhaltig gesundheitlich geschädigt wurden. Wenn es jetzt eine Stiftung Zwangsarbeit gibt, ist es ja vielleicht darüber möglich, Berücksichtigung zu finden. Ich kann den Chromstaub heute nicht mehr nachweisen, aber ich weiß, dass ich gesundheitlich dadurch beeinträchtigt wurde. Vielen Dank!

Silke Klewin: Danke für Ihre Anregung. Da sich jetzt kein Finger mehr hebt, möchte ich mich gern bei meinen Podiumspartnern bedanken und das Abschlusswort in die Hände von Herrn Eisel legen.

Matthias Eisel: Zum Abschluss möchte ich mich bei Ihnen für Ihr Interesse und die große Aufmerksamkeit bedanken. Zwei intensive Tage liegen hinter uns. Dafür auch der Dank an alle unsere Referent_innen. Im nächsten Jahr wird es das 30. Bautzen-Forum geben. Ich bedanke mich auch für die vielen Gespräche am Rande dieser Veranstaltung, für Ihre Hinweise und die Wertschätzung unserer Arbeit.

Nachtrag

Zwangsarbeit in DDR-Gefängnissen – meine Erfahrungen von 1984 bis 1986

Gabriele Zimnak*

Ich war als politische Gefangene von März 1984 bis Mai 1986 in der ehemaligen DDR inhaftiert. Das „Verbrechen“, das man meinem Mann und mir vorwarf, bestand darin, dass wir seit März 1977 alljährlich Anträge auf eine legale Ausreise aus der DDR gestellt hatten, denen von Seiten der DDR-Behörden nicht stattgegeben wurde. Stattdessen wurde eine Zersetzungsmaschinerie seitens des MfS in Gang gesetzt. Wir wurden all die Jahre bis zu unserer Verhaftung rund um die Uhr observiert, beruflich degradiert, wir verloren unsere Arbeitsstellen. Von Zeit zu Zeit wurden wir zu Verhören durch die Staatssicherheit geholt. Es wurden regelrecht Scheinverhaftungen mit uns durchgeführt.

Am 1. Februar 1984 wurde mein Mann inhaftiert, sieben Wochen später ich. Im Roten Ochsen in Halle an der Saale waren wir in Untersuchungshaft. Nach unserer Verurteilung am 25. Mai 1984 gingen wir auf Transport. Mein Mann kam in den Strafvollzug Brandenburg und ich über die Haftanstalten Cottbus und Karl-Marx-Stadt in das Frauenzuchthaus Hoheneck in Stollberg, wo ich in der sogenannten Zentralwerkstatt als Näherin arbeiten musste. Man nannte dieses Kommando auch das „Lumpenkommando“. Es war ein inneres Kommando im Gefängnis, das heißt keine Firma, die von außen kam wie ESDA oder Planet. Die Arbeitsräume befanden sich in den oberen Stockwerken, direkt unter dem Dach, von wo aus man einen wunderschönen Blick auf die erzgebirgische Landschaft genoss. In der Zentralwerkstatt wurde aus alten ausgedienten Polizeuniformen, die zuvor in Desinfektionslösungen getaucht und eingefärbt worden waren, Häftlingskleidung gefertigt. Dazu mussten wir die Uniformen auftrennen und am Rücken, an den Ärmeln und Hosenbeinen gelbe Häftlingsstreifen aufnähen. Damit man sie nicht abtrennen konnte, wurde der Stoff darunter aufgeschnitten und in einem genau vorgeschriebenen Verfahren wieder vernäht. Beim Trennen und Nähen haben wir den feinen Staub über Nase, Augen und Haut aufgenommen, was häufig zu Entzündungen führte. Als einziges Kommando bekamen wir deshalb einmal pro Woche einen halben Liter Milch verabreicht, bei der miserablen Versorgung eine unschätzbare Kostbarkeit, an der ich

*) Gabriele Zimnak war als Referentin für das Podium „Wirtschaftsfaktor Knast“ eingeladen, konnte aber nicht teilnehmen. Ihren vorbereiteten Text hat sie uns für diese Tagungsdokumentation zur Verfügung gestellt.

auch meine Haftkameradinnen in den anderen Kommandos teilhaben lassen wollte. Es gelang mir, die Milch unentdeckt ins Kommando Planet zu schmuggeln, das für die Bettwäscheproduktion zuständig war. Ohne große Einarbeitungszeit wurden wir an Industrienähmaschinen gesetzt und mussten im Akkord nähen, wobei die Norm um etliches höher war als in den Produktionsbetrieben der übrigen DDR. Ich kann mich erinnern, dass mir in der Anfangszeit mehrfach die Nähnadel abbrach und ich Glück hatte, dass ich mich dabei nicht verletzte.

Von der Erfüllung der vorgeschriebenen Norm hing es ab, ob wir Erlaubnis bekamen, Mann und Kindern zu schreiben, mit ihnen zu sprechen, oder Paketscheine bekamen. Da ich nicht wegen eines „Vergehens“ sondern wegen eines „Verbrechens“ verurteilt worden war, unterlag ich dem verschärften Strafvollzug und hatte sowieso seltener als die anderen eine Besuchserlaubnis und Paketscheine zu erwarten. Wem eine Arbeitsverweigerung nachgewiesen wurde, bekam zur Strafe 21 Tagen und mehr Tage Arrest. Einen Aufenthalt in den Arrestzellen ohne Tageslicht, mit Kübeln statt Toiletten, bei hochgeschlossenem Bett von vier Uhr früh bis in den Abend und ohne jeglichen menschlichen Kontakt außer zu den Wärterinnen wollte man unter allen Umständen vermeiden. Beim Anblick der mit gelben Streifen versehenen Uniformen stellte ich mir meinen Mann und andere männliche Gefangene darin vor, was mir großes Unbehagen bereitete. Die Arbeit des Einstreifens war uns allen besonders zuwider. Wir arbeiteten im Zweischichtsystem, das bedeutete abwechselnd Früh- und Spätschicht.

Für die Frühschicht wurde um 3.15 Uhr per Lautsprecher geweckt und das Licht angemacht. Aber auch die Durchsagen für die anderen Kommandos ertönten per Lautsprecher in sämtlichen Verwahrräumen, sodass man ständig aus dem Schlaf gerissen wurde. Wenn das Licht an war, musste es schnell gehen, weil sich 32 Frauen sechs Waschbecken und zwei durch nichts von den anderen Räumen abgetrennte Toiletten teilten. Es wurde also in drei Schichten gewaschen. Da die Haftanstalt im Juni 1984 hoffnungslos überfüllt war, hatte ich nur ein Bett im dritten Stock ergattert. Mein Weg zum Waschbecken war also etwas länger, was auch bedacht sein wollte. Dann suchte man sich in all dem Durcheinander seine Kleidung zusammen, baute sein Bett militärisch korrekt, damit man nicht nach der Arbeit in einen von verärgerten Wärterinnen total verwüsteten Verwahrraum kam. Um 3.45 Uhr waren wir alle fix und fertig angekleidet und traten zum Zählen aus den Zellen heraus. Die Verwahrraumälteste, eine sehr unsympathische Kriminelle, machte Meldung und wir marschierten zum Frühstück. Wer kann schon morgens um vier Uhr, noch dazu in einer solchen Umgebung essen? Aber etwas trinken musste man, auch wenn man nicht wusste, ob dem Tee Hormone beigelegt waren, um uns vorwiegend junge

Frauen „ruhig zu stellen“. Bei vielen Frauen blieb die Regel aus und sie verloren büschelweise Haare.

In der Frühschicht arbeiteten wir bis 13 Uhr. Im Anschluss an das Mittagessen wurden wir zur Freistunde in den Innenhof geschlossen und dann in den Verwahrraum. Um 18 Uhr war Zählappell, um 19.30 Uhr wurde das Licht gelöscht, von außen versteht sich. Wir konnten nicht darüber bestimmen. Wenn Spätschicht war, wurden wir um 5.30 Uhr geweckt, um sechs Uhr traten wir zum Zählappell an. Es folgten Frühstück und Freistunde. Nach dem Mittagessen begann die Arbeit in den Werkstätten. Um 21.30 Uhr waren wir mit der Arbeit fertig und froh, wenn man uns endlich in den Verwahrraum einschloss und nicht noch lange vor der Tür schikanierte, was auch hin und wieder passierte.

Neben der Zentralwerkstatt gab es im Strafvollzug von Hoheneck noch drei Kommandos, die für ESDA Strumpfhosen fertigten und drei Kommandos, die für Planet Bettwäsche produzierten, jeweils in drei Schichten. Auch wenn ich die Haftkameradinnen in der Bettwäscheproduktion mitunter beneidete, weil sie statt unserer Haftlingskleidung wenigstens Stoffe mit frischen Farben und Designs zu Gesicht bekamen, gaben weder die hohe Norm noch die unzulänglichen Arbeitsbedingungen Anlass dazu. Als Entlohnung bekamen wir je nach Normerfüllung einen kleinen Obolus von DDR-Spielgeldscheinen zugewilligt, von dem wir uns den begehrten Tee am Kiosk kaufen konnten. Der Rest des Geldes ging für Kost und Logis drauf, wie man uns in einer Unterweisung klarmachte.

Kurz bevor ich in die Strafvollzugsanstalt Hoheneck eingeliefert wurde, hatte sich eine Kommission von Amnesty International angekündigt, die sich die DDR-Haftanstalten einmal etwas näher ansehen wollte. Das soll der Grund dafür gewesen sein, dass plötzlich ein Freizeitzentrum entstand. Unter dem Dach richtete man kleine Zellen ein, in denen Handarbeiten verrichtet werden konnten, wunderschöne Gemälde entstanden und eine Absolventin der Meisterklasse im Fach Violine an der Musikhochschule Dresden Plattenstunden abhielt und selbst auf der Violine spielte. Ich war über jede Gelegenheit froh, den vielen Frauen und ihren Intrigen in meinem Verwahrraum, in dem ich die einzige politische Gefangene war, zu entkommen, und meldete mich zum Handarbeitszirkel. Dort fertigte ich verschiedenen Handarbeiten an – Stickereien, Applikationen, fertigte Holzpüppchen, deren Gesichter allesamt traurig dreinschauten, was ja kein Wunder war. Wenn ich drei oder mehr handwerkliche Arbeiten für die Verwendung durch die Haftanstalt gefertigt hatte, konnte ich um Erlaubnis bitten, auch eine Applikation für einen meiner Söhne anfertigen und herausgeben zu dürfen. So bekam mein Sohn einen Buchumschlag mit der Applikation eines Segelbootes und zweier Möwen.

Im November 1984 wurden eine Mitgefangene und ich auf dem Weg in die Produktion zurückgehalten und für mehrere Stunden in die Toilette der Zentralwerkstatt eingeschlossen. Danach wurden wir in Handschellen auf einen Lkw verfrachtet und in eine andere Strafvollzugseinrichtung gebracht. Wir waren insgesamt elf Frauen, von denen keine eine Ahnung hatte, wo es hinging. Da ich wusste, dass ich von drei Jahren und vier Monaten mindestens zwei Drittel „verbüßen“ müsste, machte ich mir keine Hoffnungen auf eine vorzeitige Entlassung.

In Bautzen II, das unmittelbar dem MfS unterstand, wurden wir entweder im Küchenkommando oder in der Relaisproduktion der Firma Oppach eingesetzt. Aufgrund eines Gelenkleidens infolge eines Sportunfalls musste ich in größeren Mengen Steller für Relais fertigen.

Unser Produktionsraum befand sich im Zellentrakt. Er war nicht sehr groß. Hinter einer Art spanischer Wand hatten wir einen Topf mit einem Tauchsieder. Es gab nur künstliches Licht. Wir waren die gesamte Zeit in der Produktionszelle. Nur zur Freistunde wurden wir herausgelassen oder wenn unser Verwahrraum gerade wieder einmal einer Razzia unterzogen worden war und uns eine Strafe auferlegt wurde. In Bautzen arbeiteten wir in der Normalschicht. Die Produktion der Steller war eine sehr eintönige Arbeit, die aber viel Fingerfertigkeit erforderte. Ich wollte unbedingt die Norm schaffen, damit ich mir im Kiosk Milch, Vitamintabletten und hin und wieder eine Kleinigkeit als Geschenk für meine Söhne kaufen konnte. Ich beschloss, mir Produktionsmaterial mit auf die Zelle zu nehmen, um „vorzuschraubeln“. Am nächsten Tag kam ich in eine vollkommen verwüstete Zelle und erhielt für mehrere Wochen „Kultursperre“, was so viel bedeutete wie keine Treffen mit anderen Gefangenen an den Wochenenden und kein Fernsehen im Gemeinschaftsraum.

In meiner Freizeit durfte ich die Gefangenenbibliothek verwalten, also Bücher für die Gefangenen aussuchen und ihnen vor die Zellentür legen. Als ich einen alten Plattenspieler entdeckte, erinnerte ich mich an Theas Plattenstunden im Freizeitzentrum auf Hoheneck. Ich bestellte Schallplatten mit klassischer Musik und veranstaltete ebensolche Plattenstunden an den Wochenenden in der Bücherei, wenn ich einmal keine „Kultursperre“ hatte. Meine Mitgefangenen waren mir für diesen musikalischen Genuss und meine Englischstunden sehr dankbar. Sogar einen Aerobic-Klub in unserem Essensraum rief ich ins Leben, um meinen Haftkameradinnen den eintönigen Gefängnisalltag etwas zu verschönen. Ständig hatte ich die Gefängnisordnung am Wickel und schrieb Beschwerden und Gesuche, sodass meine Mitgefangenen mich oft daran erinnerten, dass ich mich keinesfalls im Hilton, sondern im Strafvollzug der DDR befände.

Nach der Arbeit wurden wir in unsere Zellen geschlossen, aber nicht für lange, denn

kurz darauf hieß es ausrücken zur Reinigung des Vollzugs. Wir mussten regelmäßig die Nasszellen und Toiletten des Vollzugspersonals reinigen. Auch das Wischen und Bohnern der Gefängnisflure oder das Putzen der Fenster im Gefängnistrakt gehörte zu unseren Aufgaben. Mitunter wurde auch am Wochenende gearbeitet – Sonderschichten, bei denen uns niemand fragte, ob wir dazu bereit wären. Unser Interesse an der sozialistischen Planerfüllung hielt sich ja eher in Grenzen.

Als man 1986 kein Geld hatte, um uns eine Jahresendprämie zu zahlen, sollten wir uns stattdessen einen zusätzlichen Paketschein aushändigen lassen. Eine Mitgefangene und ich wollten lieber einen zusätzlichen Brief zu den drei genehmigten schreiben. Es war mir ein Fest, diesen Sonderbrief im Frühjahr 1986 zu schreiben. Er erreichte sein Ziel, die Haftanstalt Brandenburg, nicht mehr.

Nach 799 Tagen in den unterschiedlichen Strafvollzugsanstalten der DDR und sieben Jahren, in denen wir zuvor Berufsverbot, Observierung und Zersetzungsmethoden der übelsten Art ausgesetzt gewesen waren, wurden wir vorzeitig aus der Haft in die Bundesrepublik Deutschland entlassen.

Nun könnte man auf den ersten Blick meinen, es sei von Vorteil gewesen, dass wir in den Haftanstalten der DDR einer Arbeit nachgehen konnten, statt dort einfach nur unsere Haftzeit abzusitzen. Aber es ging dabei weder darum, dass uns die Zeit nicht lang wurde noch um „Erziehung“ durch Arbeit. Die Zwänge der maroden Volkswirtschaft und die Planerfüllung standen hier im Vordergrund und waren oberstes Gebot.

Als wir Ende Mai 1986 mit dem Bus die Grenze bei Herleshausen passierten und ein Sozialarbeiter der Bundesrepublik uns mit den Worten begrüßte: „Hier im Westen wird gearbeitet und nicht nur von Arbeit geredet“, fragte ich mich, ob er überhaupt eine Ahnung von dem Strafvollzugswesen hatte, dem wir gerade entkommen waren.

ERÖFFNUNG DER FOTOAUSSTELLUNG

„Voll der Osten – Leben in der DDR“



Die Ausstellungsmacher Harald Hauswald (Fotos) und Dr. Stefan Wolle (Texte) im Gespräch mit Silke Klewin, Leiterin der Gedenkstätte Bautzen



Harald Hauswald



Besucher der Ausstellung



Dr. Stefan Wolle



Pfarrer Christian Tiede

ANDACHT

auf dem Karnickelberg

Pfarrer Christian Tiede

„Denn ich weiß wohl, was für Gedanken ich über euch habe, spricht der Herr: Gedanken des Friedens und nicht des Leides, dass ich euch gebe Zukunft und Hoffnung.“ (Jeremia 29, 11)

Ein Satz aus dem Buch des Propheten Jeremia, aus dem Alten Testament. Wir sind heute hier, mit unseren Gedanken, Erinnerungen, mit unserem Gedenken an Menschen, denen es gerade nicht vergönnt war, friedlich zu leben, die vielmehr

vielfaches Leid erfahren haben, die zu Opfern wurden in einem repressiven politischen System. Hier oben auf dem Karnickelberg und in der Nachbarschaft zweier Haftanstalten, welche mit diesem politischen System geradezu synonym verbunden waren und noch immer sind, ist noch immer gegenwärtig, was für Leid Menschen damals zugefügt worden ist. Und hier an diesem Ort gedenken wir ganz besonders der Menschen, deren Leben keine Zukunft mehr hatte, die um ihr Leben gebracht wurden und deren Körper hier oben verscharrt wurden. Deren Andenken ausgelöscht werden sollte. Wie gut, dass wenigstens das nicht gelungen ist und hier ein würdiger Ort des Gedenkens entstanden ist.

Gleichzeitig wissen wir, wie wichtig es ist, dass das Gedenken in die Mitte einer Gesellschaft gehört, nicht an ihren Rand, dass wir uns als Gesellschaft dem Gedenken immer wieder von Neuem stellen müssen, wenn es nicht nur wiederkehrendes Ritual sein soll. Wenn aus den Erfahrungen des Vergangenen Zukunft und Hoffnung erwachsen sollen.

Es gibt Orte, die sind aufgrund ihrer Geschichte dem Gedenken verbunden, ob sie es wollen oder nicht. Zum genius loci von Bautzen gehört das Gedenken an die Opfer der kommunistischen Diktatur von 1945 bis 1989 in besonderem Maße. Wenn wir uns hier in der Stadt gerade mit der Fortschreibung des Leitbildes befassen, dann gehört dazu eben auch die Frage, was uns in der Rückschau leitet, von welchen Bildern wir uns leiten lassen für die Gestaltung der Zukunft unserer Stadt und des Gemeinwesens. Unsere Gegenwart verstehen wir nur und unsere Zukunft können wir nur gestalten, wenn wir die Vergangenheit nicht aus den Augen lassen. Mit allem Guten und mit allem Schweren, dem Wohl und dem Wehe. Und in die Erinnerung dieses Ortes und der ganzen Stadt ist eben das Erfahren und Erleben eingeschrieben von Willkür und Unfreiheit und der Unterdrückung Andersdenkender.

Hier sind Menschen ihrer Würde beraubt worden – das bedeutet, dass andere die Macht hatten, ihnen die Hoffnung und Gewissheit einer friedlichen Zukunft zu nehmen. Die Unterdrückung der Freiheit des Einzelnen, seiner Gedanken, seiner Rede, seiner Art zu leben bis hin zur Freiheit seines Glaubens ist für manch einen noch immer verbunden und wird trotz allem verbunden bleiben mit dem Namen unserer Stadt. Das zu klagen, sind wir heute hier. Das zu klagen gehört zur bleiben-den Stadtliturgie von Bautzen.

Und es ist gut, wenn wir uns dem nicht verweigern. Denn seit einiger Zeit erleben wir, für manche noch immer nur schwer zu begreifen, dass es in diesem Land wieder politikfähig wird, die Würde und die Freiheit anderer Menschen infrage zu stellen. Das Gedenken gehört in die Mitte unserer Stadt. In die Erzählungen der Stadt, in ihren Rhythmus. In die Stadtliturgie. So wie die Glocken des Domes, die Nacht für

Nacht noch immer erinnern an die politischen Gefangenen beider Haftanstalten. Das war und das ist ein steter und stolzer Klang von Freiheit hoch über der Stadt. Am höchsten Ort der Stadt. Denn dem Dom als Stadtkirche sind das Wohl und das Wehe der Stadt seit Jahrhunderten eingeschrieben. Durch die Gebete der Menschen, die durch die Jahrhunderte an diesem Ort gebetet wurden. So ist der Dom gestaltete Erinnerung und gestaltete Hoffnung der Stadt.

Der heutige Tag markiert mit dem Prager Fenstersturz den Beginn des Dreißigjährigen Krieges vor 400 Jahren. Im Dom ist diese erste europäische Katastrophe noch immer präsent. Man kann die Zeichen des Wiederaufbaus nach der Zerstörung in diesem Krieg sehen, das große Mättig-Epitaph erinnert an einen bedeutenden Bürger und Wohltäter der Stadt. Und wer lesen kann, liest all das immer auch als Mahnung an die Nachfolgenden, solch eine Katastrophe in Zukunft verhindern zu helfen.

Ich möchte Sie einladen, darüber nachzudenken, ob es nicht Zeit wird, dem Dom eine gestaltete Erinnerung hinzuzufügen – ein Epitaph gewissermaßen für die Opfer der Zeit von 1945 bis 1989. Für alle Nachfolgenden: als gestaltete Gedanken des Friedens und nicht des Leides, dass Gott uns und allen Menschen gebe Zukunft und Hoffnung. In Freiheit. Amen.

Referent_innen des 29. Bautzen-Forums

Alexander Ahrens, Oberbürgermeister der Stadt Bautzen

Karl-Heinz Baum, DDR-Korrespondent der Frankfurter Rundschau 1977 bis 1990 in Ostberlin

Prof. Dr. Rainer Eckert, ehemaliger Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig

Matthias Eisel, Leiter Landesbüro Sachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung, Leipzig

Sigrid Grünewald, Politische Gefangene in Bautzen II, 1982 freigekauft

Prof. Dr. Christoph Kleßmann, ehemaliger Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung, Potsdam

Silke Klewin, Leiterin der Gedenkstätte Bautzen

Hanka Kliese, Mitglied des Sächsischen Landtags, SPD-Fraktion

Dr. Kerstin Langwagen, Zeitgeschichtliches Forum, Leipzig

Alexander Latotzky, Vorsitzender des Bautzen-Komitees e. V.

Steffi Lehmann, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V., Chemnitz

Manfred Matthies, Politischer Gefangener in Bautzen II wegen Fluchthilfe, 1976 nach knapp vier Jahren freigekauft

Michael Naumann, Journalist, Mitteldeutscher Rundfunk

Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Antonie Rietzschel, Journalistin, Süddeutsche Zeitung, Leipzig

Markus Schlimbach, Vorsitzender des DGB-Bezirks Sachsen

Dr. Jens Schöne, Stellvertretender Berliner Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen

Prof. Dr. André Steiner, Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

Dr. Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident a. D.

Pfarrer Christian Tiede, Evangelisch-Lutherische Kirchgemeinde St. Petri, Bautzen

Dr. Jan Philipp Wölbern, Autor des Buches „Der Häftlingsfreikauf aus der DDR 1962/63–1989“, wissenschaftlicher Referent der Konrad-Adenauer-Stiftung

Dr. Stefan Wolle, Wissenschaftlicher Leiter des Berliner DDR-Museums

Dr. Tobias Wunschik, Autor des Buches „Knastware für den Klassenfeind. Häftlingsarbeit in der DDR, der Ost-West-Handel und die Staatssicherheit“

Gabriele Zimnak, Politische Gefangene in Hoheneck und Bautzen II, 1986 freigekauft

Bautzen-Foren im Überblick

(Die Broschüren sind teilweise vergriffen, können aber über www.fes.de als pdf-Dateien heruntergeladen werden)

Nr. 1 / Stalinismus. Analyse und persönliche Betroffenheit. Leipzig 1990

Nr. 2 / Gerechtigkeit den Opfern der kommunistischen Diktatur. Leipzig 1991

Nr. 3 / Die kriminelle Herrschaftssicherung des kommunistischen Regimes der Deutschen Demokratischen Republik. Probleme der strafrechtlichen Verfolgung der Täter. Konsequenzen für den inneren Frieden des deutschen Volkes. Leipzig 1992

Nr. 4 / Der 17. Juni 1953. Der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums. Deutsche Teil-Vergangenheiten, Aufarbeitung West: Die innerdeutschen Beziehungen und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der DDR. Leipzig 1993

Nr. 5 / Die Akten der kommunistischen Gewaltherrschaft. Schluss-Strich oder Aufarbeitung? Leipzig 1994

Nr. 6 / Wahrheit, Gerechtigkeit, Versöhnung. Menschliches Verhalten und Gewaltherrschaft. Leipzig 1995

Nr. 7 / Erinnern, Aufarbeiten, Gedenken. 1946–1996. 50 Jahre kommunistische Machtergreifung in Ostdeutschland. Widerstand und Verfolgung. Mahnung gegen das Vergessen. Leipzig 1996

Nr. 8 / Zivilcourage und Demokratie. Vergangenheitsbewältigung ist Zukunftsgestaltung. Leipzig 1997

Nr. 9 / Freiheits- und Widerstandsbewegungen in der deutschen Geschichte. Leipzig 1998

Nr. 10 / Eine Zwischenbilanz der Aufarbeitung der SBZ/DDR-Diktatur 1989–1999. Leipzig 1999

Nr. 11 / Erinnern für die Zukunft. Formen des Gedenkens, Prozess der Aufarbeitung. Leipzig 2000

Bautzen-Foren im Überblick

Nr. 12 / Jugend und Diktatur. Verfolgung und Widerstand in der SBZ/DDR. Leipzig 2001

Nr. 13 / Recht und Gerechtigkeit. Politische Häftlinge der SBZ/DDR im geteilten und vereinten Deutschland. Leipzig 2002

Nr. 14 / Der 17. Juni 1953. Widerstand als Vermächtnis. Leipzig 2003

Nr. 15 / Verfolgung unterm Sowjetstern. Stalins Lager in der SBZ/DDR. Leipzig 2004

Nr. 16 / Opfer und Täter der SED-Herrschaft. Lebenswege in einer Diktatur. Leipzig 2005

Nr. 17 / Demokraten im Unrechtsstaat. Das politische System der SBZ/DDR zwischen Zwangsvereinigung und Nationaler Front. Leipzig 2006

Nr. 18 / Im Visier der Geheimpolizei. Der kommunistische Überwachungs- und Repressionsapparat 1945–1989. Leipzig 2007

Nr. 19 / Alltag in der SBZ/DDR. Leben in einer Diktatur. Leipzig 2008

Nr. 20 / Freiheit und Unfreiheit als deutsche Erfahrung. Leipzig 2009

Nr. 21 / Unrechtsstaat DDR – Willkür. Gewalt. Macht. Leipzig 2010

Nr. 22 / 50 Jahre Mauerbau. Vom Leben mit dem „antifaschistischen Schutzwall“. Leipzig 2011

Nr. 23 / Ein ganz normaler Staat? Legendenbildung und Verharmlosung in der Rückschau auf die DDR. Leipzig 2012

Nr. 24 / Widerstand gegen den Kommunismus. Vom 17. Juni 1953 bis zum Ende der kommunistischen Diktatur. Leipzig 2013

Nr. 25 / Aufbruch zur Freiheit. Bürgerrechtsbewegungen in der DDR und Osteuropa. Leipzig 2014

Nr. 26 / Das Bild von der DDR heute. Zum Umgang mit dem SED-Unrecht im vereinten Deutschland. Leipzig 2015

Nr. 27 / Macht und Gewalt. Zum Herrschaftssystem der SBZ/DDR. Leipzig 2016

Nr. 28 / Jung sein in der DDR. Leipzig 2017

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen
Burgstraße 25
04109 Leipzig

Redaktion	Ines Eifler, Görlitz Matthias Eisel, Leipzig
Gestaltung	Thomas Glöß, Leipzig
Fotos	Gaby Waldek, Leipzig
Druck	Druckerei Böhlau, Leipzig

ISBN 978-3-96250-206-5

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.

